

Sebastian Haffner

Der Verrat



Verlag 1900 Berlin

Wenn wir uns und unseren Kindern erklären wollen, wie es zur deutschen Katastrophe, zu Hitler und dem zweiten Weltkrieg kommen konnte, müssen wir ein paar Jahre weiter zurückgehen als nur bis 1933.

Obwohl die Vorgänge in Deutschland von 1918 bis 1920 die Entstehung des Hitlerfaschismus erst möglich gemacht haben, liegen diese Jahre in einem eigenartigen Dunkel.

Sebastian Haffner hat in diesem Buch jene Zeit etwas ausgeleuchtet. Herausgekommen ist spannendste Geschichtsschreibung, die die aktuelle Frage »Was ist eigentlich los mit Deutschland?« neu und anders beantwortet.

Zum Titelbild:

8. März 1919, aus den Kämpfen um das Polizeipräsidium am Alexanderplatz. Ein Gefangener der Regierungstruppen wird abgeführt. Der Fotograf Willi Römer erzählt später, der Mann sei um die Häuserecke geführt und dort sofort erschossen worden. Er selbst habe den Impuls gehabt, hinterherzugehen und den Toten zu fotografieren, habe das dann aber unterlassen – aus Angst, ebenfalls erschossen zu werden.

ISBN 3-930278-006

*Und lasst der Welt, die noch nicht weiss, mich sagen,
Wie alles dies geschah; so sollt ihr hören
Von Taten, fleischlich, blutig, unnatürlich
Zufälligen Gerichten, blindem Mord;
Von Toden, durch Gewalt und List bewirkt,
Und Planen, die verfehlt zurückgefallen
auf der Erfinder Haupt: Dies alles kann ich
Mit Wahrheit melden.*

William Shakespeare (Hamlet, V, 2)

Sebastian Haffner: Der Verrat

1. Auflage dieser Ausgabe, November 1993

© Verlag 1900 – Uwe Soukup, Gosslerstrasse 27A, 14195 Berlin

Alle Rechte vorbehalten

Das vorliegende Buch erschien erstmals 1968 als rterrc-Serie mit dem Titel *Der grosse Verrat*, 1969 dann als Buch mit dem Titel *Die verratene Revolution – Deutschland 1918/19*.

Weitere Ausgaben erschienen unter den Titeln *Die deutsche Revolution 1918/1919 – wie war es wirklich?* und *1918/1919 – eine deutsche Revolution*. Derzeit auch erhältlich als Taschenbuch «*Die deutsche Revolution 1918/1919*» bei Knaur (Nr. 3813)

Texterfassung: Stefan Haussmann

Lithos: Christian Uhle/die tageszeitung

Gestaltung und Herstellung: Michael Uszinski

Druck und Bindung: Graphischer Grossbetrieb Pössneck

Eingesannt mit ABBYY Fine Reader

Vorwort

Franz Kafkas Legende *Vor dem Gesetz* erzählt von einem Mann, der Einlass begehrt und, vom Türhüter immer wieder abgewiesen, sein ganzes Leben wartend und hoffend vor der Tür verbringt, unter immer wiederholten vergeblichen Versuchen, den unerbittlichen Türhüter zu erweichen. Endlich, in seiner Todesstunde, brüllt ihm der Türhüter in sein «vergehendes Gehör»: «Dieser Eingang war nur für dich bestimmt. Ich gehe jetzt und schliesse ihn.»

An diese Kafkasche Legende wird man erinnert, wenn man die Geschichte des Deutschen Reiches und der deutschen Sozialdemokratie betrachtet. Fast gleichzeitig entstanden, schienen die beiden füreinander bestimmt: Bismarck hatte den äusseren Staatsrahmen geschaffen, in dem die Sozialdemokratie sich entfalten konnte und den sie eines Tages mit dauerhafter und sinnvoller politischer Substanz auszufüllen hoffte. Wäre es ihr gelungen – vielleicht existierte das Deutsche Reich noch heute.

Bekanntlich ist es nicht gelungen. Das Deutsche Reich ist in die falschen Hände gefallen und ist untergegangen. Die Sozialdemokratie, die sich von Anfang an zu seiner Führung berufen fühlte und die es vielleicht hätte retten können, hat während der 74 Jahre seiner Existenz nie den Mut und die Kraft aufgebracht, sich seiner zu bemächtigen. Wie der Mann in Kafkas Legende hatte sie sich vor der Tür häuslich eingerichtet. Und auch ihr hätte die Weltgeschichte 1945 in die Ohren brüllen können: «Dieser Eingang war nur für dich bestimmt. Ich gehe jetzt und schliesse ihn.»

Aber anders als bei Kafka gibt es in dieser Geschichte einen dramatischen Augenblick, in dem sich alles zu wenden schien. Im Angesicht der äusseren Niederlage öffneten 1918 die Türhüter des Kaiserreichs den sozialdemokratischen Führern selbst das lange versperrte Aussentor und liessen sie, nicht ohne Hintergedanken, freiwillig in den Vorhof der Macht; und nun sprengten die sozialdemokratischen Massen, von draussen hereinstürmend und ihre Führer überrennend und mit sich reissend, die letzten Tore zum Machtinnersten. Nach einem halben Jahrhundert des Wartens schien die deutsche Sozialdemokratie im November 1918 endlich am Ziel.

Und dann geschah das Unglaubliche. Die sozialdemokratischen Führer, widerwillig von den sozialdemokratischen Massen auf den leeren Thron gehoben, mo-

bilisierten unverzüglich die alten herrenlos gewordenen Palastwachen und liessen ihre eigenen Anhänger wieder hinaustreiben. Ein Jahr später sassen sie selber wieder draussen vor der Tür – für immer.

Die deutsche Revolution von 1918 war eine sozialdemokratische Revolution, die von den sozialdemokratischen Führern niedergeschlagen wurde: ein Vorgang, der in der Weltgeschichte kaum seinesgleichen hat.

Wie er sich abspielte, das soll in diesem Buch Szene für Szene dargestellt werden. Aber ehe wir den Vorhang vor dem düsteren Drama aufgehen lassen, empfiehlt es sich, einen kurzen Blick auf sein langes Vorspiel zu werfen: das halbe Jahrhundert sozialdemokratischen Hoffens und Harrens vor dem Tor zur Macht.

I

Kaiserreich und Sozialdemokratie

Das Deutsche Reich und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sind nicht nur gleichzeitig entstanden, sie haben dieselbe Wurzel: die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848. Diese Revolution hatte zwei Ziele gehabt, nationale Einigung nach aussen und demokratische Neugestaltung im Innern. Beides war fällig. Kleinstaaterei und Feudalismus, immer noch die Grundlagen des vormärzlichen Deutschland, waren im beginnenden Industriezeitalter liquidationsreif.

Aber die bürgerliche Revolution scheiterte, und das deutsche Bürgertum fand sich mit ihrem Scheitern ab. Was seine Aufgabe gewesen wäre, übernahmen andere. Die nationale Einigung – die Einebnung überholter Staatsgrenzen – besorgte statt seiner Bismarck, an der Spitze der preussischen Junkerklasse und mit Hilfe der preussischen Armee. Die innere Modernisierung – die Einebnung überholter Standesgrenzen – nahm der vierte Stand als unerledigte Aufgabe aus den schwach gewordenen Händen des dritten. Bismarck und die beginnende deutsche Arbeiterbewegung hielten in den sechziger Jahren je ein Ende des 1849 abgerissenen Fadens in der Hand. Hätten sie zusammengestanden, so hätte in den Jahren um 1870 das 1848 Verfehlete nachgeholt werden und ein moderner, gesunder, langlebiger deutscher Nationalstaat entstehen können. Aber sie standen nicht zusammen, sie standen gegeneinander, und das konnte wohl auch nicht anders sein – trotz des kurzen, faszinierenden, aber unfruchtbaren Flirts zwischen Bismarck und Lassalle.

Das Ergebnis war ein Deutsches Reich, das, mächtig und gefürchtet nach aussen, seinem inneren Zustand nach einer schief zugeknöpften Weste glich. Dass es als Nationalstaat etwas Ungenaues, Ungeföhres darstellte – es schloss bekanntlich viele Deutsche aus, viele Nichtdeutsche ein-, war vielleicht unvermeidlich und mochte hingehen. Auch das merkwürdig Verbaute, etwas Unwahrhaftige der Bismarckschen Verfassung – der ungelöste Dualismus zwischen Reich und Preussen, die Scheinmacht des Bundesfürsten und des Bundesrats, die unklar geteilte Allmacht von Kaiser und Reichskanzler, die institutionalisierte Ohnmacht des Reichstags, die unintegrierte Armee – war nicht das Grundübel dieses Staats; Verfassungen lassen sich ändern. Was Bismarcks Reich, bei allem Glanz der Waffensiege, «von Anfang an krank» machte (so der Historiker Arthur Rosenberg in sei-

nem Werk *Entstehung der Weimarer Republik*), war eine falsche, überholte, geschichtswidrige Machtverteilung zwischen seinen Klassen.

Der Staat stand unter falschem Management. Die wirtschaftlich absinkenden, langsam parasitär werdenden preussischen Junker, die nicht wussten, wie ihnen geschah, hatten plötzlich einen modernen Industriestaat zu führen. Das kapitalistische Bürgertum, seit 1849 an Verantwortungslosigkeit gewöhnt und durch Verantwortungslosigkeit verwöhnt, suchte draussen die Macht, die ihm drinnen verwehrt war, und drängte auf aussenpolitische Abenteuer. Und die sozialdemokratischen Arbeiter, objektiv die stärkste Reserve der Nation, die willigen Erben der Verantwortung, auf die das Bürgertum verzichtet hatte, waren «Reichsfeinde».

Waren sie es wirklich? Sie waren gefürchtet, verfehmt, verhasst und in den letzten zwölf Jahren der Bismarck-Zeit, von 1878 bis 1890, verfolgt. Ohne Zweifel waren sie – damals – unversöhnliche Gegner der Staats- und Gesellschaftsordnung, die Bismarck seinem Reich gegeben hatte. Ohne Zweifel proklamierten sie die politische und soziale Revolution, über die sie freilich – schon damals – keine klaren Vorstellungen hatten, von konkreten Plänen ganz zu schweigen. Ohne Zweifel hatten sie, ebenso wie die anderen «Reichsfeinde», die katholischen Zentrumswähler, Bindungen und Loyalitäten über die Reichsgrenzen hinaus; was für die einen die katholische Weltkirche war, war für sie die Sozialistische Internationale.

Und trotzdem waren die einen sowenig Reichsfeinde wie die anderen. Im Gegenteil: Sozialdemokratie und Zentrum waren von Anfang an die eigentlichen Reichsparteien: im Reich, mit dem Reich und durch das Reich entstanden und gewachsen; tiefer in ihm verwurzelt als seine preussischen Gründer. Weder Sozialdemokraten noch Zentrum dachten im Traum daran, das Deutsche Reich, das ihr Lebenselement war, aufzulösen oder seine Auflösung zu wünschen. Sie fühlten sich vielmehr – die Sozialdemokraten noch mehr als das Zentrum – von Anfang an als Anwärter auf sein Erbe. Es ist nur leicht übertrieben, wenn Arthur Rosenberg schreibt: «So war der sozialdemokratische Parteivorstand die heimliche Gegenregierung und August Bebel auf der Höhe seines Einflusses eine Art von Gegenkaiser.»

Die Sozialdemokraten des Bismarck-Reiches waren revolutionäre Patrioten. Sie wollten inneren Umsturz und Umbau – keineswegs wollten sie äussere Ohnmacht und Auflösung. Sie wollten aus Bismarcks Reich *ihr* Reich machen – nicht um es zu schwächen oder gar abzuschaffen, sondern um es auf die Höhe der Zeit zu bringen. Freilich ist eine solche Haltung, theoretisch klar genug, in der Praxis nicht ohne Widersprüchlichkeiten. Es liegt ein gewisser Widerspruch in den beiden berühmtesten Aussprüchen des langjährigen Parteiführers August Bebel:

«Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!» und «Wenn es gegen Russland geht, werde ich selbst die Flinte nehmen!» Aber es ist nicht *dieser* Widerspruch, an dem die Sozialdemokraten 1918 gescheitert sind, sondern ein anderer.

Die deutsche soziale Revolution, die sie bis zum letzten Augenblick versprochen und anfangs auch wirklich erhofften und erstrebten, war für sie immer eine Sache des Morgen oder Übermorgen, niemals die Forderung des Tages. Nie hat sich ein deutscher Sozialdemokrat wie Lenin die Frage gestellt: «Was tun?» Die Revolution, sagte man sich, würde irgendwann «kommen»; sie war nicht etwas, das man selber hier und heute machen musste. Es genügte, sie abzuwarten; und inzwischen lebte man im Kaiserreich so, wie es nun einmal war, als Anhänger einer seiner Parteien, erfreut darüber, von Reichstagswahl zu Reichstagswahl stärker zu werden. Aber eine revolutionäre Partei, die sich begnügt, auf die Revolution zu warten, hört allmählich auf, eine revolutionäre Partei zu sein. Die wirkliche Gegenwart ist stärker als die nur erhoffte und erwartete Zukunft, besonders dann, wenn das Erhoffte und Erwartete in eine immer fernere Zukunft zurückweicht und die Gegenwart sich als immer erträglicher erweist.

Beides war der Fall. Im Jahre 1891 sagte August Bebel auf dem Parteitag der SPD: «Die bürgerliche Gesellschaft arbeitet so kräftig auf ihren eigenen Untergang los, dass wir nur den Moment abzuwarten brauchen, in dem wir die ihren Händen entfallende Gewalt aufzunehmen haben ... Ja, ich bin überzeugt, die Verwirklichung unserer letzten Ziele ist so nah, dass wenige in diesem Saale sind, die diese Tage nicht erleben werden.» Zwanzig Jahre später nannte er die Revolution nur noch «den grossen Kladderadatsch» – ein vielsagendes Wort; ein grosser Kladderadatsch ist nicht gerade etwas heiss Ersehntes. Wieder rief er seinen bürgerlichen Gegnern zu (diesmal im Reichstag): «Er [der ‚Kladderadatsch‘] kommt nicht durch uns, er kommt durch Sie selber.» Aber davon, dass der Tag der Revolution unmittelbar bevorstehe, war nicht die Rede, sondern: «Er kommt; er ist nur vertagt.» Diesmal waren wirklich nur wenige im Saale, die ihn nicht erleben sollten: Sieben Jahre später war es soweit. Aber die SPD hatte innerlich aufgehört, das, was sie jetzt den «grossen Kladderadatsch» nannte, noch wirklich zu wollen.

Es ist merkwürdig, wie genau die Schicksalsdaten der deutschen Reichsgeschichte mit denen der sozialdemokratischen Parteigeschichte zusammenfallen. Die achtundvierzig Jahre des Kaiserreichs umfassen drei deutlich getrennte Perioden: die zwanzig Jahre Bismarcks bis 1890; die Wilhelminische Periode von 1890 bis 1914; und die vier Kriegsjahre von 1914 bis 1918.

Genau dies sind aber auch die Perioden der sozialdemokratischen Parteigeschichte. In der Bismarck-Zeit war sie, wenigstens in ihrer Selbsteinschätzung, die Partei der roten Revolution. Zwischen 1890 und 1914 war sie nur noch in Worten revolutionär; heimlich hatte sie begonnen, sich als Bestandteil des Wilhelminischen Deutschland zu fühlen. Von 1914 an wurde diese Wandlung offenbar.

Auf die Frage, was die Wandlung bewirkt habe, muss man zunächst das Aufhören der Verfolgung nennen. Bismarck hatte in seinen letzten Amtswochen die Sozialistengesetze noch verschärfen wollen, bis zur Herausforderung des offenen Bürgerkriegs. Wilhelm II. liess sie fallen. Die sozialdemokratischen Führer und Funktionäre, die zwölf Jahre lang Geächtete und Gejagte gewesen waren, konnten fortan das ungefährdete, angenehme und interessante Leben parlamentarischer Honoratioren führen. Sie hätten mehr als menschlich sein müssen, um die Erleichterung nicht mit einer gewissen Dankbarkeit zu empfinden.

Aber das war nicht alles. Die ganze innenpolitische Atmosphäre des Wilhelminischen Deutschland war anders als die des Bismarckschen – entspannter, gelöster, weniger hart und streng. Das Deutschland der Jahrhundertwende war ein



Der Parteitag der SPD in Bremen vom 18. bis 24. September 1904.

glücklicheres Land als das der achtziger Jahre. In Bismarcks Deutschland hatte Stickluft geherrscht. Wilhelm II. hatte Fenster aufgerissen und Luft hereingelassen; die grosse, dankbare Popularität, die er in seinen Anfangsjahren genoss, kam nicht von ungefähr. Freilich, die wohltuende innere Entspannung wurde erzielt durch die Ablenkung gestauter Energien und inneren Überdrucks nach aussen, sozusagen auf Kosten der Aussenwelt – die sich das auf die Dauer nicht gefallen liess. Der Preis dafür war am Ende der Krieg.

Aber das war in den Jahren um 1900 noch den wenigsten erkennbar. Was besonders die Sozialdemokraten merkten, war, dass die Gewitterschwüle, die nach revolutionärer Entladung verlangt, gewichen war. Vor 1890 hatten sie die Revolution noch wirklich «kommen» sehen. Jetzt sahen sie sie in eine immer fernere Zukunft zurückweichen.

Die Wilhelminische «Weltpolitik» kam hauptsächlich dem kapitalistischen Bürgertum zugute, das für seine innere Ohnmacht jetzt, anders als unter Bismarck, durch äussere Machtentfaltung entschädigt wurde. Aber etwas von dem neuen Wohlstand der imperialistischen Expansion fiel doch auch für den deutschen Arbeiter ab. Es ging ihm noch lange nicht gut, aber es ging ihm besser als vorher; und wer Verbesserung spürt und auf weitere Verbesserung hofft, verliert die Lust an der Revolution. Die «Revisionisten» in der SPD, die in den ersten Jahren des Jahrhunderts die Revolution aus dem Parteiprogramm streichen und zu einer reinen sozialen Reformpolitik übergehen wollten, spürten ganz richtig, wie der Wind wehte. Sie wurden niedergestimmt. Auf Parteitag und Kundgebung fuhr die Partei fort, unter roten Fahnen wie eh und je die kommende Revolution zu proklamieren. Aber zwischen Worten und Gesinnungen klaffte jetzt eine immer breitere Lücke. Heimlich dachte das «marxistische Zentrum» der Partei dasselbe, was die Revisionisten offen sagten; die Parteilinke, die immer noch an eine Revolution glaubte, war eine Minderheit geworden.

Und dazu kam schliesslich ein Drittes: die glänzende parlamentarische Karriere der SPD. Von Wahl zu Wahl hatte die Partei an Wählern und Mandaten zugenommen. Seit 1912 war sie bei Weitem stärkste Partei im Reichstag. Konnte das spurlos an ihr vorübergehen? Wenn die Revolution immer unwahrscheinlicher wurde, während die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in aller Legalität wuchs und wuchs – musste ihr das nicht zu denken geben?

Der Reichstag der Bismarckschen Verfassung hatte freilich wenig Macht – aber liess sich das nicht ändern? Wollten nicht auch andere Parteien mehr Macht? Und wenn man über parlamentarische Mehrheitsbildung und Parlamentarisierung

zur Macht kommen konnte – was brauchte es dann noch eine Revolution? Niemand, nicht einmal die Revisionisten, sprach es offen aus, aber in Wahrheit war die SPD von 1914 bereits eine parlamentarische Partei, keine revolutionäre mehr. Sie wollte den bestehenden Staat nicht mehr umstürzen, sie wollte, im Bündnis mit anderen parlamentarischen Parteien, mit den Liberalen, dem Zentrum, in ihn hineinwachsen. Die Massenkundgebungen und die roten Fahnen waren nur noch traditionelles Ritual. Das parlamentarische Spiel, der parlamentarische Ehrgeiz war die Wirklichkeit der Partei geworden. Beim Kriegsausbruch 1914 erwies sich, was Schein, was Wirklichkeit war. Eine Woche lang hielt die SPD noch den revolutionären Schein aufrecht. Am 25. Juli 1914 erhob sie, im Einklang mit früheren Parteitagsbeschlüssen, «flammenden Protest gegen das verbrecherische Treiben der Kriegshetzer». In den folgenden Tagen gab es in Berlin noch sozialdemokratische Strassendemonstrationen gegen den Krieg – keineswegs ganz unbedeutende Demonstrationen; zwanzig- bis dreissigtausend Menschen waren jeweils auf den Beinen. Von den beiden Parteivorsitzenden reiste der eine, Friedrich Ebert, mit der Parteikasse nach Zürich; man richtete sich noch auf Verbot, Verhaftungen, Beschlagnahmen ein. Der andere, Hugo Haase, ein «Linker», eilte zum Büro der Sozialistischen Internationale nach Brüssel, um über internationale Aktivitäten gegen den Krieg zu beraten.

Aber als dann der Krieg wirklich da war, galt nichts mehr von alledem: Mit 96 gegen 14 Stimmen beschloss die Reichstagsfraktion, die Kriegskredite zu bewilligen; und die vierzehn Dissidenten beugten sich ausnahmslos der Mehrheit (unter ihnen auch, für diesmal noch, Karl Liebknecht, der Linkeste der Linken). Einer von den vierzehn war Hugo Haase, der zweite Parteivorsitzende, ein Melancholiker, dessen lebenslängliche Rolle es war, überstimmt zu werden und sich dann der Mehrheit zu fügen. Ihm fiel es zu, am 4. August namens der Partei und gegen seine innere Überzeugung die berühmte Erklärung abzugeben: «Wir lassen das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich.» Der Kaiser gab die ebenso berühmte Antwort: «Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.» Die deutsche Sozialdemokratie hatte ihren Frieden mit dem deutschen Kaiserreich gemacht. Sie benahm sich fortan als Staatspartei – ohne es wirklich zu sein.

Die Parteilinke, die an den alten revolutionären Zielen festhielt, war erschüttert über diesen «Verrat», und sie hielt den neuen Frieden mit dem Kaiserreich denn auch nicht durch: Im Laufe des Krieges spaltete sie sich ab; auch Teile des alten «marxistischen Zentrums» und der alten Revisionisten folgten ihr, und seit 1917 gab es zwei sozialdemokratische Parteien, die SPD und die USPD, die «Mehrheitssozialisten» und die «Unabhängigen», die einen kriegs- und staatsloy-

al, die anderen pazifistisch und – wenigstens zum Teil – revolutionär. Aber die Entscheidung vom 4. August 1914 war kein «Verrat»; sie lag, nach der Entwicklung, die die Partei im vorangehenden Vierteljahrhundert genommen hatte, in der Logik ihrer Politik, und zwar auch dann, wenn man alles abzieht, was instinktiver Patriotismus, Kriegsspanik und Kriegsbegeisterung beigetragen haben mochten. Die Partei hatte ein richtiges Gefühl dafür, dass der Krieg die Rechnung für ein Viertel] ahrhundert imperialistischer, ausgreifender Aussenpolitik präsentierte und dass von den Früchten dieser Aussenpolitik auch der deutsche Arbeiter und die deutsche Sozialdemokratie mitgenossen hatten. Insofern war es ein Fall von «Mitgegangen, mitgehangen». Vor allem aber: Wenn sie mit dem Parlament und durch das Parlament in die Staatsmacht hineinwachsen wollte, dann war der Krieg ihre Chance. Sie wurde jetzt zum erstenmal *gebraucht*. Die Partei, die das Vertrauen der Massen besass, konnte in einem Krieg der Massen nicht mehr übergangen werden. Mit ihrem «Ja» zum Krieg glaubte die SPD die Schwelle zur Macht zu betreten.

Darin täuschte sie sich und täuschte sich auch wieder nicht. Die wirkliche Macht erlangten Reichstag, Reichstagsmehrheit und Sozialdemokratie den ganzen Krieg hindurch bis zum letzten Augenblick nicht – die erlangte vielmehr das Militär. Aber die deutschen Verfassungsverhältnisse gerieten doch im Laufe des Krieges in Bewegung, und Reichstag und SPD gehörten nicht zu den Verlierern, sondern zu den Gewinnern der veränderten Verfassungswirklichkeit. Die Hauptverlierer waren Kaiser und Bundesfürsten, die aus tragenden Pfeilern zu blossen Ornamenten des Verfassungsbaus wurden; Verlierer waren auch Kanzler und Kabinett: sie wurden aus verantwortlichen Entscheidungsinstanzen mehr und mehr zu Hilfsorganen der Obersten Heeresleitung.

Die Oberste Heeresleitung war seit Herbst 1916 Deutschlands wirkliche Regierung. Der wirkliche Kaiser hiess von jetzt an Hindenburg, der wirkliche Kanzler Ludendorff. Aber hinter der stehengebliebenen monarchischen Fassade bildete sich nicht nur eine Militärdiktatur heraus, sondern zugleich so etwas wie eine heimliche Republik: Die einzige Gegenkraft, die sich neben der Obersten Heeresleitung hielt, an Gewicht gewann und immer wieder Berücksichtigung erzwang, war die Reichstagsmehrheit, die sich im Laufe des Krieges als Koalition von SPD, Fortschrittspartei und Zentrum formierte.

Die neue Verfassungswirklichkeit enthüllte sich endgültig im Juli 1917, als Oberste Heeresleitung und Reichstagsmehrheit etwas taten, wozu sie nicht die geringste verfassungsmässige Befugnis hatten: Zusammenwirkend – wenn auch

mit entgegengesetzten Fernzielen – stürzten sie den Reichskanzler. Freilich, seinen Nachfolger bestimmte nicht, wie sie es erhofft hatte, die Reichstagsmehrheit. Den bestimmte Ludendorff, und damit zeigte sich wieder, wer in Deutschland jetzt wirklich regierte. Immerhin hatte der Reichskanzler seit 1917 einen Parlamentarier als Vizekanzler; ganz ignorieren liess sich die Reichstagsmehrheit nicht mehr. Zwischen Oberster Heeresleitung und Reichstagsmehrheit herrschte in den letzten beiden Kriegsjahren ein Verhältnis nicht unähnlich dem von Regierung und Opposition in einem parlamentarischen Staat.

Die Oberste Heeresleitung regierte, und sie regierte mit harter Hand – mit Belagerungszustand, Zensur und Schutzhaft; weit strenger und härter als die verfassungsmässige kaiserliche Staatsgewalt des Vorkriegs, in deren Schuhe sie unversehens geschlüpft war. Aber anders als die kaiserlichen Autoritäten der Vorkriegszeit konnte sie die Parteien der Reichstagsmehrheit nicht mehr einfach übergehen. Sie wurden angehört, sie konnten mitreden; sie konnten sogar Kanzler stürzen.

Die Reichstagsmehrheit opponierte. Zwischen ihr und der regierenden Militärmacht fanden zwei grosse Dauerdebatten statt: über Kriegsziele und über Verfassungsreform. Die Reichstagsmehrheit mahnte zu einem Verhandlungsfrieden ohne grosse Annexionsziele. Die Oberste Heeresleitung machte sich für einen «Siegfrieden» stark. Die Reichstagsmehrheit drängte auf das Reichstagswahlrecht für alle Bundesstaaten, Pressefreiheit, Demokratisierung, Parlamentarisierung. Die Oberste Heeresleitung antwortete: «Nach dem Siege – vielleicht.» Die Debatte war zeitweise erbittert, und die Männer der Reichstagsmehrheit mussten harte Worte einstecken – von ihren parlamentarischen Kollegen auf der Rechten und von der «nationalen» Presse noch mehr als von den regierenden Militärs.

Ihrer Loyalität tat das keinen Abbruch. Sie bewilligten bis zum letzten Augenblick sämtliche Kriegskredite, und die SPD insbesondere tat ihr Bestes, die blutenden und hungernden, manchmal auch schon murrenden und streikenden Massen immer wieder zum «Durchhalten» zu überreden. Kein Gedanke daran, dass sie etwa den Krieg sabotieren könnte, wenn er nicht nach ihren Vorstellungen geführt würde. So weit gingen die Unabhängigen Sozialdemokraten, die sich seit dem Frühjahr 1917 als neue Linkspartei organisiert hatten und im Reichstag nur schwach vertreten, im Lande allerdings eine beachtliche Macht waren. Sie aber waren wieder, was die ganze SPD zu Bismarcks Zeiten gewesen war: Verfemte. Soweit ihre parlamentarische Immunität sie nicht schützte, mussten sie mit Schutzhaft rechnen oder mit der Einberufung als Armierungssoldaten und der Abkommandierung zu Strafbataillonen.

Derartiges drohte den Männern der Reichstagsmehrheit nicht mehr, auch den Sozialdemokraten nicht. Sie waren jetzt salonfähig geworden, sie gingen in den Ämtern aus und ein, und selbst im Grossen Hauptquartier wurden sie gelegentlich empfangen und höflich angehört. Es war eine ungewohnte Erfahrung für sie, und sie konnten nicht umhin, bei dieser neuen Höflichkeit und Leutseligkeit der Mächtigen ein gewisses warmes und weiches Gefühl zu verspüren.

Zwischen einigen SPD-Führern und einigen Männern der neuen Militärhierarchie bildete sich sogar eine gewisse Kameraderie heraus, zum Beispiel zwischen dem Parteiführer Friedrich Ebert und dem Eisenbahninspekteur General Wilhelm Groener. Beide hatten verschiedentlich miteinander zu tun, und sie verstanden sich gut: Beide waren süddeutsche Handwerkersöhne, der eine aus Baden, der andere aus Württemberg, und beide ernsthafte, nüchterne, tüchtige Sacharbeiter und «nationale Männer». Warum hatte man sich nur früher so fremd und feindselig gegenübergestanden?

Die sozialdemokratische Mehrheitspartei der Kriegsjahre war zwar nicht in die wirkliche Macht hineingewachsen, wohl aber in die Atmosphäre der Macht.



Parteischule der SPD 1907: Die Teilnehmer des zweiten Kurses für Parteisekretäre und ihre Lehrer. In der Mitte der Stehenden Rosa Luxemburg und August Bebel; zweiter von rechts Franz Mehring.

Sie gehörte jetzt, wenn auch einstweilen noch mehr in der Oppositionsrolle, zum «Establishment». Sie war eine nationale und loyale Oppositions- und Reformpartei, die die Regierung kritisierte, aber den Staat nicht mehr stürzen wollte. Mit Monarchie und Kapitalismus hatte sie sich abgefunden. Was sie erstrebte, war die parlamentarische Regierungsform und der Verständigungsfrieden. Mit ihren rechtsbürgerlichen Gegnern war sie bereit, sich in einem parlamentarischen System der Zukunft in der Regierung friedlich abzuwechseln; und ihre bürgerlichen Verbündeten von Fortschritt und Zentrum standen ihr weit näher als ihre abtrünnigen Genossen von der USPD. Die einen waren jetzt Freunde und Partner, die anderen waren Intimfeinde geworden.

Was bei dieser Entwicklung ein wenig brüchig wurde, das war die Beziehung zwischen Parteiführung und Parteivolk. Sie hatte immer auf straffer Disziplin und Unterordnung beruht; das Spottwort von der «königlich preussischen Sozialdemokratie» stammte schon aus Vorkriegszeiten. Aber in den Vorkriegszeiten hatte es doch zwischen den einfachen «Genossen» und ihren Führern viel Klassenolidarität, viel Zahlabend-Intimität gegeben. Die sozialdemokratischen Führer waren einfache Leute gewesen, die die Sprache einfacher Leute sprachen. Jetzt sprachen sie mitunter schon die Sprache der Herrschaft. Während sie die Sorgen der regierenden Militärs zu teilen und ihre menschlichen Qualitäten zu schätzen begannen, bekamen ihre einfachen Anhänger mehr denn je ihre ganze Härte, ja die Brutalität einer Militärherrschaft zu spüren. Eine gewisse Entfremdung war unvermeidlich. Einige der alten SPD-Hochburgen – Berlin, Leipzig, Bremen, Hamburg – wurden jetzt Zentren der neuen USPD.

Die USPD, die seit 1916 die Kriegskredite verweigerte, setzte die Traditionen der Vorkriegssozialdemokratie weit treuer fort als die Mehrheitspartei. Sie umfasste das ganze Meinungsspektrum der Vorkriegssozialdemokratie, von dem Revisionistenführer Eduard Bernstein über den Chefideologen des «marxistischen Zentrums» Karl Kautsky bis zu den internationalistischen Revolutionären der «Spartakusgruppe», Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Die USPD war keineswegs eine straffe, einige revolutionäre Linkspartei wie Lenins russische Bolschewiki. Einig zeigte sie sich nur in der Gegnerschaft gegen den Krieg, in dem sie längst keinen Verteidigungskrieg mehr sah, sondern einen imperialistischen Eroberungskrieg; und in der bitteren Abneigung gegen die kriegsloyalen Mehrheitssozialisten – die diese Abneigung von Herzen erwiderten. Für sie waren die Unabhängigen so etwas wie Vaterlandsverräter; für die Unabhängigen die Mehrheitssozialisten Verräter am Sozialismus und an der Arbeiterklasse.

Dennoch sah sich die Parteispaltung, die unter den Politikern so viel Bitterkeit, ja Hass erzeugte, von unten, aus der Perspektive der einfachen Parteimitglieder, recht harmlos an. Für viele von ihnen waren Mehrheitssozialisten und Unabhängige im Grunde immer noch dasselbe, nur in etwas verschiedener Schattierung. Auch die Mehrheitssozialisten waren ja schliesslich für einen Verständigungsfrieden und gegen die Annexionisten und «Kriegsverlängerer»; auch sie forderten Wahlrechtsreform und Demokratie, nur etwas geduldiger, in etwas milderer Tonart. Auch an sie konnte man sich wenden, wenn man als persönlich Betroffener gegen die Härten des Belagerungszustandes, gegen willkürliche Verhaftungen und Schikanen angehen wollte. Vielleicht erreichten sie mit ihren konzilianteren Methoden sogar mehr als die «Unabhängigen» mit ihrem bitteren Radikalismus. Den grossen sozialistischen Endzielen hatten schliesslich auch die Mehrheitssozialisten niemals offen abgeschworen.

Vertrauen stirbt nicht so schnell. Die Massen vertrauten immer noch ihren altgewohnten Führern – denen von der SPD kaum weniger als denen von der USPD. Diese Führer waren alles, was sie hatten. Bei der grossen Streikbewegung vom Januar 1918 wählten die Streikenden auch die SPD-Führer in die Streikleitung – und liessen sich von ihnen nach wenigen Tagen zum Abbruch des Streiks überreden. Schliesslich war immer noch Krieg, und der Krieg musste wohl durchgestanden werden. Nach dem Krieg erhofften die meisten eine Wiedervereinigung der Partei.

Nach dem Krieg – das bedeutete für den einfachen Mann in Deutschland bis tief in den Sommer 1918 hinein: nach dem Sieg, oder, allenfalls, nach einem Verständigungsfrieden. Der Gedanke an eine mögliche Niederlage war nie ernsthaft aufgekommen. Hatte man nicht vier Jahre lang ununterbrochen Siege errungen? Stand man nicht überall in Feindesland? Hatte man nicht Russland bereits zum Frieden gezwungen? Der Krieg bestand für die Menschen in Deutschland aus Hunger, aus Sorge um «die draussen» – und aus Siegesnachrichten. Man hielt durch, man biss die Zähne zusammen und kämpfte und hungerte und schuftete weiter – voller Ingrimms auf die, die trotz aller Siege keinen Frieden machen wollten. Dass sie auch noch den Krieg verlieren würden, darauf kam man nicht.

Es gab auch niemanden an der Spitze des Deutschen Reichs, der eine solche Möglichkeit je angedeutet, geschweige denn zugegeben hätte. Auch sich selbst gegenüber gaben die führenden Männer die Möglichkeit der Niederlage nicht zu, auch nicht im Sommer 1918, als sie, mit dem Fehlschlag der letzten grossen deutschen Westoffensiven und dem massenhaften Eintreffen der Amerikaner in Frankreich, schon fast zur Gewissheit geworden war. Die Monate, in denen es

notwendig gewesen wäre, sich auf die herannahende Niederlage einzustellen, und vielleicht noch möglich, sie abzufangen oder wenigstens zu mildern, wurden versäumt.

Dann begannen sich, im August und September, die Ereignisse zu überstürzen. Im Westen gingen die Alliierten an einem Frontabschnitt nach dem anderen zur Offensive über. Die Gewinne der Frühjahrsoffensiven gingen verloren, der Rückzug wurde unaufhaltsam. Die Verbündeten brachen zusammen. Am 13. September sandte Österreich einen Hilferuf aus.

Am 15. September brachen die Alliierten an der Balkanfront durch.

Am 27. September kapitulierte Bulgarien. Am selben Tag griffen die Alliierten im Westen auf breiter Front die Hindenburglinie an. Es war die letzte ausgebaute Verteidigungslinie der Deutschen. Sie wankte.

Immer noch redeten die deutschen Zeitungen von Durchhalten und Endsieg. Die Parlamentarier in Berlin, böser Ahnungen voll, aber fern von jedem Gedanken, dass das Ende herbeigekommen sei, berieten darüber, ob es nun nicht doch allmählich an der Zeit sei, die Regierung zu wechseln und ernsthaft einen Verständigungsfrieden zu suchen. Die Frage war: Wie bringt man es Ludendorff bei?

Ihnen stand eine furchtbare Überraschung bevor. Es war Ludendorff selbst, der von einem Tag auf den andern die Regierung wechselte, und die Verfassung gleich noch dazu. Er fasste die Entschlüsse, zu denen die Parlamentarier sich nicht hatten durchringen können. Er verordnete Deutschland die parlamentarische Demokratie, und er brachte die SPD in die Regierung und ans Ziel ihrer Wünsche. Aber als Morgengabe drückte er ihr die Niederlage in die Hand, und was er jetzt von ihr verlangte, das war nicht mehr die Suche nach einem Verständigungsfrieden, sondern die Kapitulation.

Der Tag, an dem dies alles geschah, war der 29. September 1918.

2

Der 29. September 1918

Der 29. September 1918, ein Sonntag, begann als schöner Spätsommertag und endete mit Herbststurm und Prasselregen: Es war der Tag, an dem in diesem Jahr der Sommer in den Herbst umschlug. Es war auch der Tag des politischen Wetterumschlags für Deutschland. An diesem Tag wurden, jäh und unvermittelt, die Beschlüsse gefasst, die das Ende des Ersten Weltkriegs, das Ende des deutschen Widerstandes und das Ende des Kaiserreichs einleiteten.

Der 29. September 1918 ist eines der wichtigsten Daten der deutschen Geschichte, aber er ist nicht, wie andere vergleichbare Daten – der 30. Januar 1933 etwa oder der 8. Mai 1945 –, ein fester Bestandteil des deutschen Geschichtsbewusstseins geworden. Das mag zum Teil daran liegen, dass nichts von dem, was an diesem Tage geschah, am nächsten Tag in den Zeitungen stand. Das Ereignis des 29. September blieb noch jahrelang Staatsgeheimnis. Aber auch als es schliesslich bekannt wurde, behielt es eine merkwürdig unbestimmte Kontur, etwas wie einen umhüllenden Geheimnisnebel.

Der 29. September 1918 war ein 8. Mai 1945 und ein 30. Januar 1933 in einem. Er brachte zugleich Kapitulation und Staatsumbau. Und beides war das Werk *eines* Mannes – und zwar eines Mannes, dessen verfassungsmässige Stellung ihm nicht die geringste Befugnis zu so ungeheuren Aktionen gab: des Ersten Generalquartiermeisters Erich Ludendorff.

Hinter dem 29. September 1918 steht immer noch das Rätsel Ludendorffs: das Rätsel seiner Macht, das Rätsel seiner Persönlichkeit und das Rätsel seiner Motive.

Ludendorffs Macht war in den letzten zwei Jahren des Krieges fast unbeschränkt geworden, und nie zeigte sich ihre Schrankenlosigkeit so grell wie an diesem Tage, da er sie weggab und ihr Instrument zerbrach. Es war eine Macht, wie sie kein anderer Deutscher vor Hitler je besessen hat, auch Bismarck nicht: diktatorische Macht.

Ludendorffs nomineller Vorgesetzter, der Chef der Obersten Heeresleitung, Generalfeldmarschall von Hindenburg, war in Wahrheit niemals etwas anderes als sein williges Werkzeug. Der Kaiser, nach dem Buchstaben der Verfassung Oberster Kriegsherr, hatte sich daran gewöhnt, jeden Wunsch der Obersten Hee-

resleitung – auf politischem ebenso wie auf militärischem Gebiet – wie einen Befehl zu vollstrecken. Kanzler und Minister kamen und gingen auf Ludendorffs Geheiss. Als sich Ludendorff schliesslich entschied, von einem Tag auf den andern aus dem Bismarckschen Deutschland eine parlamentarische Demokratie zu machen und diese parlamentarische Demokratie die weisse Fahne hissen zu lassen, fand sich niemand, der ihm widerstand oder auch nur widersprach. Was er beschlossen hatte, wurde mit lautloser Emsigkeit ausgeführt. Und doch war dieser Mann nur ein General unter vielen, bei Weitem nicht der ranghöchste, in der Obersten Heeresleitung immerhin nur der zweite Mann, und ohne jedes politische Amt oder Mandat. Was gab ihm seine ungeheure Macht?

Darauf gibt es bis heute noch keine klare und unumstrittene Antwort, und auch Ludendorffs Charakter behält etwas Rätselhaftes; er wird sogar immer rätselhafter, je genauer man ihn studiert.

Den breiten Massen bedeutete Ludendorff gar nichts; er war kein Volksheld. Das war Hindenburg, und ihm überliess Ludendorff willig alle Popularität, allen Glanz und allen Ruhm. Von Eitelkeit war er völlig frei. Man wäre versucht zu sagen, dass ihm am Schein der Macht nichts gelegen war, nur an der Macht selbst – wenn man nicht bei näherem Hinsehen bemerken müsste, dass ihm eigentlich auch die Macht selbst gleichgültig war. Hat es je einen anderen Diktator gegeben, der – so wie Ludendorff am 29. September 1918 – die Macht freiwillig aufgab, ja sogar ihre ordnungsgemässe Übergabe an seine politischen Gegner aus eigener Machtvollkommenheit befahl und organisierte?

Freilich tat er dies im Augenblick der Niederlage und, wie sich zeigen wird, nicht ohne Hintergedanken. Trotzdem: Man braucht Ludendorffs Verhalten im Augenblick der Niederlage nur mit Hitlers zu vergleichen, und man wird zugeben müssen: Machtgierig war Ludendorff nicht. Er war, auf eine eigentümlich harte, fast böse Weise, selbstlos.

Ludendorff war kein Seelenfänger und Menschenführer. Er besass weder Charme noch Dämonie, er konnte weder bezaubern noch überzeugen, noch hypnotisieren. Im Umgang war er schroff, trocken, unliebenswürdig abweisend, «kontaktarm». In seinem Fach, dem militärischen, war er ohne Zweifel ein hervorragender Könnler, obwohl schwerlich der begnadete Feldherr, den seine Anhänger später aus ihm machen wollten: kein Mann der genialen Inspiration, kein Napoleon – den gab es im Ersten Weltkrieg auf keiner Seite –, sondern ein Organisator und Administrator, auf eine rücksichtslose Weise gewissenhaft und unermüdlich in seiner Arbeit, ein tüchtiger General. Aber es gab auch andere tüchtige Generale. Wenn man fragt, was diesen bürgerlichen General von allen abhob und

ihm seine durchschlagende Macht gab, dann entdeckt man wirklich nur dies: seine harte, fast ein wenig unmenschliche Selbstlosigkeit – die ihn befähigte, ganz Wille, ganz Instrument, ganz Verkörperung zu sein.

Das war es: Ludendorff verkörperte etwas – verkörperte wie kein anderer die neue bürgerliche Herrenklasse Deutschlands, die während des Krieges die alte Aristokratie mehr und mehr beiseite drängte, verkörperte ihre alldeutschen Ideen, ihren wilden Siegeswillen, die Besessenheit, mit der sie aufs Ganze ging und «nach der Weltmacht griff». Weil er selbstlos war, frei von jeder persönlichen Rücksicht, ja eigentlich von jeder Rücksicht, weil er ganz sachlich war, sachlich auf eine etwas unheimliche, etwas unmenschliche Weise: deshalb war er imstande, jederzeit das Äusserste zu wagen und Tollkühnheit zur Routine zu machen. Und das fühlte die neue Herrenklasse Deutschlands heraus, deshalb war er ihr Mann, deswegen folgte sie ihm blind – während die feiner besaiteten Aristokraten des alten Regimes vor seiner erbarmungslosen Sachlichkeit und Zielstrebigkeit kapitulierten und die Massen murrend kuschten.

Ludendorff war der Mann, der sich anheischig machte, für Deutschland den Krieg zu gewinnen, und zwar total zu gewinnen; der Mann, der bereit war, mit



Erich Ludendorff (1865-1937), «Entdecker» Lenins, später (1923) Putschist an der Seite Hitlers in München.

harter Ruhe immer wieder *va banque* zu spielen. Alle seine Entschlüsse hatten etwas Ungeheuerliches: der unbeschränkte U-Boot-Krieg, die Unterstützung der bolschewistischen Revolution, der Gewaltfriede von Brest-Litowsk, der grosse Ostzug des Sommers 1918, unternommen im selben Augenblick, in dem er die Entscheidung im *Westen* suchte: das war sein Stil, und es war der Stil, in dem das deutsche Grossbürgertum seinen eigenen Stil wiedererkannte, in dem es sein innerstes Wesen und Wollen ausgedrückt fand. Mit Ludendorff tritt zum erstenmal ein neuer Zug im deutschen Wesen hervor – ein Zug von kalt-bessener Übertreibung und Schicksalsherausforderung, ein «Alles oder Nichts», das das Motto einer ganzen Klasse war und das seitdem aus der deutschen Geschichte nicht wieder verschwunden ist.

Auch sein einsamer Entschluss vom 29. September zeigt diese Handschrift. Er war Ludendorffs charakteristische persönliche Reaktion auf die Niederlage.

Man hat oft – fast von Anfang an – gesagt, dass Ludendorff an diesem Tage (oder genauer am vorangehenden Freitag, dem 27. September, an dem sich in seinem Kopf der Plan formte, den er dann am Sonntag durchsetzte) einfach «die Nerven verloren» habe. Es stimmt, dass Ludendorff die seit Monaten voraussehbare,



Berlin-Mitte: Aushang der Verlustlisten an der Kriegsakademie.

seit Wochen sichtlich heraufziehende Niederlage bis zum letzten Augenblick nicht hatte wahrnehmen wollen – und dann plötzlich, von einem Tag auf den andern, von krampfhafter Siegeszuversicht auf extremen, vielleicht sogar übertriebenen Pessimismus und Defätismus umschaltete. Noch im Juli hatte er, von dem neuernannten Staatssekretär des Äusseren, von Hintze, befragt, versichert, dass er sich von der bevorstehenden deutschen Offensive bei Reims den militärischen Endsieg verspreche – womit er zweifellos bereits die eigene bessere Einsicht zu übertönen suchte. Noch beim Kronrat vom 14. August, nach dem Scheitern dieser Offensive und den ersten schweren deutschen Niederlagen, hatte er es als immer noch möglich hingestellt, den feindlichen Kriegswillen durch hinhaltenden Widerstand zu lähmen, und sich damit einverstanden erklärt, dass mit Friedenschritten auf eine bessere militärische Lage gewartet werde. Jetzt, am 29. September, forderte er plötzlich ein Waffenstillstandsgesuch binnen vierundzwanzig Stunden – und zwar ausdrücklich mit der Begründung, dass er nicht mehr dafür garantieren könne, eine militärische Katastrophe an der Westfront für mehr als vierundzwanzig Stunden zu verhindern.

Natürlich musste das den Eindruck erwecken, dass er angesichts der – allerdings furchtbar bedrohlich gewordenen – Frontlage plötzlich die Nerven verloren habe; besonders, nachdem sich in den folgenden Tagen und Wochen herausstellte, dass die befürchtete Katastrophe an der Westfront nicht eintrat. Auch trifft es zu, dass Ludendorffs Härte eine brüchige Härte war und dass er schon vorher wiederholt Nervenkrisen gehabt hatte, die seine Umgebung im Hauptquartier erschreckten. Aber das war bezeichnenderweise eher in den vorangegangenen Monaten der Fall gewesen, in denen er, entgegen dem eigenen besseren militärischen Urteil, sich selbst noch zu einem nicht mehr zu verantwortenden Optimismus gezwungen hatte. An dem historischen Wochenende vom 28. und 29. September wirkte er wieder auffallend kalt, überlegen und souverän: nicht wie ein Mann, der die Nerven verloren hat, sondern eher wie einer, der seine Nerven wiedergefunden hat und einem klar durchdachten Plan folgt. Vieles spricht dafür, dass dieser Eindruck nicht trog.

Ludendorff war niemals ein Mann der Vorsicht, der Rückversicherung und der nach allen Seiten offengehaltenen Optionen gewesen. Generalstabsschulung und persönliches Temperament hatten ihm, zusammenwirkend und einander verstärkend, einen Denk- und Aktionsstil aufgeprägt, der nur scharfe, ja extreme Alternativen kannte. Ludendorff war gewöhnt, Alternativpläne in Gedanken generalstabsmässig durchzuspielen, sich dann scharf für einen zu entscheiden und den gewählten Plan mit äusserster Energie durchzuführen, ja auf die Spitze zu treiben,

ohne noch weiter rechts und links zu sehen; scheiterte der Plan, so war es Zeit für neue Alternativen und neue radikale Entscheidungen. Was Ludendorff im September 1918 gequält und manchmal an den Rand des Nervenzusammenbruchs gebracht hatte, war wahrscheinlich gerade dies gewesen, dass er sich zum planlosen Fortwursteln verurteilt gefunden hatte: Unfähig, der Möglichkeit der Niederlage ins Gesicht zu sehen, hatte er immer noch krampfhaft einen Sieg verfolgt, für den er kein klares Konzept mehr hatte. Jetzt plötzlich, am 27. September, beim Einbruch der Alliierten in die Hindenburglinie, gab es kein Ausweichen mehr: Sein militärisches Urteil führte ihm unausweichlich die Möglichkeit der unmittelbaren militärischen Katastrophe vor Augen. Er stellte sich der Niederlage. Der Schock der Erkenntnis muss furchtbar gewesen sein – aber er war auch befreiend. Denn jetzt konnte Ludendorff wieder planen. Jetzt plante er die Niederlage.

Er plante sie, wie er vorher den Sieg geplant hatte: als Militär, als General, nicht als Politiker. Im Angesicht der Niederlage konzentrierte er sich auf das eine Ziel: die Armee zu retten.

In jedem Krieg entsteht ein subtiler Konflikt zwischen Heerführung und Politik. Sieg verschleiert ihn manchmal ein wenig; Niederlage legt ihn schonungslos bloss. In gewissen verlorenen Prozessen kommt ein Augenblick, wo ein Anwalt nicht mehr an die Interessen seines Mandanten denkt, sondern nur noch daran, wie er sich selbst vor Regressansprüchen seines enttäuschten Mandanten sichern kann. Ähnlich denkt in der Niederlage die Führung einer geschlagenen Armee oft nicht mehr an die Interessen des Landes, das sie nicht mehr schützen kann, sondern nur noch daran, sich selbst und ihre militärische Ehre intakt zu halten. So war es in Deutschland 1918.

Ludendorffs festes Ziel war von dem Augenblick an, in dem er begann, die «Handhabung der Niederlage» zu planen: Die Armee muss gerettet werden – ihre Existenz und ihre Ehre. Um die *Existenz* der Armee zu retten, musste Waffenstillstand geschlossen werden – schleunigst, ohne jeden Verzug, möglichst schon morgen; jeder Tag konnte ja die militärische Katastrophe bringen. Um aber die *Ehre* der Armee zu retten, musste das Waffenstillstandsgesuch von der Regierung ausgehen, nicht etwa von der Obersten Heeresleitung. Es musste politisch motiviert werden, nicht militärisch.

Aus dieser Zielsetzung ergaben sich drei Fragen: Wie war ein Waffenstillstandsgesuch politisch zu motivieren? Welche Regierung würde bereit sein, sich dazu herzugeben? Und wie konnte sichergestellt werden, dass der siegreiche Feind den erbetenen Waffenstillstand auch wirklich gewährte?

Die Antworten auf diese Fragen konvergieren. Um politisch motiviert zu erscheinen, musste das Waffenstillstandsgesuch mit einem Friedensangebot verknüpft sein und musste von denen ausgehen, die schon immer für einen Verständigungsfrieden eingetreten waren: also von den Parteien der Reichstagsmehrheit. Diese Parteien mussten demnach in die Regierung aufgenommen werden oder selbst die Regierung bilden.

Damit die Reichstagsmehrheit sich bereitfände, unter so furchtbaren Bedingungen die Regierungsverantwortung zu übernehmen, musste man ihr etwas bieten: Das bedeutete den Verfassungsumbau, an dem ihr so viel lag, den Übergang zur parlamentarischen Regierungsform. Er würde gleichzeitig die Chancen des Waffenstillstandsgesuchs verbessern: Die Entente behauptete ja, einen Krieg für die Demokratie zu führen; insbesondere der amerikanische Präsident Wilson hatte sich mehrfach öffentlich auf das Kriegsziel einer Demokratisierung Deutschlands festgelegt. Ausgezeichnet! Wenn man ihm jetzt eine demokratische Regierung Deutschlands fix und fertig präsentierte, konnte er ihr Waffenstillstandersuchen kaum abschlagen. Seine berühmten vierzehn Punkte würde man als Grundlage für Friedensverhandlungen ebenfalls annehmen, um ihm die Ablehnung noch schwerer zu machen.

Und wenn er trotz alledem doch ablehnte – oder neue, unvorhergesehene, entehrende Bedingungen stellte? Nun, dann musste man weitersehen. Vielleicht würde die neue Volksregierung einen Volkskrieg entfesseln, eine verzweifelte *levée en masse*. Und wenn sie das nicht tat, sondern sich unterwarf – dann würde es *ihre* Unterwerfung sein; die Armee jedenfalls wäre gerettet: ihre Existenz ebenso wie ihre Ehre. Vielleicht konnte sie es sich dann sogar leisten, gegen die schimpfliche Unterwerfung einen von vornherein aussichtslosen und daher ungefährlichen Protest anzumelden – und später, nach dem Kriege, mit ihrer intakten Existenz und ihrer unbefleckten Ehre die durch Kapitulation entehrte Parlamentsregierung wieder nach Hause zu schicken.

Das war der Plan – Ludendorffs Plan für die Handhabung der Niederlage, die er jetzt als unausweichlich ansah. Er fasste ihn am 27. September. Am 28. September weihte er Hindenburg ein, der, wie üblich, zustimmte. Am 29. September gewann er nacheinander die Zustimmung des Aussenministers, des Kaisers und des Kanzlers. Es war Ludendorffs letzte grosse Operation; anders als bei seinen grossen militärischen Offensiven des Jahres 1918 gelang ihm diesmal auf Anhieb ein vollständiger Durchbruch.

Die Operation wurde mit generalstabsmässiger Präzision durchgeführt, wobei der Überraschungsfaktor eine entscheidende Rolle spielte. Bis zum Freitagabend

hatte noch niemand auch nur eine Ahnung von Ludendorffs Gesamtplan. Am 28. September morgens liess er dem Reichskanzler, dem greisen Grafen Herding, durch seinen Verbindungsoffizier in Berlin, Oberst von Winterfeldt, fürs Erste nur mitteilen, dass die Oberste Heeresleitung zu der Ansicht gekommen sei, «dass eine Umbildung der Regierung oder ein Ausbau derselben auf breiterer Basis notwendig geworden sei». Zugleich liess er dem Reichskanzler nahelegen, sofort ins Grosse Hauptquartier zu kommen. Der Sohn und Adjutant des Grafen Herding berichtet:

«Mein Vater kam sofort, nachdem Oberst von Winterfeldt sein Zimmer verlassen hatte, zu mir herein und berichtete mir den plötzlichen Wechsel in der politischen Anschauung der OHL. Es überraschte mich natürlich sehr, von ihm zu hören, dass sich die OHL von einem Tage auf den nächsten auf den Boden des Parlamentarismus stellte, dessen Anhänger sie vordem nie gewesen war.» Der Kanzler beschloss, am Abend zu reisen. Noch vor ihm reiste der Staatssekretär des Auswärtigen, Paul von Hintze.

Das geschah am Sonnabendmorgen des 28. September. Erst am Spätnachmittag, nachdem dieser Schritt schon getan war, fand Ludendorff es nötig, seinen nominellen Chef Hindenburg mit seinen Absichten bekannt zu machen. In seinen Erinnerungen berichtet er darüber:

«Am 28. September, 6 Uhr nachmittags, ging ich zum Generalfeldmarschall in dessen Zimmer, das eine Treppe tiefer lag. Ich legte ihm meine Gedanken über ein Friedens- und Waffenstillstandsangebot vor ... Wir hätten jetzt die eine Aufgabe, ohne Verzug klar und bestimmt zu handeln. Der Generalfeldmarschall hörte mich bewegt an. Er antwortete, er habe mir am Abend das gleiche sagen wollen, auch er hätte sich die Lage dauernd durch den Kopf gehen lassen und hielte den Schritt für notwendig ... Der Generalfeldmarschall und ich trennten uns mit festem Händedruck wie Männer, die Liebes zu Grabe getragen hatten und die nicht nur in guten, sondern auch in den schwersten Stunden des menschlichen Lebens Zusammenhalten wollen.»

Es geht aus dieser Schilderung nicht hervor, ob Ludendorff seinen Chef vollständig in seinen Plan einweihte oder ob er – was wahrscheinlicher ist – auch ihm nur eine Hälfte des Planes enthüllte: die militärische, so wie vorher dem Reichskanzler die politische.

Fest steht dagegen, dass der Gesamtplan am Vormittag des Sonntags in allen Einzelheiten von Ludendorff mit dem inzwischen eingetroffenen Staatssekretär des Auswärtigen, von Hintze, erörtert wurde. Es ist sogar, nach den Bekundungen Hintzes, möglich, dass Ludendorffs Plan in diesem Gespräch noch modifiziert wurde und erst durch Hintzes Beitrag seine endgültige Form bekam. Hintze war von ähnlichem geistigen Zuschnitt wie Ludendorff selbst: ein jüngerer, schneidi-

ger, kaltblütiger und scharfsinniger Mann, von Hause aus Marineoffizier und wie Ludendorff bürgerlicher Herkunft und alldeutscher Gesinnung. Von Ludendorffs brüsker Mitteilung, dass die Westfront jeden Augenblick zusammenbrechen könnte und die Lage der Armee den sofortigen Waffenstillstand erfordere, war er «niedergeschmettert», aber er fasste sich schnell. Ludendorffs Idee, dass das nunmehr erforderliche Waffenstillstandsgesuch unter der Verantwortung der Reichstagsmehrheit herausgehen müsse, hiess er gut, nur ging er noch einen Schritt weiter. Ludendorff hatte anscheinend zunächst nur an einen Eintritt von Vertretern der Sozialdemokraten, der Fortschrittspartei und des Zentrums in die bestehende Regierung gedacht, um das plötzliche Friedensangebot und Waffenstillstandsgesuch zu motivieren. Das genüge nicht, meinte Hintze. Angesichts der «katastrophalen Wirkung für Heer, Volk, Reich und Monarchie», die zu befürchten sei, müsse ein vollständiger, sichtbarer, dramatischer Systemwechsel erfolgen, eine Verfassungsänderung, eine «Revolution von oben». (Der Ausdruck fiel zuerst in diesem Gespräch – ob er von Hintze oder von Ludendorff als erstem gebraucht wurde, ist ungeklärt.) Ludendorff fürchtete zunächst, das Waffenstillstandsgesuch könne dadurch verzögert werden; aber dann machte er sich den Gedanken des Staatssekretärs schnell zueigen. Eine «Revolution von oben» – das leuchtete ihm ein; es entsprach seiner Vorliebe für das radikale Aufs-Ganze-Gehen, es setzte eigentlich erst den i-Punkt auf sein Konzept. Je vollständiger der Bruch mit der bisherigen Regierung und Verfassung war, umso glaubwürdiger würde es sein, dass das Waffenstillstandsgesuch dem eigenen politischen Willen der neuen Männer entsprungen sei – und dass die Armee nichts damit zu tun habe.

Hindenburg wurde zugezogen und stimmte, wie immer, zu. Man ging zum Essen. Für den Nachmittag war Vortrag beim Kaiser angesetzt.

«Unterdessen war der alte Reichskanzler Graf Hertling ahnungslos auf dem Wege nach Spa, dem belgischen Kurort, der seit einiger Zeit das Grosse Hauptquartier beherbergte. Sein Sohn, der mit ihm reiste, berichtet anschaulich über die Anfahrt und über das, was bei der Ankunft geschah: «Es war ein schöner, warmer und sonniger Tag. Ein eigentümliches Gefühl beschlich mich, als wir durch die uns wohlbekannte und liebgewordene Gegend kamen, die wir gerade vor einem Monat verlassen hatten. Der Herbst war mittlerweile ins Land gezogen, in allen Farben leuchteten die Wälder ... Als wir uns Spa näherten, änderte sich das Wetter, dunkle Wolken zogen auf, und bei der Einfahrt in unser Schloss begann ein leichter Sprühregen vom Himmel zu fallen. Im Hause war es kalt und ungemütlich.

Wir waren noch nicht lange da, als sich Herr von Hintze melden liess ... Das Gespräch zwischen ihm und meinem Vater war kurz. Als er fortging, kam dieser mit sehr ernstem Ausdruck zu mir ins Zimmer und sagte: ‚Das ist ja furchtbar, die OHL verlangt, dass *so bald als irgend möglich* ein Friedensangebot bei der Entente gemacht wird. Hintze hat mit seinem Pessimismus recht behalten!‘»

Der alte Kanzler hatte sich schon unterwegs entschlossen, seinen Abschied zu erbitten: Er war sein Leben lang ein überzeugter Monarchist gewesen; Parlamentarisierung wollte er nicht mitmachen. Auf den Gedanken, dass er sie abwenden könne, wenn Ludendorff sie verlangte, war er gar nicht gekommen. Und nun auch noch dies! Als Patriot war er erschüttert. Als Kanzler, der ohnehin zur Demission entschlossen war, fühlte er sich wohl eher erleichtert, dass es ihn gewissermassen nichts mehr anging.

An dem entscheidenden Vortrag Hindenburgs beim Kaiser nahm der Reichskanzler gar nicht teil. Die zivile Regierung war nur durch Hintze vertreten, der ja seit dem Vormittag mit Hindenburg und Ludendorff in vollem Einvernehmen war. Der Kaiser versuchte keinen Widerstand, er genehmigte alles: die Parlamentarisierung ebenso wie die Bitte um Waffenstillstand. Nur das Abschiedsgesuch Hintzes, das dieser sogleich vorbrachte, wies er vorläufig zurück.

So war eigentlich schon alles entschieden, als der Kaiser sich schliesslich um vier Uhr nachmittags mit Gefolge beim Reichskanzler einfand. Nur der kaiserliche Erlass über die Parlamentarisierung war noch zu redigieren und die Demission des Grafen Herding zu bewilligen. Das Merkwürdigste an den Vorgängen dieses historischen Tages ist, wie undramatisch und gedämpft, wie glatt und selbstverständlich sich alles abspielte. Immerhin handelte es sich darum, einen vier Jahre lang mit leidenschaftlicher Verbissenheit geführten Weltkrieg verlorzugeben und zugleich das Bismarcksche Verfassungsgebäude niederzureissen; aber niemand schien sich aufzuregen, und das einzige, das einige Debatten verursachte, war die Frage der Demission des Reichskanzlers und des Staatssekretärs für das Auswärtige. Ludendorff hatte alle überrumpelt, und alle spielten ihre vorbestimmte Rolle wie in Trance, als merkten sie gar nicht, was sie Ungeheuerliches taten.

«Der Kaiser», berichtet der jüngere Herding, «schien mir an diesem Tage nicht schlechter als sonst auszusehen ... Die Besprechung dauerte lange. Herr v. Hintze, der die Nacht durch nach Spa gefahren war und den ganzen Vormittag mit der OHL verhandelt hatte, sah vollständig erschöpft aus und schlief infolge der Überanstrengung bei uns im Zimmer ein, während er darauf wartete, zur Beratung zugezogen zu werden ... In der Zwischenzeit war die Erklärung des Kaisers vorbe-

reitet worden, in der dieser seinem Willen Ausdruck gab, mehr als bisher Vertreter des Volkes zu den Regierungsgeschäften heranzuziehen, und in welcher er meinem Vater die erbetene Entlassung in Gnaden bewilligte. Ich brachte das Schriftstück in das Arbeitszimmer, wo die bedeutungsvolle Unterredung noch nicht zum Abschluss gekommen war. Der Kaiser hat bei dieser nicht sehr viel gesprochen; das Wort führte für ihn sein Kabinettschef, der dabei so lebhaft debattierte, dass seine Stimme deutlich im Nebenzimmer vernehmbar war. Die Entlassung des Kanzlers war dem Kaiser mehr als schmerzlich ... Die Besprechung ist dann zu Ende gegangen. Der Kaiser verabschiedete sich freundlich wie immer von uns allen, und wir waren allein. Mein Vater war ziemlich still. Aber als ich ihm schilderte, wie wir nun bald aus dem ‚Tiefland‘ in das Hochland der lieben bayerischen Berge ziehen würden, ging doch ein stilles, fast glückliches Lächeln über seine ernsten Züge.»

Und der Kaiser? Laut seinem Chronisten Niemann «herrschte am Abend des 29. September in der kaiserlichen Umgebung stille Resignation, die aber von einer unverkennbaren Missstimmung gegen den General Ludendorff begleitet war».

Stille Resignation und eine «unverkennbare» Missstimmung, das war alles, was Kaiser und Kanzler an diesem Schicksalstag dem Willen Ludendorffs entgegenzusetzen gehabt hatten – aufzumucken wagten sie nicht.

Die verfassungsmässigen Gewalten des Kaiserreichs hatten an diesem 29. September 1918 kampflos kapituliert; sie hatten in gewissem Sinne schon abgedankt.

Nicht ganz so kampflos vollzog sich in den folgenden Tagen die Bildung einer parlamentarischen Regierung in Berlin, die zugleich mit der Regierungsgewalt die Verantwortung für die Niederlage auf sich nehmen sollte; und auch bei den Stabsoffizieren der Obersten Heeresleitung schlugen die Beschlüsse des 29. September wie eine Bombe ein.

Gratis!

nr. 210a.

Rechnungs-Belegbogen
Kassenschein
Kassenbuch

Preis 10 Pf.

Extra-Ausgabe.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kassations-Bezirk, 48, Lindenstrasse 49.
Verleger: Max Schilling, Nr. 198b.

Dienstag, den 4. August 1914.

Expedition: 48, Lindenstrasse 49.
Kassations-Bezirk, 48, Lindenstrasse 49.

Gratis!

31. Jahrg.

Rechnungs-Belegbogen
Kassenschein
Kassenbuch

Preis 10 Pf.

Die Sozialdemokratie und der Krieg!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bewilligte in der heutigen Sitzung des Reichstages die von der Regierung geforderten Kriegskredite. Gleichzeitig gab sie nachfolgende Erklärung über ihre Stellung ab:

Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Welle des Militarismus herbeigeführt wurde und die Gegensätze zwischen den Völkern sich verschärfen, sind wie eine Sturmflut über Europa hinweggeschoben. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu, die wir ablehnen.

Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften entgegenzutreten und nur in die letzten Stunden dieses Satzes durch massvolle Rundreisen in allen Ländern, namentlich im innigen Zusammenhange mit den demokratischen Vorkämpfern, für die Befreiung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen.

Jetzt stehen wir vor der schweren Last des Krieges. Uns drohen die schrecklichsten Gefahren. Jetzt ist aber gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel.

Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingeworfen sind. Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Gefallenen geschickten Brüder ohne Unterschied der Partei.

Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und Kinder die ohne Beschäftigung beruht sind, denen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken des Hungers drohen. Zu ihnen werden sich bald zehntausende verwundeter und verkrüppelter Kämpfer gesellen.

Wenn allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermessliche Not zu lindern, erachten wir als zwingende Pflicht.

Für unser Volk und seine freiwirtschaftliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes bezahlt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkennt, wie wir in Uebereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen.

Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegskredite in neuen Millionen den Völkern vor dem Kriege meden und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird.

Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Eicherung erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Wir fordern dies im Interesse nicht nur der von uns stets vertretenen internationalen Teilbarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes.

Von diesen Grundsätzen geleitet bewilligen wir die geforderten Kredite.

Die SPD nimmt in der Extra-Ausgabe des «Vorwärts» vom 4. August 1914 Stellung zum Krieg und bekundet Bewilligung der geforderten Kriegskredite.

3 Oktober

«Furchtbar und entsetzlich!» schrieb der Generalstabsoberst von Thaer am 1. Oktober in sein Tagebuch, nach der Besprechung, in der Ludendorff dem gesamten Stab der Obersten Heeresleitung das Geschehene mitgeteilt hatte. Und er berichtete weiter: «Während L. sprach, hörte man leises Stöhnen und Schluchzen, vielen, wohl den meisten, liefen unwillkürlich die Tränen über die Backen ... Da ich bei ihm für hinterher sowieso zum Vortrag gemeldet war, ging ich ihm gleich nach und – ihm ja seit so lange bekannt – umfasste mit beiden Händen seinen rechten Oberarm, was ich unter anderen Umständen mir doch nicht erlaubt hätte, und sagte: ‚Exzellenz, ist das denn Wahrheit? Ist das das letzte Wort? Wache oder träume ich? Das ist ja zu entsetzlich! Was soll nun werden?‘»

Ganz ähnliche Szenen spielten sich am folgenden Morgen im Reichstag in Berlin ab, wo ein Abgesandter Ludendorffs, der Generalstabsmajor von dem Busche, den Führern aller Parteien eröffnete: «Die Oberste Heeresleitung habe sich veranlasst gesehen, Seiner Majestät vorzuschlagen, zu versuchen, den Kampf abzubrechen, die Fortsetzung des Krieges als aussichtslos aufzugeben. Jede vierundzwanzig Stunden könnten die Lage verschlechtern und den Feind unsere eigentliche Schwäche erkennen lassen.»

Ein Zeuge hat die Wirkung so geschildert: «Die Abgeordneten waren ganz gebrochen; Ebert wurde totenblass und konnte kein Wort herausbringen; der Abgeordnete Stresemann sah aus, als ob ihm etwas zustossen würde ... Der Minister von Waldow soll den Saal mit den Worten verlassen haben: Jetzt bleibe ja nur übrig, sich eine Kugel durch den Kopf zu schiessen.» Herr von Heydebrand, der Führer der preussischen Konservativen, stürzte in den Wandelgang hinaus mit dem Schrei: «Wir sind vier Jahre lang belogen und betrogen worden!»

Während er so Generalstab und Reichstag – die beiden Machtzentren, zwischen denen sich die deutsche Politik von nun an abspielen sollte – aus der Fassung brachte, hatte Ludendorff selbst seine Fassung vollkommen zurückgewonnen. Er fühlte sich wieder als Herr der Lage, und er plante kühl und klar wie eh und je. Der Oberst von Thaer – dessen Tagebucheintragung unschätzbar ist als die einzige mehr oder weniger wörtliche Wiedergabe von Äusserungen Ludendorffs in diesen Tagen – schildert seinen Auftritt so: «Als wir versammelt waren, trat

Ludendorff in unsere Mitte, sein Gesicht von tiefstem Kummer erfüllt, bleich, aber mit hochoberem Haupt. Eine wahrhaft schöne germanische Heldengestalt! Ich musste an Siegfried denken mit der tödlichen Wunde im Rücken von Hagens Speer.

Er sagte ungefähr Folgendes: Er sei verpflichtet, uns zu sagen, dass unsere militärische Lage furchtbar ernst sei. Täglich könne unsere Westfront durchbrochen werden ... Auf die Truppen sei *kein* Verlass mehr ... So sei vorzusehen, dass dem Feinde schon in nächster Zeit mit Hilfe der kampffreudigen Amerikaner ein *grosser* Sieg, ein *Durchbruch in ganz grossem Stile* gelingen werde, dann werde dieses Westheer den letzten Halt verlieren und in voller Auflösung zurückfluten über den Rhein und werde die Revolution nach Deutschland tragen. Diese Katastrophe *müsse* unbedingt vermieden werden. Aus den angeführten Gründen dürfe man sich nun nicht mehr schlagen lassen. Deshalb habe die OHL von S. M. und dem Kanzler gefordert, *dass ohne jeden Verzug* der Antrag auf Herbeiführung eines Waffenstillstandes gestellt würde bei dem Präsidenten Wilson von Amerika zwecks Herbeiführung eines Friedens auf der Grundlage seiner 14 Punkte ...

Es sei ein schrecklicher Augenblick für den Feldmarschall und für ihn gewesen, dies S. M. und dem Kanzler melden zu müssen. Der letztere, Graf Herding, habe in würdiger Weise S. M. erklärt, er müsse daraufhin sofort sein Amt niederlegen. Nach so vielen Jahren in Ehren könne und wolle er als alter Mann nicht sein Leben damit beschliessen, dass er jetzt ein Gesuch um Waffenstillstand einreiche. Der Kaiser habe sein Abschiedsgesuch angenommen.

Exc. Ludendorff fügte hinzu: «Zur Zeit haben wir also keinen Kanzler. Wer es wird, steht noch aus. *Ich habe aber S. M. gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu danken haben, dass wir so weit gekommen sind.* Die sollen nun den Frieden schliessen, der jetzt geschlossen werden *muss*. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben!»

Und als von Thaer ihn nachher am Arm packte, «blieb er völlig ruhig und milde und sagte mit einem tieftraurigen Lächeln: «Leider Gottes ist es so, und ich sehe keinen anderen Ausweg.»

Der «Ausweg», den Ludendorff sah und der ihn «völlig ruhig und milde» bleiben liess, war nichts anderes als das Abwälzen der Verantwortung für die Niederlage, auf der sich später die Dolchstosslegende aufbauen sollte. Denn wer brockte wem denn hier eine Suppe zum Auslöffeln ein? Wenn die deutsche Niederlage noch nicht komplett und die Waffenstillstandsdebatte voreilig war, dann war es

erst recht *seine* Niederlage: Denn dann führte er sie mit dem Waffenstillstandsgesuch, auf dem er bestand, jetzt selbst herbei. Wenn es auf der Gegenseite noch Zweifel am Sieg, in Deutschland noch Zweifel an der Niederlage und daher dort noch Verhandlungsbereitschaft, hier noch Widerstandsbereitschaft gab: Die Bitte um sofortigen Waffenstillstand musste sie zunichtemachen. Damit wurde die weisse Fahne gehisst. Es war Ludendorff, der nun darauf bestand, dass dies tatsächlich geschehe. Aber nicht er wollte sich damit belasten, sondern die neue Regierung der Reichstagsmehrheit sollte «die Suppe auslöffeln». Das war der Preis dafür, dass er sie an die Regierung liess.

Ludendorff war im Augenblick seiner Niederlage derselbe kalt-tollkühne Planer, der er immer gewesen war. Wie immer ging er aufs Ganze. Er bot den Parteien der Reichstagsmehrheit, was sie in ihren kühnsten Träumen nicht erwartet hatten: die volle Parlamentarisierung, die ganze Macht. Ein unwiderstehlicher Köder! Nur freilich, der Köder war vergiftet: An ihm hing die Verantwortung für die Niederlage, die totale Niederlage, die nach dem Waffenstillstandsgesuch nicht mehr aufzuhalten war. Ludendorff stellte seinen innenpolitischen Gegnern eine Falle, wie einst den Russen bei Tannenberg, und wie die Russen bei Tannenberg tappten sie hinein – wenn auch nicht ganz, ohne misstrauisch an der Falle zu schnuppern und zurückzusehen. Prinz Max von Baden, der neue Reichskanzler, ein liberaler Fürst, der in den vorangegangenen Jahren Ludendorffs Kriegspolitik vorsichtig kritisiert hatte, fiel aus allen Wolken, als er am 1. Oktober bei der Ankunft in Berlin erfuhr, was man ihm zumutete. Ein paar Tage kämpfte er einen Verzweiflungskampf gegen das Waffenstillstandsgesuch; es ging denn auch erst am 4. Oktober hinaus, nicht am 1. Oktober, wie Ludendorff verlangt hatte. Philipp Scheidemann, damals der zweite Mann der SPD und ihr aussenpolitischer Sprecher im Reichstag, plädierte in der Fraktionssitzung ahnungsvoll gegen den Eintritt in ein «bankrotttes Unternehmen» und hatte damit einen grossen Teil der Fraktion auf seiner Seite.

Die beiden Männer, die den Widerstand des Prinzen und des sozialdemokratischen Abgeordneten brachen, waren, merkwürdig zu beobachten, das derzeitige und das künftige Staatsoberhaupt. Wilhelm II. herrschte seinen widerstrebenden Mitfürsten im Kronrat an: «Du bist nicht hierhergekommen, um der Obersten Heeresleitung Schwierigkeiten zu machen.» Und Friedrich Ebert, der sozialdemokratische Parteiführer, argumentierte in der Fraktionssitzung der SPD, wenn nun alles zusammenbräche, dürfe sich die Partei nicht dem Vorwurf aussetzen, dass sie in einem Augenblick ihre Mitwirkung versagt habe, in dem man sie dringend von allen Seiten darum gebeten habe. «Wir müssen uns im Gegenteil in die Brezche werfen.

Wir müssen sehen, ob wir genug Einfluss bekommen, um unsere Forderungen durchzusetzen, und wenn es möglich ist, sie mit der Rettung des Landes zu verbinden, dann ist es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, dies zu tun.» Ebert gewann – und schickte den widerstrebenden Scheidemann als Staatssekretär in die Regierung des Prinzen Max.

Und so erfuhr Deutschland am Morgen des 5. Oktober, dass es von jetzt ab eine parlamentarische Demokratie sei; dass es eine neue Regierung habe, in der, unter einem liberalen badischen Prinzen als Kanzler, die Sozialdemokraten, die «Scheidemänner», den Ton angaben; und dass diese Regierung sofort, als allererstes, ein Friedens- und Waffenstillstandsgesuch an den amerikanischen Präsidenten gerichtet habe. Von dem, was am 29. September geschehen war, erfuhr niemand etwas. Dass hinter dem Waffenstillstandsgesuch Ludendorff steckte, dass er es geradezu erzwungen hatte, davon ahnte ausserhalb eines ganz kleinen geschlossenen Kreises niemand in Deutschland das geringste. Ein solcher Verdacht wäre auch absurd erschienen: Hindenburg und Ludendorff – das waren doch die Männer mit den starken Nerven und dem eisernen Siegeswillen, die selbsternannten Garanten des Endsiegs. Scheidemann dagegen und der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger, die jetzt plötzlich in der Regierung sassen, das waren ja die Männer der «Friedensresolution» des Reichstags vom Juli 1917, die «Jammergestalten, Miesmacher, Flaumacher, Unglücksraben und quakenden Unken aus der Tiefe», wie ein Aufruf der freikonservativen Partei sie zur Begrüssung titulierte. Zu ihnen passte es, dass sie nun, da die Dinge schlecht standen, sofort nach Frieden schrien! «Hindenburgfrieden» und «Scheidemannfrieden» – unter diesen Schlagworten war jahrelang in Deutschland um die Kriegsziele gekämpft worden. Nun war Scheidemann in der Regierung – und schon war die Kapitulation da. Da hatte man es. Natürlich, so musste es kommen. Mit dieser Regierung war der Krieg vorbei – und verloren.

Die andere Neuigkeit, die Ankündigung einer durchgreifenden Verfassungsänderung und Parlamentarisierung, wurde von dieser ungeheuren Nachricht fast erschlagen. Ebert freilich feierte im Reichstag den 5. Oktober als «Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands» und «Geburt der deutschen Demokratie», aber kaum einer hörte hin. Verfassungsänderungen waren den deutschen Massen in diesem Augenblick verhältnismässig uninteressant, und ein Prinz als Reichskanzler – das sah nicht sehr nach Demokratie aus. Was zählte, war das Kriegsende, war die Niederlage, war die Kapitulation, das Ende des Schreckens und das Ende mit Schrecken: und das spaltete blitzartig das ganze Land in zwei Lager. Die einen vernahmen es mit Verzweiflung, die anderen mit Erleichterung. Die kriegs-

müden, hungernden Massen atmeten auf; die kriegsbegeisterten, siegeshungrigen Bürger schluchzten auf. Die einen stöhnten: «Endlich!» Die anderen stöhnten: «Verrat!» Und schon begannen die beiden Lager mit Hass aufeinander zu blicken. Nur in einem waren sich alle einig: dass nun das Ende da sei.

Gerade darin freilich täuschten sie sich: Das Ende liess auf sich warten. Der ganze Oktober ging darüber hin. Das Waffenstillstandsersuchen war an den amerikanischen Präsidenten Wilson gerichtet gewesen, der ja nicht allein darüber zu befinden hatte, und Wilson reagierte zögernd und misstrauisch und verabreichte seine Vorbedingungen tropfenweise. Zwischen dem 8. und dem 23. Oktober sandte er drei Noten. In der ersten forderte er den Rückzug aus den besetzten Gebieten. In der zweiten forderte er die Einstellung des U-Boot-Krieges. In der dritten forderte er, kaum verhüllt, die Abdankung des Kaisers. Inzwischen ging der Krieg weiter. An der Westfront wurde weiter gestorben, in der Heimat wurde weiter gehungert. Sogar neue Gestellungsbefehle gingen in diesem Monat Oktober 1918 noch massenhaft hinaus: Die Siebzehnjährigen wurden eingezogen.

Um jede Antwort an Wilson wurde in Berlin, und zwischen Berlin und dem Hauptquartier in Spa, tagelang gerungen, und merkwürdig! – jetzt verkehrten sich dabei die Fronten.

In der ersten Oktoberwoche hatte sich der Reichskanzler dem Waffenstillstandsgesuch verzweifelt widersetzt, und Ludendorff hatte gebieterisch darauf bestanden. Aber jetzt, da es heraus war, sah die Reichsregierung keine Möglichkeit der Umkehr mehr, während Ludendorff sich mehr und mehr von seiner ursprünglichen Position zurückzog. Jetzt war er plötzlich wieder für Abbruch des Notenwechsels und Weiterkämpfen – und das, obwohl die Lage Deutschlands von Tag zu Tag verzweifelter wurde.

Der grosse alliierte Durchbruch an der Westfront freilich, den Ludendorff in den letzten Septembertagen befürchtete hatte, war ausgeblieben. Die Westfront wankte und wich, aber sie zerbrach nicht – den ganzen Monat Oktober hindurch nicht, und auch im November nicht; noch am Tage des Waffenstillstands gab es im Westen eine zusammenhängende deutsche Front, wenn auch in vollem Rückzug und ohne Hoffnung, noch einmal zum Stehen zu kommen. Aber die letzten Verbündeten, Osterreich-Ungarn und die Türkei, brachen im Laufe des Oktober zusammen, und vom Balkan und von Italien her rückten alliierte Armeen unaufgehalten den unverteidigten deutschen Südgrenzen näher. Der Verlust des rumänischen Öls liess den Tag absehen, an dem der Nachschub für die Truppen ebenso wie die Fliegerei und die Marine zum Stillstand kommen würde. Selbst wenn es im Westen vielleicht noch möglich gewesen wäre, sich in den Winter hinein zu

retten – an einen Frühjahrsfeldzug war nicht mehr zu denken.

Man würde Ludendorffs militärische Urteilskraft unterschätzen, wenn man ihm unterstellte, dass er allein das nicht gesehen hätte. Wie jeder andere musste er sich in der zweiten Oktoberhälfte darüber klar sein, dass die Niederlage nun wirklich nicht mehr aufzuhalten war und dass ein schleuniger Waffenstillstand jetzt die einzige Möglichkeit bot, dem Lande wenigstens die Schrecken einer Invasion zu ersparen. Und doch machte er sich jetzt zum Advokaten eines Verzweiflungskampfs bis zum Letzten – so als ob es nie einen 29. September gegeben hätte.

Es gibt für Ludendorffs Kehrtwendung keine militärische oder aussenpolitische Erklärung, sondern nur eine innenpolitische. Ludendorff war kein Freund der parlamentarischen Demokratie. Wohl hatte er selbst am 29. September die Parlamentsregierung dekretiert – aber gewiss nicht, um daraus eine erfolgreiche Dauereinrichtung zu machen, sondern nur, um sie mit dem Makel der Niederlage und der Kapitulation zu behaften und sie damit, nach getaner Arbeit, umso schneller und umso sicherer wieder zu Fall bringen zu können. Der erste Schritt war ihm über jedes Erwarten gelungen. Die neue parlamentarische Regierung hatte die ganze Verantwortung für das Waffenstillstandsgesuch auf sich genommen und die Oberste Heeresleitung gegen jeden Vaterschaftsverdacht abgedeckt. Noch am 16. Oktober wurde auf der Pressekonferenz der Reichsregierung die Direktive ausgegeben: «Unter allen Umständen muss der Eindruck vermieden werden, als gehe unser Friedensschritt von militärischer Seite aus. Reichskanzler und Regierung haben es auf sich genommen, den Schritt von sich ausgehen zu lassen. Diesen Eindruck darf die Presse nicht zerstören.» Mit dieser loyalen Selbstverleugnung versuchte die Regierung der Reichstagsmehrheit einen patriotischen Bluff gegenüber dem feindlichen Ausland: In Amerika, England und Frankreich sollte möglichst bis zum letzten Augenblick niemand merken, dass die Oberste Heeresleitung selbst den Krieg verlorengelassen hatte. Aber gerade damit lieferte sich die Parlamentsregierung der Obersten Heeresleitung ans Messer: Wenn sie selbst darauf bestand, aus freien Stücken die weiße Fahne gehisst zu haben, dann konnte die Heerführung es sich wieder leisten, gegen solch schwächliches und schmachliches Aufgeben zu protestieren – und so die spätere Anklage des «Dolchstosses von hinten» vorbereiten; und dies umso ungefährdeter, je offensichtlicher es kein Zurück mehr gab. Von Mitte Oktober an fand sich Ludendorff wieder in der Lage, die heroische Rolle des unbesiegten und kampfwilligen Soldaten zu spielen, der sich einer friedenssüchtigen, kapitulationswilligen Regierung von knieweichen Demokraten mannhaft widersetzt.

Die erste Wilson-Note hatte er noch geschluckt. Nach der zweiten erklärte er grollend seine Missbilligung und lehnte jede Verantwortung für eine zustimmende Antwort ab. Nach der dritten gab er am 24. Oktober, ohne die Reaktion der Reichsregierung auch nur abzuwarten, eigenmächtig einen Armeebefehl heraus, in dem es hiess, die Note sei unannehmbar und könne «für uns Soldaten nur die Aufforderung sein, den Widerstand mit äussersten Kräften fortzusetzen».

Damit aber hatte Ludendorff seine Karten überreizt. Das Unerwartete geschah: Der Reichskanzler Prinz Max von Baden, ein vornehmer, eher weicher Mann und eigentlich keine Kämpfernaut, setzte sich zur Wehr. Er stellte den Kaiser vor die Wahl: «Ludendorff muss gehen – oder ich gehe.» Und diesmal war es Ludendorff, der gehen musste.

Am 17. Oktober, in einer Kabinettsitzung, an der Ludendorff teilnahm, hatte Prinz Max «das Vertrauen zum Menschen Ludendorff verloren». – «Heute hat der General Ludendorff mit keiner Silbe das Waffenstillstandsangebot und seine katastrophalen Wirkungen in der Welt und in Deutschland erwähnt, dagegen die Waffenstillstandsbesprechungen in Berlin für die Ermutigung des Feindes und die Verschlechterung der Frontstimmung verantwortlich gemacht.» Vielleicht durchschaute der Prinz nicht einmal ganz das hinterhältige Spiel, das Ludendorff mit der Regierung vorhatte; aber er spürte, mit dem Instinkt des Aristokraten aus regierendem Haus, etwas Illoyales, Selbstherrliches, Unzuverlässiges in Ludendorffs Kehrtwendung. Der Armeebefehl vom 24. Oktober und eine gegen den ausdrücklichen Willen des Kanzlers am folgenden Tag unternommene zweite Reise Hindenburgs und Ludendorffs nach Berlin brachten dann das Fass zum Überlaufen: «Für mich stand fest: Diese Reise durfte nur mit der Entlassung des Generals Ludendorff enden. Die Eigenmächtigkeit war nur der Anlass. Der Wunsch, die innere und äussere Situation zu erleichtern, sprach mit. *Entscheidend war das verlorene Vertrauen.*»

Und nun zeigte sich plötzlich, dass in einer solchen Krise zwischen Reichsregierung und Oberster Heeresleitung Ludendorff nicht mehr der Stärkere war: Mit dem erzwungenen Waffenstillstandsgesuch hat er selbst den Ast abgesägt, auf dem er sass. Die Grundlage seiner schrankenlosen Macht war zwei Jahre lang gewesen, dass er sich für den Sieg verbürgte. Seit er das nicht mehr tat, war er nur noch ein General wie jeder andere. Vor dem 29. September hatte Ludendorff bei jedem Konflikt nur mit seinem Rücktritt zu drohen brauchen, um alles durchzusetzen, was er wollte. Als er jetzt dasselbe noch einmal tat, musste er erleben, dass der Kaiser ihm erwiderte: «Na, wenn Sie durchaus gehen wollen, dann meinethwegen.»

Dies geschah am 26. Oktober, morgens um zehn Uhr, auf einer Audienz im Schloss Bellevue in Berlin, wo Ludendorff und Hindenburg vom Kaiser «sehr ungnädig» empfangen wurden. Der Kaiser machte Ludendorff persönlich Vorwürfe – wegen des Waffenstillstandsangebots, aber auch wegen des eigenmächtigen Armeebefehls vom 24. Oktober – und erklärte ihm rundweg, er habe sein Vertrauen verloren.

Ludendorff hatte noch einen letzten Pfeil im Köcher – oder glaubte ihn wenigstens zu haben. Als der Kaiser des Generals Entlassungswunsch so wegwerfend annahm, «trat der Feldmarschall [Hindenburg] aus der bisher geübten Zurückhaltung heraus und bat gleichfalls um seine Entlassung, die der Kaiser mit den kurzen Worten ablehnte: ‚Sie bleibend Der Feldmarschall verneigte sich bei dieser kaiserlichen Entscheidung. Kaum hatte der Kaiser das Zimmer verlassen, als es zu einer kurzen erregten Aussprache zwischen Hindenburg und Ludendorff kam, der dem Feldmarschall vorwarf, er habe ihn in dieser entscheidenden Stunde im Stich gelassen. Als der Feldmarschall ihn beim Besteigen des Kraftwagens aufforderte, mit ihm zusammen zurückzufahren, habe er dies abgelehnt und sei allein in den Generalstab zurückgekehrt.› Dies berichtete Ludendorff unmittelbar nach der Audienz dem Oberst von Haefen, der es aufgezeichnet hat.

So trübselig endete die Diktatur des Generals Ludendorff.

Merkwürdigerweise ging das Ereignis, das noch einen Monat zuvor die deutsche Öffentlichkeit erschüttert hatte wie kein anderes, fast unbeachtet vorüber. Die Ereignisse waren über die Person Ludendorffs bereits hinweggegangen.

Denn nicht nur die Kriegslage, auch die innere Stimmung und Verfassung Deutschlands hatten sich in den Wochen seit dem Waffenstillstandsgesuch gewaltig verändert. «Zwei Stimmungen», berichtete der sächsische Gesandte in Berlin an sein Ministerium, «beherrschen die Massen. Die eine ist eine aufs Äusserste gesteigerte Friedenssehnsucht, die andere eine unverkennbare Bitterkeit darüber, dass die früheren Regierungen sich über die Grenzen der deutschen Kraft nicht klargeworden seien und den Glauben an deutsche Unbesiegbarkeit so stark genährt hätten, dass sich weite Kreise in falscher Sicherheit wiegten.» Friedenssehnsucht also und Vertrauenskrise, verbunden mit der seit dem 5. Oktober feststehenden Gewissheit, dass der Krieg verloren und jedes weitere Opfer vergeblich sei: Das ergab eine explosive, unberechenbare Massenstimmung. Und dazu kam, als Tag für Tag verging und der überfällige Waffenstillstand nicht näherrückte, Ungeduld – bitter gereizte, fast schon unerträgliche Ungeduld.

Den Gesprächsstoff lieferten die Noten, mit denen Präsident Wilson die über Nacht proklamierte Demokratisierung Deutschlands in Frage stellte und auf weitere Umgestaltung drängte. Der Notenwechsel zwischen der Regierung des Prinzen Max und dem amerikanischen Präsidenten war wohl der merkwürdigste, der je einem Waffenstillstand zwischen kriegführenden Mächten vorausgegangen ist. Fast glich er einem akademischen Disput zwischen Staatsrechtlern verschiedener Richtungen. Die deutschen Noten beteuerten wieder und wieder, dass seit den Verfassungsreformen des Oktober die deutsche Regierung kein autokratisches Regiment mehr vertrete, sondern allein dem Volk und seinem frei gewählten Parlament verantwortlich sei. Der Präsident wollte das nicht so recht glauben – und ganz grundlos war seine Skepsis ja nicht. «So bedeutungsvoll und wichtig auch die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen in seiner Note vom 20. Oktober spricht», formulierte Wilson in seiner Antwort drei Tage später, «so geht daraus doch nicht klar hervor, dass der Grundsatz einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung bereits völlig durchgeführt ist oder dass irgendwelche Bürgschaften vorhanden sind oder erwogen werden, dass die jetzt teilweise vereinbarte grundsätzliche und praktische Reform von Dauer sein wird ... Es liegt auf der Hand, dass das deutsche Volk keine Mittel hat, die Unterwerfung der Militärbehörden des Reichs unter den Volkswillen zu erzwingen, dass der beherrschende Einfluss des Königs von Preussen auf die Reichspolitik ungeschwächt ist, dass die entscheidende Initiative immer noch bei denen liegt, die bis jetzt Herren von Deutschland gewesen sind.» So ganz falsch war das alles nicht. Wilson – von Hause aus Professor der Staatswissenschaft – mochte ein Doktrinär sein, seine (ganz aufrichtige) Auffassung des Krieges als eines Kreuzzuges für die Demokratie mochte etwas von Donquichotterie haben: Seine Analyse der deutschen inneren Lage traf trotzdem den Kern der Sache. Existierte nicht die neugebackene parlamentarische Demokratie wirklich nur von Gnaden der Obersten Heeresleitung? Sass sie wirklich fest im Sattel, solange überall im Lande noch der Belagerungszustand herrschte und die Generalkommandos regierten? War die Regierung des Prinzen Max mehr als ein dünner parlamentarischer Schleier vor der alten Wirklichkeit, solange sie ihre Existenz nur einer «Revolution von oben» verdankte?

Seit der dritten Wilson-Note waren in Deutschland plötzlich zwei Worte in aller Munde, die vor drei Wochen noch niemand gehört hatte: «Kaiserfrage» und «Revolution». Wenn die Person des Kaisers dem Waffenstillstand im Wege stand – sollte er dann nicht das Opfer einer Abdankung bringen? So fragten plötzlich nicht

nur sozialdemokratische Arbeiter, so fragten auch überzeugte Monarchisten; nicht nur das Volk, sondern auch die Minister. Um die Frage «Monarchie oder Republik» ging es dabei noch nicht; im Gegenteil, viele Männer in verantwortlichen Stellungen, einschliesslich des Reichskanzlers, sahen in einem Thronverzicht des Kaisers jetzt das Beste, ja das einzige Mittel zur Rettung der Monarchie. Mit einer Regentschaft und einem schnellen Waffenstillstand, so rechneten sie, waren Staat, Verfassung und Monarchie noch zu halten. Wenn aber an der «Kaiserfrage» der Waffenstillstand scheiterte, dann drohte die Revolution.

Wie und woher die Revolution kommen würde, wusste noch niemand. Aber auf eine unheimliche, ungreifbare Weise schien sie sich entzünden zu wollen: Die Massen, so fürchtete man, würden sich verzweifelt erheben, um den Kaiser loszuwerden, der zwischen ihnen und dem Frieden stand – und wenn sie das täten, würden sie mit ihm zugleich alles hinwegfegen: Monarchie, Staat, Heer und Flotte, Regierung und Obrigkeit, Adel und Grossbürgertum.

Dem musste man zuvorkommen. So dachte nicht nur Prinz Max von Baden, so dachte auch Friedrich Ebert. Auch ihm machte die drohende Revolution schwere Sorge. Die äussere Niederlage war nicht mehr aufzuhalten, und sie war schlimm genug. Niederlage nach aussen und Revolution im Innern – das war zuviel, damit war nicht fertig zu werden. Der Gedanke daran erfüllte Ebert mit Grauen. Deswegen war sein Programm jetzt dasselbe wie das der Reigerung, die er nach Kräften von aussen stützte: Abdankung des Kaisers – schneller Waffenstillstand – Regentschaft – Rettung der Monarchie.

Der Kaiser seinerseits dachte nicht an Abdankung, aber die Revolution fürchtete auch er: Gerade deshalb wünschte er den Waffenstillstand nun genauso dringend herbei wie Volk und Regierung. Er brauchte das Heer, um in der Heimat die Revolution niederzuschlagen, wenn sie ausbrechen sollte. Dazu aber musste Waffenstillstand geschlossen werden. Das Heer durfte nicht länger kämpfend an den Feind gefesselt sein, es musste kehrtmachen und gegen die aufrührerische Heimat marschieren können. Wenn Ludendorff das nicht mehr zulassen wollte, dann musste er eben gehen. Der Heerführer, den der Kaiser zur Niederschlagung der Revolution ins Auge gefasst hatte, war General Groener – ein nüchterner Schwabe, von dem man erwartete, dass er die äussere Niederlage, die nicht seine war, gelassen hinnehmen, aber zu Hause mit fester Hand Ruhe und Ordnung schaffen würde. Am 30. Oktober verliess der Kaiser unangemeldet Berlin, entzog sich den taktlosen Abdankungsdebatten der Hauptstadt und bezog Kampfstation im Grossen Hauptquartier, inmitten seiner militärischen Paladine.

Eine zwielichtige Periode, dieser Monat Oktober 1918 – eine Periode zwischen Krieg und Frieden, zwischen Kaiserreich und Revolution, zwischen Militärdiktatur und Parlamentsdemokratie. Je mehr der Monat fortschritt, umso mehr verschwanden die Orientierungsmarken des normalen politischen Lebens wie in einem Nebel. Die einzelnen Akteure gerieten einander ausser Sicht – fast schon ausser Rufweite; jeder bangte um etwas anderes: der Kaiser um seinen Thron, die Oberste Heeresleitung um den Zusammenhalt der Armee, der Kanzler um den rechtzeitigen Waffenstillstand, die sozialdemokratische Parteiführung um die Geduld der Massen. In Berlin (und nur dort) verabredeten sich auch einige Verschwörer, die revolutionäre Aktionen planten, erst für den 4., dann für den 11. November. Auch sie bangten – um die Durchführbarkeit ihrer Pläne. Denn wenn auch alles von der Möglichkeit einer Revolution sprach – niemand wusste, ob die Massen wirklich fähig und bereit zum Aufstand waren; und niemand wusste, wieviel Widerstandskraft die alten Mächte noch aufbringen würden, wenn es zum Aufstand kam.

Am Ende waren es nicht die Berliner Revolutionsplaner, die die Revolution in Gang setzten, und es war nicht die «Kaiserfrage», die sie auslöste, sondern ein Verzweiflungsakt der Marineleitung, mit dem niemand gerechnet hatte.

Um ihn zu verstehen, hören wir noch einmal die Stimme Ludendorffs. Ludendorff war gegangen – mit falschem Pass nach Schweden –, aber sein Geist lebte noch in den Stäben von Heer und Flotte. Am 31. Oktober schrieb Ludendorff nieder, was ihn jetzt bewegte: «Gewiss konnte sich unsere Lage nicht bessern. Das Verhängnis im Südosten schritt seinen Gang weiter, darüber bestand kein Zweifel. Die äusserste Kraftanstrengung des deutschen Volkes hätte aber ernüchternd auf Völker und Heere Frankreichs, Englands und wohl auch Amerikas gewirkt. Einige Monate könnten wir den Krieg noch halten. Eine Festung, die sich ergibt, bevor das Letzte hergegeben ist, steht unter dem Fluch der Unehre. Ein Volk, das Demütigungen hinnimmt und sich Bedingungen aufzwingen lässt, die seine Existenz vernichten, ohne das Letzte eingesetzt zu haben, ist dem Untergang verfallen. Muss es sich das gleiche nach der äussersten letzten Kraftanstrengung gefallen lassen, so wird es leben.»

Darin ist vieles unrealistisch und unlogisch, aber *ein* Gefühl ist echt. Existenzvernichtung natürlich kann nie überlebt werden, auch nicht nach einer äussersten letzten Gegenwehr, und war ja übrigens auch in Wilsons Bedingungen nicht inbegriffen. Dass Deutschland «einige Monate den Krieg noch halten» könne, wäre vor dem 29. September vielleicht zutreffend gewesen; jetzt nicht mehr. Aber

wenn Ludendorff von dem «Fluch der Unehre» spricht, der den trifft, der den Kampf vor völliger Kampfunfähigkeit einstellt, dann rührt er an Wirkliches und Wirksames: an einen ganz bestimmten Ehrbegriff, der damals dem deutschen Offizierskorps, überhaupt der deutschen Oberschicht, fest in den Knochen sass; einen Ehrbegriff, den man starr und formal nennen mag, der heute schon etwas Historisch-Vergilbtes hat, der jedoch damals eine machtvolle psychologische Realität war. Er beherrschte das Denken, Fühlen und Handeln der deutschen Oberklasse, die sich durch ihn selbst definierte und von den nicht satisfaktionsfähigen Massen abhob. Dieser Ehrbegriff schied die Ober- und Unterklassen in zwei getrennte Welten. Merkwürdig, dass Ludendorff ihn am 29. September so ganz vergessen hatte, sich nun aber seiner erinnerte.

Andere hatten ihn nicht vergessen, schon damals nicht. Erinnern wir uns der Reaktion seiner eigenen Staboffiziere auf seinen Kapitulationsentschluss – «man hörte leises Stöhnen und Schluchzen, vielen, wohl den meisten, liefen unwillkürlich die Tränen über die Backen». Sie fühlten sich entehrt. Die Massen daheim, auch die Massen der einfachen Soldaten und Matrosen mochten sich durch die Aussicht auf Frieden und Weiterleben erleichtert fühlen, auch wenn der Krieg verloren war, auch wenn der Kampf aufgegeben wurde, bevor «das Letzte» hergegeben war; die Offiziere nicht. Für sie war Aufgeben Schande. Der Schande zogen sie den Tod vor. Und die Mannschaften hatten gefälligst mitzusterben.

Die Mannschaften aber wollten nicht mehr sterben – nicht mehr jetzt, nachdem der Krieg verlorengegeben war, und nicht um einer Ehre willen, die eine Klassen-ehre war, an der sie nicht teilhatten und die ihnen nichts bedeutete. Und daran, nicht an der Kaiserfrage, entzündete sich nun tatsächlich die Revolution.

Als die Marineoffiziere mit der «Hergabe des Letzten» Ernst machen wollten, meuterten die Matrosen – und rissen Heimatheer und Arbeiterschaft mit. Was hier aufstand, war ein elementarer Lebenswille, und wogegen er aufstand, war ein überspannter Ehrbegriff, der den heroischen Untergang verlangte. Drei Tage nach Ludendorffs Entlassung, zwei Tage nach der Annahme der letzten Wilson-Note, während die Regierung in Berlin damit beschäftigt war, den Kaiser loszuwerden und die Monarchie zu retten, und während die Waffenstillstandsdelegation sich zur Abreise rüstete, begann in Deutschland die Erde zu beben.

4

Die Revolution

Der erste Historiker der Weimarer Republik, Arthur Rosenberg, hat die deutsche Novemberrevolution von 1918 «die wunderlichste aller Revolutionen» genannt. «Die Massen, die hinter der Reichstagsmehrheit standen, rebellierten gegen die Regierung Prinz Max von Baden, das heisst, eigentlich gegen sich selbst.»

Rosenbergs Analyse der Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik ist immer noch die tiefste und scharfsinnigste, die es bisher gibt, aber in diesem Punkt irrt Rosenberg. Die Massen rebellierten nicht gegen die Regierung. So seltsam es klingt: Sie rebellierten *für* die Regierung.

Das Erdbeben der zweiten Novemberwoche begann bekanntlich mit einer Meuterei der Matrosen der Hochseeflotte gegen die Flottenführung, aber was diese Mannschaftsmeuterei auslöste – das ist nachher ständig verwischt worden –, war eine andere Meuterei: eine Meuterei der Flottenführung gegen die Regierung und ihre Politik.

Als sich die Mannschaften dagegen auflehnten, glaubten sie im Sinne der Regierung zu handeln. Die dramatische Kraftprobe zwischen Matrosen und Seeoffizieren, die sich am 30. Oktober 1918 auf Schilling-Reede vor Wilhelmshaven abspielte und von der die Revolution ausging, war keine Kraftprobe zwischen Regierung und Revolution. Sie war die erste Kraftprobe zwischen Gegenrevolution und Revolution – und den Eröffnungszug machte die Gegenrevolution.

Nach der von Wilson geforderten und von der Reichsregierung befohlenen Einstellung des U-Boot-Krieges am 20. Oktober beschloss die Flottenführung, jetzt noch eine Entscheidungsschlacht zwischen der deutschen und der englischen Hochseeflotte zu suchen. Das war ein einsamer Entschluss, und es war seinem Wesen nach ein meuterischer Entschluss. Er wurde hinter dem Rücken der neuen Regierung gefasst und vor der Regierung streng geheimgehalten. Dahinter steckte unformuliert und vielleicht nur halb bewusst, aber unverkennbar, der Wunsch, die «Revolution von oben», die diese Regierung der parlamentarischen «Jammergealten und Flaumacher» ans Ruder gebracht hatte, zu ignorieren und als ungeschehen zu behandeln, wenn nicht ungeschehen zu machen.

Man hat später das damals beschlossene Auslaufen der gesamten deutschen

Hochseeflotte zu einer blossen Hilfsaktion für die schwerbedrängte Landfront herunterzuspielen versucht, zu einer militärischen Routineoperation, von der die Regierung nichts zu wissen brauchte. Das ist eine unhaltbare Schutzbehauptung und Ausrede. Die Landschlacht im Westen, deren kritische Punkte weit landeinwärts liegen, war von See her nicht entscheidend zu beeinflussen. Niemand war je auf einen solchen Gedanken gekommen, auch die Oberste Heeresleitung nicht. Sie hatte niemals Flottenhilfe für das Landheer angefordert, einfach, weil solche Hilfe militärisch ganz sinnlos gewesen wäre. Nein, wenn die deutsche Hochseeflotte, was sie seit zwei Jahren nicht mehr getan hatte, jetzt in voller Stärke in See stechen sollte, dann konnte das nur *einen* Sinn haben, denselben wie im Mai 1916 am Skagerrak: die englische Flotte zur entscheidenden Seeschlacht herauszufordern.

Eine solche Seeschlacht konnte das Kriegsglück nicht mehr wenden: selbst im unwahrscheinlichen Fall eines Sieges über die englische Flotte nicht, denn hinter der englischen Flotte stand jetzt die amerikanische, die die Blockade weiter erzwingen konnte, und überdies spielte die Blockade nun, da die Entscheidung an den Landfronten zur Hand war, für den Ausgang des Krieges keine Rolle mehr. Aber die furchtbaren Blutopfer einer grossen Seeschlacht, ganz gleich, wie sie ausging, mussten die Erbitterung und den Kriegswillen der Feindmächte noch einmal zur Weissglut anfachen und alle Hoffnungen auf einen schnellen und glimpflichen Waffenstillstand, wie ihn die deutsche Regierung dringend erstrebte, zunichtemachen. Der Entschluss zur Seeschlacht war daher, in diesem Augenblick mehr als je, ein hochpolitischer Entschluss, und zwar einer, der der Regierungspolitik direkt ins Gesicht schlug. Wenn die Flottenführung ihn selbstherrlich fasste, dann war das Gehorsamsaufkündigung grössten Stils, Insubordination, Offiziersmeuterei. Und dieser Offiziersmeuterei antwortete nunmehr eine Mannschaftsmeuterei.

Unter den Mannschaften der deutschen Hochseeflotte schwelte seit Langem Unzufriedenheit. Schon 1917 hatte es Disziplinverletzungen mit politischen Untertönen gegeben, die mit eiserner Hand unterdrückt und furchtbar bestraft worden waren. Aber seit diesem Strafgericht hatte sich nichts dergleichen wiederholt, und nichts, nicht das geringste spricht dafür, dass die eingeschüchterten Matrosen jetzt, mit dem ersehnten Kriegsende unmittelbar vor Augen, von sich aus vorgehabt hätten, noch im letzten Augenblick ihr Leben in einer grossen Meuterei aufs Spiel zu setzen. Freilich: ebensowenig in einer grossen Seeschlacht. Als man sie aber plötzlich vor die Wahl stellte, entweder so oder so ihr Leben noch einmal in

die Schanze zu schlagen, entschieden sich die Mannschaften mehrerer grosser Schiffe (noch längst nicht aller) für die Meuterei. Gewiss nicht aus Feigheit – Meuterei im Kriege erfordert noch mehr persönlichen Todesmut als Kampf in der Schlacht –, sondern weil sie sich im Recht glaubten.

Auf der «Thüringen», einem der beiden letzten Linienschiffe, die am 30. Oktober die Ausfahrt verweigerten, ging ein paar Tage zuvor ein Matrosenabgesandter zum Ersten Offizier und erklärte, dass der geplante Flottenvorstoss wohl nicht im Sinne der neuen Regierung sei. Der Erste Offizier antwortete bitter (nach der späteren Aussage des Matrosen vor dem kriegsgerichtlichen Untersuchungsführer): «Ja, das ist *Ihre* Regierung!» Ein Wortwechsel, der blitzartig beleuchtet, wie die Fronten jetzt in Wirklichkeit verliefen. Es waren die Offiziere, die die Regierung nicht mehr als die ihre anerkannten; die Mannschaften, die sich für «ihre» Regierung schlagen zu müssen glaubten. Wie sie es sahen, übten sie legitime Staatsnotwehr und verteidigten das höhere Recht; wenn sie meuterten, dann meuterten sie gegen Meuterer.

Die Meuterei auf Schilling-Reede – ein verheimlichtes Drama, von dem noch tagelang niemand in Berlin oder im Hauptquartier in Spa etwas erfuhr – endete unentschieden. Nach atemberaubenden Minuten, in denen die meuternden und die noch nicht meuternden Schiffe aus nächster Nähe ihre riesigen Kanonen aufeinander gerichtet hatten, ergaben sich die Meuterer. Insofern hatten die Offiziere gesiegt. Aber der Flottenvorstoss wurde aufgegeben: Mit einer so unzuverlässigen Mannschaft glaubten die Admirale eine Seeschlacht nicht mehr wagen zu können. Insofern hatten die Mannschaften gesiegt. Die auf Schilling-Reede versammelte Flotte wurde wieder zerstreut. Nur ein Geschwader blieb vor Wilhelmshaven, ein anderes wurde nach Brunsbüttel beordert; das Dritte Geschwader, das *nicht* gemeutert hatte, dampfte zurück nach Kiel, wo es am Freitag, dem 1. November, einlief. Die verhafteten Matrosen, über tausend an der Zahl, wurden an Land gebracht, in die Militärgefängnisse. Auf sie warteten Kriegsgericht und Erschiessungskommando.

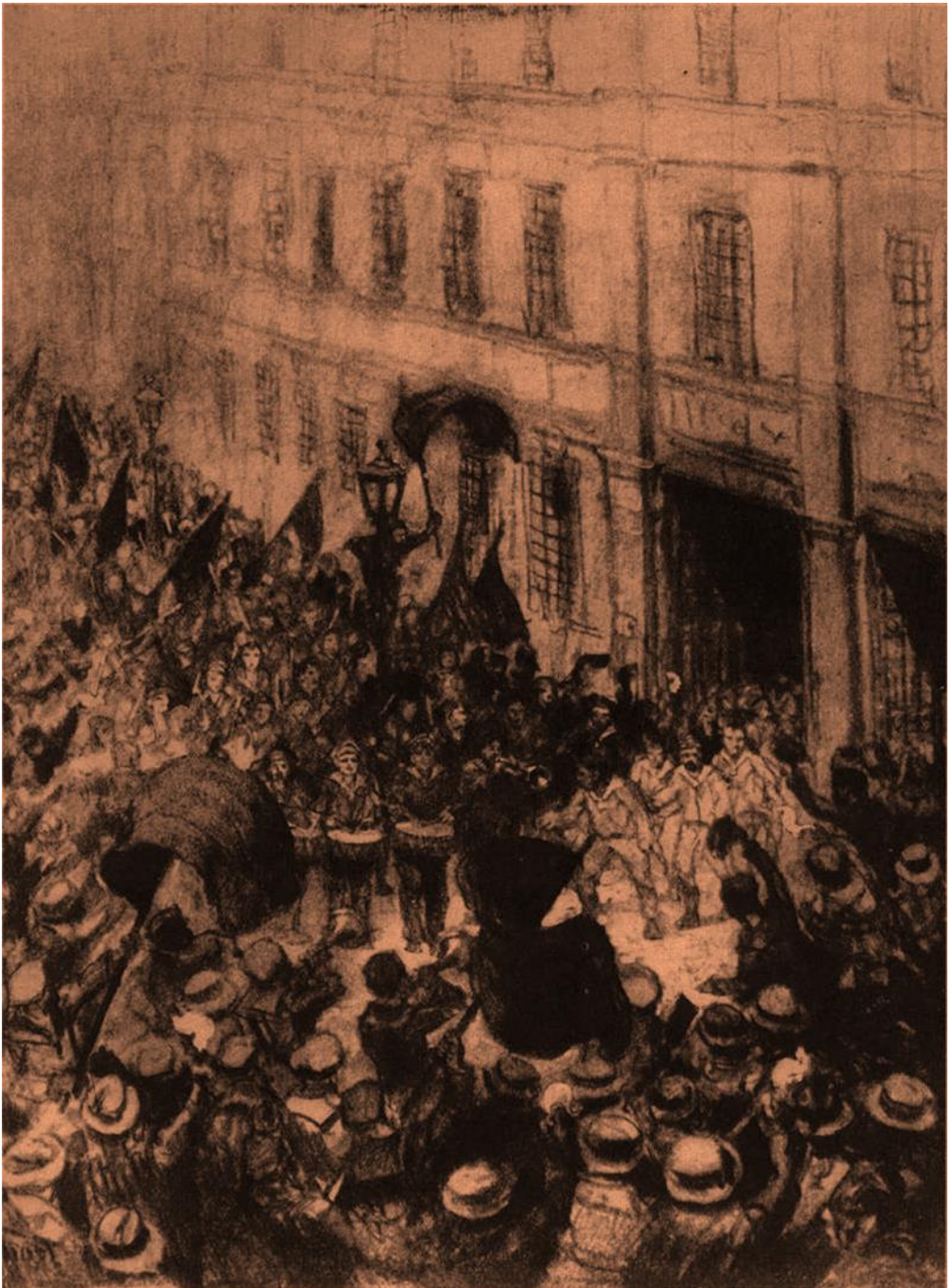
Um ihr Schicksal ging es jetzt. Die Mannschaften des Dritten Geschwaders führen mit ebenso schwerem Herzen nach Kiel zurück, wie sie in der Woche zuvor nach Wilhelmshaven ausgefahren waren. Der «Todesritt», dem sie damals entgegenzufahren glaubten, war freilich vereitelt worden. Aber dafür drohte jetzt ihren Kameraden, die ihn vereitelt hatten, der Tod. Das wühlte und arbeitete in den Matrosen. Nur die Besatzungen der «Thüringen» und der «Helgoland» hatten auf Schilling-Reede am Ende wirklich gemeutert, aber fast alle anderen waren dicht dran gewesen, hatten nur den Mut zum Absprung nicht gefunden. Das

wurmte sie jetzt. Die Kameraden von der «Thüringen» und der «Helgoland», die ihn gefunden hatten und die so ihre Lebensretter geworden waren, sollten nun dafür sterben? Das durften sie nicht zulassen. Aber wenn sie es nicht zulassen wollten, dann brauchten sie noch viel mehr Mut als den, der sie vorgestern auf Schilling-Reede im letzten Augenblick verlassen hatte, dann mussten sie Unerhörtes, Unvorstellbares wagen: nicht mehr blosses Gehorsamsverweigerung, sondern Aufstand, Gewaltanwendung, Machtergreifung. Und wie sollte es dann weitergehen? Davor schwindelte ihnen. Aber ihre Kameraden sterben lassen? Ebenso unmöglich, noch unmöglicher.

Es dauerte drei Tage, bis diese Männer, die in Wilhelmshaven den Mut zur Meuterei nicht gehabt hatten, in Kiel den Mut zur Revolte fanden. Am ersten Tag schickten sie eine Delegation zum Ortskommandanten, um die Freilassung der Verhafteten zu verlangen; sie wurde natürlich verweigert. Am zweiten Tag debattierten sie stundenlang mit Marinesoldaten und Dockarbeitern im Kieler Gewerkschaftshaus, was zu tun sei, und kamen zu keinem Entschluss. Am dritten Tag, Sonntag, den 3. November, wollten sie die Diskussion fortsetzen, fanden aber das Gewerkschaftshaus verschlossen, mit bewaffneten Posten davor. Deshalb versammelten sie sich im Freien, auf einem Exerzierplatz, wo Tausende von Arbeitern zu ihnen stiessen, hörten Reden an und formierten sich schliesslich zu einem grossen Demonstrationszug. Einige trugen Waffen. An einer Strassenkreuzung wurde der Zug von einer Patrouille gestellt. Ihr Führer, ein Leutnant Steinhäuser, kommandierte: «Auseinandergehen!» – dann, als dies nicht erfolgte: «Feuer!» Neun Tote und neunundzwanzig Verletzte blieben auf dem Pflaster liegen. Der Zug stob auseinander – aber ein bewaffneter Matrose stürzte vor und erschoss den Leutnant Steinhäuser.

Und das war die Entscheidung, der Startschuss der deutschen Revolution. Plötzlich erkannten alle: nun gibt es kein Zurück mehr, und plötzlich wussten auch alle, was jetzt zu tun sei. Am Morgen des Montags, des 4. November, wählten alle Matrosen des Dritten Geschwaders Soldatenräte, entwaffneten ihre Offiziere, bewaffneten sich selbst und hissten auf den Schiffen die rote Fahne. Ein einziges Schiff, die «Schlesien», zog nicht mit: Es floh unter den drohenden Kanonen seiner Schwesterschiffe auf die hohe See. Ein einziger Kapitän, Kapitän Weniger von der «König», verteidigte mit der Waffe in der Hand seinen Flaggenmast. Er wurde erschossen.

Bewaffnete Matrosen, jetzt unter dem Kommando ihrer Soldatenräte, unter denen ein gewisser Obermatrose Artelt die Führung ergriffen hatte, gingen in militärischer Formation an Land, besetzten ohne Widerstand das Militärgefängnis und befreiten ihre Kameraden. Andere besetzten öffentliche Gebäude, wieder andere den Bahnhof. Nachmittags traf dort eine Abteilung Heeressoldaten ein, die



3./4. November 1918: Matrosenaufstand in Kiel (Zeitgenössische Kohlezeichnung).

vom Generalkommando Altona zur Niederschlagung des Matrosenaufstandes angefordert worden war: Sie wurde unter Verbrüderungsszenen entwaffnet. Der Kommandant der Marinestation, plötzlich aller Machtmittel entblösst, empfing zähneknirschend eine Abordnung des Soldatenrats und kapitulierte. Die Marinesoldaten der Garnison erklärten sich mit den Matrosen solidarisch. Die Dockarbeiter beschlossen den Generalstreik. Am Abend des 4. November war Kiel in der Hand von vierzigtausend aufständischen Matrosen und Marinesoldaten.

Wie sie mit der neuerrungenen Macht umgehen sollten, das wussten die Matrosen nicht: Als am Abend dieses 4. November aus Berlin zwei Abgesandte der aufgestörten Berliner Reichsregierung, der sozialdemokratische Abgeordnete Gustav Noske und der bürgerliche Staatssekretär Haussmann, eintrafen, wurden sie mit Jubel und Erleichterung begrüßt, und Noske wurde sofort zum «Gouverneur» gewählt – wieder ein Beweis, dass die Rebellen nicht *gegen* die Regierung rebellierten, sondern *für* sie, und in ihrem Sinne zu handeln glaubten. Aber eins wussten sie instinktiv: Nachdem sie in Kiel den grossen Sprung gewagt, die örtliche Obrigkeit gestürzt und die Stadt in ihre Hand gebracht hatten, durfte die Bewegung nicht auf Kiel beschränkt bleiben. Sonst sassেন sie in Kiel wie in einer Falle. Jetzt blieb ihnen nur die Flucht nach vorn: Jetzt mussten sie ausbrechen und die Bewegung weitertragen, sonst war ihr Erfolg so selbstmörderisch wie vor einer Woche der Erfolg der Meuterer auf Schilling-Reede – von denen ja Hunderte in Wilhelmshaven und Brunsbüttel immer noch gefangen sassেন. Sie mussten befreit werden, und dann musste überall das geschehen, was in Kiel geschehen war; sonst waren sie alle verloren. Wie aus der Meuterei die Revolte geworden war, so musste jetzt aus der Revolte die Revolution werden: Das heisst, die Rebellen mussten, wie in Kiel, so überall im Lande die Macht an sich reissen, wenn sie nicht in Kiel eingekreist, niedergeschlagen und grausam bestraft werden wollten. Sie mussten ausschwärmen und die Revolution ins Land tragen. Und das taten sie nun mit einem Erfolg, den sie selbst nicht für möglich gehalten hätten.

Überall, wohin die Matrosen kamen, schlossen sich ihnen die Soldaten der Garnisonen und die Arbeiter der Fabriken an, als ob sie auf sie gewartet hätten; fast nirgends gab es ernstlichen Widerstand; überall riss die bestehende Ordnung wie mürber Zunder. Am 5. November hatte die Revolution Lübeck und Brunsbüttelkoog erfasst, am 6. Hamburg, Bremen und Wilhelmshaven, am 7. Hannover, Oldenburg und Köln; am 8. hatten sie alle westdeutschen Grossstädte unter ihre Kontrolle gebracht und in Leipzig und Magdeburg schon über die Elbe gegriffen. Vom dritten Tag an hatte es schon gar keiner Matrosen mehr bedurft, um

die Revolution auszulösen; wie ein Waldbrand pflanzte sie sich jetzt selbsttätig fort. Überall geschah wie auf stillschweigende Verabredung dasselbe: Die Soldaten der Garnisonen wählten Soldatenräte, die Arbeiter wählten Arbeiterräte, die Militärbehörden kapitulierten, ergaben sich oder flohen, die zivilen Behörden erkannten erschrocken und verschüchtert die neue Oberhoheit der Arbeiter- und Soldatenräte an. Das äussere Bild war überall dasselbe: Überall grosse Umzüge in den Strassen, grosse Volksversammlungen auf den Marktplätzen, überall Verbrüderungsszenen zwischen Blaujacken, Feldgrauen und ausgemergelten Zivilisten. Überall wurden als erstes die politischen Gefangenen befreit, nach den Gefängnissen die Rathäuser, die Bahnhöfe, die Generalkommandos, manchmal auch die Zeitungsredaktionen besetzt.

Die Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte darf man sich dabei natürlich nicht wie einen geordneten Wahlgang in Friedenszeiten vorstellen. In den Kasernen wurden einfach oft die beliebtesten oder angesehensten Soldaten von ihren Kameraden durch Zuruf ernannt. Die Wahl der Arbeiterräte fand nur ganz selten in den Fabriken statt und dann auf ganz ähnliche Weise; als «Arbeiterräte» wurden meistens Mitglieder der örtlichen Parteivorstände der beiden sozialistischen Parteien – der SPD und der Unabhängigen – nominiert und in Massenversammlungen, oft unter freiem Himmel auf einem zentralen Platz, durch Akklamation bestätigt. Meist waren die Arbeiterräte dabei paritätisch aus beiden Parteien zusammengesetzt; der Wille der Massen richtete sich eindeutig auf Wiedervereinigung der beiden feindlichen Bruderparteien, die sich im Kriege getrennt hatten. Zusammen, das war der allgemeine undiskutierte Konsensus, sollten sie die neue Regierung der Revolution bilden.

Widerstand, Gewalt und Blutvergiessen gab es wenig. Das charakteristische Gefühl in diesen Revolutionstagen war Verblüffung: Verblüffung der Autoritäten über ihre plötzliche ungeahnte Machtlosigkeit, Verblüffung der Revolutionäre über ihre plötzliche ungeahnte Macht. Beide Seiten agierten wie in einem Traum. Für die einen war es ein Alptraum, für die anderen einer der Träume, in denen man plötzlich fliegen kann. Die Revolution war gutmütig. Es gab keine Lynchjustiz und keine Revolutionstribunale. Viele politische Gefangene wurden befreit, aber niemand wurde verhaftet. Kaum, dass einmal ein besonders verhasster Offizier oder Feldwebel verprügelt wurde. Man begnügte sich, den Offizieren Kokarden und Rangabzeichen wegzunehmen – das gehörte ebenso zum Revolutionsritual wie das Hissen der roten Fahne. Viele der Betroffenen empfanden freilich schon das als tödliche Beleidigung. Der siegreichen Masse hilft es wenig, gutmütig zu sein; die besiegten Herren verzeihen ihr den Sieg nicht.

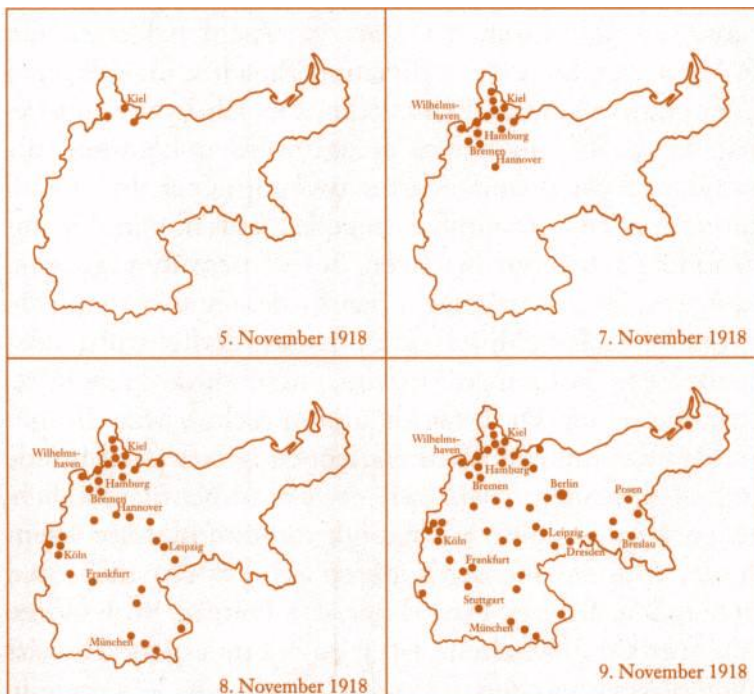
Es sind die damals momentan besiegten Herren, die später die Geschichte der deutschen Novemberrevolution geschrieben haben, und daher ist es nicht verwunderlich, dass sich für die Ereignisse der Woche vom 4. bis zum 10. November 1918 in den deutschen Geschichtsbüchern wenig gute Worte finden. Nicht einmal den ehrenvollen Namen «Revolution» erkannte man ihnen zu: Nur Unordnung will man sehen, Zusammenbruch, Meuterei, Verrat, Pöbelwillkür, Chaos. Es war aber in Wirklichkeit eine echte Revolution, was sich in dieser Woche abspielte. Was sich am 30. Oktober in Wilhelmshaven ereignet hatte, war zwar nur eine Meuterei gewesen – Gehorsamsverweigerung gegenüber der Obrigkeit ohne irgendeinen Plan oder Vorsatz, die Obrigkeit wirklich zu stürzen. Die Kieler Ereignisse vom 4. November waren jedoch schon mehr als eine Meuterei, nämlich ein Aufstand: Dort hatten die Matrosen die Obrigkeit gestürzt – ohne allerdings eine Vorstellung zu haben, was an ihre Stelle treten sollte. Was aber zwischen dem 4. und 10. November über das westelbische Deutschland rollte, war eine echte Revolution, nämlich der Sturz der alten Obrigkeit und ihr Ersatz durch eine neue.

In dieser Woche verwandelte sich das westliche Deutschland aus einer Militärdiktatur in eine Räterepublik. Die Massen, die sich erhoben, schufen kein Chaos, sie schufen überall die rauhen und ungehobelten, aber klar erkennbaren Elemente einer neuen Ordnung. Was beseitigt wurde, waren die Generalkommandos, die militärischen Obergewalten, die den ganzen Krieg hindurch jede deutsche Stadt und jeden Landkreis unter dem Belagerungszustand regiert hatten. Was an ihre Stelle gesetzt wurde, war die neue, revolutionäre Autorität der Arbeiter- und Soldatenräte. Die zivilen Verwaltungsbehörden blieben unangetastet und arbeiteten unter der Aufsicht und Oberhoheit der Räte weiter, wie sie im Kriege unter der Aufsicht und Oberhoheit der Militärbehörden gearbeitet hatten. An das private Eigentum rührte die Revolution nicht. In den Fabriken blieb alles beim Alten. Was zugleich mit den bisher allmächtigen Militärbehörden weggefegt wurde, das waren die Monarchen, in deren Namen sie regiert hatten, und die militärische Autorität der Offiziere in den Armeeformationen; an ihre Stelle traten die Soldatenräte. Die Revolution war nicht sozialistisch oder kommunistisch. Sie war – mit einer gewissen unausgesprochenen Selbstverständlichkeit, fast nebenbei – republikanisch und pazifistisch; bewusst und vor allem war sie antimilitaristisch. Was sie mit der Installierung der Arbeiter- und Soldatenräte abschaffte und ersetzte, das war die Disziplinargewalt des Offizierskorps in Heer und Flotte und die seit 1914 bestehende diktatorische Exekutivgewalt der Militärbehörden im Lande.

Die Massen, die sich das neue Führungs- und Staatsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte schufen, waren keine Spartakisten oder Bolschewisten. Sie waren Sozialdemokraten. Die Anhänger des Spartakusbundes, des Vorläufers der späteren Kommunistischen Partei, stellten der Revolution keine Führer, nicht einmal «Rädelsführer». Die meisten von ihnen holte die Revolution erst aus den Gefängnissen – Rosa Luxemburg zum Beispiel durchlebte diese ganze Woche noch, fiebernd vor Ungeduld, im Breslauer Stadtgefängnis und kam erst am 9. November nach jahrelanger Haft wieder in Freiheit; und Karl Liebknecht, seit dem 23. Oktober aus dem Zuchthaus entlassen, hielt sich in Berlin auf und erfuhr von dem, was sich in der Revolutionswoche im Reich abspielte, nur aus den Zeitungen.

Das russische Beispiel mochte eine anfeuernde Fernwirkung haben, aber russische Emissäre, die die Revolution hätten lenken können, gab es nirgends. Überhaupt hatte diese Revolution, ausser in München, keine Führer und keine Organisation, keinen Generalstab und keinen Operationsplan, sie war das spontane Werk der Massen, der Arbeiter und der gemeinen Soldaten. Darin lag ihre Schwäche, die sich nur zu bald zeigen sollte, aber darin lag auch ihre Glorie.

Denn ganz ohne Glorie war diese Revolutionswoche nicht – man mag zu ihren Zielen stehen, wie man will. Was hier massenhaft vorbrach und sich in Taten niederschlug, waren grosse und edle Eigenschaften: Mut, Entschlusskraft, Opfer-



Innerhalb von fünf Tagen breitet sich die Revolution über Deutschland aus.

sinn, Einmütigkeit, Schwung, Initiative, ja Inspiration und instinktive Zielsicherheit, eben alles das, was Revolutionen Glorie verleiht; und das unter führungslosen Massen, und zwar deutschen Massen! Wenn immer wieder gesagt worden ist, dass die Deutschen zur Revolution unfähig seien – man kennt Lenins spöttisches Wort, dass deutsche Revolutionäre keinen Bahnhof besetzen könnten, wenn der Schalter nicht offen sei, um Bahnsteigkarten zu lösen –, diese Novemberwoche, immerhin, lässt sich zur Wiederlegung anführen. Die deutschen Massen besetzten in dieser Woche viele Bahnhöfe und noch ganz andere Gebäude. In einer Stadt nach der anderen setzten sie zu Tausenden nicht nur ihr Leben ein, sondern wagten den Absprung ins Unbekannte, Unerprobte, Unübersehbare, der noch mehr Mut erfordert als der blosser Einsatz des Lebens – nämlich revolutionären, nicht bloss soldatischen Mut. Die revolutionäre Leistung der deutschen Massen in dieser Novemberwoche kann sich neben ihren soldatischen Leistungen in den vorangegangenen vier Kriegsjahren durchaus sehen lassen und steht auch hinter der revolutionären Leistung der russischen Massen in der Märzrevolution von 1917 nicht zurück. Der Aufbruch und Aufschwung dieser Woche ergriff selbst bürgerliche Menschen.

Rainer Maria Rilke zum Beispiel, alles andere als ein Revolutionär, eher ein Snob, schrieb am 7. November nach einer Münchner Revolutionsversammlung an seine Frau: «Obwohl man um die Biertische und zwischen den Tischen so sass, dass die Kellnerinnen nur wie Holzwürmer durch die dicke Menschenstruktur sich durchfrassen – wars gar nicht beklemmend, nicht einmal für den Atem; der Dunst aus Bier und Rauch und Volk ging einem nicht unbequem ein, man gewahrte ihn kaum, so wichtig wars und so über alles gegenwärtig klar, dass die Dinge gesagt werden konnten, die endlich an der Reihe sind, und dass die einfachsten und gültigsten von diesen Dingen, soweit sie einigermassen aufnehmlich gegeben waren, von der ungeheuren Menge mit einem schweren massiven Beifall begriffen wurden. Plötzlich stieg ein junger blasser Arbeiter hinauf, sprach ganz einfach: ‚Haben Sie oder Sie oder Sie, habt ihr‘, sagte er, ‚das Waffenstillstandsangebot gemacht? Und doch müssten *wir* es tun, nicht diese Herren da oben; bemächtigen wir uns einer Funkstation und sprechen wir, die gewöhnlichen Leute zu den gewöhnlichen Leuten drüben, gleich wird Friede sein.‘ Ich wiederhole das lange nicht so gut, wie er es ausdrückte, plötzlich, als er das gesagt hatte, stieg in ihm eine Schwierigkeit auf, und mit rührender Gebärde, nach Weber, Quidde und den anderen Professoren, die neben ihm auf dem Podium standen, fuhr er fort: ‚Hier, die Herren Professoren können französisch, die werden uns helfen, dass wirs richtig sagen, wie wirs meinen.‘ Solche Momente sind wunderbar, und wie

hat man sie gerade in Deutschland entbehren müssen ... Man kann nicht anders als zugeben, dass die Zeit recht hat, wenn sie grosse Schritte zu machen sucht.»

Die Briefstelle ist eine wesentliche Zeugenaussage, nicht nur, weil sie mit dem Feingefühl eines Dichters die Atmosphäre dieser deutschen Revolution einfängt, die eigentümliche Mischung von mutigem Ernst und rührender Unbeholfenheit, sondern auch, weil sie, dem Schreiber ganz unbewusst, die Haltung der Revolution zur Regierung klarmacht. Die Revolutionäre im München wie zehn Tage früher die Meuterer auf Schilling-Reede standen nicht *gegen* die neue Regierung, im Gegenteil, sie wollten dasselbe wie diese, sie glaubten ihr helfen und nachhelfen zu müssen; der Friede sollte nicht nur das Werk der «Herren da oben» sein, die Massen selbst wollten das nachvollziehen und zum Durchbruch bringen, was, nach ihrer Meinung, die neue Regierung eingeleitet hatte und womit sie nicht recht weiterzukommen schien. Die «Revolution von unten» wollte die «Revolution von oben» nicht kassieren, sondern ergänzen, beleben, Vorwärtstreiben, recht eigentlich erst zur Wirklichkeit machen. Wogegen sie sich richtete, das war nicht die neue parlamentarische Reichsregierung, sondern die immer noch mit Belagerungszustand, Zensur und Schutzhaft als Nebenregierung funktionierende Militärdiktatur. Mit ganz richtigem Instinkt fühlten die Massen heraus, dass diese Militärherrschaft der Revolution von oben ebenso wie der von unten entgegenstand, dass sie in Wahrheit weder den Frieden noch die Demokratie wollte, dass sie im Herzen erbittert und unversöhnlich gegenrevolutionär war, und dass sie mit allen ihren Machtinstrumenten, mit ihren Insignien und Symbolen aus dem Wege geschafft werden musste, um Luft für das Neue zu schaffen, das allen vorschwebte, für den neuen Volks- und Friedensstaat. Die sozialdemokratischen Massen, die so dachten und die die Revolution machten, glaubten sich darin eins mit ihren Führern. Dass sie sich täuschten, wurde ihre Tragödie.

^Jemand ahnte in der Revolutionswoche diese kommende Tragödie, und doch spielte sich ihre erste Szene schon in dieser Woche ab. Während überall die Revolution sich reissend ausbreitete – noch in der Nacht, in der Rilke ergriffen von ihr berichtete, triumphtierte sie auch in München –, war sie in dem Ort schon erloschen, von dem sie ausgegangen war: in Kiel. Dort war noch am Abend des Revolutionsmontags der SPD-Abgeordnete Gustav Noske eingetroffen, von den Matrosen jubelnd als «ihr Mann» begrüsst; und schon am nächsten Abend telefonierte er nach Berlin, dass er «nur eine Hoffnung hätte: freiwillige Rückkehr zur Ordnung unter sozialdemokratischer Führung; dann würde die Rebellion in sich zusammensinken ... Allenthalben, so berichtete er, spüre er unter Arbeitern und

Matrosen, wie das dem Menschen eingeborene Bedürfnis nach Ordnung wieder erwache.» Der Reichskanzler Prinz Max von Baden, der das aufnotierte, setzte noch am selben Tage im Kabinett den Beschluss durch: «Freie Hand für Noske bei dem Versuch, den lokalen Ausbruch zu ersticken.» Und ein paar Tage später konnte er befriedigt feststellen, dass Noske in Kiel im Namen der Revolution die Revolution erfolgreich abgeblasen, die Autorität der gedemütigten Offiziere wiederhergestellt, sogar wieder einen Schiffspatrouillendienst in Gang gebracht habe; was von den Matrosen in Kiel zurückgeblieben war, tat schon wieder normalen Dienst. «Sie wollen die Engländer nicht haben», telefonierte Noske befriedigt nach Berlin, und Prinz Max war voller Bewunderung für das, was Noske in Kiel vollbracht hatte: «Der Mann hat Übermenschliches geleistet.» In seinen Memoiren hat er später aufgeschrieben, was ihm schon damals ahnungsvoll durch den Sinn ging: «Das Schicksal Deutschlands hing daran, dass Ebert die Leistung seines Parteigenossen im Grossen wiederholte, das heisst, die Bewegung im ganzen Lande ‚zurückrollte‘.»

Die Bewegung zurückzurollen – darum und darum allein ging es während der Revolutionswoche den drei Machtzentralen, die das Deutsche Reich in diesem Augenblick noch besass und die alle Erde unter ihren Füßen beben fühlten: dem Kaiser und der Obersten Heeresleitung unter Hindenburg und Groener im belgischen Spa; der Reichsregierung unter Prinz Max von Baden in Berlin; und, ebenfalls in Berlin, der sozialdemokratischen Parteiführung unter Ebert, die diese Regierung trug und stützte, aber jetzt ahnungsvoll die Notwendigkeit auf sich zukommen sah, aus dem Hintergrund hervorzutreten und selbst die Regierung rettend weiterzuführen. Dass die Revolution «erstickt» oder «zurückgerollt» werden musste, darin waren sie sich einig. Es wurde von Tag zu Tag mehr ihre alles beherrschende Sorge.

Auch darin waren sie sich einig, dass die erste Notwendigkeit ein sofortiger Waffenstillstand war: Solange der Krieg weiterging, ging auch die Revolution weiter.

Mit tiefem Aufatmen begrüsst man daher in Spa wie in Berlin die am Mittwoch, dem 6. November, vormittags eintreffende Mitteilung des Präsidenten Wilson, dass der Alliierte Oberstkommandierende, General Foch, jetzt bereit sei, eine deutsche Waffenstillstandsdelegation in seinem Hauptquartier in Compiègne zu empfangen. Noch am gleichen Tage wurde der Staatssekretär Erzberger sehr gegen seinen Willen über Spa nach Compiègne in Marsch gesetzt. (Bis zum letzten Augenblick hielt die Regierung an der Fiktion fest, dass das Waffenstillstandsgesuch von ihr und nicht von der Obersten Heeresleitung ausgegangen sei; daher

die höchst ungewöhnliche Betrauung eines zivilen Politikers, und nicht eines Generals, mit der Führung der Waffenstillstandsdelegation.) Am Freitag, dem 8. November, morgens um zehn Uhr, stand Erzberger mit dem militärischen Gefolge, das er unterwegs in Spa aufgesammelt hatte, in Compiègne vor Foch – der ihn mit den Worten empfing: «Was führt die Herren hierher? Was wünschen Sie von mir?» und auf die Erwiderung, man wünsche Vorschläge über einen Waffenstillstand entgegenzunehmen, trocken erwiderte: «Ich habe keine Vorschläge zu machen.» Tatsächlich machte er keine «Vorschläge». Was er vorlegte, war eine zehn Tage lang zwischen den alliierten Regierungen ausgehandelte fertige Liste von Waffenstillstandsbedingungen und ein Ultimatum, mit zweiundsiebzig Stunden Frist, zur Annahme oder Ablehnung. Dass das Ultimatum angenommen werden würde, stand schon in diesem Augenblick fest.

Aber wie sollte es nach dem Waffenstillstand weitergehen? Hier trennten sich die Wege der bedrohten Machthaber in Spa und Berlin. Einig waren sich alle – Kaiser, Oberste Heeresleitung, Kanzler und SPD-Führung –, dass die nächste Aufgabe sei, die Revolution zum Stillstand zu bringen und den bestehenden Staat, soviel noch von ihm übrig war, zu retten. Einig waren sich auch alle, dass der entscheidende Faktor dabei das Westheer sein würde, das einzige Machtinstrument, das noch gehorchte, noch nicht revolutioniert war, und das durch den Waffenstillstand zur Verwendung im Innern frei wurde. Aber für wen oder was das Westheer einzusetzen war – darüber gingen die Meinungen auseinander.

Der Kaiser war überzeugt, dass das Westheer sich unter ihm, seinem Obersten Kriegsherrn, gegen den «inneren Feind» ebenso wie gegen den äusseren kehren würde, und entschlossen, es nach dem Waffenstillstand kehrtmachen und gegen die revolutionäre Heimat marschieren zu lassen.

Der Erste Generalquartiermeister Groener und der Reichskanzler Prinz Max teilten diese Überzeugung nicht. Beide waren im Stillen der Meinung, dass die Person des Kaisers ein Stein des Anstosses geworden war, der aus dem Weg geräumt werden musste, wenn das Heer in der Hand seiner Offiziere bleiben und gegen die Revolution eingesetzt werden sollte. Prinz Max sah den Ausweg in einem persönlichen Thronverzicht und der Einsetzung eines Stellvertreters oder Regenten; General Groener fand, der Kaiser müsse jetzt den Tod an der Front suchen. Beide wagten jedoch nicht, ihre Ansichten dem Kaiser persönlich vorzutragen. Sie sprachen darüber mit ihren Kabinettskollegen oder mit anderen Generälen; nicht mit dem Kaiser. Die Kabinettskollegen oder die anderen Generale stimmten bedrückt zu oder winkten entsetzt ab. Mit dem Kaiser sprechen wollten auch sie nicht.

So verging ein Tag nach dem andern, und nichts geschah.

Wer schliesslich erzwang, dass etwas geschah, das war die Führung der SPD und insbesondere ihr Vorsitzender Friedrich Ebert, der nun von Tag zu Tag stärker in den Vordergrund des Geschehens trat. Er war kein Gegner der Regierung, der er ins Leben geholfen und die er von der ersten Stunde ihres Bestehens an gestützt hatte; auch kein grundsätzlicher Gegner der Monarchie; schon gar kein Gegner der staatlichen Ordnung – er empfand sich und seine Partei als staatserhaltende Kraft, als die letzte Reserve des bestehenden Staates. Es ging ihm genauso wie Groener und Prinz Max darum, den Staat zu retten und die Revolution abzufangen. Aber deutlicher als Groener und Prinz Max sah er, wie stark die Revolution schon geworden war und dass kein Tag mehr zu verlieren war, wenn man sie noch abfangen wollte. Auch hatte er noch eine andere Sorge als sie: Ging es ihnen nur um die Frage, wie sie das Westheer in der Hand behalten konnten, so kam es für Ebert auch darauf an, die SPD in der Hand zu behalten. Tag für Tag sah er ihre Mitglieder und Funktionäre in der Provinz zur Revolution abschwenden.

Am Mittwoch, dem 6. November, erschien Ebert mit seinen Vorstandskollegen von der SPD in der Reichskanzlei, wo auch General Groener sich eingefun-



Friedrich Ebert (1871-1925), Vorsitzender der SPD seit 1913.

den hatte, und forderte ultimativ die Abdankung des Kaisers. Sie sei jetzt notwendig, «wenn man den Übergang der Massen in das Lager der Revolutionäre verhindern wolle». Das sei «die letzte Gelegenheit zur Rettung der Monarchie».

Groener lehnte empört ab – der Vorschlag sei «ganz indiskutabel» –, worauf Ebert dramatisch erklärte: «Dann müssen die Dinge ihren Lauf nehmen. Von nun an scheiden sich unsere Wege. Wer weiss, ob wir uns je wiedersehen werden.»

Aber wenn Groener noch nicht hören wollte – den Kanzler hatte Ebert überzeugt. Für den nächsten Morgen, Donnerstag, den 7. November, bestellte Prinz Max ihn aufs Neue in die Reichskanzlei zu einem Gespräch unter vier Augen. Es fand im herbstlichen Garten der Reichskanzlei statt, wo die beiden Männer im welken Laub der alten Bäume auf und ab gingen. Prinz Max hat die entscheidenden Stellen der Unterredung später wörtlich aufgezeichnet. Er teilte Ebert seinen Entschluss mit, nunmehr selbst ins Hauptquartier zu fahren und den Kaiser zum Thronverzicht aufzufordern. «Wenn es mir gelingt, den Kaiser zu überzeugen, habe ich Sie dann auf meiner Seite im Kampf gegen die soziale Revolution?» Prinz Max fährt fort:

«Eberts Antwort erfolgte ohne Zögern und war unzweideutig: ‚Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde.‘

Nach der Abdankung des Kaisers hoffe er, die Partei und die Massen hinter die Regierung zu bringen. Wir streiften die Frage der Regentschaft. Ich nannte den Prinzen Eitel Friedrich als den nach der Verfassung gegebenen Regenten für Preussen und das Reich. Ebert erklärte für sich und seine Partei, sie würden der Regierung in diesen Verfassungsfragen keine Schwierigkeiten machen.

Dann wünschte er mir in bewegten Worten Erfolg für meine Reise.» Zu spät! Die Reise fand nicht mehr statt, und der Pakt zwischen Prinz Max und Ebert brach noch am selben Tag wieder auseinander: denn im Laufe des Tages wurde klar, dass die Revolution nun auch nach Berlin griff und dass für Reisen nach Spa keine Zeit mehr war. Die Unabhängigen, die linke Konkurrenzpartei der SPD, hatten für den Abend in Berlin sechszwanzig Versammlungen angesetzt. Die Regierung wollte die Versammlungen verbieten. Die SPD dagegen war überzeugt, dass ein Versammlungsverbot die Revolution in der Hauptstadt auslösen würde. Sie wollte vielmehr die Versammlungen übernehmen und entschärfen. Um fünf Uhr nachmittags stellte sie der Regierung ein neues Ultimatum: Freigabe der Versammlungen und Rücktritt des Kaisers bis Freitag Mittag. Auf empörte Vorhal-

tungen des Kanzlers erwiderte Ebert: «Heute Abend müssen wir das Ultimatum von jeder Tribüne verkünden, sonst läuft uns die ganze Gesellschaft zu den Unabhängigen. Der Kaiser muss sofort abdanken, sonst haben wir die Revolution.» Plötzlich schienen sich Prinz Max und Ebert, die doch dasselbe wollten – nämlich den Kaiser loswerden und die Revolution ersticken –, wie Feinde gegenüberzustellen.

Hinter der Verwirrung, dem Hin und Her und der Panik dieser letzten Tage des Kaiserreichs lag aber noch etwas Tieferes, Unausgesprochenes. Alle Verantwortlichen, Groener und Prinz Max auf der einen, Ebert auf der anderen Seite, sahen etwas auf sich zukommen, das sie mit Grauen erfüllte. Sie sahen alle drei, dass sie Verräter werden mussten, wenn sie das zustande bringen wollten, was ihr gemeinsames Ziel war: die Rettung des bestehenden Staats und der bestehenden Gesellschaft. Groener und Prinz Max mussten ihren kaiserlichen Herrn verraten, dem sie Treue geschworen hatten. Ebert musste die Revolution verraten, die ihm arglos ihre Führung antrug. Noch hofften alle drei, dass der Verrat des jeweils andern ihn selbst davor bewahren würde, zum Verräter zu werden. Unter dem äusseren Dialog zwischen ihnen lief unterirdisch, unformuliert, ein anderer Dialog, der sich so anhörte: «Verratet ihr den Kaiser, dann brauche ich die Revolution nicht zu verraten.» – «Nein, übernimm du zum Schein die Revolution und verrate sie, dann brauchen wir den Kaiser nicht zu verraten.» Aber keiner wollte den heimlichen Notschrei des andern hören, und darüber verging die Zeit, und der Sand rann aus.

Am Ende blieb allen drei Männern der grosse Verrat nicht erspart, den sie dem andern hatten zuschieben wollen. Die Stunde der Wahrheit schlug allen am gleichen Tag, am Sonnabend, dem 9. November. Dies wurde der Schicksalstag der deutschen Monarchie und der deutschen Revolution. An diesem Tag fiel der Kaiser von der Hand seiner Paladine. Die Revolution aber lieferte sich an diesem Tag dem Mann aus, der entschlossen war, sie zu ersticken.

Der 9. November

Freitag Abend, am 8. November, zog der preussische Innenminister Drews in einer Sitzung des Ministerrats seine Uhr und sagte: «Es ist jetzt halb zehn, wir wollen die Sitzung vertagen. Morgen ist Generalstreik, blutige Unruhen sind zu erwarten. Alles kommt darauf an, ob das Militär hält oder nicht. Wenn nicht, gibt es morgen keine preussische Regierung mehr.»

Der Kriegsminister von Scheuch erwiderte pikiert: «Wie kommen Euer Exzellenz zu der Meinung, dass das Militär nicht halten könnte?»

Ungefähr um dieselbe Zeit stand Richard Müller, der Führer einer illegalen Verschwörungstruppe, die schon seit Tagen für den kommenden Montag einen Putsch plante, am Halleschen Tor. «Schwerbewaffnete Infanteriekolonnen, Maschinengewehr-Kompagnien und leichte Feldartillerie zogen in endlosen Zügen an mir vorüber, dem Inneren der Stadt zu. Das Menschenmaterial sah recht verwegene aus. Mich erfasste ein beklemmendes Gefühl.»

Was Müller Angst machte und worauf von Scheuch seine Zuversicht setzte, das war das Vierte Jägerregiment, eine als besonders zuverlässig geltende Truppe, die im Sommer im Osten schon mehrfach erfolgreich gegen russische Revolutionäre eingesetzt worden war. Jetzt sollte sie in Berlin gegen deutsche Revolutionäre eingesetzt werden. Am Tag zuvor war sie zur Verstärkung der Berliner Garnison aus Naumburg nach Berlin in Marsch gesetzt worden. Spätabends am 8. November rückte sie in die Alexanderkaserne ein. Noch in dieser Nacht wurden Handgranaten ausgegeben.

Dabei kam es zu einem Zwischenfall.

Ein Gefreiter machte eine aufsässige Bemerkung. Er wurde sofort arretiert und abgeführt; das geschah widerstandslos. Aber plötzlich, nachdem es geschehen war, begannen die Mannschaften, zum Entsetzen ihrer Offiziere, zu murren und laute Fragen zu stellen. Auch dieses «verwegene Menschenmaterial» führte auf einmal seltsame Reden. Was war eigentlich los? Was sollten sie hier in Berlin? Redete nicht alles vom Ende des Krieges und von der Abdankung des Kaisers? Sassen nicht Sozialdemokraten in der Regierung? Sollten sie vielleicht gegen die Regierung kämpfen? Sie verstanden nichts mehr. Ehe sie Handgranaten auf deutsche Landsleute warfen, wollten sie genau wissen, was gespielt wurde. Die Offi-

ziere konnten sie einigermaßen beruhigen, indem sie ihnen versprachen, dass sie am nächsten Morgen volle Aufklärung bekommen würden. Darauf gingen die Mannschaften zunächst schlafen. Schliesslich waren sie müde; sie hatten einen langen Marschtag hinter sich. Aber am Sonnabendmorgen, nach dem Wecken, einigten sie sich plötzlich ganz schnell darauf, sich die Aufklärung selbst zu holen. Eine Abordnung fuhr mit Kraftwagen zum *Vorwärts*, der SPD-Zeitung. Es ist nicht klar, ob die Offiziere unterrichtet waren und zugestimmt hatten.

Im *Vorwärts* tagten seit sieben Uhr früh die Betriebsvertrauensleute der SPD. Sie warteten auf die Nachricht, ob der Kaiser nun abgedankt habe oder ob «es losgehe». Sie warteten ungeduldig. Sie waren sich ihres Einflusses in den Betrieben nicht mehr sicher. Radikalere Leute als sie führten dort jetzt das Wort. Wenn nicht bald etwas geschah, konnte es auch ohne sie «losgehen». In ihre nervöse Versammlung platzten die Soldaten hinein. Waren die etwa gekommen, um sie zu verhaften? Möglich war alles. Sie standen schwer bewaffnet in der Tür, selbstbewusst, fordernd. Sofort solle jemand mitkommen, um die Truppe über die Lage aufzuklären. Was bedeutete das? Der SPD-Abgeordnete Otto Wels entschloss sich, den Weg in die Höhle des Löwen zu wagen; er war ein stämmiger, robuster Mann mit volkstümlichen Manieren. Er fuhr im Lastwagen der Soldaten mit, ein einsamer Zivillist, mitten unter schweigenden Schwerebewaffneten. Er wusste nicht, was ihm bevorstand.

Im Hof der Alexanderkaserne war die ganze Truppe angetreten, in militärischer Ordnung, mit den Offizieren vor der Front. Wels kannte ihre Stimmung nicht. Auf einen Krümperwagen gehievt, begann er zu sprechen. Er begann vorsichtig, keineswegs aufrührerisch oder hetzerisch. Er sprach traurig und treuherzig von dem verlorenen Krieg, von Wilsons harten Bedingungen, von der Uneinsichtigkeit des Kaisers, von der Hoffnung auf Frieden. Im Sprechen spürte er allmählich Zustimmung bei den Mannschaften heraus, Unsicherheit bei den Offizieren. Langsam tastete er sich vorwärts, wurde deutlicher – bis er es wagte: «Es ist eure Pflicht, den Bürgerkrieg zu verhindern! Ich rufe euch zu: Ein Hoch auf den freien Volksstaat!» – und plötzlich ein Brausen. Er hatte gewonnen. Die Truppen stürzten vor und umringten seinen Wagen, in dem er hoch aufgerichtet stand, ein leichtes Ziel, wenn jemand schiessen wollte. Aber kein Offizier schoss. Mit sechzig Mann, die den *Vorwärts* schützen sollten, fuhr Wels im Triumph zurück – und dann weiter zu den anderen Kasernen der Berliner Garnison. Er wusste jetzt, worauf es ankam und wie er die Soldaten zu nehmen hatte. Die Naumburger Jäger hatten ihn auf den entscheidenden Gedanken gebracht.

Es war neun Uhr morgens. Noch lag Berlin ruhig, noch waren die Arbeiter in den Betrieben. Die Revolution in der Hauptstadt hatte noch nicht begonnen – aber ihr Schicksal war schon im Voraus entschieden. Die bewaffnete Macht in Berlin war jetzt in den Händen der SPD. Das bedeutete an diesem Tage das Ende des Kaiserreichs. Schon am nächsten Tag sollte es das Ende der Revolution bedeuten.

Zur gleichen Stunde, da Wels mit seiner militärischen Bedeckung wieder im *Vorwärts* eintraf, begaben sich im Hauptquartier in Spa Hindenburg und Groener zum Kaiser, um ihm mitzuteilen, dass das Feldheer nicht mehr hinter ihm stand. Am Abend zuvor – ungefähr um dieselbe Zeit, da der preussische Innenminister ahnungsvoll gesagt hatte: «Alles hängt davon ab, ob die Truppe hält» – hatten sie eine erschütternde Nachricht bekommen: Die Zweite Gardedivision, bestehend aus den königlich preussischen Leibregimentern, von der Front zurück nach Aachen in Marsch gesetzt, um das revolutionäre Köln zurückzuerobern und damit die wichtigste Nachschub- und Rückzugsstrasse für das Feldheer zu sichern, hatte «den Offizieren den Gehorsam aufgekündigt und sich gegen deren ausdrücklichen Befehl in Bewegung gesetzt, um nach Hause zu marschieren». Die Zweite Gardedivision! Wenn auf die kein Verlass mehr war, war alles aus.

An diesem Morgen waren neununddreissig Truppenkommandeure von der Front eingetroffen, die berichten sollten, ob ihre Truppen bereit seien, für den Kaiser gegen die Revolution zu kämpfen. Ihr Urteil, das Hindenburg und Groener kurz einholten, ehe sie sich zum Kaiser begaben und die Offiziere zur näheren Befragung dem Chef der Operationsabteilung, Oberst Heye, überliessen, bestätigte die Erfahrung mit der Zweiten Gardedivision: Die Truppe war für den Einsatz im Bürgerkrieg nicht mehr zu gebrauchen.

Am Tag zuvor hatte der Kaiser vormittags beim Vortrag noch seine Absicht erklärt, sofort nach dem Waffenstillstand an der Spitze des Heeres die Ordnung in der Heimat wiederherzustellen, und General Groener den formellen Befehl erteilt, diese Operation vorzubereiten. Jetzt musste Groener ihm erklären, dass der Befehl nicht auszuführen sei. Er tat es umständlich, trocken und sachlich, mit vielen technischen Einzelheiten. Sein Vortrag gipfelte in dem Satz: «Das Heer wird unter seinen Führern und Kommandierenden Generalen geschlossen und in Ordnung in die Heimat zurückmarschieren, aber nicht unter Führung Eurer Majestät.» Der vielzitierte Satz «Der Fahneneid ist jetzt eine blosser Idee» fiel in diesem Gespräch nicht. Groener äusserte ihn nicht direkt dem Kaiser gegenüber, sondern später im Gespräch mit anderen Offizieren. Kurze Zeit darauf aber bestätigte Oberst Heye, der inzwischen die Einzelvoten der neununddreissig Frontkommandeure eingesammelt hatte, dem Kaiser: «Die Armee marschiert auch unter den

Generalen allein nach Hause. Aber wenn Eure Majestät mit ihr nach Hause marschieren, so ist es ihr recht und eine Freude. Nur kämpfen will die Armee nicht mehr, weder nach aussen noch nach innen.»

Damit war auch in Spa die Entscheidung gefallen: Sowenig wie die Berliner Garnison war das Feldheer zur Niederwerfung der Revolution zu verwenden. Das Kaiserreich besass kein Machtinstrument mehr zur Verteidigung seiner Existenz, weder an der Front noch in der Heimat.

Dem Reichskanzler Prinz Max von Baden kam an diesem Vormittag, als die Nachrichten vom Abfall der Truppen in der Reichskanzlei einliefen, die klare Erkenntnis, die er später in die Worte gefasst hat: «Wir können die Revolution nicht mehr niederschlagen, sondern nur noch ersticken.» Wahrscheinlich ging auch dem General Groener schon an diesem Morgen ähnliches durch den Kopf. Die Revolution ersticken – das hiess: ihr einen Scheinsieg zuschanzen, ihr geräumte vorgeschobene Stellungen zur Besetzung überlassen, um sie in einer vorbereiteten Reservestellung abzufangen. Konkret gesprochen: Der Kaiser musste abdanken, die halb sozialdemokratische Regierung musste ganz sozialdemokratisch werden, und der Reichskanzler musste Friedrich Ebert heissen. An Ebert war es dann, die scheinbar siegreiche, über ihren eigenen allzu leichten Sieg erschrockene, verdutzte Revolution nach Hause zu schicken und die Ordnung wiederherzustellen – mit den Worten des Prinzen Max: im Grossen zu tun, was Noske in Kiel bereits im Kleinen getan hatte.

Dazu war Ebert auch durchaus bereit, und Prinz Max wusste es; General Groener ahnte es wenigstens. Alle drei Männer zogen spätestens seit dem Morgen des 9. November am gleichen Strang. Alle handelten nach dem gleichen Plan.

Aber nicht nach dem gleichen Stundenplan – und daraus entstand das Drama des 9. November, ein Drama, das trotz Pathos und Nervenfolter nicht ohne komödienhafte Züge war. Groener glaubte am Morgen des 9. November, bis zum Waffenstillstand noch ein paar Tage Zeit zu haben; Prinz Max wenigstens noch ein paar Stunden – noch war Berlin scheinbar ruhig. Ebert aber hatte keine Minute mehr zu verlieren: In der Frühstückspause versammelten sich bereits überall in den Betrieben die Arbeiter und formten ihre Marschkolonnen. Wenn die SPD nicht sofort mitzog und scheinbar die Führung übernahm, verlor sie die Kontrolle.

Die Folge war, dass Ebert handeln musste, ohne auf Prinz Max warten zu können, ohne auf Groener warten zu können; dass in Spa noch den ganzen Tag ein Abdankungsdrama stattfand, über das die Ereignisse in Berlin schon längst hinweggegangen waren; dass Prinz Max nach stundenlangem Seelenkampf die Ab-

dankung des Kaisers bekanntgab, ohne dass sie erfolgt war; und dass auch diese Falschmeldung bereits zu spät kam, um den Gang der Ereignisse noch aufhalten zu können.

Fast alles, worüber sich die letzten Würdenträger des Kaiserreichs an diesem Tage erhitzten und zermarterten, spielte in Wirklichkeit schon gar keine Rolle mehr. In Spa und in der Reichskanzlei wurde der letzte Akt des Kaiserreichs mit aufgeregtem Pathos zu Ende gespielt, ohne dass es noch irgendwie auf ihn ankam. Es war, als ob die Schauspieler in einer Haupt- und Staatsaktion noch augenrollend und gestikulierend ihre Verse deklamieren, während der Vorhang schon gefallen ist.

Morgens kurz nach neun Uhr telefonierte Spa an die Reichskanzlei (auf einer geheimen Direktleitung, die später noch eine grosse Rolle spielen sollte), die Oberste Heeresleitung sei jetzt bereit, dem Kaiser mitzuteilen, dass das Heer nicht mehr hinter ihm stehe. Die Reichskanzlei gab die Nachricht sofort telefonisch an Ebert weiter: Revolution überflüssig, Abdankung unmittelbar bevorstehend. Ebert antwortete: «Zu spät! Die Kugel ist im Rollen. Eine Fabrik ist schon auf die Strasse gegangen.» Nach einer kleinen Pause fügte er hinzu: «Wir wollen sehen, was sich machen lässt.»

Aber wenn es für Ebert zu seinem Bedauern schon zu spät war – in Spa war es für endgültige Entscheidungen noch viel zu früh. Um elf Uhr sprach der Kaiser privat zu einem seiner persönlichen Berater zum erstenmal offen von Abdankung, und zwar in einem misstrauisch-wegwerfenden Ton: «Ich habe lange genug regiert, um zu sehen, was das für ein undankbares Geschäft ist. Ich hänge durchaus nicht daran.» Aber ein fester Entschluss war das noch lange nicht, und in den folgenden Stunden liess sich der Kaiser plötzlich auf einen neuen Gedanken bringen: nur die Kaiserwürde niederzulegen, aber König von Preussen zu bleiben. Um zwölf traf der Kronprinz ein, naiv-ahnungslos und forsch wie immer: «Sind denn die paar Matrosen noch nicht an die Wand gestellt?» Vater und Sohn sprachen sich im Park aus. Niemand hörte, was sie zueinander sagten; alles schien wieder in Frage gestellt. Inzwischen kamen aus Berlin immerfort drängende Anrufe: Die Abdankung müsse sofort verkündet werden, wenn sie noch einen Effekt haben solle, jede Minute sei kostbar. In Spa antwortete man gekränkt, so wichtige Entscheidungen liessen sich nicht übers Knie brechen. Seine Majestät habe den Entschluss gefasst, aber er müsse noch formuliert werden, und Berlin solle gefälligst Geduld haben.

Um zwölf Uhr, während in der Reichskanzlei Nachrichten von riesigen Marschkolonnen der Arbeiter einliefen, die aus den Fabrikvierteln auf das Zentrum zuströmten, riss dem Reichskanzler die Geduld. Er hatte die amtliche Mitteilung von der Abdankung des Kaisers seit Stunden vorbereiten lassen. Jetzt ordnete

er an, sie herauszugeben, wohl wissend, dass sie falsch war. Über die amtliche Nachrichtenagentur lief die Verlautbarung:

«Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Thron zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amt, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preussen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes, einschliesslich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.»

Prinz Max hatte das Gefühl, etwas Ungeheuerliches zu tun, indem er den Entschluss des Kaisers vorwegnahm und dem Volk die Abdankung des Kaisers bekanntgab, die noch gar nicht stattgefunden hatte. Er hatte stundenlang mit sich gerungen, ehe er das über sich brachte, und tatsächlich wäre es für einen Mann seiner Herkunft und Stellung ein Schurkenstreich von historischen Ausmassen gewesen – wenn es noch irgendetwas zu bedeuten gehabt hätte. Es bedeutete aber schon nicht mehr das geringste; die Geste des prinzlichen Kanzlers glich der Geste des Zirkusclowns, der so tut, als ob er die Schau kommandiere; sie war nur noch Komödie, nicht weniger als die Komödie um den Schiessbefehl, die sich unmittelbar danach abspielte. Der Berliner Oberkommandierende, General von Linsingen, fragte an, ob angesichts der Tatsache, dass der grösste Teil der Truppen nicht schiessen werde, überhaupt noch von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden solle. Der Reichskanzler rang sich nach hastiger Beratung mit seinem Stab die Antwort ab: «Nur zum Schutz von Leben und Existenz der Bürger und zum Schutz der Regierungsgebäude.» Die Antwort ging in die leere Luft, denn Linsingen hatte inzwischen, unter dem Zeitdruck und dem Druck der Verhältnisse, schon selbst befohlen: «Truppen haben nicht von den Waffen Gebrauch zu machen, auch nicht bei Verteidigung von Gebäuden.» Und auch das kam bereits zu spät, denn die Truppen waren, als der Befehl sie erreichte, schon in voller Verbrüderung mit den anmarschierenden Arbeitern und schossen sowieso nicht.

Inzwischen aber war Ebert, wenige Minuten nach zwölf, mit einer Abordnung des SPD-Vorstandes in der Reichskanzlei erschienen und forderte die Regierungsübergabe an ihn und seine Partei, «damit Ruhe und Ordnung gewahrt werden». Die Ankündigung, der Kanzler werde so lange im Amt bleiben, bis die Regentschaftsfrage gelöst sei, war gerade erst hinausgegangen, aber der Prinz wider-

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Kaiser hat abgedankt!

Der Reichskanzler hat folgenden Erlaß herausgegeben:

Seine Majestät der Kaiser und König haben sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.

Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung Seiner Majestät, dem Thronverzicht Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reichs und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Geszentwurfs wegen der Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volks einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Berlin, den 9. November 1918. Der Reichskanzler.
Prinz Max von Baden.

Es wird nicht geschossen!

Der Reichskanzler hat angeordnet, daß seitens des Militärs von der Waffe kein Gebrauch gemacht werde.

Parteilgenossen! Arbeiter! Soldaten!

Soeben sind das Alexanderregiment und die vierten Jäger geschlossen zum Volke übergegangen. Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wels u. a. haben zu den Truppen gesprochen. Offiziere haben sich den Soldaten angeschlossen.

Der sozialdemokratische Arbeiter- und Soldatenrat.

Die zweite Extra-Ausgabe des Berliner »Vorwärts« vom 9. November 1918, in der die Abdankung Wilhelms II. bekanntgegeben wurde.

Rundgebung

des
neuen Reichstanzlers Ebert

Mahnung

zur

Ruhe und Ordnung!

Mitbürger! Der bisherige Reichstanzler, Prinz Max von Baden, hat mir unter Zustimmung sämtlicher Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichstanzlers übertragen. Ich bin im Begriffe, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über das Ergebnis der Öffentlichkeit in Kürze berichten. Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen. Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unserer harret. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht. Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören, es muß erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu verhindern, sondern zu fördern. Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderung und Not mit Elend für Alle. Die Ärmsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten betroffen werden. Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich auf das Schwerste an der Gesamtheit. Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend, verlaßt die Straßen! Sorgt für Ruhe und Ordnung.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichstanzler
Ebert.

setzte sich nicht. Im Grunde wollten er und Ebert ja dasselbe, und es war eine ungeheure Erleichterung für ihn, dass Ebert jetzt bereit war, ihm jede weitere Verantwortung abzunehmen. Er übertrug ihm also die Kanzlerschaft: immer noch die Kanzlerschaft der kaiserlichen Regierung – nachdem er eben, wenn auch fälschlich, die Abdankung des Kaisers verkündet hatte. Selbst wenn er das nicht getan hätte, wäre der Vorgang eine verfassungsrechtliche Unmöglichkeit gewesen – kein Kanzler hat das Recht, einen anderen Kanzler zu ernennen. Aber wie auch immer, die Regierung, die Ebert jetzt übernahm, war immer noch die alte Regierung; alle Staatssekretäre blieben im Amt, sogar der preussische Kriegsminister von Scheuch, nur der Reichskanzler hiess Ebert statt Max von Baden. Seine erste Amtshandlung war ein Aufruf an die marschierenden Berliner Arbeiter: «Mitbürger! Der bisherige Reichskanzler hat mir unter Zustimmung sämtlicher Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen ... Mitbürger! Ich bitte euch alle dringend: Verlasst die Strassen! Sorgt für Ruhe und Ordnung!» Damit freilich kam auch Ebert schon zu spät. Denn der Aufruf, die Strassen zu verlassen, verpuffte ebenso in der Luft wie Prinz Max' Falschmeldung über die Abdankung des Kaisers und sein halber Schiessbefehl. Die Massen waren inzwischen zu Hunderttausenden auf den Strassen und hatten um diese Zeit –



9. November 1918, Unter den Linden: Ein Offizier stellt sich mit seiner Kompanie der neuen Regierung zur Verfügung.

es ging auf ein Uhr – das Stadtzentrum erreicht. Die Flugblätter mit Eberts Aufruf wurden achtlos weggeworfen.

Um diese Zeit ging alles zum Mittagessen, und beim Mittagessen spielten sich die nächsten grossen Szenen dieser leerlaufenden Tragikomödie ab. Es waren drei.

Die erste spielte im Reichstag, wo Ebert und Scheidemann die wässrige Kartoffelsuppe löffelten, die dort geboten wurde – an getrennten Tischen: Die beiden führenden Männer der SPD mochten sich nicht besonders. Während sie assen, wurde es draussen laut, ein riesiger Menschenzug hatte den Reichstag erreicht, man rief nach Ebert und Scheidemann, Sprechchöre skandierten: «Nieder mit dem Kaiser, nieder mit dem Krieg!» und «Hoch die Republik!» Abgeordnete stürzten herein und bestürmten Ebert und Scheidemann, zur Menge zu reden. Ebert schüttelte den Kopf und löffelte weiter seine Suppe. Scheidemann aber, der ein blendender Volksredner war und sich etwas darauf zugutet hat, liess seine Suppe stehen und eilte beflügelten Schritts hinaus, durch die langen Prunkkorridore des Reichstagsgebäudes. Im Vorübergehen hörte er noch, mit innerem Lachen, eine Gruppe von Abgeordneten und hohen Beamten über die Personenfragen der Regentschaft debattieren. Er trat an ein Fenster und öffnete es. Unten sah er die riesige Menge bei seinem Anblick still werden, den Wald von roten Fahnen, die Tausende von abgemagerten, verhärmten, gläubigen Gesichtern ekstatisch zu ihm hochblickend. Was für ein Augenblick! Er fühlte sich ihm gewachsen, er war der Mann der improvisierten, zündenden Ansprachen, das war sein Talent und seine Stärke; die Zunge löste sich ihm, die Worte strömten ihm zu. «Das Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt!» rief er, und, in den aufbrausenden Jubel hinein: «Es lebe die deutsche Republik!»

Er fand selbst, dass er seine Sache nicht schlecht gemacht habe, und kehrte zufrieden mit sich in den Speisesaal zurück zu seiner kalt gewordenen Wassersuppe. Aber dort stand plötzlich Ebert an seinem Tisch, vor Zorn dunkelrot im Gesicht. «Er schlug mit der Faust auf den Tisch und schrie mich an: ‚Ist das wahr?‘ Als ich ihm antwortete, dass es nicht nur wahr, sondern selbstverständlich sei, machte er mir eine Szene, bei der ich wie vor einem Rätsel stand. ‚Du hast kein Recht, die Republik auszurufen! Was aus Deutschland wird, ob Republik oder was sonst, das entscheidet eine Konstituante!‘» So berichtet Scheidemann in seinen *Erinnerungen eines Sozialdemokraten*.

Tatsächlich nahm es auch Ebert nicht so genau mit der Konstituante. Ein paar Stunden später bat er den Prinzen Max, der sich verabschieden kam, zu bleiben – als Reichsverweser. Er war genauso bereit, der Konstituante vorzugreifen, wie Scheidemann – nur im umgekehrten Sinne; er wollte keine Republik, er wollte

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Goldaten!

Rehrt ruhig in die Kasernen zurück.
Ohne Ordnung keine Sicherung der Volks-
ernährung!

Leset morgen den „Vorwärts“, wo Euch
weitere Mitteilungen bekanntgegeben
werden!

Die neue Regierung.

die Monarchie retten, auch jetzt noch. Aber Prinz Max hatte keine Lust mehr, weiter mitzuspielen, er hatte schon seine Koffer gepackt. An diesem Nachmittag noch reiste er ab, heim nach Süddeutschland, heraus aus dem aufgewühlten, tobenden Berlin – und heraus aus der Geschichte.

Zur gleichen Zeit wie Ebert und Scheidemann in Berlin speiste der Kaiser in Spa in seinem Hofzug. Und dorthin, mitten ins Essen, brachte man ihm die Nachricht, die soeben telefonisch aus Berlin eingetroffen war – die Nachricht, dass Prinz Max die Abdankung Seiner Majestät bekanntgegeben hatte. Der Kaiser war von Berufs wegen an Selbstbeherrschung gewöhnt. Er ass mechanisch weiter. Dann wurde er langsam blass und setzte an: «Dass ein Prinz von Baden den König von Preussen gestürzt-» Er sprach den Satz nicht zu Ende. Die Stimme versagte ihm.

Er hatte ja gerade erst die Urkunde unterzeichnet, mit der er als Kaiser, nicht aber als König von Preussen abgedankt hatte, und war dabei, sich in seine neue Rolle als König von Preussen einzuleben. Und nun dies! Nach dem Essen, beim Kaffee im kleineren Kreise, machten sich dann doch das Temperament und die Empörung Luft: «Verrat, schamloser, empörender Verrat!» rief der Kaiser ein Mal über das andere aus und bedeckte hastig herbeibefohlene Telegrammformulare mit immer schärfer formulierten Protesten. Abgesandt wurden sie alle nicht mehr. Sie hätten ja auch den Adressaten nicht mehr erreicht.

In der Reichskanzlei in Berlin aber wurde man durch das Telefongespräch, mit dem die halbe Abdankung – als Kaiser, aber nicht als König von Preussen – nach Berlin gemeldet wurde, ebenfalls im Mittagessen unterbrochen, und man war kaum weniger empört darüber als der Kaiser über das Verhalten des Prinzen Max. «Was sagen Sie da?» rief der Unterstaatssekretär Wahnschaffe in den Apparat, «als Kaiser abgedankt, aber nicht als König von Preussen? Das kann uns ja gar nichts nützen, das ist ja staatsrechtlich ganz unmöglich!» Noch empörter als über die staatsrechtliche Unmöglichkeit, auf die es freilich nicht mehr ankam – alles, was seit ein paar Stunden geschehen war, war staatsrechtlich unmöglich –, waren die Herren der Reichskanzlei darüber, dass man ihnen von einem solchen Plan nie etwas gesagt hatte, und damit hatten sie recht. Das Ganze war eine wilde Improvisation. Man nahm in Berlin denn auch gar keine Notiz mehr davon. Die Mitteilung wurde zu den Akten gelegt und nie veröffentlicht. Die Teilabdankung des Kaisers trat niemals in Kraft.

Tatsächlich hat der Kaiser am 9. November 1918 nicht abgedankt (er tat es erst drei Wochen später von Holland aus), und das Deutsche Reich war noch keine Republik. Dass Scheidemann vom Fenster des Reichstags aus die Republik hatte

hochleben lassen, war staatsrechtlich belanglos. Die Abdankungsmeldung des Prinzen Max war eine glatte Falschmeldung gewesen. Die Erklärung, mit der der Kaiser sich auf die Stellung eines Königs von Preussen zurückzog, blieb ein ungültiger Entwurf, ohne Gegenzeichnung in den Akten der Reichskanzlei begraben. Der Mann, der nun, wenn auch auf höchst unregelmässige Weise, Reichskanzler geworden war, fühlte sich denn auch immer noch als kaiserlicher Reichskanzler und bemühte sich, die Monarchie irgendwie zu retten.

Aber sie war nicht mehr zu retten. Im Bewusstsein ganz Deutschlands, auch der monarchisch Gesinnten, ging sie an diesem Tag zu Ende, und den Gnadenstoss versetzte ihr schliesslich doch noch der Kaiser selbst – nicht durch Abdankung (von der war nun nicht weiter die Rede), sondern durch Abreise.

Wer den Gedanken der Abreise aufgebracht hatte, ist unklar. Es war kein naheliegender Gedanke. Der Kaiser war nicht in persönlicher Gefahr. Er bewegte sich in Spa zwischen Residenz, Hauptquartier und Hofzug völlig unangefochten, die Feldwachen präsentierten das Gewehr vor ihm wie immer. In Spa gab es keine Revolution. Die Kommandanten von der Front hatten vor ein paar Stunden dem Oberst Heye noch erklärt, es sei den Truppen recht und «eine Freude», wenn der Kaiser friedlich mit ihnen nach Hause zöge. Und doch sprach nach dem Mittagessen auf einmal alles über die Sicherheit der kaiserlichen Person und die Frage seines künftigen Aufenthalts. Alle schienen sich einig darüber, dass der Kaiser bedroht sei und dass er reisen müsse. Nur Groener widersprach.

«Ich mache nur noch aufmerksam: Wenn der Kaiser abgedankt hat, kann er reisen, wohin er will. Wenn er nicht abgedankt hat, darf er das Heer nicht verlassen. Nicht abdanken und das Heer verlassen ist eine Unmöglichkeit.»

Dem antwortete betretenes Schweigen. Niemand schien verstehen zu wollen. Nach einer kleinen Pause ging die Diskussion über Reisemöglichkeiten weiter, als ob Groener nicht gesprochen hätte. Hindenburg selbst, der sich sonst an diesem Tage sehr zurückgehalten hatte, äusserte mehrmals: «Im äussersten Notfall kommt ein Übertritt nach Holland in Frage.» Die Hofchargen bemerkten, wenn der Kaiser reisen wolle, müsse der Beschluss frühzeitig gefasst werden, damit man die holländische Regierung verständigen könne. Obwohl kein eigentlicher Beschluss gefasst war, begann bald ein eifriges Telefonieren. Um fünf Uhr bestellte der Kaiser, der bei alledem abwesend gewesen war, die Oberstkommandierenden plötzlich zur Verabschiedung, wobei er dem General Groener den Händedruck verweigerte: «Mit Ihnen habe ich, nachdem ich den Oberbefehl niederge-

legt habe, nichts mehr zu tun. Sie sind württembergischer General.» Offenbar fühlte er sich durch Groeners Zumutung, bei der Armee zu bleiben, solange er nicht abgedankt hatte, irgendwie persönlich beleidigt; offenbar fühlte er sich auch immer noch als König von Preussen. Aber der König von Preussen verliess jetzt die Armee.

Es gab noch einiges Hin und Her. Plötzlich hiess es wieder: «Wir reisen nicht», dann: «Wir reisen jetzt.» Jedenfalls übernachtete der Kaiser schliesslich mit gepackten Koffern im Hofzug, und am nächsten Morgen rollte der Hofzug um fünf Uhr aus dem Bahnhof Spa hinaus, der holländischen Grenze zu. Auch der Kaiser, wie zwölf Stunden vorher der badische Prinz, reiste jetzt heraus aus der Geschichte, und mit ihm aus der Geschichte reiste die deutsche Monarchie. Nach dieser fluchtartigen Abreise war nichts und niemand mehr imstande, sie zu retten. Sie hatte nicht abgedankt, sie hatte sich ausgelöscht.

Für die fernere Zukunft war das Wegschleichen des Kaisers und der lautlose Einsturz der deutschen Monarchie, den es bedeutete, ein ungeheures Ereignis. Es nahm den deutschen Oberklassen ihre Tradition und ihren Halt; es gab ihrer kommenden Gegenrevolution den desperaten und nihilistischen Zug, den sie als monarchistische Restaurationsbewegung schwerlich gehabt hätte; es hinterliess das Vakuum, das dann schliesslich Hitler füllte. Aber für das unmittelbare Drama des 9. und 10. November war das, was der Kaiser tat oder unterliess, jetzt bereits gänzlich unerheblich geworden. Ob er abdankte oder nicht, ob er in Spa blieb oder nach Holland ging, das konnte seit dem Morgen des 9. November, seit die Arbeiterschaft von Berlin sich in Bewegung gesetzt hatte und die Truppen zur SPD abgeschwenkt waren, die Ereignisse dort nicht mehr beeinflussen. Der Verteidiger der alten Ordnung war seit diesem Morgen nicht mehr der Kaiser, es war Ebert. Und Ebert hatte am Nachmittag des 9. November, anders als noch Prinz Max am Vormittag, keine Zeit mehr, sich um den Kaiser zu kümmern; er hatte ganz andere Sorgen. Denn an diesem Nachmittag drohte die Revolution auch Ebert über den Kopf zu wachsen.

6

Die Stunde Eberts

Friedrich Ebert, der Mann, der am 9. November 1918 der Mann des Schicksals wurde, war keine imponierende Erscheinung. Er war ein kleiner Dicker, kurzbeinig und kurzhalsig, mit einem birnenförmigen Kopf auf einem birnenförmigen Körper. Er war auch kein mitreissender Redner. Er sprach mit kehliger Stimme, und er las seine Reden ab. Er war kein Intellektueller und ebenso wenig ein Proletarier. Sein Vater war Schneidermeister gewesen (wie der Vater Walter Ulbrichts), und er selbst hatte Sattler gelernt; seine heimliche Liebe waren von klein auf Pferde gewesen, und später, als Reichspräsident, pflegte er morgens im Tiergarten regelmässig spazierenzureiten.

Ebert war der Typ des deutschen Handwerksmeisters: gediegen, gewissenhaft, von beschränktem Horizont, aber in seiner Beschränkung eben ein Meister; bescheiden-würdig im Umgang mit vornehmer Kundschaft, wortkarg und herrisch in seiner Werkstatt. Die SPD-Funktionäre zitterten ein bisschen vor ihm, so wie Gesellen und Lehrlinge vor einem strengen Meister zittern. Er war nicht besonders beliebt in der Partei, aber er genoss gewaltigen Respekt. In den grossen Debatten, die die Vorkriegspartei erschütterten – über Revolution oder Reform, Massenaktion oder Parlamentarismus –, hatte er kaum eine Rolle gespielt; aber was er sofort getan hatte, als er in den Parteivorstand gewählt wurde, war, für Telefone und Schreibmaschinen in den Parteibüros zu sorgen und eine ordentliche Registratur einzuführen. Unter Ebert herrschte Ordnung. Bei Kriegsausbruch war er der Mann gewesen, den man erst einmal mit der Parteikasse nach Zürich geschickt hatte – für alle Fälle. Er war der Mann, auf den Verlass war; der Mann, der immer wusste, was er wollte.

Was wollte er? Ganz gewiss keine Revolution. Die hasste er ja «wie die Sünde». Wenn es irgendetwas gab, das er noch mehr hasste, dann war es Disziplinlosigkeit in seiner Partei. «Zum Zusammenbruch der Partei muss es führen», hatte er 1916 erklärt, «wenn Disziplin und Vertrauen vernichtet und alle Grundlagen der Organisation zermürbt werden. Hier liegt die grosse Gefahr für die Partei! Diesem Treiben muss Einhalt geboten werden.» Gerade damit hatte er dann allerdings die Partei gespalten. 1917 hatten sich alle die kritischen Geister, die Eberts Fuchtel nicht mehr ertrugen, endgültig abgespalten und die Unabhängige

Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) gegründet. Ebert blickte auf diese neue Linkspartei mit Unwillen, aber auch mit Verachtung: ein Sauhaufen, in dem es weder Disziplin noch Organisation gab.

Er wollte das Beste für seine Partei, und er hatte nicht den leisesten Zweifel, was dieses Beste war: Mehr Macht für den Reichstag, das Reichstagswahlrecht auch für Preussen; dann würde die SPD ganz von selbst eines Tages zur Regierungspartei, vielleicht sogar zur stärksten Regierungspartei werden, und dann konnte sie soziale Reformen durchführen und das Los der Arbeiter verbessern. Mehr wollte Friedrich Ebert nicht, denn weiter reichte sein Horizont nicht.

Am Deutschen Reich, wie es war, hatte Ebert im Grossen und Ganzen nichts auszusetzen. Im Kriege war er selbstverständlich Patriot, aber auch die Niederlage nahm er nicht allzu schwer: «Mit Ruhe und Festigkeit», hatte er im Reichstag am 22. Oktober erklärt, «sehen wir dem entgegen, was unser Friedensschritt bringt. Hab und Gut können wir verlieren – die Kraft, die Neues schafft, kann uns aber keiner nehmen. Was auch kommen mag: Wir bleiben stehen in der Mitte Europas als ein zahlreiches, tüchtiges, ehrliebendes Volk.»

Im Grunde war für Ebert im Oktober 1918 alles erreicht, was er je erstrebt hatte, und seine Partei stand jetzt genau da, wo er sie haben wollen. Dass sie nicht gleich allein regierte, sondern zusammen mit achtbaren bürgerlichen Parteien, war ihm nur lieb; ebenso, dass über dem Ganzen immer noch ehrfurchtgebietend ein Kaiser schwebte. Und gerade jetzt musste die Revolution ausbrechen! Und ausgerechnet seine eigenen Anhänger mussten sie machen! Für Ebert war das ein furchtbares Unglück, ein furchtbares Missverständnis. Aber er traute sich zu, damit fertig zu werden.

Er war jetzt Reichskanzler, und hinter ihm stand der Staat, die Behördenorganisation, die Beamtenschaft, auch die bewaffnete Macht, oder was noch von ihr übrig war. Er verkörperte die Ordnung. Und war das etwa nichts? Brauchte man keine ordentliche Regierung, um zu einem Waffenstillstand und Frieden zu kommen, den doch alle wollten? Brauchte man keine Ordnung, um eine Hungerkatastrophe abzuwenden? Ebert *wollte* Ordnung. Ebert *war* die Ordnung, und es wäre gelacht, wenn die Deutschen nicht sehr schnell für die Ordnung zurückzugewinnen wären.

Aber Ebert hielt noch eine zweite Trumpfkarte in der Hand: Er war nicht nur Reichskanzler, er war auch der Vorsitzende der SPD. Er verkörperte nicht nur die Ordnung schlechthin, er verkörperte die *neue* Ordnung. Wen konnten denn die Revolutionäre, die grösstenteils selber Sozialdemokraten waren, an die Spitze des

Reichs stellen wollen, wenn nicht ihren eigenen Parteivorsitzenden? Gut, da gab es noch die unruhigen Geister von der USPD, da gab es noch diesen unangenehmen Karl Liebknecht, der jetzt als Märtyrer des Protests gegen den Krieg so populär geworden war. Also würde man in Gottes Namen auch noch ein paar USPD-Leute in die Regierung hineinnehmen, um der Revolution das Maul zu stopfen. Allzu viel Schaden würden sie wohl nicht anrichten können. Noch an diesem 9. November in der Reichskanzlei, ehe er zum Mittagessen ging, empfing Ebert eine Abordnung der USPD und forderte sie auf, drei Ministerkandidaten zu benennen. Einer fragte, ob sie benennen könnten, wen sie wollten. «Jawohl», antwortete Ebert. «An Personalfiragen soll nichts scheitern.» – «Auch Liebknecht?» fragte der USPD-Mann zurück. – «Wenn Sie wollen, bringen Sie uns auch Karl Liebknecht», war Eberts Antwort. «Er soll uns angenehm sein.»

Dann begaben sich alle zum Reichstag, Ebert, um schweigsam und allein seine Kartoffelsuppe zu essen, die USPD-Abgesandten, um sich mit ihrer Fraktion über die Regierungsbeteiligung schlüssig zu werden, was ihnen den ganzen Nachmittag nicht gelang. Sie waren eben ein undisziplinierter Haufen, bei dem jeder seine



9. November 1918, Wilhelm-, Ecke Zimmerstrasse: Demonstranten und Zuschauer soweit man blicken kann.

eigene Meinung hatte. Der Reichstag begann an diesem Nachmittag einem Heerlager zu gleichen; die Fraktionen der SPD und USPD tagten ununterbrochen, und immer wieder einmal steckte jemand von der SPD bei der USPD seinen Kopf hinein, um zu fragen, ob man nun endlich zu einer Entscheidung gekommen sei. Auch andere Leute stiessen zur USPD-Sitzung: einmal auch Karl Liebknecht, der sich erkundigte, worum es gehe, und dann dem Protokollführer «in einem triumphierenden, beinahe befehlenden Ton» die Worte diktierte: «Alle exekutive, alle legislative, alle richterliche Gewalt bei den Arbeiter- und Soldatenräten» – worüber sofort eine wilde Diskussion entbrannte. Aber auch andere Gäste stürmten in den Reichstag – unbekannte, ungebetene, manchmal ganze Züge mit roten Fahnen. Es war ein ewiges Kommen und Gehen. Die Strassen der Berliner Innenstadt glichen an diesem Nachmittag des 9. November einem wogenden Ozean von Menschen, und immer wieder einmal schlug aus diesem Ozean eine überbrandende Welle in den Reichstag hinein.

Niemand hat die Massen, die am 9. November stadteinwärts geströmt waren, gezählt. Aber alle Augenzeugen sprechen von Hunderttausenden. Sie alle hatten einen ungeheuren Stimmungsumschlag erlebt: Am Vormittag waren sie, jeder



9. November 1918: Übergabe der Garde-Ulanen-Kaserne an Angehörige des Arbeiter- und Soldatenrates.

Einzelne von ihnen, darauf gefasst gewesen, in den Tod zu marschieren. Sie wussten nichts davon, dass die Truppe «nicht mehr hielt», sie erwarteten Maschinengewehrsalven, wenn sie vor den Kasernen und Regierungsgebäuden ankamen. In den vorderen Reihen der endlosen, dumpf und langsam aus allen Himmelsrichtungen heranmarschierenden Kolonnen trug man Plakate: «Brüder, nicht schießen!» In den hinteren Reihen trug man vielfach Waffen. Man erwartete, tragisch entschlossen, einen Todeskampf um die Kasernen. Der Tag war verhangen und mild für die Jahreszeit, die Luft wattig, fast schwül; ein rechter Schicksals- und Unheilstag, ein rechter Tag zum Sterben.

Und dann geschah nichts! Die «Brüder» schossen wirklich nicht, sie öffneten selbst die Kasernen, sie halfen selbst die roten Fahnen hissen, sie schlossen sich den Massen an, oder – wie die Schutzmannschaften im Polizeipräsidium am Alexanderplatz – sie schnallten ihre Waffen ab und verdrückten sich, so schnell sie konnten! Man war so verblüfft, dass man Gassen bildete, um die Polizisten unbehelligt nach Hause gehen zu lassen; nicht einmal Schmährufe wurden laut. Die Revolution in Berlin war so gutmütig, wie sie überall gewesen war. Wenn Blut vergossen wurde, dann von der anderen Seite: In der Maikäferkaserne schossen ein paar Offiziere plötzlich durch die aufgerissene Tür einer Stube, in der sie sich verbarrikadiert hatten. Es gab drei Tote, später noch weitere bei ähnlichen Zwischenfällen im Marstall und in der Universität, fünfzehn im Ganzen. Aber in den Riesenmassen ging das unter; die meisten erfuhren gar nichts davon. Überall herrschte seit der Mittagsstunde, seit die Angst und Spannung vor dem erwarteten Massaker sich als unbegründet herausgestellt hatte, ungeheure Erleichterung, ja Erlösung, Bereitschaft zum Jubel – und zugleich etwas wie Enttäuschung, etwas wie Ratlosigkeit. Was war noch zu tun? Was jetzt die Strassen füllte und überfüllte, war eigentlich nur noch zielloses Gedränge, Verbrüderung, gedämpfte Volksfeststimmung – gedämpft, denn zu feiern gab es nichts, und die genarrte Todesbereitschaft schwang noch merkwürdig entleert nach.

Immerhin, hier und da ergriffen beherzte Männer mit Organisations- oder Improvisationstalent die Initiative, stellten bewaffnete Züge oder Lastwagenkolonnen zusammen und unternahmen etwas: Zuerst, wie überall, die Besetzung der Gefängnisse und die Befreiung der politischen Gefangenen – nur der politischen, ordentlich nach den Akten! –, dann die Besetzung der Bahnhöfe, der Hauptpostämter, auch mehrerer Zeitungsredaktionen (beim *Vorwärts* scheiterte das an den Naumburger Jägern, die dort seit dem Morgen Wache standen). Die unbewachten Regierungsgebäude liess man in Frieden; dort sass ja jetzt schon, wie sich herum-

gesprochen hatte, eine Volksregierung. Aber nachmittags um vier gab jemand die Parole aus: «Zum Schloss!» Eine halbe Stunde später war das Königliche Schloss besetzt, und Karl Liebknecht erschien auf einem Balkon, von dem man eine rote Decke heruntergehängt hatte, und rief zum zweitenmal an diesem Tage die Republik aus – aber nun die sozialistische. Seine feierliche, pastörllich-singende Stimme hallte über den Platz, wo sich die Menge Kopf an Kopf drängte, und er endete: «Wer von euch die freie sozialistische Republik Deutschland und die Weltrevolution erfüllt sehen will, erhebe seine Hand zum Schwur!» Alle schworen. Wie viele den Schwur gehalten haben – wer weiss es?

Karl Liebknecht war in diesen Tagen ein grosser Name – vielleicht der grösste Name in Deutschland. Jeder wusste von ihm, und keinem war er gleichgültig: Er erregte heisseste Liebe und glühendsten Hass. Aber er war eine Symbolfigur, keine Macht. Er war erst seit vierzehn Tagen aus dem Zuchthaus entlassen, in das er sich durch seinen einsamen, öffentlichen Protest gegen den Krieg zweieinhalb Jahre zuvor gebracht hatte. Er gehörte zu keiner Partei – die USPD hatte sich erst gebildet, als er schon im Zuchthaus sass –, er hatte keine Organisation hinter sich und besass übrigens auch kein Organisationstalent, wie sich in den nächsten Wochen zeigen sollte. In den revolutionären Ereignissen der letzten Woche hatte er



9. November 1918, Unter den Linden: In der Bildmitte ein Matrose aus Arnstadt (Thüringen).

überhaupt keine Rolle gespielt, und auch an diesem 9. November in Berlin spielte er nur eine sozusagen dekorative Nebenrolle. Der Führer der Revolution war er nicht, und auch sein Auftritt auf dem Schloszbalkon war nur ein sensationelles Zwischenspiel, eine Episode, die den Lauf der Dinge nicht veränderte.

Aber es gab eine andere Gruppe von Männern, die es sich durchaus zutrauten, die Führung der Revolution zu übernehmen und deren Eingreifen noch an diesem ereignisreichen Tage den Lauf der Dinge aufs Dramatischste verändern sollte: Das waren die Revolutionären Obleute der Berliner Grossbetriebe, eine Gruppe von ungefähr hundert Männern, mit einem Kern von etwa einem Dutzend; wirkliche, gelernte Arbeiter und gestandene Arbeiterführer, deren Namen (anders als Liebknechts) ausserhalb ihrer Fabriken kein Mensch in Deutschland kannte, die aber (ebenfalls anders als Liebknecht) eine Organisation hinter sich hatten, nämlich die Belegschaften ihrer Betriebe, die sich daran gewöhnt hatten, auf ihr Wort zu hören.

Die Gruppe der Revolutionären Obleute hatte sich in den grossen Streiks des vergangenen Winters gebildet. Sie waren die wirklichen Streikführer gewesen. Seitdem hielten sie konspirativ zusammen, seit einigen Wochen planten sie die Revolution, und am 4. November hatten sie – ohne von der Lawine etwas zu ahnen, die an diesem Tage in Kiel ins Rollen kam – einen Putsch in Berlin für den



9. November 1918: Ein Arbeiter spricht von einem Sanitätsauto vor dem Kgl. Schloss zum Volk kurz nach der Erklärung der Republik.

11. November beschlossen, Waffen besorgt und verteilt und Pläne zu einem Handstreich auf die Regierungszentren entworfen. Die Entwicklung war den Revolutionären Obleuten dann davongelaufen, aber sie waren nicht gesonnen, sie über sich hinweggehen zu lassen. Am Nachmittag dieses 9. November, während die Massen begeistert, ziellos und schon etwas ermüdet durch die Strassen von Berlin wogten, während Ebert in der Reichskanzlei zu regieren versuchte, und während in den Fraktionssälen des Reichstags die Fraktionen der SPD und USPD endlos tagten und sich nicht darüber einig werden konnten, unter welchen Bedingungen die USPD in Eberts Regierung eintreten könnte, hielten die Revolutionären Obleute eine eilige Beratung ab und schritten zur Tat.

Sie waren keine grossen Theoretiker und Programmierer, aber praktisch denkende Männer. Sie sahen klar, worauf es jetzt ankam: den Massen eine handlungsfähige Spitze zu geben, ein Organ, das Politik machen konnte, eine Revolutionsregierung, die Ebert und die Parteien beiseitedrängte. Sie trommelten ein paar hundert ihrer Gefolgsleute zusammen. Am Abend, während die Dunkelheit hereinbrach und die Massen in den Strassen sich langsam aufzulösen begannen, besetzten sie den Reichstag.



10. November 1918: Ein Demonstrationzug auf dem Weg zur Kundgebung am Bismarck-Denkmal

Im Reichstag war den ganzen Tag ein wildes, unkontrolliertes Kommen und Gehen gewesen, und die Gruppe, die abends zwischen acht und neun Uhr plötzlich hineindrängte, fiel zunächst gar nicht weiter auf, zumal sie so bunt zusammengewürfelt war wie alle sonderbaren Besuchergruppen, die der Reichstag an diesem Tage schon gesehen hatte. Eintrittskarten wurden ja nicht ausgegeben, und allerlei Neugierige oder Unternehmungslustige, in Uniform oder Zivil, hatten sich dem Zug der Revolutionären Obleute angeschlossen. Plötzlich aber zeigte sich in diesem Zug so etwas wie Ordnung, Plan, Regie. Die Gruppe, einige hundert Mann stark, besetzte erst das Zimmer 17, dann den Plenarsaal. Er wurde mit mitgebrachten roten Tüchern ausgeschlagen, jemand hatte den Vorsitz übernommen, man hörte die Glocke des Präsidenten, die Sitze der Abgeordneten wurden eingenommen, in der turbulenten Versammlung kehrte Disziplin ein, ein Vorstand wurde vorgeschlagen und bestätigt. Von draussen hörte man Reden und Beifallklatschen aus dem Plenarsaal, das ganze Ritual einer normalen Reichstagssitzung. Die Abgeordneten, die, in ihren Fraktionszimmern aufgestört, herbeieilten, um sich anzusehen, was da vor sich ging, sahen mit Bestürzung plötzlich vor sich ein Revolutionsparlament in voller Aktion.

Es war ein turbulentes, ungewähltes, ungesiebtetes Parlament, aber offensichtlich ein ganz funktionsfähiges. Eine Gruppe von Männern, die die Regierungsbänke einnahmen, hatte die Versammlung ziemlich fest in der Hand. Es waren die Führer der Revolutionären Obleute, und einige Gesichter erkannte man: Richard Müller, Emil Barth. Sie schnitten wilde Reden kurz ab, spielten einander das Wort zu, redeten knapp und wirksam zur Sache und wussten offenbar genau, was sie wollten. Jetzt wurden sogar Anträge gestellt, jetzt wurde sogar abgestimmt. Kurz nach zehn Uhr eilten einige SPD-Leute, die zugehört hatten, aus dem Sitzungssaal, legten im Geschwindschritt den kurzen Fussweg vom Reichstag zur Reichskanzlei zurück und meldeten Ebert bestürzt, was geschehen war: Soeben hatte eine Versammlung im Reichstag beschlossen, dass am nächsten Morgen in allen Fabriken und Kasernen Arbeiter- und Soldatenräte gewählt werden sollten – je ein Vertreter für ein Bataillon und für tausend Arbeiter – und dass diese gewählten Räte sich nachmittags um fünf Uhr im Zirkus Busch versammeln sollten, um eine provisorische Regierung, einen «Rat der Volksbeauftragten», zu ernennen. Von Eberts Regierung war dabei keine Rede gewesen, man hatte getan, als gebe es gar keine Regierung mehr; man wollte sie offenbar einfach beiseiteschieben. Jetzt waren wahrscheinlich schon überall Abgesandte aus dem Reichstag unterwegs, um die Arbeiter und Soldaten für die Wahlen am nächsten Morgen zusammenzu-

trommeln. Anscheinend handelte es sich um einen Staatsstreich der Revolutionären Obleute. Über die Existenz der Revolutionären Obleute und ihre Macht in den Betrieben wusste man ungefähr Bescheid.

Ebert hörte sich die Hiobsbotschaft grimmig schweigend an, ohne auffällige Erregung, aber ziemlich weiss im Gesicht und mit zusammengepressten Lippen. «Es ist gut», sagte er. «Wartet hier im Vorzimmer.»

Was Ebert an diesem Tag gewollt hatte, geht aus allem, was er sagte und tat, vollkommen klar hervor: Er wollte die Revolution in letzter Minute verhindern, den grossen Marsch der Arbeiter als blosser Demonstration ablaufen lassen und unter neuer Firma das Wesentliche der alten Ordnung retten und weiterführen. Das Programm des Prinzen Max: Abdankung des Kaisers – Regentschaft – Waffenstillstand – Nationalversammlung war auch Eberts Programm. Er fühlte sich nur persönlich besser geeignet und politisch besser placiert als der Prinz, um es durchzuführen. Bei seinem Abschiedsbesuch am Nachmittag fand Prinz Max ihn «immer noch bemüht, den organischen Zusammenhang mit der Vergangenheit nicht zu lösen».

Mittags, als er den Posten des Reichskanzlers übernommen hatte, war Ebert noch ziemlich sicher gewesen, dass ihm das gelingen würde. Eine eingespielte Regierung fand er fertig vor und übernahm sie – fürs erste ohne irgendeinen Personalwechsel. An die Beamtenschaft hatte er sich, in einem der Aufrufe, die er nachmittags hinausgehen liess, fast bittend, fast entschuldigend gewandt: «Ich weiss, dass es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, aber ich appelliere an Ihre Liebe zu unserer Volke.» Im Übrigen – Beamte streiken nicht so leicht. Die SPD-Führung hatte er fest in der Hand, die Berliner Truppen wusste er seit dem Morgen ebenfalls hinter sich. Zur Beruhigung der Arbeitermassen war er bereit, einige Unabhängige mit in die Regierung zu nehmen. Er kannte die Unabhängigen, und er fürchtete sie nicht. Bis tief in den Krieg hinein waren sie ja unter seinem Vorsitz treue SPD-Genossen gewesen, und wenn sie sich dann auch nach und nach abgespalten hatten – Revoluzzer und Radikale waren die wenigsten von ihnen. Er würde sie im Kabinett unter Kontrolle haben, und ihre Mitregierung würde ein nützliches Alibi sein. Als er ihnen mittags in der Reichskanzlei, auf dem Wege zum Reichstag und zu seiner Kartoffelsuppe, zwischen Tür und Angel sein Koalitionsangebot machte, tat er es, nach Bekundung vor Ohrenzeugen, «ziemlich schroff» und «von oben herab». Er glaubte mittags noch, alle Trümpfe in der Hand zu haben.

Nachmittags aber war dann alles ziemlich schiefgelaufen. Scheidemanns Proklamation der Republik war die erste Panne gewesen; die zweite und schlimmere die Weigerung des Prinzen Max, Reichsverweser zu werden, und seine überstürz-

te Abreise. Mit dem Gedanken einer Republik hatte sich Ebert danach wohl oder übel abfinden müssen – einfach weil niemand mehr da war, der die Monarchie verkörpern wollte. Das war allenfalls hinzunehmen. Dann aber hatten die Unabhängigen unerwartete Schwierigkeiten gemacht; erst hatten sie zu keinem Entschluss über sein Koalitionsangebot kommen können, schliesslich unannehmbar radikale Bedingungen gestellt. Abends war noch immer keine Koalition zustande gekommen, und Ebert hatte sich mit der Ernennung einiger zusätzlicher SPD-Staatssekretäre begnügen müssen. Sein Aufruf, die Strasse zu verlassen, war verpufft. Wenigstens waren die Massendemonstrationen auf den Strassen einigermaßen unblutig verlaufen, und morgen, am Sonntag, so hoffte Ebert, würden die Massen müde sein, ihren Revolutionsrausch ausschlafen wollen und zu Hause bleiben.

Nun aber war es auch damit nichts. Nun war klar, dass es morgens weitergehen würde, und zwar viel gefährlicher, viel organisierter und zielstrebigter als heute. Eine Gegenkraft hatte sich enthüllt, die ihm die Führung streitig machte und die, im stärksten Gegensatz zu ihm, die Revolution nicht abblasen, sondern weitertreiben wollte. Wie konnte er mit ihr fertig werden?

Eine Rückzugsstellung, auf die sich ausweichen liess, hatte er nicht. Ebert war die äusserste Linke des «Establishments», die letzte Reserve der alten Ordnung – die für ihn die Ordnung schlechthin bedeutete. Hinter Ebert stand nur noch – Ebert. Wenn er ausfiel, kam nichts mehr.

Also offener Kampf? Die Rätewahlen und die Zirkus-Busch-Versammlung verbieten und notfalls zusammenschliessen lassen? Davor scheute Ebert zurück. Gewiss, seit heute Morgen hatte er die Berliner Truppen hinter sich. Aber konnte er ihnen *alles* zumuten? Waren sie überhaupt noch eine richtige, blind gehorchende militärische Truppe? Erst vor wenigen Stunden hatte Wels sie überredet, *nicht* zu schiessen. Konnte man sie jetzt plötzlich wieder überreden zu schiessen? Und selbst wenn man es könnte – durfte man es? Ein Blutbad unter sozialdemokratischen Arbeitern, angerichtet vom ersten sozialdemokratischen Reichskanzler am ersten Tage seiner Regierung? Nein, unmöglich!

Aber dann blieb nur eins: Dann musste Ebert darauf verzichten, den «organischen Zusammenhang mit der Vergangenheit» in seiner Person zu bewahren. Dann musste er aufhören, der letzte Reichskanzler zu sein, und musste stattdessen selber der erste Vorsitzende dieses – wie hiess das Ding noch? – dieses «Rats der Volksbeauftragten» werden. Er musste sich noch eine zweite Legitimation holen: nach der durch den Prinzen Max, die ja auch schon unkorrekt genug gewesen war, nun auch noch die durch die Versammlung im Zirkus Busch. Unmöglich? Nein.

Schliesslich gab es noch genug treue Sozialdemokraten unter den Berliner Arbeitern; man musste sie nur rechtzeitig mobilisieren. Vor allem musste man das Bündnis mit den Unabhängigen unter Dach und Fach bringen, auch wenn es Konzessionen kostete; man musste den Arbeitern und Soldaten im Zirkus mit der vollendeten Tatsache einer allsozialistischen Regierung entgegentreten können. Versöhnung, Einigkeit, «kein Bruderkampf» – das musste jetzt die Parole sein. Ebert kannte seine Arbeiter gut genug, um zu wissen, dass diese Parole zünden würde, ja dass sie unwiderstehlich war.

Und dann die Soldaten! Sie sollten ja *auch* wählen, und sie waren ja alles andere als revolutionär; heute früh hatte man noch nicht einmal wissen können, ob sie die Revolution nicht niederschliessen würden. Das hatten sie schliesslich nicht getan, und das war ihnen wohl auch nicht mehr zuzumuten; aber die Revolution *niederstimmen* – das konnten sie immer noch. Otto Wels musste wieder heran; er hatte es diesen Morgen so gut gemacht, er hatte den richtigen Ton mit den Soldaten gefunden, er musste wieder in die Kasernen und die Soldaten bearbeiten, dass sie anderntags richtig wählten.

Und schliesslich, wenn das alles durchgeführt war, musste Ebert mit der fertigen Koalition der beiden sozialistischen Parteien selber im Zirkus Busch auftreten und sich selber wählen lassen – zum Revolutionsführer. Er musste in Gottes Namen eine Stunde lang oder zwei mit den Wölfen heulen. Es war der einzige Weg. Was für den Reichskanzler Prinz Max der Reichskanzler Ebert gewesen war, das war für den Reichskanzler Ebert – der Volksbeauftragte Ebert. Wenn er die Revolution jetzt noch verhindern wollte, musste er zunächst einmal selbst zum Schein an ihre Spitze treten. Anders ging es nicht mehr; aber so ging es vielleicht noch.

Ebert rief seine Parteigenossen aus den Vorzimmern zurück. Er hatte seinen Entschluss gefasst und gab seine Instruktionen. Noch in der Nacht ging seine Mannschaft an die Arbeit, voran der erfolgsgeschwellte, unermüdliche Otto Wels. Auch die Mannschaft der Revolutionären Obleute arbeitete diese ganze Nacht hindurch. In dieser Nacht ging es zu wie bei den Stäben zweier aufmarschierender Armeen vor einer Entscheidungsschlacht.

Der 9. November 1918 ging zu Ende. Er hatte den Sturz der Monarchie gebracht, aber noch nicht den Sieg der Revolution. Ihr Schicksal hing in der Nacht vom 9. zum 10. November noch in der Schwebe. Erst der nächste Tag konnte es entscheiden.

7

Der 10. November: Die Marneschlacht der Revolution

Professor Ernst Troeltsch – Theologe und Geschichtsphilosoph, seit 1914 eine der Zierden der Berliner Universität – hat noch im selben Monat beschrieben, wie das Berliner Bürgertum den 10. November 1918 erlebte.

«Am Sonntagmorgen nach banger Nacht ward das Bild aus den Morgenzeitungen klar: der Kaiser in Holland, die Revolution in den meisten Zentren siegreich, die Bundesfürsten im Abdanken begriffen. Kein Mann tot für Kaiser und Reich! Die Beamtenschaft in den Dienst der neuen Regierung getreten! Die Fortdauer aller Verpflichtungen gesichert, und kein Sturm auf die Banken!

Sonntag, der 10. November, war ein wundervoller Herbsttag. Die Bürger gingen in Massen wie gewöhnlich im Grunewald spazieren. Keine eleganten Toiletten, lauter Bürger, manche wohl absichtlich einfach angezogen. Alles etwas gedämpft wie Leute, deren Schicksal irgendwo weit in der Ferne entschieden wird, aber doch beruhigt und behaglich, dass es so gut abgegangen war. Trambahnen und Untergrundbahnen gingen wie sonst, das Unterpfand dafür, dass für den unmittelbaren Lebensbedarf alles in Ordnung war. Auf allen Gesichtern stand geschrieben: Die Gehälter werden weiterbezahlt.»

Die bürgerlichen Sonntagnachmittagsspaziergänger im Grunewald, die sich bereits beruhigt fühlten, «dass alles so gut abgegangen war», ahnten nicht, dass tatsächlich erst an diesem Sonntagnachmittag ihr Schicksal entschieden wurde – aber nicht «irgendwo in der Ferne», sondern im Osten ihrer eigenen Stadt, in einer turbulenten Massenversammlung im Zirkus Busch, wo am Nachmittag dieses 10. November die erste grosse Schlacht der Revolution geschlagen und verloren wurde – die erste und zugleich schon die entscheidende: die Marneschlacht der deutschen Revolution.

Sonnabend, der 9. November, war der Höhepunkt der improvisierten, führerlosen Revolution gewesen, die am Montag zuvor in Kiel ausgebrochen war. Sonntag, der 10. November, leitete bereits ihr Scheitern ein. Paradoxerweise aber sah das, was ihre Niederlage besiegeln sollte, von aussen wie ihr grösster und endgültiger Triumph aus.

Am Morgen dieses Sonntags war noch alles unentschieden. Die Strassen der Innenstadt, die gestern ein wogendes Menschenmeer gewesen waren, lagen verlassen in sonntäglicher Stille. Unter den Linden noch überall rote Fahnen an den

Flaggenmasten – doch kaum ein paar einzelne Spaziergänger, um sich an ihnen zu freuen oder zu ärgern. Die Arbeiter, die gestern um diese Zeit ihren grossen Revolutionsmarsch angetreten hatten, waren heute, am Sonntag (!), fast alle wieder in ihren Fabriken, um die Arbeiterräte zu wählen, die am Nachmittag im Zirkus Busch die neue Regierung, die Regierung der siegreichen Revolution, einsetzen sollten. Es war ein glänzender Organisationserfolg der Revolutionären Obleute, die das am Sonnabend spätabends beschlossen hatten. Von Mund zu Mund war die Losung weitergeflogen, fast vollzählig waren die Belegschaften versammelt, um ihren Wahlakt zu vollziehen.

Aber sie wählten nicht so, wie die Obleute gewollt hätten. Die SPD war in der Nacht ebenfalls nicht müssig gewesen. Tausende von Flugblättern waren in aller Hast entworfen, gedruckt und verteilt worden. Das Parteiblatt *Vorwärts* ging an diesem Morgen in allen Fabriken von Hand zu Hand, oder man las es gruppenweise und gleichzeitig, im Stehen, mit ernstem Kopfnicken. Sein Leitartikel trug die Überschrift: «Kein Bruderkampf!» Die Losung traf mit fast genialem Instinkt die allgemeine Stimmung.

Diese Stimmung war nicht mehr dieselbe wie am Morgen zuvor – das hatten die Revolutionären Obleute nicht bedacht. Gestern war sie bitter, ungeduldig, aufreuerisch, dumpf entschlossen gewesen, voll von lang angestautem, explosionsbereitem Groll; eben eine Revolutionsstimmung. Heute war sie gelöst, grossmütig, versöhnlich – Siegesstimmung, und zwar nicht berauschte Siegesstimmung, sondern dankbare: Jeder empfand eine vage Dankbarkeit dafür, dass der Sieg so leicht gewesen war, dass es keinen Kampf gegeben hatte, keine Opfer, kein Blutvergiessen. Alle, die an diesem Tag zuvor todesbereit in die Stadt marschiert waren, hatten das Gefühl, dass ihnen das Leben wiedergeschenkt sei. Richard Müller, einer der Führer der Revolutionären Obleute, berichtet, dass in einigen Betrieben SPD-Funktionäre, die gestern noch aus dem Betrieb geprügelt worden waren, weil sie sich dem grossen Marsch nicht hatten anschliessen wollen, heute zu Arbeiterräten gewählt wurden.

Gegen diese Verbrüderungswelle war nicht anzukommen. Gewiss, die Kandidaten der Revolutionären Obleute kamen meist ebenfalls durch, aber ein grosser Teil der neugewählten Arbeiterräte, darüber wurden sich die Obleute mittags zähneknirschend klar, waren Ebert-Anhänger.

Die Wahlen in den Fabriken waren eine halbe Niederlage, die in den Kasernen eine ganze. Hier hatten die Revolutionären Obleute überhaupt nichts zu bestellen, hier kannte sie kein Mensch, hier führte Otto Wels das Wort, und er redete Fraktur. Nichts von Versöhnung hier, nichts von Verbrüderung – es ging darum, ein

finsteres Komplott zu vereiteln, durch das die SPD überrumpelt und von der Regierung ferngehalten werden sollte. Hatten sich die Soldaten nicht gestern ohne Unterschied der Partei auf die Seite des Volkes gestellt? Gut, dann hatten sie jetzt auch die Pflicht, die Rechte des Volkes zu verteidigen. Der Regierung Ebert-Scheidemann müssten sich die Soldaten zur Verfügung stellen, so wie es gestern die Naumburgerjäger wegweisend getan hatten!

Brausender Jubel. Sofort beschloss man, einen Aktionsausschuss der Berliner Truppenteile zu bilden. Im Hof des *Vorwärts*-Gebäudes fand mittags eine Massenversammlung der Soldaten – der gewählten und der nichtgewählten – statt, Führer und Sprecher wurden festgesetzt, Verpflegung gefasst, und nachmittags, lange vor Beginn der Versammlung, marschierten die Soldaten, mit Wels an der Spitze, in geschlossenem Zuge zum Zirkus Busch, wo sie die unteren Reihen, nahe der Manege, besetzten. Auf die Stimmung, die in diesem Zuge herrschte, wirft Herrmann Müller, der spätere SPD-Kanzler, ein Streiflicht: «Ein Spartakist, der sich auf dem Wege zur Lindenstrasse dem Zuge der Soldatenräte aus Neugier angeschlossen hatte, merkte, was vorging, und schrie, indem er Wels mit einem Revolver bedrohte, wie ein Wüterich: ‚Du Hund wirst uns noch alles verderben!‘



10. November 1918: Soldaten am Portal des Reichstages erwarten das Resultat der gefassten Beschlüsse der neuen Regierung.

Geschossen hat er nicht. Deshalb wurde er auch nicht gelyncht.»

So bereitete sich in den Vormittags- und frühen Nachmittagsstunden dieses 10. November in den Fabriken und Kasernen bereits die Niederlage der Revolution und der Sieg Eberts vor. Aber Ebert selber wusste davon noch nichts. Ihm stand die Zirkus-Busch-Versammlung immer noch bevor wie dem Dompteur der erste Besuch im Löwenkäfig, und er fühlte sich ihr nur dann gewachsen, wenn er ihr die Koalition mit den Unabhängigen, die Regierung der sozialistischen Wiedervereinigung präsentieren konnte. Während in den Fabriken und Kasernen agitiert und gewählt wurde, tagte in der Reichskanzlei, unter Eberts Vorsitz, die Reichsregierung – immer noch die alte halbbürgerliche Reichsregierung des Prinzen Max; und zugleich war im Reichstag wieder die Fraktion der Unabhängigen versammelt. In beiden Sitzungen ging es um die Umbildung der Regierung.

In der Regierungssitzung ging es ausserdem noch um die Annahme oder Ablehnung der Waffenstillstandsbedingungen, aber darüber wurde kaum debattiert; die Annahme stand von vornherein fest. Die Bedingungen waren hart; sie machten Deutschland jedes Weiterkämpfen unmöglich. Aber dass Deutschland nicht mehr weiterkämpfen konnte, war seit dem 29. September ohnehin klar. Von der Obersten Heeresleitung lag ein Telegramm vor, dass man versuchen solle, Erleichterungen zu erreichen; gelänge das nicht, sei trotzdem abzuschliessen. «Bitte Entschluss Regierung in diesem Sinne schleunigst herbeiführen, von Hindenburg.» Die Regierung beschloss entsprechend. Erzberger, der diesen Tag in Compiègne mit nervösem Warten verbrachte, berichtet, dass ihn spätabends eine offene Depesche erreichte, in der er zur Unterzeichnung ermächtigt wurde, «was mich ungemein peinlich berührte, da das Resultat der zweitägigen Verhandlungen durch die offene Depesche erheblich in Frage gestellt war». (Er setzte trotzdem einige Erleichterungen durch.) «Die Depesche war unterzeichnet: «Reichskanzler Schluss» Der Dolmetscheroffizier fragte, ob ‚Schluss‘ den Namen des neuen Reichskanzlers bedeutete und wer dieser Herr sei: er sei dem französischen Oberkommando und der Regierung in Paris ganz unbekannt. Ich gab die Aufklärung, dass ‚Schluss‘ Punkt heisse.»

Dies alles aber geschah sozusagen nebenbei; die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen war keine ernsthafte Frage mehr. Was Ebert an diesem Vormittag wirklich beschäftigte, das war die Entscheidung der Unabhängigen – und in seiner jetzigen Lage war er bereit, ihre Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung fast so vorbehaltlos anzunehmen wie die Waffenstillstandsbedingungen. Er *brauchte* jetzt die Unabhängigen in seiner Regierung, brauchte sie so dringend wie Deutschland das Ende des Krieges; oder wenigstens glaubte er das an diesem

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Einigung

zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien ist vollzogen.

Ebert Haase

Scheidemann Dittmann

Landsberg und Barth

werden die neue Regierung bilden.

An die Arbeiter- und Soldatenräte!

Das Volk muß verhungern, wenn der Bahntransport gestört wird. Das geschieht aber durch jeden Eingriff unzuständiger Stellen in den Bahnbetrieb und die Bahnverwaltung.

Gestern sind an verschiedenen Orten von Arbeiter- und Soldatenräten solche Eingriffe vorgenommen worden, z. B. in dem Betrieb von Rangierbahnhöfen und in die Kasernenverwaltung von Bahnstationen. Das darf nicht wieder vorkommen! Wiederholungen müssen zur Arbeitsverweigerung unserer braven Eisenbahner und zum Stillstand jedes geregelter Bahnverkehrs führen.

Berlin, am 10. November 1918.

(209.) Ebert.

Vormittag noch. Mit einer Regierung der sozialistischen Versöhnung fühlte er sich als Herr der Lage; ohne eine solche Regierung wusste er nicht, wie er mit der Revolutionsversammlung am Nachmittag fertig werden sollte.

Um 1.30 Uhr kam die erlösende Botschaft: Die Unabhängigen hatten sich, nach stundenlangem Hin und Her, entschlossen, drei «Volksbeauftragte» für Eberts Kabinett zu nominieren. Ihre Bedingungen waren hart; gestern noch hätte sie Ebert nicht angenommen; heute überflog er sie nur: politische Gewalt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte; Aufschiebung der Beschlussfassung über eine Nationalversammlung; alle «Volkskommissare» gleichberechtigt. Nun, das würde sich alles finden. Fürs erste kam es nur darauf an, die Unabhängigen in der Regierung zu haben. Ihre Kandidatenliste war übrigens beruhigend: Haase, ihr Vorsitzender, ein weicher Melancholiker, gewohnt, klagend nachzugeben; Dittmann, eine Null; und der dritte – Emil Barth, einer der Führer der Revolutionären Obleute; vielleicht gar keine üble Idee, den als Geisel in der Regierung zu haben. Ebert akzeptierte sowohl die Bedingungen wie die Ministerkandidaten – ohne Einwände und ohne Debatte. Während er ein rasches Mittagessen einnahm und seine Versamlungsrede niederschrieb, fühlte er sich wieder fest im Sattel.

Aber noch eine dritte Sitzung fand in diesen frühen Nachmittagsstunden, vor der Entscheidungsschlacht im Zirkus Busch, statt: Die Revolutionären Obleute trafen sich zu einer hastigen Beratung, um ihre Taktik im Lichte der neuen Lage festzulegen. Anders als Ebert und Haase kannten sie bereits das Ergebnis der Vormittagswahlen: Sie waren dabeigewesen, und sie wussten, dass die Wahlen für ihre Sache schlecht ausgegangen waren. Jetzt mussten sie sich etwas Neues einfallen lassen; und tatsächlich gelang ihnen das noch einmal.

Richard Müller berichtet: «Nach dem Ergebnis der Wahlen war man sich klar, dass die Rechtssozialisten mit den rechten Unabhängigen ... die Mehrheit auf ihrer Seite hatten. Eine Regierung ohne die Rechtssozialisten war nicht zu erreichen. Man musste sie als eine Tatsache hinnehmen. Dass die Rechtssozialisten die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte zu brechen versuchen würden, um zur Nationalversammlung und damit zur bürgerlich-demokratischen Republik zu kommen, war auch allen klar. Gelang das, dann war die Revolution verloren.»

Also was tun? Irgendjemand – es ist nirgendwo festzustellen, wer – hatte einen rettenden Einfall. Wenn man schon die Bildung einer Regierung Ebert nicht verhindern konnte, musste man eben, unter irgendeinem Namen, noch eine zweite Körperschaft wählen, aus der sich eine Art Gegenregierung entwickeln liess. Schliesslich stellten die Revolutionären Obleute als Veranstalter den Vorstand der Versammlung, sie bestimmten die Geschäftsordnung; mit geschickter Regie

musste es möglich sein, ausser dem «Rat der Volksbeauftragten» noch einen anderen Rat ins Leben rufen zu lassen, in dem ihre Leute sass. Richard Müller: «Es wurde beschlossen, der Versammlung die Wahl eines Aktionsausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte vorzuschlagen. Dabei sollte nicht über die Aufgaben desselben gesprochen werden, ohne jede Debatte, gewissermassen durch Bluff sollte er zustande kommen.»

So waren die Minen und Gegenminen gelegt, und um fünf Uhr nachmittags, während die frühe Novemberdunkelheit sich über Berlin senkte und die Bürger von ihrem Nachmittagsspaziergang im Grunewald in ihre schwachbeheizten Wohnungen zurückkehrten, traten im Zirkus Busch, vor einem brodelnden Hexenkessel von zwei- bis dreitausend Menschen, die Revolution und die bürgerlich-parlamentarische Republik zum Kampf an. Beide kämpften unter falscher Flagge. Auch Ebert gab sich als Revolutionär. Auch die Revolutionäre gaben sich als Parlamentarier. Über Sieg und Niederlage aber entschied eine Massenversammlung, wie es in Deutschland wohl nie vorher oder nachher eine ähnliche gegeben hat: in den unteren Rängen an die tausend Mann in Feldgrau, ein stramm disziplinierter Block; oben, zur Kuppel hin, tausend oder zweitausend Arbeiter und Arbeiterinnen, eine im Halbdunkel verschwimmende Zille-Welt von heissen, verhärmten Elendsgesichtern. In der Manege, an improvisierten Holztischen, der Vorstand – und die ganze Prominenz der sozialistischen Parteien, von Ebert bis Liebknecht.

Den Vorsitz führte Emil Barth, einer der Führer der Revolutionären Obleute und zugleich nominierter Volksbeauftragter; ein ebenso energischer und taten-
durstiger wie eitler Mann, der sich als der Napoleon der Revolution fühlte und sich ein wenig zu gern reden hörte. Das sollte ihm und seiner Sache an diesem Nachmittag zum Verhängnis werden.

Ebert, der als erster sprach, verkündete die Einigung der beiden sozialistischen Parteien und hatte damit sofort die Versammlung gewonnen: Das war es, was sie hören wollte. Auch sonst war seine Rede – hausväterlich, streng und abgewogen im Ton wie immer – gut auf die Stimmung abgestellt. Er sprach viel von Ruhe und Ordnung, aber die Ordnung war nötig «für den vollständigen Sieg der Revolution». Haase, der Führer der Unabhängigen, der ihm folgte, wirkte matt gegen ihn. Er konnte ihn nur bestätigen; und vielleicht merkte man ihm an, dass er im Grunde gegen die Koalition gewesen war. Es war immer wieder Haases Los, an diesem Tag wie einst am 4. August 1914, in der Öffentlichkeit Parteibeschlüsse zu vertreten, die gegen ihn zustande gekommen waren.

Dann sprach Liebknecht, der gegen den Strom zu schwimmen suchte. Er hielt der SPD ihr Sündenregister aus der Kriegszeit vor. Aber das wollte in diesem schönen Augenblick des Sieges und der Versöhnung keiner hören. Es gab viele Zwischenrufe, besonders die Soldaten unten vor der Manege wurden unruhig. Sie riefen im Chor: «Einigkeit, Einigkeit!»

Nun sollten die Abstimmungen folgen, und nun war der Augenblick gekommen, ganz selbstverständlich und ganz nebenbei, ehe irgendjemand richtig merkte, was geschah, den Aktionsausschuss wählen zu lassen, für den der Vorstand der Versammlung – also die Revolutionären Obleute – eine fertige Liste bereithielt. Aber jetzt machte Emil Barth seinen grossen Fehler. Statt einfach zur Abstimmung aufzufordern, hielt er, programmwidrig, eine vierte lange Rede – sei es, um Liebknechts Scharte auszuwetzen, sei es ganz einfach, weil er sich gern reden hörte. Sein Freund-Feind Richard Müller, der sich neben ihm auf seinem Sitz wand, ohne sich etwas anmerken lassen zu dürfen, notiert: «Der aufmerksame Zuhörer erkannte zwischen Barths Worten die nicht klar ausgesprochenen Absichten.» Besonders Ebert erkannte sie. Er meldete sich noch einmal zu Wort und erklärte kurz und streng, ein solcher Ausschuss sei «überflüssig», aber wenn er schon gebildet werde, müsse er wie die Regierung paritätisch von beiden Parteien besetzt werden.

Auf der Liste, die er eben gehört habe, vermisse er aber die SPD. Worauf Barth das Spiel endgültig verdarb. In diesem Ausschuss, rief er aufgeregt, dürfe kein Rechtssozialist sitzen! Damit warf er die Lunte ans Pulverfass.

«Das, «was der Erklärung Barths folgte», schreibt Richard Müller, «lässt sich kaum beschreiben. Die Soldaten schrien wild durcheinander: ‚Einigkeit! Parität! Parität!« Der Hauptmann von Beerfelde reichte eine Liste der Soldaten ein. Der Rechtssozialist Büchel (den Barth, wie der andere Müller, Hermann Müller, berichtet, am Reden zu hindern suchte, indem er ihm die Glocke des Präsidenten in den Rücken stiess) kam mit einer Liste seiner Partei. Richard Müller und Karl Liebknecht machten den Versuch, gegen die paritätische Besetzung zu sprechen; beide wurden niedergeschrien. Die Erregung steigerte sich zur Raserei. Die Soldaten stürzten in die Manege und auf die Vorstandstribüne. Sie drohten, ohne die Arbeiter, ohne die Parteien, allein die Revolution weiterzuführen und eine Militärherrschaft aufzurichten. Der Tumult war so, dass ein Weiterführen der Versammlung zunächst nicht möglich war.»

Während die Versammlung unterbrochen war, während die Soldaten auf den unteren Rängen tobten und die Arbeiter auf den oberen verwirrt untereinander zu diskutieren begannen, wurde in der Manege fieberhaft verhandelt – vor den Au-

gen, aber nicht vor den Ohren der aufgerührten Masse, denn Mikrofone gab es ja noch nicht. Beide Seiten hatten plötzlich Angst bekommen, machten wilde und unüberlegte Angebote. Einen Augenblick lang wollte die SPD mit zwei von elf Mitgliedern zufrieden sein, einen Augenblick lang wollten die Obleute auf den ganzen Aktionsausschuss verzichten. Dagegen war nun plötzlich die SPD selbst: Wie würde das jetzt aussehen! Gut, dann also ein paritätisch besetzter Ausschuss, aber man müsste sich an Ort und Stelle über die personelle Besetzung einigen. Jemand schlug Liebknecht vor, aber Liebknecht wies das weit von sich: Nie würde er sich mit Eberts Leuten an einen Tisch setzen! Als man sich schliesslich schon fast einig war, machten die Soldaten neue Schwierigkeiten: Sie verlangten jetzt eine doppelte Parität, nicht nur zwischen SPD und USPD, sondern auch zwischen Arbeitern und Soldaten. Gut, es wurde spät, man musste zu einem Entschluss kommen, man war auch dazu bereit. Aber nun konnten sich die Soldaten über ihre eigene Vertretung nicht einigen. Schliesslich wurde die Versammlung wiedereröffnet, und während langsam Ruhe einkehrte, verkündete Barth die Bildung eines zwanzigköpfigen «Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte»: zehn Soldaten, zehn Arbeiter, von diesen die Hälfte SPD-Leute, die Hälfte Kandidaten der Obmänner. Die Soldatenvertreter würden morgen gewählt werden.

Die Versammlung nahm das an, sie war inzwischen bereit, so ziemlich alles anzunehmen. Es war spät geworden, Abendbrotzeit schon vorbei, alle hatten Hunger (man hatte Hunger damals in Deutschland), und viele hatten einen weiten Weg nach Haus. Plötzlich ging alles ganz schnell. Man bestätigte die neue Reichsregierung, die sich nunmehr «Rat der Volksbeauftragten» nennen sollte, und billigte eine vorher fertiggestellte Resolution mit vielen grossen und schönen Worten über die sozialistische Republik und die Weltrevolution (die bürgerlichen Zeitungen druckten sie am nächsten Tag, der *Vorwärts* nicht). Dann wurde die Internationale gesungen, und endlich – es war schon Nacht – leerte sich der Zirkus Busch.

Zufrieden ging von den Hauptakteuren keiner nach Hause. Die Obleute wussten, dass sie ihre Schlacht verloren hatten. Ebert hatte jetzt für seine gegenrevolutionäre Regierung eine revolutionäre Legitimation, und mit dem Vollzugsausschuss, so wie er nun aussah, war schwerlich gegen ihn anzukommen. Aber auch Ebert war bedrückt: Er hatte gewonnen, gewiss, er hatte das Heft in der Hand behalten, aber um welchen Preis! Die Unabhängigen in der Regierung, dieser verdächtige Vollzugsrat als Nebenregierung, er selbst nicht mehr Reichskanzler, sondern «Volksbeauftragter», Revolutionsführer wider Willen, von der Revolution, die er doch hatte abfangen und abblasen wollen, sozusagen annektiert! Würden

seine bürgerlichen Parlaments- und Ministerkollegen, würde die Oberste Heeresleitung in Spa ihm jetzt noch trauen? Er fühlte sich in eine schiefe und falsche Rolle gedrängt. Er hatte die Revolution immer gehasst, aber jetzt hasste er sie doppelt dafür, dass sie ihn, einen ehrlichen Mann, gezwungen hatte, zum Lügner und Verräter zu werden. Denn darüber gab es für ihn keinen Zweifel: Wenn er die Revolution noch ungeschehen machen wollte – und das wollte er immer noch, etwas anderes konnte er gar nicht wollen –, dann musste er sie verraten. Er war dazu verurteilt, ein Doppelspiel zu spielen. Und war er diesem Doppelspiel noch gewachsen? Der Staat und die Gesellschaft, die er retten wollte – würden sie nach dem heutigen Tag noch bereit sein, sich von ihm retten zu lassen?

Darüber wenigstens beruhigte ihn am späten Abend ein unerwarteter Telefonanruf. Er kam auf einer Geheimplatzung, von deren Existenz Ebert bis dahin gar nichts gewusst hatte. Spa war am Apparat, die Oberste Heeresleitung, General Groener. Endlich wieder ein anständiger Mensch, mit dem man vernünftig reden konnte!

Der Wortlaut dieses legendenumwobenen Telefongesprächs ist nie bekanntgeworden; Tonbänder gab es damals noch nicht, und Zeugen waren nicht anwesend. Aber wie es ungefähr verlaufen sein muss, ist aus späteren Aussagen Groeners zu schliessen (Ebert hat nie darüber gesprochen). Der General bot loyale Zusammenarbeit an – und stellte Forderungen: Kampf gegen Radikalismus und Bolschewismus, schnellste Beendigung des «Räteunwesens», Nationalversammlung, Rückkehr zu «geordneten Zuständen». Dem allen konnte Ebert aus vollem Herzen zustimmen; es war genau das, was er selber wollte. Er muss Groener sein Herz ausgeschüttet haben; denn Groener notierte später, dass Ebert sich, nach dem Eindruck dieses Gesprächs, «nur mühsam am Steuer hielt und nahe daran war, von den Unabhängigen und der Liebknecht-Gruppe über den Haufen gerannt zu werden». Offenbar stand er noch ganz unter dem Eindruck der turbulenten Versammlung, die er gerade hinter sich gebracht hatte. Zum Schluss dankte Ebert dem General. Der Reichskanzler dem General – nicht umgekehrt.

Groener hat später von einem «Bündnis» gesprochen, das er an diesem Abend mit Ebert geschlossen hätte. Es war ein Kampfbündnis gegen die Revolution, von der sich Ebert wenige Stunden vorher hatte auf den Schild heben lassen. «Ebert ging auf meinen Bündnisvorschlag ein», schreibt Groener. «Von da ab besprachen wir uns täglich abends auf einer geheimen Leitung zwischen der Reichskanzlei und der Heeresleitung über die notwendigen Massnahmen. Das Bündnis hat sich bewährt.»

8

Zwischen Revolution und Gegenrevolution

Im *Berliner Tageblatt* schrieb am 10. November Theoder Wolff, damals einer der berühmtesten deutschen Publizisten: «Die grösste aller Revolutionen hat wie ein plötzlich losbrechender Sturmwind das kaiserliche Regime mit allem, was oben und unten dazugehörte, gestürzt. Man kann sie die grösste aller Revolutionen nennen, weil niemals eine so fest gebaute, mit so soliden Mauern umgebene Bastille so in einem Anlauf genommen worden ist. Es gab noch vor einer Woche einen militärischen und zivilen Verwaltungsapparat, der so verzweigt, so ineinander verfädelt, so tief eingewurzelt war, dass er über den Wechsel der Zeiten hinaus seine Herrschaft gesichert zu haben schien. Durch die Strassen von Berlin jagten die grauen Autos der Offiziere, auf den Plätzen standen wie Säulen der Macht die Schutzleute, eine riesige Militärorganisation schien alles zu umfassen, in den Ämtern und Ministerien thronte eine scheinbar unbesiegbare Bürokratie. Gestern früh war, in Berlin wenigstens, das alles noch da. Gestern Nachmittag existierte nichts mehr davon.»

Das stimmte nicht – es sah am 10. November vielleicht so aus, aber es stimmte nicht. In Wirklichkeit war der Staat kaum angekratzt. Dieselben Beamten gingen am Montag nach dem Revolutionswochenende wieder in dieselben Ämter, und auch die Schutzmänner (die am Sonnabendnachmittag allerdings froh gewesen waren, unbehelligt nach Hause gehen zu dürfen) waren ein paar Tage später wieder da; in den Feldheeren im Westen und Osten führten immer noch dieselben Generale und Offiziere das Kommando, und selbst die Reichsregierung war im Grunde die alte – nur dass an ihrer Spitze jetzt statt eines kaiserlichen Reichskanzlers ein sechsköpfiges Kollegium von «Volksbeauftragten» stand, unter denen in Wirklichkeit immer noch einer der Reichskanzler war: Ebert. All die gutkonservativen Landräte, Regierungspräsidenten, Ministerialbeamten bearbeiteten ihre Akten wie je zuvor. Man hatte keinen von ihnen entfernt, sondern ihnen nur ein paar Arbeiterräte vor die Nase gesetzt und sie damit furchtbar gereizt.

Ihre Stimmung – und die grosser Teile des konservativen Bürgertums – drückte ein anderer Publizist aus, Paul Baecker. Er schrieb, ebenfalls am 10. November, in der konservativen *Deutschen Tageszeitung*.

«Worte reichen nicht aus, der Empörung und dem Schmerze Ausdruck zu geben ... Das Werk, das unsere Väter mit ihrem kostbaren Blute erkämpft – weggeschwemmt durch Verrat aus den Reihen des eigenen Volkes! Deutschland, das noch gestern unbesiegt war, von Männern, die den deutschen Namen tragen, seinen Feinden preisgegeben, durch Felonie aus den eigenen Reihen niedergebroschen in Schuld und Schande!

Die deutschen Sozialisten wussten, dass der Friede ohnehin im Werden sei und dass es nur noch gelte, Wochen, vielleicht nur Tage lang dem Feinde eine geschlossene, feste Front zu zeigen, um ihm erträgliche Bedingungen abzurufen. In dieser Lage haben sie die weisse Fahne gehisst.

Das ist eine Schuld, die nie vergeben werden kann und nie vergeben wird. Das ist ein Verrat, nicht etwa nur an der Monarchie und am Heere, sondern am deutschen Volke selber, das seine Folgen durch Jahrhunderte des Niederganges und des Elends zu tragen haben wird.»

Das stimmte genauso wenig wie Theodor Wolffs Hymne auf «die grösste aller Revolutionen». Nicht die Sozialisten hatten die weisse Fahne gehisst, sondern Ludendorff; die Waffenstillstandsbedingungen konnten durch Hinauszögern nicht mehr besser, sondern nur immer schlimmer werden, und von Verrat konnte keine Rede sein. Auch Jahrhunderte des Elends und des Niedergangs standen nicht bevor. Aber ohne jeden Zweifel glaubte Paul Baecker ganz ehrlich, was er schrieb, und sprach damit Millionen aus der Seele – den Offizieren, denen man die Rangabzeichen abgerissen hatte, den konservativen Beamten, die sich plötzlich mit Arbeiterräten herumärgern mussten, dem ganzen Bürgertum, dem eine Welt zusammenstürzte, aber auch manchen kleinen Leuten mit strammer «nationaler» Gesinnung, dem Gefreiten Hitler zum Beispiel, der sich in diesen Tagen in seinem Pasewalker Lazarett schluchzend auf sein Bett warf und unter Tränen der Wut beschloss, Politiker zu werden. Zugleich mit der Revolution wurde die Gegenrevolution geboren, und hier hört man, bereits am 10. November, ihre authentische Stimme. Bemerkenswert übrigens, dass dieser Artikel am 10. November 1918 in Berlin ohne Weiteres erscheinen konnte. Nie hat eine Revolution vom ersten Augenblick an ihren Feinden so unbegrenzte Agitations- und Schimpffreiheit gewährt wie die deutsche Revolution von 1918.

Nicht, dass diese Feinde es ihr dankten. Die damalige Frau Ludendorff (die erste, Margarete, nicht die berühmt gewordene zweite, Mathilde) berichtet von ihrem Mann: «Nach der Revolution tat Ludendorff wiederholt den Ausspruch: ‚Die grösste Dummheit der Revolutionäre war es, dass sie uns alle am Leben liessen. Na, komme ich mal wieder zur Macht, dann gibt’s kein Pardon. Mit ruhigem Gewissen würde ich Ebert, Scheidemann und Genossen aufknüpfen und baumeln sehen!’»

Ebert, Scheidemann und Genossen – nicht etwa nur Liebknecht und Rosa Luxemburg, die wenigstens wirklich die Revolution wollten. Ebert und Scheidemann wollten sie ja gar nicht, im Gegenteil, sie hatten sie bis zum letzten Augenblick verhindern wollen, und sie waren vom ersten Augenblick ihres Sieges an mit nichts anderem beschäftigt, als sie abzufangen, zurückzurollen und nach Möglichkeiten ungeschehen zu machen. Aber für Ludendorff – und für die vielen erbitterten Angehörigen und Anhänger der alten Oberschichten, die ebenso reagierten – waren sie Revolutionäre, Verräter und «Novemberverbrecher»; und tatsächlich waren sie von der Revolution an die Spitze und an die Macht gehoben worden, sie waren jetzt «Volksbeauftragte», sie verkörperten, ob sie es wollten oder nicht, von nun an die Revolution – für die Gegenrevolutionäre ebenso wie für die Revolutionäre. Sie standen vom ersten Augenblick an zwischen Revolution und Gegenrevolution.

Ihre Tragödie – oder Tragikomödie – war, dass sie das nicht sahen. Sie sahen nicht, oder wollten nicht sehen, dass sie seit dem 9. November Millionen Feinde – Todfeinde – auf der Rechten hatten; sie sahen nur ihre alten Intimfeinde auf der Linken. Scheidemann zum Beispiel erklärte noch am 28. Dezember in einer kritischen Kabinettsitzung: «Gewiss gibt es ein Dutzend Offiziere, die zu verrückten Streichen fähig sind. Aber auf der anderen Seite, da stehen diejenigen, die die Revolution gefährden. Denen gegenüber müssen wir uns wehren.» Und der dritte SPD-«Volksbeauftragte», Dr. Otto Landsberg, bei derselben Gelegenheit: «Es wird immer so viel von der drohenden Gegenrevolution gesprochen ... Aber diese Revolution unterscheidet sich von allen früheren ganz wesentlich dadurch, dass jede Herrschaftsorganisation der gestürzten Klasse erschüttert und beseitigt ist, so restlos, dass die Gefahr einer Gegenrevolution nur akut werden kann, wenn es den Leuten von der äussersten Linken gelingt, die Massen zur Verzweiflung zu treiben.» Schliesslich Herrmann Müller, der spätere SPD-Reichskanzler: «Ich sage Ihnen offen, ich habe seit dem 9. November nicht einen Tag Angst vor der Gegenrevolution gehabt.»

Tatsächlich lebten Ebert und seine politischen Freunde innerlich immer noch im Oktober – in der Zeit, da das wankende, stürzende Kaiserreich sie, die «vaterlandslosen Gesellen», aufs Höflichste an seine Brust genommen, seine Niederlage auf sie abgeladen und sie als Nothelfer willkommen geheissen hatte. Sie hatten ehrlich ihr Bestes getan, ihm in seiner Not zu helfen; die Monarchie hatten sie zwar nicht retten können; alles andere versuchten sie immer noch zu retten. Die Revolution war für sie ein Missverständnis oder ein leidiger Zwischenfall, den sie immer noch hofften ungeschehen machen zu können.

Sie war aber nicht ungeschehen zu machen – auch dann nicht, wenn sie abgewürgt und niedergeschlagen wurde. Was zwischen dem 4. und 9. November, ganz gegen den Willen der sozialdemokratischen Führung, in Deutschland geschehen war, hatte den künstlichen Nebel des Oktobers zerrissen und klare politische Fronten geschaffen. Den unehrlichen Scheinfrieden zwischen Oberster Heeresleitung und Reichstagsmehrheit, zwischen Militarismus und Parlamentarismus, Ludendorffs feingesponnenen Plan, der den Sozialdemokraten und ihren bürgerlichen Verbündeten eine Scheinmacht zuschanzte, nur um ihnen die Verantwortung für die Niederlage aufzubürden, während das Militär im Hintergründe die wahre Macht blieb: das alles hatte die spontane Aktion der Arbeiter- und Soldatenmassen in der Revolutionswoche beiseite gefegt.

Die Revolution der Massen gab den sozialdemokratischen Führern zum erstenmal die Chance wirklicher Macht – freilich auf Kosten der geliehenen und vergifteten Macht, die ihnen am 29. September von Ludendorff zugespielt worden war. Nachdem den Offizieren die Rangabzeichen abgerissen worden waren und die Generalkommandos durch Arbeiter- und Soldatenräte ersetzt worden waren, gab es keine Versöhnung mehr, nicht einmal eine Scheinversöhnung: die Machtfrage war gestellt – und am 9. November schien es einen Augenblick, als sei sie auch schon entschieden. Die Militärdiktatur, die Deutschland bis zu diesem Tage regiert hatte, war fast widerstandslos zu Boden gegangen.

Wenn die sozialdemokratische Regierung, den Sieg ihrer Anhänger nutzend und auf den Oktoberfrieden mit der Obersten Heeresleitung verzichtend, jetzt die Niederlage der alten militärischen Führung vollendete und sich eigene revolutionäre Streitkräfte schuf, dann brauchte sie die Rache der entmachteten Generale und Offiziere nicht mehr zu fürchten. Wenn sie ihnen aber erlaubte, sich wieder zu erheben und sich von dem ebenso beleidigenden wie betäubenden Schlag, der sie im November getroffen hatte, zu erholen, dann durfte sie keine Schonung erwarten – keine Schonung für ihre revolutionären Anhänger, die zu «meutern» gewagt hatten, aber keine Schonung auch für sich selbst. Denn indem sie sich von der Revolution zu «Volksbeauftragten» hatten machen lassen, hatten sich die Ebert, Scheidemann und Landsberg ja in den Augen der beleidigten Offiziere mit der Revolution identifiziert.

Sie spielten fortan ein Doppelspiel, ohne zu merken, dass sie es gegen sich selbst spielten. Mit Worten blieben sie Revolutionäre – und alle ihre Worte wurden aufnotiert und später gegen sie verwendet. Mit Taten waren sie Gegenrevolutionäre – ohne dass die wahre Gegenrevolution das honorierte. Aber die Massen, die sich am 9. und 10. November vertrauensvoll für sie entschieden hatten,

merkten allmählich, was gespielt wurde, und wandten sich gegen sie. In zwei Monaten führte das Doppelspiel Eberts und der SPD zum Bürgerkrieg.

Worum ging es in diesen zwei Monaten? Wenn man den damaligen SPD-Politikern und den späteren SPD-Historikern zuhört, so ging es um die Frage: Rätediktatur oder parlamentarische Demokratie; um die Abwehr des Bolschewismus und die Wahl einer verfassunggebenden Nationalversammlung. Aber das war damals und ist noch heute Zweckpropaganda. Die Wahrheit sah anders aus. In Wahrheit ging es einzig und allein um die Frage: Revolution oder Gegenrevolution.

Eine bolschewistische Diktatur drohte in Deutschland 1918 keinen Augenblick, und zwar aus dem einfachen Grunde, dass es ihr unentbehrliches Herrschaftsinstrument, eine diktaturfähige bolschewistische Partei, nicht gab. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg besaßen bis zum 30. Dezember 1918 überhaupt keine Organisation und danach nur eine sehr schwächliche; nichts, was sich mit Lenins vierzehn Jahre lang durchtrainierten Korps von Berufsrevolutionären vergleichen liesse. Sie waren machtlose Einzelne, die nichts weiter betreiben konnten als Agitation und das, was die Berliner Revolutionären Obleute verächtlich «revolutionäre Gymnastik» nannten: immer erneute ziellose Demonstrationen, mit denen die Teilnehmer sich selbst in revolutionäre Stimmung versetzen sollten. Die «bolschewistische Gefahr» war im Herbst 1918 in Deutschland eine Vogelscheuche, keine Realität.

Die Wahlen zur Nationalversammlung andererseits waren keinen Augenblick ein ernsthafter Streitgegenstand. Alles, worum gestritten wurde, war der Zeitpunkt – der freilich nicht unwesentlich war: Die Unabhängigen wollten ihn möglichst weit, bis ins Frühjahr 1919, hinausschieben, damit die Revolution sich inzwischen konsolidieren könnte. Die SPD wollte Wahlen so schnell wie möglich, damit die Nationalversammlung sozusagen noch den alten Reichstag fortsetzen könne, als ob es keine Revolution gegeben hätte. Aber schon Ende November hatte man sich auf den Kompromiss des 16. Februar als Wahltermin geeinigt; und Mitte Dezember war es dann paradoxerweise der Reichsrätekongress selbst, das höchste Revolutionsorgan, das den Wahltermin auf den 19. Januar vorverlegte – was am besten beweist, dass die Räte ihre eigene Diktatur gar nicht wollten und dass die Alternative: hie Rätediktatur, da parlamentarische Demokratie, gar nicht bestand.

Worum es in Wahrheit ging, war etwas ganz anderes. Die Räte – in der Einsetzung der Arbeiter- und Soldatenräte hatte die Revolution recht eigentlich bestanden, und ihre Abschaffung war das erste Ziel der Gegenrevolution –, die Räte

hatten gegen die parlamentarische Demokratie nichts einzuwenden. Sie betrachteten sich nicht als Ersatz für ein Parlament, sondern als das Instrument einer durchgreifenden Revolutionierung und Demokratisierung der *Exekutive*, des eigentlichen Staatskörpers also, der Verwaltung und besonders des Militärwesens. Was die Räte erst unter Kontrolle bekommen, dann von Grund auf durchrodern und ändern wollten, das war die alte konservative Bürokratie und das alte konservative Offizierskorps.

Die Arbeiter und Soldaten, die die Revolution gemacht hatten, wussten instinktiv: Solange die alte Bürokratie und das alte Offizierskorps ihre Macht behielten, war die Revolution verloren, auch mit der schönsten Verfassung und dem schönsten Parlament. Die wirkliche Macht sass in den Ämtern, in den Polizeipräsidiolen und Generalkommandos, auch in den Justizpalästen; wenn man dort die alten Gewalten nicht antastete, würden sie die erste Gelegenheit benutzen, sich an der Revolution zu rächen. Hier hiess es: entweder – oder. Hier entschied sich der Sieg der Revolution oder der Gegenrevolution.

Und hier allerdings bezogen Ebert und die SPD-Führung eindeutig Stellung auf der Seite der Gegenrevolution. Sie wollten gerade das retten, was die Revolution stürzen wollte: den alten Staat und die alte Gesellschaft, verkörpert in Bürokratie und Offizierskorps. Sie wollten ihn parlamentarisieren und sich selbst in ihn integrieren, ihn künftig mitregieren. Aber vor der Unordnung, die seine wirkliche Revolutionierung natürlich mit sich gebracht hätte, graute ihnen. *Deswegen* wollten sie die Räte so schnell wie möglich wieder los sein: *Deswegen* stellten sie sie – ganz gegen den Willen der Rätmehrheit selbst – als Alternative zur Nationalversammlung hin, und *deswegen* nahmen sie gern das bürgerliche Missverständnis in ihre Propaganda auf, Räteherrschaft sei dasselbe wie Bolschewismus.

Tatsächlich gab es in den Räten kaum Spartakisten – Lieb knecht bewarb sich vergebens um ein Mandat zum Reichsrätekongress –, vielmehr hatte die SPD von Anfang an in fast allen örtlichen Räten die Mehrheit, und noch mehr prägte sich diese Mehrheit aus, als Anfang Dezember überörtliche Räte auf Provinz- und Landesebene gewählt wurden. Man kann geradezu sagen: die Räte waren der lebendige Körper der SPD, ihre aktiven Mitglieder und Funktionäre (eine Minderheit waren USPD-Mitglieder, auch ein paar Bürgerliche gab es, besonders bei den Soldatenräten); sie betrachteten sich als treue Hilfstruppe der Regierung – die sie allerdings immer noch als eine revolutionäre Regierung ansahen.

Hier lag das tragische Missverständnis. Denn die Regierung Ebert war keine revolutionäre Regierung, sie betrachtete sich einfach, wie Ebert es später einmal

formulierte, als Konkursverwalter des Kaiserreichs. Sie diene treulich denen, die seit dem 9. November ihre erbitterten Feinde geworden waren, und sie bekämpfte erbarmungslos diejenigen, die sich als ihre Schildhalter fühlten. Die Räte ihrerseits machten ebenfalls Front gegen ihre besten Freunde: Sie wollten von den Spartakisten, die die Rätediktatur forderten, nichts wissen; sie wollten nur dem sozialdemokratischen Staat eine sozialdemokratische Exekutive verschaffen.

Niemand begriff das besser als Liebknecht und Rosa Luxemburg. Liebknecht schrieb zum Beispiel am 20. November: «Häufig sind die gewählten Arbeiter nur sehr wenig aufgeklärt, nur sehr wenig klassenbewusst, so dass die Arbeiterräte ... gar keinen revolutionären Charakter tragen», und Rosa Luxemburg zehn Tage später: «Ginge die Revolution vor sich in jenen revolutionären Organen, die die ersten Tage geschaffen haben, in den Arbeiter- und Soldatenräten, so wäre es um die Revolution schlimm bestellt ... Die Revolution wird leben ohne die Räte, die Räte ohne die Revolution sind tot.»

Auch den sozialdemokratischen Führern konnte kaum verborgen bleiben, dass in den Räten keine Spartakisten sassen, sondern ihre eigenen Leute. Trotzdem waren ihnen die Räte von Anfang an ein Dorn im Auge. Sie waren nicht vorgesehen, passten nicht in ihr Programm, sie verhinderten das Bündnis mit den bürgerlichen Parteien und mit der Obersten Heeresleitung. Sie mussten fort. Von Anfang an behandelten Ebert und Scheidemann die Räte nicht nur mit Misstrauen und Gegnerschaft, sondern geradezu mit Gereiztheit und Gehässigkeit. Scheidemann auf dem Reichsrätekongress: «Ich habe die feste Überzeugung, dass die dauernde Einrichtung der Arbeiter- und Soldatenräte bedeuten würde – ich spreche dies nach reiflicher Überlegung aus – den absolut sicheren Untergang des Reiches.»

Natürlich war es leicht, den Räten am Zeug zu flicken. Sie hatten nicht die Verwaltungsroutine der alten Beamten, nicht das militärische Können der Generalstäbler. Woher sollten sie es haben? Ihr Eingreifen bedeutete zunächst einmal Unordnung – hat es je eine Revolution ohne Unordnung gegeben? Trotzdem ist das meiste, was damals an Gehässigkeiten über das «Chaos» der «Rätewirtschaft» von der Gegenrevolution verbreitet und von der SPD-Führung beflissen aufgegriffen wurde, weit übertrieben. Die Räte waren keine korrupte, vergnügungssüchtige Revolutionsbohème, sie bestanden zum grössten Teil aus solider, nüchterner Arbeiterintelligenz, Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, die auf ihre Art genauso ordnungsliebend waren wie die alten Beamten, die sie kontrollieren und ersetzen wollten. In vier Wochen hatten sie das anfängliche Chaos weitgehend überwunden und auf allen Ebenen eine durchaus funktionsfähige Parallel-

Arbeiter und Soldaten!

Die bürgerliche Presse arbeitet gegen die Revolution!!

Wie diese Zeitungen bei Kriegsbruch mit kleinen, gehässigen Lügen von „vergifteten Brunnen“ und „ausgestochenen Augen“ die Völker kaltblütig zum Haß aufhetzen, so hetzen sie heute gegen die Revolution und ihre Männer, indem sie verleumden und lügen, wo sie können. Die „800 Millionen“ der A.- und S.-Räte, die „Greuelthaten“ der Ententesoldaten in der Pfalz und am Rhein, der drohende Einmarsch, die „2000 bewaffneten Spartakusleute im Anmarsch“: das alles ist erfunden und aufgebauscht, nur um zu beunruhigen und zu hetzen.

Diese Gesellschaft, die bisher die Vaterlandsliebe allein gepachtet hatte, sie schämt sich nicht einmal, die Feinde zu Hilfe zu rufen gegen die deutsche Revolution.

**Sie verbreitet die Lüge: Die Entente verlange die
Auflösung der A.- und S.-Räte.**

Das ist nicht wahr!!

In Trier hat der amerikanische Kommandant die Arbeiterräte anerkannt. Die Nachricht, daß die Entente die A.- und S.-Räte in der neutralen Zone aufgelöst hat, ist falsch. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Frankfurt a. M. hat das kräftig dementiert. Und so ist es in vielen Orten. Die bürgerliche Presse aber lügt weiter und hetzt die Entente gegen die deutschen A.- und S.-Räte.

Man kann unmöglich jede einzelne Lüge prüfen und widerlegen, denn diese Lügen zählen nach Tausenden.

**Erinnert Euch an die Flut von Lügen,
von Gemeinheit und Schmutz, den diese selbe bürgerliche Presse während des
Krieges ausgespien hat.**

Ist nicht die Welt in diesem Strom von Blut und Unrat fast ertrunken?

Wer hat die Schuld??

Die bürgerliche Presse!!

Und diese Presse ist nicht über Nacht plötzlich rein und unschuldig geworden. Vergeßt ihre Verbrechen nicht!

Glaubt ihr nicht!

Seid vorsichtig gegen Nachrichten der bürgerlichen Presse, bevor sie nicht amtlich bestätigt sind! Mißtraut der bürgerlichen Presse! Sie verdient kein Vertrauen!

Sie hat vier Jahre lang gelogen!

Sie lügt auch heute noch!!

Seid auf der Hut!

Der Vollzugsrat des Arbeiter- u. Soldatenrats.

Die Arbeiter- und Soldatenräte nehmen zur Haltung der Presse Stellung.

organisation zum alten Verwaltungskörper geschaffen – eine achtunggebietende Leistung. Eberhard Kolb, der das wissenschaftliche Standardwerk *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/1919* geschrieben hat, stellt darin fest, dass Anfang Dezember mit der Räteorganisation «der neuen Regierung und Parteileitung ein für sie im politischen Sinne zuverlässiges Instrument beim Neubau des Staates in die Hand gegeben war, von dem sie Gebrauch machen konnte, wenn sie dazu entschlossen war».

Aber sie war zum Gegenteil entschlossen. Sie wollte «Ordnung machen» – das heisst: die alte Ordnung wiederherstellen – mit genau demselben Instrument, mit dem es noch am 8. November der Kaiser gewollt hatte: Mit dem durch den Waffenstillstand freigesetzten, in die Heimat zurückmarschierenden Feldheer aus dem Westen. Das war der Sinn des «Bündnisses» zwischen Ebert und General Groener.

Groener hat sich später, im sogenannten Dolchstoss-Prozess 1925 in München, unmissverständlich darüber ausgelassen. Hier seine Aussage: «Zunächst hat es sich darum gehandelt, in Berlin die Gewalt den Arbeiter- und Soldatenräten zu entreissen. Zu diesem Zweck wurde eine Unternehmung geplant, der militärische Einzug von zehn Divisionen in Berlin. Der Volksbeauftragte Ebert war durchaus damit einverstanden. Ein Offizier wurde nach Berlin geschickt, der die Einzelheiten darüber verhandeln sollte, auch mit dem preussischen Kriegsminister (immer noch, wie vor dem 9. November, von Scheuch), der natürlich nicht ausgeschaltet werden konnte. Es gab da eine Reihe von Schwierigkeiten. Ich darf nur darauf hinweisen, dass von Seiten der Unabhängigen Regierungsmitglieder, der sogenannten Volksbeauftragten, aber auch von Seiten, ich glaube von Soldatenräten – ich kann das im Einzelnen so aus dem Stegreif nicht sagen – gefordert wurde, dass die Truppen ohne scharfe Munition einrücken. Wir haben selbstverständlich dagegen sofort Front gemacht, und Herr Ebert hat selbstverständlich zugestimmt, dass die Truppen mit scharfer Munition in Berlin einrücken.

Wir haben für diesen Einmarsch, der zugleich die Gelegenheit bringen sollte, wieder eine feste Regierung in Berlin aufzustellen – ich muss jetzt unter meinem Eid aussagen, die Herren haben mich gefragt, infolgedessen muss ich in Gottes Namen reden, was ich bisher immer aus guten Gründen nicht getan habe –, ein militärisches Programm ausgearbeitet für die Einzeltage. In diesem Programm war tageweise enthalten, was zu geschehen hatte: die Entwaffnung Berlins, die Säuberung Berlins von Spartakisten usw. Das war alles vorgesehen, tageweise für die einzelnen Divisionen.»

Das «Programm», ein generalstabsmässig ausgearbeiteter Operationsplan, ist

viel später, 1940, veröffentlicht worden. Es enthält solche Punkte wie: «Wer ohne Waffenschein noch Waffen in Besitz hat, wird erschossen. Wer Kriegsmaterial einschliesslich Kraftwagen behält, wird standrechtlich abgeurteilt. Deserteure und Matrosen haben sich innerhalb zehn Tagen beim nächsten Ersatztruppenteil oder Bezirkskommando zu melden. Wer sich unberechtigt eine Beamteneigenschaft zulegt, wird erschossen. Durchsuchung unsicherer Stadtteile. Bestimmung über Arbeitslose und Notstandsarbeiten. Die Autorität der Offiziere gilt wieder in vollem Umfang (Abzeichen, Grusspflicht, Orden, Waffentragen, Abzeichen für Feldheer). Die Behörden und Truppen übernehmen die ihnen gesetzlich zustehenden Befugnisse. Alle Ersatztruppen werden sofort aufgelöst.»

Groener fuhr in seiner Zeugenaussage fort: «Das war auch durch den Offizier, den ich nach Berlin geschickt hatte, mit Herrn Ebert durchgesprochen worden. Ich bin Herrn Ebert dafür besonders dankbar und habe ihn auch wegen seiner absoluten Vaterlandsliebe und restlosen Hingebung an die Sache überall verteidigt, wo er angegriffen wurde. Dieses Programm war durchaus im Einvernehmen und Einverständnis mit Herrn Ebert abgeschlossen.»

Der Ebert-Groenersche Plan sollte vom 10. bis 15. Dezember durchgeführt werden. Für den 16. war in Berlin der erste Reichsrätekongress anberaumt. Ihm



17. Dezember 1918: Einzug der 37. Division in Berlin.

sollte die «Wiederherstellung der Ordnung» durch zehn Divisionen der zurückkehrenden Feldarmee offenbar zuvorkommen.

Aber daraus wurde nichts. Die Gegenrevolution fand diesmal noch nicht statt, und der Rätekongress trat programmgemäss zusammen, ahnungslos, welchem Schicksal er entronnen war.

Zunächst schlugen einige Truppenteile der Berliner Garnison – die ja vom ersten Revolutionstag an eine zweischneidige Rolle gespielt hatten und jetzt offenbar Wind von dem bekommen hatten, was geplant war – zu früh los. Am Freitag, dem 6. Dezember, geschah etwas, was Scheidemann später als einen «tollen Spuk», Richard Müller als ein «Possenspiel» bezeichnet hat. Eine Truppe des Franzer-Regiments besetzte das Berliner Abgeordnetenhaus und verhaftete den am 10. November im Zirkus Busch gewählten Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, der dort seit dem 11. November schlecht und recht zu amtieren versucht hatte. Eine Abteilung Gardefüsiliere stellte an der Ecke Invaliden- und Chausseestrasse einen spartakistischen Demonstrationzug und feuerte ohne Warnung mit Maschinengewehren in ihn hinein. Es gab sechzehn Tote und viele Verwundete. Eine andere Abteilung des Franzer-Regiments aber erschien vor der Reichskanzlei, forderte Ebert auf, herauszukommen – was er bereitwilliger als sonst tat –, und rief ihn zum Reichspräsidenten aus. Der Sprecher war ein Feld-



6. Dezember 1918: Protestdemonstration anlässlich des Zusammenstosses in der Chausseestrasse.

webel namens Spiro. Er schloss seine Ansprache: «So bringe ich denn das Hoch auf die deutsche Republik und den grossen Fritz Ebert aus, den ich hier aus ihrer Mitte, gestützt auf die bewaffnete Macht und im Bewusstsein, für die ganze Nation zu sprechen, zum Präsidenten Deutschlands ausrufe.»

Ebert sagte nicht ja und nicht nein. Er müsse erst mit seinen Freunden in der Regierung sprechen. Später war nicht mehr die Rede davon – bis ihn dann, nach zwei Monaten, am n. Februar 1919, die Weimarer Nationalversammlung doch zum Reichspräsidenten machte. Diesmal war es offenbar zu früh dafür gewesen; die ganze Unternehmung verpuffte. Ob Ebert im Voraus von ihr gewusst hatte, ist nie aufgeklärt worden. Auch ist niemand für den doch immerhin versuchten Staatsstreich je zur Rechenschaft gezogen worden. Die Soldaten kehrten in die Kasernen zurück, die Hintermänner blieben im Dunkeln, der Vollzugsrat wurde in Freiheit gesetzt. Es war alles wieder, als ob nichts geschehen wäre. Nur die Toten von der Chausseestrasse blieben tot.

Vier Tage darauf, am 10. Dezember, marschierten dann programmgemäss die heimkehrenden Felddivisionen in Berlin ein – nicht gerade in Paradeformation,



10. Dezember 1918, Brandenburger Tor: Begrüssungsrede des Volksbeauftragten Ebert (links) zum Einzug der Gardetruppen (unter dem Kommando des Hauptmann Pabst) in Berlin.

aber doch in guter feldmarschmässiger Ordnung und mit scharfer Munition. Ebert – der sich den Arbeitermassen des 9. November nie gezeigt hatte – begrüßte sie am Brandenburger Tor mit einer überschwenglichen Rede: «Kein Feind hat euch je überwunden! Nun liegt Deutschlands Einheit in eurer Hand!»

Aber dann folgte nichts. Der Plan zur Wiederherstellung der Ordnung und einer «festen» Regierung in Berlin kam nicht zur Ausführung, und jahrelang erfuhr niemand, dass er je bestanden hatte.

Geschehen war einfach dies: Die Truppe hatte sofort nach Eberts Begrüssungsansprache begonnen, sich aufzulösen – spontan, disziplinwidrig, unaufhaltsam. Was weder Groener noch Ebert bedacht hatten, war die Seelenverfassung der Mannschaften: Der Krieg war zu Ende, alle waren froh, dass sie ihn lebend überstanden hatten, alle wollten nach Hause – und Weihnachten stand vor der Tür. Sie waren nicht mehr zu halten. Als sie am Abend des Einmarschtages in ihre Quartiere rückten, waren sie schon nicht mehr vollzählig, am nächsten Tag waren es noch weniger geworden, und vierzehn Tage später waren von den zehn Divisionen nur noch achthundert Mann übrig. In Groeners Worten: «Die Truppe entwickelte einen derartigen Drang nach Hause, dass mit diesen zehn Divisionen absolut nichts anzufangen war und dass das ganze Programm der Säuberung Berlins von bolschewistischen Elementen, der Waffenabgabe usw. überhaupt nicht ausgeführt werden konnte.» Die Gegenrevolution war fürs erste verpufft.

Stattdessen versammelte sich nun am 16. Dezember im Preussischen Abgeordnetenhaus am Leipziger Platz in Berlin, wie vorgesehen, der Reichsrätekongress. Das war keine wilde Massenversammlung mehr wie die Revolutionstagung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte vom 10. November im Zirkus Busch. Was jetzt in Berlin zusammenkam, war eine sehr ordentliche, parlamentsähnliche Versammlung, von der sich journalistische Augenzeugen unwiderstehlich an SPD-Parteitage der Vorkriegszeit erinnert fühlten: dieselben Typen, vielfach noch dieselben Gesichter, dieselbe Atmosphäre, dieselbe auf Ordnung und Ehrlichkeit bedachte Geschäftsführung, auch dieselbe Regie. Was damals die linke Parteiminorität gewesen war, waren diesmal die Unabhängigen, das war der ganze Unterschied. Die Mehrheit stand fest hinter dem Parteivorstand.

Diese Mehrheit des Rätekongresses beschloss, ganz im Sinne Eberts, die Verlegung des Wahltermins für die Nationalversammlung, sie lehnte einen Antrag der Unabhängigen, sich selbst die oberste legislative und exekutive Gewalt beizulegen, ausdrücklich ab, und sie beließ dem sechzehnköpfigen Zentralrat, den sie zum Ersatz des alten Berliner Vollzugsrats vom 10. November bestellte, nicht

einmal ein Interimsrecht zur Gesetzgebung bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung. Die Unabhängigen beschlossen darauf verbittert, diesem Zentralrat fernzubleiben, und er wurde ein reines SPD-Organ. So gutgläubig und gutmütig verfuhr der erste Reichsrätekongress.

Und doch leitete dieser zahme und gutartige Rätekongress den grossen Bruch zwischen Parteiführung und Parteivolk ein, die Krise der Revolution und den Bürgerkrieg, der im Januar 1919 ausbrach. Denn in einem Punkt war er unnachgiebig: Die Militärdiktatur, die von der Revolution gestürzt worden war, durfte nicht wiederkommen, die Macht der Generalität und des Offizierskorps musste für immer gebrochen werden. Auf Antrag der Hamburger Delegation fasste der Kongress mit grosser Mehrheit einen Beschluss zur völligen Umgestaltung des Militärwesens, der unter dem Namen «Hamburger Punkte» bekannt wurde: Oberste Kommandogewalt bei den Volksbeauftragten unter Kontrolle des Zentralrats; Disziplinargewalt bei den Soldatenräten; freie Offizierswahl; keine Rangabzeichen; kein Vorgesetztenverhältnis ausser Dienst.

Was sich hier wieder einmal zeigte, war der grundsätzlich antimilitaristische Charakter der Revolution. In allem anderen mochte sie massvolle oder unbestimm-



16. Dezember 1918, vor dem Abgeordnetenhaus in Berlin: Liebknecht und der Vorsitzende des bayerischen Vollzugsrates sprechen zur Volksmenge.

te Ziele haben, in diesem einen Punkt meinte sie es ernst. Die meisten Delegierten wussten bereits aus eigener Erfahrung, dass gerade vom Offizierskorps die Gegenrevolution drohte. Manche berichteten über böse Dinge, die sich beim Rückmarsch der Truppen in westdeutschen Städten ereignet hatten – Verhaftung und Misshandlung von Arbeiterräten, Verbrennung roter Fahnen, Geheimbefehle über die Bildung von Freiwilligenformationen für den Bürgerkriegsfall. Noch hatte man keinen Verdacht gegen Ebert. Man wusste nichts über sein Bündnis mit Groener.

Die Annahme der «Hamburger Punkte» traf den Nerv dieses Bündnisses und eröffnete die Krise. Hindenburg telegraphierte sofort, dass er den Beschluss des Rätekongresses «nicht anerkenne». Groener reiste nach Berlin und drohte mit Rücktritt, wenn die «Hamburger Punkte» durchgeführt würden. Mit Rücktritt drohten auch die drei Volksbeauftragten der USPD – allerdings für den Fall, dass die «Hamburger Punkte» *nicht* durchgeführt würden. Ebert suchte Zeit zu gewinnen: Er vertröstete auf künftige Ausführungsbestimmungen. (Groener: «Ebert verstand wie wenige die Kunst des Abbiegens.»)

Inzwischen begann die Oberste Heeresleitung auf den Truppenübungsplätzen um Berlin Freiwilligenformationen zusammenzustellen – harte, zuverlässige, schlagkräftige Organe der Gegenrevolution, die nicht mehr, wie die zehn heimgekehrten Frontdivisionen, auseinanderlaufen würden. Und die Truppen in Ber-



Demonstration vor dem ersten Reichsrätekongress.

lin, die ja bisher, wenn auch oft auf eine zwielichtige Weise, für die Revolution optiert hatten, wurden unruhig.

Während die Berliner Bevölkerung zum ersten, armseligen Friedensweihnachtsfest rüstete – es gab keine Weihnachtsgänse und kein Weihnachtsgebäck, auch keine Weihnachtskerzen, stattdessen, auf dem schwarzen Markt, karbidgefüllte Patronenhülsen, die man an den Weihnachtsbäumen befestigen und anzünden konnte, worauf sie ein stinkiges Licht verbreiteten –, begann sich in der politischen Atmosphäre Berlins wieder die Schwüle auszubreiten, die dem Revolutionswochenende vorausgegangen war. Und dann brach, genau zum Weihnachtsabend, das Gewitter los. Ab 24. Dezember 1918 wurde Berlin durch Kanonendonner geweckt.



Fotopostkarte von 1919: Der Rat der Volksbeauftragten – die USPD-Mitglieder Barth, Haase, Dittmann und die SPD-Mitglieder Ebert, Landsberg, Scheidemann.

9

Die Weihnachtskrise

In den Morgenstunden des 24. Dezember 1918 lieferten sich Revolution und Gegenrevolution auf dem Schlossplatz in Berlin eine blutige Schlacht. Die Revolution gewann. Dann verschenkte sie ihren Sieg. Man kann sagen: Sie schenkte ihn der Gegenrevolution zu Weihnachten.

In jeder Revolution ist das Entscheidende die Haltung der bewaffneten Macht. Was die letzten Wochen des Jahres 1918 so zwielichtig machte, war nicht nur das Doppelspiel des sozialdemokratischen «Volksbeauftragten», es war vor allem dies: dass niemand von Woche zu Woche, ja von Tag zu Tag sagen konnte, wo die bewaffnete Macht stand, ja *woraus* sie bestand. Denn mit dem Waffenstillstand hatte eine wilde, unkontrollierte Demobilisierung eingesetzt. Nicht nur die Frontsoldaten, mit denen Ebert und Groener Mitte Dezember die Revolution hatten liquidieren wollen, liefen auseinander, sowie sie nach Hause gekommen waren; auch die Heimattruppen, die Anfang November die Revolution gemacht hatten, waren nicht zu halten: Auch sie wollten Weihnachten zu Hause sein. Was zurückblieb, waren die Offiziere – und unter den Mannschaften diejenigen, die *gern* Soldaten waren; die Revolution aber hatten die gemacht, die es *ungern* waren. Was insbesondere die immer noch ausschlaggebende Berliner Garnison betraf, so hatte sich schon am 6. Dezember gezeigt, dass sie in ihrer jetzigen Zusammensetzung eher für die Gegenrevolution als für die Revolution zu gebrauchen war. Mindestens war sie, unter dem Einfluss von Otto Wels, der am 9. und 10. November die Berliner Soldaten so erfolgreich bearbeitet hatte und danach zum Stadtkommandanten ernannt worden war, eine unberechenbare Grösse geworden.

Doch es gab eine Ausnahme: die Volksmarinedivision, die am 9. November noch gar nicht existiert hatte, seither aber als die eigentliche Revolutionsgarde galt. Ihr Kern waren einige hundert Matrosen, die in der Revolutionswoche von Kiel nach Berlin gekommen waren, dort zunächst verhaftet, aber am 9. November befreit worden waren. Hinzu kamen einige weitere hundert Matrosen, die in Berlin zu Hause waren; und schliesslich zweitausend, die Wels am 12. November ausdrücklich aus Kiel angefordert hatte. Zeitweilig dreitausend Mann stark, galt die Volksmarinedivision im November als revolutionäre Elitetruppe. Am 15. November hatte sie auf Befehl des Stadtkommandanten das Schloss übernommen,

wo vorher geplündert worden war. Dort lag seither ihr Stab, gegenüber im Marstall ihre Mannschaften.

Vier Wochen lang war die Volksmarinedivision der Stolz der Berliner Kommandantur. Dann änderte sich das plötzlich. Sei es, weil die Division sich dem Putsch vom 6. Dezember versagt und ihren Kommandanten, der in ihn verstrickt war, abgesetzt hatte; sei es, weil sie dem Groener-Plan zur «Wiederherstellung der Ordnung in Berlin» offensichtlich im Wege stand; sei es nur, weil der Wind sich gedreht hatte und sie nicht mehr ins Bild passte: Von Mitte Dezember an arbeitete Stadtkommandant Wels, aus eigenem Antrieb oder auf Wink von oben, unverkennbar auf ihre Auflösung hin.

Wer seinen Hund ertränken will, bezichtigt ihn der Tollwut, heisst ein französisches Sprichwort. Die Volksmarinedivision wurde plötzlich als «spartakistisch» verdächtigt, und die Plünderungen im Schloss, die gerade sie beendet hatte, wurden ihr angelastet. Sie sollte aus dem Schloss wegverlegt und auf sechshundert Mann verkleinert werden. (Sie hatte sich schon selbst, durch Demobilisierung, auf etwa tausend reduziert.) Als Druckmittel hielt Stadtkommandant Wels ihre Löhnung zurück. Und Weihnachten rückte näher.

Es klingt grotesk: Dass eine Truppe von dreitausend Mann sich um ihre Weihnachtslöhnung geprellt fühlte – darüber kam es in Berlin zu einer blutigen Strassenschlacht, darüber platzte die Regierung, das schuf die endgültigen Fronten eines Bürgerkrieges, das gab und nahm der Revolution ihre letzte Chance. Es klingt operettenhaft. Aber dicht hinter der Lächerlichkeit liegt grimmiger Ernst. Es ging ja in Wirklichkeit nicht nur um die Weihnachtslöhnung der Volksmarinedivision, es ging um ihre Existenz und damit, wie die Dinge jetzt lagen, beinahe schon um die Existenz der Revolution selber. Die Geschichte der Weihnachtstage 1918 ist wirklich Geschichte; ein Kapitel deutscher Geschichte, bei dem man nie weiss, ob man lachen oder weinen soll.

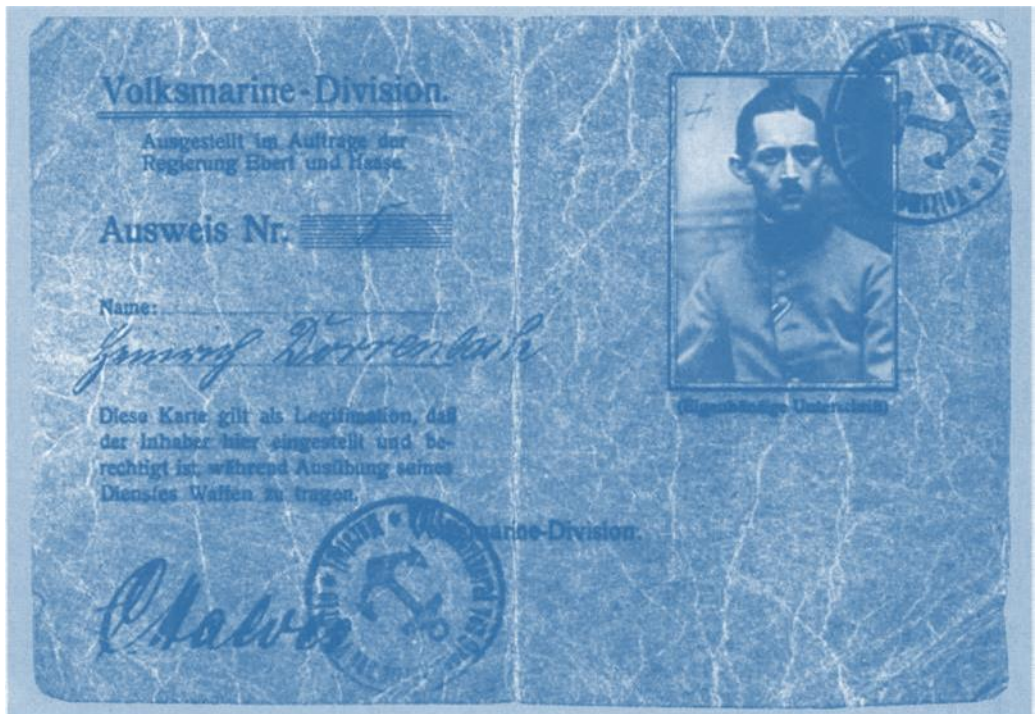
Die ganze Vorweihnachtswoche lang verhandelten die Sprecher der Matrosen mit Wels in der Kommandantur. Sie verlangten ihre Löhnung. Wels verlangte, dass sie erst das Schloss räumten. Die Matrosen verlangten, Wels solle ihnen erst ein anderes Stabsquartier zuweisen. Ob man sich darauf schliesslich geeinigt hatte, ist unklar geblieben. Jedenfalls geschah nichts; die Matrosen bekamen kein neues Stabsquartier, sie räumten das Schloss nicht, und sie bekamen keine Löhnung. Und nun stand Heiligabend vor der Tür.

Am 23. Dezember verloren die Matrosen die Geduld. Um zwölf Uhr mittags

gingen ihre Führer und Sprecher nicht mehr zur Kommandantur, sie gingen zur Reichskanzlei.

Dort trafen sie auf Krisenstimmung. Die «Koalition der sozialistischen Einigkeit», am 10. November gebildet, war im Auseinanderbrechen. Zwischen den drei SPD- und den drei USPD-Volksbeauftragten herrschten Misstrauen, Gereiztheit und offener Streit. Die Matrosen konnten nicht umhin zu merken, dass die Unabhängigen sie wie Freunde, die SPD-Leute wie Feinde behandelten. Sie wurden schliesslich weggeschickt mit dem Bescheid: Liefert die Schlossschlüssel ab, dann bekommt ihr eure Löhnung. Von anderen Stabsquartieren war nicht mehr die Rede. Wo die Matrosen die Schlüssel abliefern sollten, wurde nicht gesagt.

Um vier Uhr nachmittags waren die Matrosenführer wieder in der Reichskanzlei mit den Schlüsseln, aber auch mit bewaffnetem Gefolge, das vor dem Eingang Wache bezog. Die Matrosensprecher, an ihrer Spitze ihr Führer, ein Leutnant Dorrenbach, liessen sich bei Emil Barth, einem der drei SPD-Volksbeauftragten, melden und übergaben ihm die Schlüssel. Barth griff zum Telefon und sagte Wels, die Schlüssel seien da, und er solle nun zahlen. Wels weigerte sich: Er nehme nur von Ebert Aufträge an. Barth schickte die Matrosensprecher zu Ebert. Ebert liess sich verleugnen.



Volksmarine-Divisionsausweis von Leutnant Heinrich Dorrenbach. Er wurde am 17. Mai 1919 im Polizeigewahrsam erschossen.

Nun riss den Matrosen endgültig die Geduld. Auf Befehl Dörrenbachs sperrten sie alle Ausgänge der Reichskanzlei, besetzten die Telefonzentrale und schnitten die Leitungen durch. Die Volksbeauftragten standen damit in der Reichskanzlei unter Hausarrest. Die Matrosen hätten die Reichsregierung ausheben, die Volksbeauftragten verhaften und erschiessen können – wenn sie gewollt hätten. Daran freilich dachten Dörrenbach und seine Männer nicht. Sie wollten ja nur ihre Löhnung! Ausserdem allerdings hatten sie jetzt eine wilde Wut. Sie fanden, dass man von allen Seiten Schindluder mit ihnen trieb, und sie fanden, das brauchten sie sich nicht gefallen zu lassen.

Wer hatte denn die Waffen? Wer war denn der Stärkere? Und wer, schliesslich und endlich, hatte denn die Revolution gemacht? Wem verdankten die Herren Ebert und Wels ihre Posten? – Diese Herren sollten jetzt einen Denkkzettel bekommen. Sie sollten sich nicht ein zweites Mal einfallen lassen, revolutionären Matrosen ihre Löhnung zu verweigern!

Während ein Trupp Matrosen die Volksbeauftragten in der Reichskanzlei eingesperrt hielt, marschierte ein anderer, grösserer, zur Kommandantur. Hier gab es Widerstand. Die Wachen weigerten sich, die Matrosen ins Gebäude zu lassen. An den Eingängen entstand ein Handgemenge; und dann erschien draussen ein Panzerwagen und feuerte in die Matrosen hinein. Drei Tote.

Nun griffen die Matrosen an und stürmten das Gebäude, verhafteten Wels und zwei seiner Unterführer und brachten sie unter Puffen, Schlägen und Todesdrohungen in den Marstall. Es half Wels nichts mehr, dass er jetzt die Löhnung anbot. Sie nahmen die Löhnung, aber sie nahmen auch ihn mit. Inzwischen blieben die Volksbeauftragten in der Reichskanzlei gefangen. Es war nachmittags fünf Uhr, frühe Dezembernacht.

Eins hatten die Matrosen, als sie die Telefonzentrale der Reichskanzlei besetzten und die Anschlüsse unterbrachen, nicht gewusst: dass es zwischen Eberts Arbeitszimmer und der Obersten Heeresleitung (jetzt in Kassel) eine Direktleitung gab, die nicht über die Zentrale lief. Über diese Direktleitung forderte Ebert jetzt Hilfe an. Am anderen Ende sprach ein Mann, der später noch eine grosse Rolle spielen sollte – Major Kurt von Schleicher. An diesem Tage hatte er seinen ersten geschichtlichen Auftritt. «Ich werde sofort veranlassen», erklärte er, «dass regierungstreue Truppen aus der Umgebung Berlins zu Ihrer Befreiung in Marsch gesetzt werden. Vielleicht», fügte er hoffnungsvoll hinzu, «bietet sich nach so vielen verpassten Gelegenheiten hier doch noch eine letzte Möglichkeit, einen Schlag gegen die Radikalen zu führen.»

Zur gleichen Zeit, da die Matrosen mit ihrer gewaltsam ergatterten Löhnung und ihrem Gefangenen Wels in den Marstall zurückkehrten, wurden auf telefonischen Befehl der Obersten Heeresleitung in Potsdam und Babelsberg Truppen nach Berlin in Marsch gesetzt. Es waren die letzten einsatzfähigen Reste der zehn Divisionen, die eigentlich schon zwischen dem 10. und 15. Dezember in Berlin hatten «Ordnung schaffen» sollen: kaum mehr als achthundert Mann, aber mit ein paar Batterien Feldartillerie. Die Matrosen, etwas über tausend Mann, hatten nur Maschinengewehre und Handfeuerwaffen.

Nun verwirrt sich das Bild. Was am späten Nachmittag dieses 23. Dezember geschah, ist nach widersprechenden Berichten nicht eindeutig auszumachen. Es ist nicht klar, ob der Hausarrest der Volksbeauftragten in dieser Zeit wiederaufgehoben wurde oder nicht; jedenfalls fand zwischen fünf und sieben Uhr eine Kabinettsitzung statt, auf der Ebert den drei Unabhängigen von dem Truppenanmarsch nichts sagte und nach der, zur Abendbrozeit, die Unabhängigen unbehelligt und ahnungslos die Reichskanzlei verliessen. Ebert und seine SPD-Kollegen blieben zurück.

Es ist auch nicht klar, wie die Matrosen von dem Truppenanmarsch erfuhren. Aber irgendwie müssen sie erfahren haben, dass er im Gange war; denn abends um halb neun, als sich die Szene wieder erhellt, bietet sie ein martialisches Bild. Von zwei Seiten rücken rasselnd schwebewaffnete Kolonnen auf die Reichskanzlei zu: von Westen, vom Tiergarten her, die Truppen aus Potsdam und Babelsberg, mit geschulterten Gewehren und pferdebespannten Geschützen; von Osten, vom Marstall, die gesamte Volksmarinedivision in feldmarschmässiger Ordnung. Die Matrosen sind ein bisschen früher da als die Soldaten. Dorrenbach erscheint zum drittenmal an diesem Tage bei Ebert: Im Tiergarten ständen kampfbereite Truppen. Was das heissen solle. Wenn sie nicht zurückgezogen würden, käme es hier und jetzt zum Kampf.

In diesem Augenblick betreten auch die Kommandeure der herbeordneten Truppen Eberts Zimmer, erstatten Meldung und erbitten Befehl zur Feuereröffnung. Die Führer der beiden feindlichen Formationen stehen sich Auge in Auge gegenüber, im selben Raum; vor Ebert, den beide – nicht ohne Misstrauen – halb und halb als ihren betrachten: Die Matrosen – denn ist er nicht immer noch der «Volksbeauftragte» ihrer Revolution? Die Offiziere – denn hat er sie nicht zu seiner «Befreiung» gerufen?

Man gäbe etwas darum, wenn man ein Tonband dieser Szene hätte. Leider kennt man kein Wort von dem, was an diesem Abend in Eberts Arbeitszimmer gesprochen wurde. Man kennt nur das Ergebnis: Beide Seiten rückten wieder ab, die Soldaten zurück in den Tiergarten, die Matrosen zurück in den Marstall. Man

weiss auch, dass Ebert versprochen hatte, die ganze Angelegenheit solle morgen durch Kabinettsbeschluss beigelegt werden. Inzwischen: kein Blutvergiessen!

Man weiss aber auch, dass Ebert nachts gegen zwei Uhr dann doch den im Tiergarten kampierenden Truppen den Befehl gegeben hat, morgens den Marstall anzugreifen und die Volksmarinedivision auszuheben.

Die Motive für diesen Befehl sind umstritten. Ebert behauptete am nächsten Tag, er sei aus dem Marstall angerufen worden, das Leben von Otto Wels sei in Gefahr. Das klingt wenig überzeugend: Wenn Wels' Leben wirklich in Gefahr gewesen wäre, dann wäre ein Angriff auf das Gebäude, in dem er sich befand, das sicherste Mittel gewesen, seinen Tod herbeizuführen. Auch tauchte Wels, nach dem Zeugnis Scheidemanns, frühmorgens um drei Uhr, also mehrere Stunden vor dem Angriff, wenn auch eine Stunde nach dem Angriffsbefehl, schliesslich selbst in der Reichskanzlei wieder auf, schwer mitgenommen zwar, aber heil und lebendig. Es zeigte sich hier wieder die eigentümliche Gutmütigkeit, die die deutschen Revolutionäre von 1918 sogar in der Wut nicht ganz verliess. Kein Zweifel, dass man Wels roh behandelt und auch Ebert und seinen Kollegen absichtlich einen gehörigen Schreck eingejagt hatte. Aber dabei hatte man es be-



24. Dezember 1918: Stellung der Regierungstruppen am Schloss und Marstall.

wenden lassen; vor dem Äussersten scheute man zurück. Morden wollte man nicht, auch nicht in der

Wut. – Die Gegenrevolution sollte keine solche Skrupel haben.

Wahrscheinlicher klingt eine andere Version, nach der um Mitternacht ein bitterernstes Telefongespräch zwischen General Groener und Ebert geführt wurde, in dem Groener drohte, Ebert das Bündnis aufzukündigen, wenn jetzt nicht Ernst gemacht würde.

Sehr viel Überredung dürfte er übrigens kaum gebraucht haben. Auch Ebert hatte an diesem Nachmittag und Abend echte Angst ausgestanden, und Angst setzt sich leicht und natürlich in Zorn um. Wie auch immer, um zwei Uhr nachts erging der Angriffsbefehl aus der Reichskanzlei, und morgens um dreiviertel acht donnerten auf dem Schlossplatz die Kanonen.

Die Schlacht dauerte mit Unterbrechungen bis zwölf Uhr mittags und endete mit dem Sieg der Matrosen. Soviel steht fest. Über die Einzelheit des Kampfverlaufs gibt es nur widersprechende und wirre Berichte. Sicher ist, dass die Kanonade, mit der die Ebert-Truppen den Kampf eröffneten, erfolglos blieb. Von mehreren Seiten feuerten sie mit Geschützen und Maschinengewehren. Schon in der ersten Stunde des Gefechts schlugen sechzig Granaten in Schloss und Marstall ein. Die Gebäude wurden schwer beschädigt, aber die Soldaten hielten ihre Stellungen.



Das Schloss nach der Beschiessung.

Zwischen neun und zehn Uhr, während das Gefecht noch unentschieden tobte, drängten aus den Nebenstrassen grosse Massen von Zivilisten heran, die dem Kanonendonner gefolgt waren – Arbeiter, auch Frauen und Kinder; ihr Erscheinen soll auf die Regierungstruppen demoralisierend gewirkt haben, denn ganz offensichtlich nahmen sie Partei für die Matrosen. Die Stimmung in dem Menschenauflauf erinnerte an den 9. November: «Brüder, nicht schiessen!»

Gegen zehn Uhr gab es eine Kampfpause, um die Frauen und Kinder vom Kampfplatz wegzuschaffen. Um 10.30 Uhr wurde der Kampf mit verstärkter Heftigkeit fortgesetzt, und von nun an waren die Matrosen im Angriff. Einzelne Soldaten sollen in der folgenden Stunde zu ihnen übergegangen sein, auch kamen ihnen jetzt bewaffnete Zivilisten zu Hilfe. Jedenfalls war, nach einem Bericht des nicht matrosenfreundlichen *Vorwärts* vom nächsten Tag, um zwölf Uhr «die ganze Gegend um den Marstall einschliesslich der Königstrasse bis zum Rathaus von Matrosen und ihren Anhängern mit Maschinengewehren besetzt».

Um diese Zeit wurde der Kampf endgültig abgebrochen. Die Truppen, die ihn morgens eröffnet hatten, verpflichteten sich, den Kampfplatz zu räumen, und bekamen freien Abzug zugestanden. Die Matrosen verpflichteten sich, in ihre Quar-



24. Dezember 1918: Menschenmenge vor dem Marstall (nach den Kämpfen).

tiere zurückzukehren – aus denen sie hatten vertrieben werden sollen. Sie hatten das Schlachtfeld behauptet. Ihre Toten und Verwundeten, deren Zahl unbekannt geblieben ist, nahmen beide Kampfparteien mit.

An diesem Nachmittag herrschte im Hauptquartier in Kassel und in der Reichskanzlei in Berlin tiefe Bestürzung und Niedergeschlagenheit. Der Major von Harbou, der bei der eingesetzten Truppe als Generalstabsoffizier fungiert hatte, telegraphierte nach Kassel: «Truppen des Generalkommandos Lequis sind nicht mehr aktiv verwendungsfähig. Einen Weg, mit bisherigen Mitteln die Regierung zu schützen, sehe ich nicht. Der Ausgang des heutigen Zusammenstosses kann politisch für die Regierung katastrophal werden. Generalkommando Lequis ist meines Erachtens unmöglich geworden. Empfehle seine Auflösung.» (General Lequis war der Oberkommandierende der zehn Divisionen, die vor vierzehn Tagen in Berlin eingerückt waren.) Bei einer sofort einberufenen Stabskonferenz in Kassel erklärten sich mehrere Offiziere dafür, die Oberste Heeresleitung aufzulösen. «Es nütze nichts, sich noch länger gegen das Schicksal aufzulehnen. Jeder müsse nach Hause fahren und sehen, wie er seine Familie schütze und sich selbst seiner Haut wehre.»

Wer diesem Defätismus ein Ende machte – und damit zum zweitenmal in zwei Tagen in die deutsche Geschichte eingriff –, das war der Major von Schleicher. Wenn man die Flinte jetzt nicht ins Korn werfe, erklärte er weitblickend, dann werde die Berliner Niederlage eine Episode bleiben. Die Rettung werde von den Freiwilligentruppen kommen, die nun aufgestellt würden. Groener schloss sich dieser Meinung an. Er wusste, dass der Aufbau der Freikorps bereits kräftig im Gange war, und er war davon überzeugt, dass die Zeit für die Gegenrevolution arbeite.

Ebert wusste weniger genau Bescheid; die Oberste Heeresleitung liess sich auch von ihm nicht in die Karten blicken. Umso klarer war er sich bewusst, dass er wehrlos war, wenn die Revolution ihren Sieg ausnutzte. Er rechnete ernsthaft mit einem Handstreich auf die Reichskanzlei und dachte wohl, nicht ohne Grund, auch an seine eigene Sicherheit.

Groener, der an diesem Heiligabend wieder mit ihm telefonierte, schildert einen gefassten, phlegmatischen, fast humorvollen Ebert. Auf die Frage, was er jetzt vorhabe, soll Ebert laut Groener geantwortet haben: «Vor allem gehe ich jetzt einmal zu Freunden und schlafe mich aus, was ich bitter nötig habe. Soll Liebnecht die Reichskanzlei besetzen, wenn er will. Es wird aufs leere Nest stossen.»

Andere Augenzeugen, die Ebert an diesem Weihnachtsabend sprachen, geben ein weniger imponierendes Bild. Schon in der vorangehenden Nacht, und noch mehr nach der Niederlage vor dem Schloss, habe Ebert in fast panischer Stimmung darauf bestanden, mit der ganzen Regierung Berlin zu verlassen – irgendwohin, in die stillste Provinz, nach Rudolstadt oder nach Weimar. «So – geht – es – einfach – nicht – weiter», habe er immer wieder mit fast hysterischem Nachdruck erklärt. «So – kann – man – einfach – nicht – regieren.»

Vielleicht hatte Ebert sich Groener gegenüber wirklich gelassener gegeben als im Gespräch mit seinen Kollegen. Dass er sich in der Reichskanzlei nicht mehr sicher fühlte, geht aus dem einen Zeugnis ebenso hervor wie aus dem andern. Und objektiv gesehen, hatte er allen Grund dazu. Wenn die Revolution eine Führung gehabt hätte – an diesem Weihnachtsabend hätte nichts mehr zwischen ihr und der Macht in der Hauptstadt gestanden.

Aber die Revolution hatte keine Führung; sie sah ihre Chance nicht – und ausserdem: jetzt war Heiligabend. Die Matrosen hatten endlich ihre Löhnung, sie hatten gekämpft und gesiegt; jetzt wollten sie feiern.

Was Liebknecht betraf – der mit den Ereignissen der letzten Tage nicht das Geringste zu tun gehabt hatte –, so war er diese ganze Nacht damit beschäftigt, eine besonders wirkungsvolle Anklage-Nummer der *Roten Fahne* herzustellen, die am nächsten Morgen mit der riesigen Balkenüberschrift «Eberts Blutweihnacht» herauskam. Die Revolutionären Obleute, die an diesem Abend wie jeder mann zu Hause vor dem Weihnachtsbaum sassen und «Stille Nacht, Heilige Nacht» sangen, riefen für den ersten Feiertag zu einer Demonstration auf, unter dem Motto: «Situation bitterernst, die Revolution steht in grosser Gefahr.» Die Unabhängigen Sozialdemokraten aber, mit dem wie immer tief melancholischen Haase an der Spitze, sahen nur eins: dass sie aus dieser Regierung heraus mussten; mit solchen schrecklichen Vorgängen, wie sie sich am 24. Dezember ohne ihr Wissen und Zutun abgespielt hatten, wollten sie nichts mehr zu tun haben.

Damit taten sie wahrscheinlich Ebert und seinen Mitarbeitern den grössten Gefallen. Groener hat Ebert nachgerühmt, dass er die Weihnachtskrise mit grosser Geschicklichkeit dazu benutzt habe, die Unabhängigen aus der Regierung zu verdrängen: und der damalige Sekretär des Chefs der Reichskanzlei, Walter Oehme, berichtete, dass schon in den Vorweihnachtstagen in der Reichskanzlei ein offensichtliches Treiben gegen die drei USPD-Volksbeauftragten eingesetzt habe. «Es war Tagesgespräch, dass ihr Rücktritt selbstverständlich sei. Man sah sich bereits nach neuen rechtssozialistischen Mitarbeitern um. War schon vorher der ganze Apparat der Reichskanzlei in einseitigster Weise zugunsten der drei rechtssozia-

listischen Volksbeauftragten eingestellt, so arbeitete er seit jenem Tag [dem Abschluss des Reichsrätekongresses und der Wahl eines reinen SPD-Zentralrats] überhaupt nur noch für sie. Man begann langsam, Haase, Dittmann und Barth auszuschalten.» Aber wenn das so war – einige sozialdemokratische Chronisten bestreiten es –, dann hätte man sich diese Arbeit sparen können. Haase, Dittmann und Barth, die USPD-Volksbeauftragten, schalteten sich selbst aus.

Die Naivität ihrer politischen Taktik in der Auseinandersetzung über die Ereignisse vom 23. und 24. Dezember ist nur zu erklären, wenn man annimmt, dass sie bewusst oder unbewusst nichts anderes anstrebten, als der Regierungsverantwortung, der sie sich nicht gewachsen gezeigt hatten, wieder zu entkommen. Nachdem sie sich einen Tag lang mit ihren SPD-Kollegen über Recht und Unrecht des Schiessbefehls vom 24. Dezember fruchtlos herumgestritten hatten, riefen sie den Zentralrat, der ausschliesslich mit SPD-Vertretern besetzt war, zum Schiedsrichter an; und nachdem der Zentralrat, wie zu erwarten, gegen sie entschieden hatte, traten sie aus der Regierung aus.

Das geschah am 29. Dezember. Bereits am 30. Dezember hatten die drei SPD-Volksbeauftragten zwei neue Kollegen aus ihrer eigenen Partei, Wissell und Noske, hinzugewählt, und die vor sieben Wochen proklamierte «sozialistische Einigkeit» wurde mit unverhültem Triumph zu Grabe getragen. «Die lähmende Zwiespältigkeit ist überwunden», jubelten sie in einem Aufruf an das deutsche Volk. «Jetzt haben wir Arbeitsmöglichkeit!» Als Arbeitsziel verkündete der Aufruf «Ruhe und Sicherheit». Das Wort «Revolution» kam nicht mehr darin vor. Und unterschrieben war er: «Die Reichsregierung». Der «Rat der Volksbeauftragten» war abgeschafft.

So wurde aus dem ersten und einzigen militärischen Sieg der Revolution binnen fünf Tagen ihre entscheidende politische Niederlage. Am 9. und 10. November hatte Ebert der Revolution, um sie abzufangen, noch notgedrungen das Zugeständnis einer «Regierung der sozialistischen Einigkeit» gemacht. Jetzt, nur sieben Wochen später, war es mit dieser – freilich von Anfang an mehr scheinbaren als wirklichen – sozialistischen Einigkeit schon wieder vorbei. Alle politischen Kräfte, die die Revolution wirklich gewollt oder wenigstens mit ihr sympathisiert hatten, standen wieder draussen. Nicht ohne eigene Schuld: Sie hatten ihre Stunde versäumt und ihre Chance nicht wahrgenommen. Sie hatten sich ausmanövrieren lassen – oder sich selbst ausmanövriert.

Die unmittelbare Folge war denn auch der Zerfall der politischen Linken. Nach jeder Niederlage setzt bei den Geschlagenen Zank und Streit ein: jeder gibt dem

ändern die Schuld an dem, was geschehen ist. So auch jetzt.

Am 30. Dezember trennte sich die Spartakusgruppe endgültig von der USPD und konstituierte sich als Kommunistische Partei. Zugleich verkrachte sie sich mit den Revolutionären Obleuten, die diese Neugründung nicht mitmachen wollten und Liebknechts «Strassentaktik» – die Taktik immerwährender Demonstrationen – schon lange gefährlich und dilettantisch fanden.

Und selbst auf dem Gründungskongress der KPD gab es von Anfang an krasse Unstimmigkeiten zwischen der Anhängermasse, die nach sofortiger Aktion verlangte, und der Führung, die einen langen Weg vor sich sah. (Rosa Luxemburg: «Genossen, ihr macht euch euren Radikalismus etwas sehr bequem ... Wir stehen am Anfang der Revolution.»)

Die USPD blieb, auch nach dem Ausscheiden der Spartakisten, in sich selbst tief zerstritten. Einige Mitglieder ihres rechten Flügels strebten zurück zur SPD. Ihr linker Flügel klagte die ehemaligen Volksbeauftragten an, total versagt und alles falsch gemacht zu haben. Die Revolutionären Obleute schlossen ihren einzigen bisherigen Vertreter im Rat der Volksbeauftragten, Emil Barth – vor sieben Wochen noch ein Mitglied ihrer innersten Führungsgruppe –, aus ihrer Organisation aus.

Aber während so die politische Führung der Linken zerfiel, bildete sich unter den Arbeitermassen in diesen Weihnachtstagen eine neue Revolutionsstimmung. Im November hatten die Massen geglaubt, gesiegt zu haben. Seit Weihnachten fühlten sie sich verraten, um ihren Sieg betrogen – aber noch nicht besiegt. Man musste eben noch einmal nachfassen. Hatten sie nicht auch im November alles allein geschafft, ohne Führung? Warum sollte, was damals möglich gewesen war, nicht noch einmal möglich sein?

Als am Sonntag, dem 29. Dezember, die gefallenen Matrosen in Friedrichshain, im Berliner Osten, zu Grabe getragen wurden, folgte ihnen ein unabsehbarer Zug von Trauernden – erbittert Trauernden. Sie trugen Plakate, auf denen stand:

«Als Matrosenmörder klagen wir an
Ebert, Landsberg und Scheidemann»

und

«Gewalt gegen Gewalt!»

Sie hoben die Fäuste und riefen im Chor: «Nieder mit den Verrätern!»

Was hier heranrollte und stundenlang die Strassen des Berliner Ostens überschwemmte, war die zweite Welle der Revolution. Schon eine Woche später sollte sie sich überschlagen.

10

Entscheidung im Januar

Das Schicksal der deutschen Revolution entschied sich in Berlin in der Woche vom 5. bis 12. Januar 1919. Diese Woche ist als «Spartakuswoche» in die Geschichte eingegangen – zu Unrecht. Was in dieser Woche vor sich ging, war kein kommunistischer Aufstand gegen die sozialdemokratische Regierung. Es war ein Versuch der Berliner Arbeitermassen, das am 9. und 10. November Errungene und inzwischen Verlorene noch einmal zu erringen, und zwar auf dieselbe Weise wie damals. Der 5. Januar war ein zweiter 9. November.

Aber was im November wenigstens scheinbar gelungen war, scheiterte im Januar völlig. Es scheiterte zum Teil daran, dass die Führung, die wiederum bei den Revolutionären Obleuten lag, noch planloser und unfähiger operierte als damals. Hauptsächlich aber daran, dass Ebert sich jetzt stark genug fühlte, das zu wagen, was er damals noch nicht gewagt hatte: nämlich die Revolution zusammenschieszen zu lassen.

Was am 5. Januar in Berlin geschah, hatte niemand vorausgeplant oder vorausgesehen. Es war eine spontane Massenexplosion. Der Anlass war trivial. Der Berliner Polizeipräsident, ein herzlich unbedeutender Mann namens Emil Eichhorn, der nie vorher oder nachher eine Rolle gespielt hat, weigerte sich, seine vom preussischen Innenministerium verfügte Entlassung anzunehmen. Er war ein Mitglied der USPD und wandte sich an die Berliner Ortsgruppe seiner Partei um Unterstützung. Am 4. Januar, einem Sonnabend, trafen sich im Polizeipräsidium der Vorstand der Berliner USPD, die Revolutionären Obleute und zwei Vertreter der frischgebackenen KPD, Liebnecht und Pieck, mit Eichhorn und beschlossen, für den Sonntag zu einer Protestdemonstration gegen Eichhorns Absetzung aufzuziehen; das war alles, was ihnen einfiel. Dann erlebten sie ihr blaues Wunder.

Aufgerufen hatten sie für Sonntag um zwei Uhr «zu einer imposanten Massenkundgebung in der Siegesallee». Aber schon am Vormittag strömten wieder, wie am 9. November, aus allen Arbeitervorstädten riesige Marschkolonnen ins Berliner Stadtzentrum, und um zwei Uhr standen Hunderttausende Kopf an Kopf, nicht nur in der Siegesallee, sondern quer durch den Tiergarten, die Linden entlang, auf dem Schlossplatz und von dort die Königstrasse hinunter bis zum Alexanderplatz,

wo das Polizeipräsidium lag.

Es war keine friedliche Versammlung. Es war ein Aufmarsch. Viele waren bewaffnet. Alle waren erbittert und tatendurstig. Nachdem sie sich Reden angehört hatten – die meisten hörten allerdings gar nichts, es gab ja damals noch keine Lautsprecheranlagen –, gingen die Massen keineswegs auseinander. Genau wie am 9. November ergriffen vielmehr überall plötzlich einzelne beherzte Leute die Initiative, gaben Parolen aus und stellten bewaffnete Gruppen und Züge zusammen. Man wollte ja nicht nur demonstrieren, man wollte handeln – irgendwie handeln.

Später ist behauptet worden, dass Regierungsspitzel als *agents provocateurs* dabei ihre Hand im Spiel gehabt hätten. Möglich – aber unmöglich hätten sie die Massen, so, wie es geschah, zur Tat mitreissen können, wenn diese Massen nicht selber zur Tat entschlossen gewesen wären.

Am Nachmittag hatte sich aus der Demonstration eine bewaffnete Aktion entwickelt. Ihr Hauptziel war das Zeitungsviertel. Alle grossen Zeitungsverlage – Scherl, Ullstein, Mosse, der *Vorwärts* – wurden besetzt, die Maschinen stillgelegt, die Redaktionen nach Hause geschickt. Später besetzten andere bewaffnete Gruppen die grossen Bahnhöfe.

Noch in der Nacht waren überall in der Berliner Innenstadt aufgeregte Züge unterwegs, auf der Suche nach strategischen Zielen, die es zu besetzen, oder auch



5. Januar 1919: Bewaffnete Arbeiter besetzen das Zeitungsviertel.

nach Feinden, die es niederzukämpfen galt. Es zeigten sich keine. Die Revolution, die seit dem 10. November stillgelegt hatte, war wieder ausgebrochen. Scheinbar beherrschte sie in dieser Nacht Berlin.

Niemand wurde von diesem gewaltigen Massenausbruch mehr überrascht als die Leute, die ihn ausgelöst hatten. Sie hatten keine Ahnung gehabt, was für eine Lawine sie lostraten.

Am Abend dieses Sonntags waren im Berliner Polizeipräsidium sechshundachtzig Männer versammelt: siebenzig Revolutionäre Obleute, zehn Vorstandsmitglieder der Berliner USPD mit dem alten Georg Ledebour an der Spitze, dazu zwei Soldaten- und ein Matrosenvertreter, Liebknecht und Pieck als Abgesandte der KPD und schliesslich Eichhorn selbst. Die Konferenz stand, nach dem Bericht eines Teilnehmers, «ganz im Banne der gewaltigen Demonstration, ohne sich zunächst darüber schlüssig zu werden, was weiter geschehen müsse». Es herrschte «eine Stimmung, die keine objektive Stellungnahme aufkommen liess. Die Redner überboten sich gegenseitig mit Kraftworten und Forderungen.»

Am wildesten gebärdete sich Heinrich Dorrenbach, der Führer der Volksmarinedivision, der wohl nicht nur, wie alle anderen, von den überwältigenden Eindrücken der letzten Stunden berauscht war, sondern dem auch sein Sieg in der Weih-



Papierrollen als Barrikaden im Zeitungsviertel.

nachtsschlacht auf dem Schlossplatz ein wenig zu Kopf gestiegen war: Er behauptete jetzt, «nicht nur die Volksmarinedivision, auch alle anderen Berliner Regimenter stehen hinter den Revolutionären Obleuten und sind bereit, mit Waffengewalt die Regierung Ebert-Scheidemann zu stürzen». Darauf erklärte Liebknecht, bei diesem Stand der Dinge sei der Sturz der Regierung möglich und unbedingt notwendig. Ledebour sagte: «Wenn wir uns entscheiden, muss das rasch geschehen.»

Die beiden Soldatenvertreter warnten zwar: «Vielleicht stehen die Truppen hinter uns», erklärte der eine, «aber sie haben immer geschwankt.» Der andere war noch pessimistischer: Es sei sogar fraglich, ob Dorrenbach seine eigenen Leute hinter sich habe (eine Skepsis, die sich bald als nur zu begründet herausstellen sollte). Aber die Warner kamen gegen den Siegesrausch – den merkwürdigerweise nicht die Führer in die Massen, sondern die Massen in die Führung getragen hatten – nicht auf. Mit achtzig gegen sechs Stimmen wurde beschlossen, «den Kampf gegen die Regierung aufzunehmen und bis zu ihrem Sturz durchzuführen».

Folgender Aufruf ging noch in der Nacht heraus:

«Arbeiter! Soldaten! Genossen! Mit überwältigender Wucht habt ihr am Sonntag euren Willen kundgetan, dass der letzte bösartige Anschlag der blutbefleckten Ebert-Regierung zuschanden gemacht werde. Um Grösseres handelt es sich nunmehr. Es muss allen gegenrevolutionären Machenschaften ein Riegel vorgeschoben werden! Deshalb heraus aus den Betrieben! Erscheint in Massen heute elf Uhr vormittags in der Siegesallee! Es gilt die Revolution zu befestigen und durchzuführen. Auf zum Kampfe für den Sozialismus! Auf zum Kampfe für die Macht des revolutionären Proletariats! Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann!»

Es wurde ein «provisorischer Revolutionsausschuss» von nicht weniger als dreiundfünfzig Mann gebildet, mit Ledebour, Liebknecht und einem gewissen Paul Scholze an der Spitze; dieser Revolutionsausschuss erklärte, er habe «die Regierungsgeschäfte vorläufig übernommen». Tatsächlich hat er weder die Regierungs- noch auch nur die Revolutionsgeschäfte je übernommen. Der Aufruf zu dem erneuten Aufmarsch am Montag war die einzige Tat, die er zustande brachte.

Dieser Aufruf wurde befolgt. Die Massen waren am Montagvormittag wieder auf den Strassen, vielleicht noch zahlreicher als am Sonntag. Kopf an Kopf standen sie wieder von der Siegesallee bis zum Alexanderplatz, bewaffnet, erwartungsvoll, tatbereit. Sie fühlten sich jetzt stark. Gestern hatten sie wie im Spiel ihre Kraft und Macht gezeigt – ganz spontan, ganz führungslos.

Jetzt glaubten sie eine Führung zu haben, jetzt erwarteten sie Entscheidung, Kampf und Sieg.

Und dann geschah nichts. Die Führung liess nichts von sich hören. Einzelne Gruppen machten sich wieder selbständig und besetzten noch ein paar öffentliche Gebäude – das Wolffsche Telegraphenbüro, die Reichsdruckerei. Den entscheidenden Sturm auf die Regierungsgebäude wollte offenbar ohne Befehl niemand wagen; und Befehle kamen nicht. Auch standen vor der Reichskanzlei einige tausend Regierungsanhänger, ebenfalls bewaffnete Zivilisten, die die SPD am Morgen zusammengetrommelt hatte.

Die Stunden vergingen. Der Tag, der mit schönem Wintersonnenschein begonnen hatte, nebelte sich ein, es wurde unangenehm nasskalt und dann

langsam dunkel. Und es kam kein Befehl. Die mitgebrachten Stullen waren aufgegessen, und der Hunger meldete sich wieder, der ewige Hunger dieses Revolutionswinters. Vom Nachmittag an begannen die Massen sich langsam zu lichten. Am Abend hatten sie sich zerstreut. Und als es Mitternacht schlug, lag die Berliner Innenstadt leer. An diesem 6. Januar 1919 war, obwohl es noch niemand wusste, die deutsche Revolution gestorben.

Was war geschehen? Vor allem dies: Die erhoffte Unterstützung der Berliner Truppen für die zweite Welle der Revolution war ausgeblieben. Es war genauso gekommen, wie es die Soldatenvertreter am Abend zuvor vorausgesagt hatten: Die Truppen schwankten, diskutierten, wussten nicht recht, was

gespielt wurde; wie immer schon, waren sie zugleich für Revolution und für Ruhe und Ordnung. Jedenfalls hatten sie keine Lust, ihre Köpfe hinzuhalten. Selbst die Volksmarinedivision erklärte sich «neutral». Am Vormittag war der dreiundfünfzigköpfige Revolutionsausschuss hoffnungsvoll aus dem Polizeipräsidium in das Hauptquartier der Matrosen, den Marstall, umgezogen. Am Nachmittag war er wieder hinauskomplimentiert worden. Darüber war der Tag vergangen.

Am Abend war man wieder im Polizeipräsidium versammelt, in ganz anderer Stimmung als am Tage zuvor. Es ging nicht mehr darum, ob man die Regierung



stürzen könnte, sondern nur noch darum, ob man sich auf leidliche Art aus der Affäre ziehen könnte.

Das schien an diesem Montagabend noch möglich, auch an den folgenden zwei oder drei Tagen noch. An diesen Tagen hatten beide Seiten Angst voreinander: auch die Regierung vor der Revolution. Der Schreck vom Sonntag sass ihr in den Gliedern, und am Montag konnte man von der Wilhelmstrasse aus den neuen riesigen Massenaufmarsch sehen; die Linden glichen einem Heerlager: Was würde geschehen, wenn sich dieses Heer zum Sturm auf die Regierungsgebäude in Bewegung setzte? Wie hilflos die Revolutionsführung in Wirklichkeit war, wusste man noch nicht. Auf die Mehrzahl der Berliner Truppen war anscheinend kein Verlass – für die Regierung so wenig wie für ihre Gegner.

Draussen zwar, auf den märkischen Truppenübungsplätzen, formierten sich jetzt die Freikorps. Noch am Sonnabend hatten Ebert und Noske in Zossen das neugebildete Landesjägerkorps des Generals Maercker besichtigt, freudig erstaunt, wieder «richtige Soldaten» vor sich zu sehen; Noske hatte dem zwei Köpfe kleineren Ebert auf die Schulter geklopft und gesagt: «Sei nur ruhig, es wird alles wieder gut werden.» Aber das war Sonnabend in Zossen gewesen, und jetzt war Montag in Berlin, und Unter den Linden stand kein Landesjägerkorps, sondern die bewaffnete Revolution.

Da war es mehr als willkommen, dass die am 29. Dezember aus der Regierung ausgeschiedenen USPD-Volksbeauftragten an diesem Montag ihre Vermittlung anboten. Ebert ging gern darauf ein; zum mindesten war damit Zeit zu gewinnen. Er stellte nur eine Bedingung: Aufhebung der Zeitungsbesetzungen.

Darüber hatte der Revolutionsausschuss am Montagabend zu entscheiden. Hätte er ja gesagt, vielleicht wäre noch einmal alles ungeschehen zu machen gewesen. Aber er sagte nein.

Das Schauspiel, das dieses handlungsunfähige Ungetüm von einem Ausschuss vom ersten bis zum letzten Augenblick bietet, ist erbarmungswürdig. Vorwärts konnte er nicht, zurück wollte er nicht. Der Stimmungsabsturz seit dem gestrigen Siegesrausch war zu steil; die Niederlage erkennen und zugeben, den Rückzug antreten: das war mehr, als die dreiundfünfzig innerhalb von vierundzwanzig Stunden seelisch leisten konnten.

Ausserdem nagte an den dreiundfünfzig vielleicht auch ein heimlicher Zweifel, ob sie die Räumung der Zeitungen überhaupt garantieren könnten. Sie hatten die Besetzung ja gar nicht befohlen und über die bewaffneten Gruppen in den Zeitungsgebäuden überhaupt keine Gewalt, sie wussten in vielen Fällen noch nicht einmal, wer sie eigentlich kommandierte. In Wirklichkeit spielte in dieser

Revolution der Revolutionsausschuss im Polizei-Präsidium die Rolle des dummen August. Das aber durfte doch nicht herauskommen! Er sagte nein.

Ebert war das im Grunde recht. Er wollte keinen neuen Scheinfrieden mit der Revolution wie am 10. November, er wollte die Abrechnung. («Die Stunde der Abrechnung naht!» heisst es in einem von ihm formulierten Regierungsaufruf, der zwei Tage später, am 8. Januar, hinausging.) Während er die aussichtslosen Verhandlungen noch ein paar Tage hinauszog, traf er seine militärischen Vorbereitungen. Sie liefen auf zwei Linien.

Die eine war die Linie Noske, die Linie der Freikorps. Noske war noch am Montag, in der halbbelagerten Reichskanzlei, zum Oberbefehlshaber ernannt wurden. («Meinetwegen», hatte er nach eigenem Zeugnis erklärt, «einer muss der Bluthund werden.») Er hatte sich sofort aus der Gefahrenzone wegbegeben, mitten durch die bewaffneten Massen am Brandenburger Tor hindurch, die keine Ahnung hatten, wer der lange Zivilist mit der Brille war. («Höflich bat ich wiederholt darum, mich durchzulassen, denn ich hätte eine dringende Besorgung. Es wurde mir bereitwillig der Weg freigegeben.») Seitdem sass er im West-Berliner Vorort Dahlem, im Luisenstift, einem vornehmen Töchterpensionat, das verlängerte Weihnachtsferien genoss. Dort hatte er sein Hauptquartier aufgeschlagen, von dort trieb er die Aufstellung der neuen Freikorps rings um Berlin voran und bereitete ihren Einmarsch in Berlin vor. In Dahlem gab es keine Revolution, kein Arbeiter verirrte sich dorthin. In den weiten, winterlichen Gärten herrschte vornehme Stille. Noske konnte ungestört arbeiten.

Aber seine Arbeit brauchte Zeit, und Ebert hatte keine Zeit. Immer noch herrschte ja in Berlin Generalstreik, immer noch waren die Zeitungen und Bahnhöfe besetzt, immer noch sass im Polizeipräsidium der Revolutionsausschuss, immer noch gab es im Osten und Norden grosse Massenaufmärsche. Wenn die Freikorps noch nicht marschbereit waren – konnte man mit den Berliner Truppen *gar* nichts anfangen? Ebert wollte es jedenfalls versuchen. Der eine oder andere Truppenteil musste doch in Gottes Namen gegen die «Spartakisten» zu gebrauchen sein!

Auf dieser zweiten Linie bereitete er selbst den Gegenschlag gegen die Revolution vor, während er nebenbei immer noch verhandelte und seiner Abneigung gegen Blutvergiessen Ausdruck gab. Und tatsächlich sollten die Berliner Truppen schliesslich die Entscheidung bringen. Die Freikorps marschierten erst in Berlin ein, als die Schlacht geschlagen war.

Die Entscheidung fiel in den Tagen vom Donnerstag, dem 9., bis zum Sonntag, dem 12. Januar 1919. In diesen Tagen wurde auf Befehl Eberts die Revolution in der Hauptstadt zusammengeschossen. Berlin hörte nun Tag für Tag, wie bisher nur am 24. Dezember, die Kanonen donnern, und eine buntscheckige Truppen-

schar – die immer schon besonders konservativen «Maikäfer», das neugebildete Ebert-treue «Regiment Reichstag», das in den Weihnachtstagen aufgestellte rechtsradikale Freiwilligenregiment «Reinhard» und schliesslich die am Weihnachtsabend so blamabel geschlagenen, seitdem reorganisierten Potsdamer Bataillone unter Major von Stephani – eroberte in schweren Strassen- und Häuserkämpfen die besetzten Gebäude eines nach dem andern zurück, zuletzt, am Sonntag, das Polizeipräsidium.

Die schwerste Schlacht tobte am Sonnabend, den 9. Januar, vormittags im Verlagsgebäude des *Vorwärts* in der Lindenstrasse: Die erste Kanonade blieb, ähnlich wie seinerzeit am Schloss, erfolglos, der erste Sturmangriff wurde abgeschlagen, dann folgte eine zweite, schwerere Kanonade, und dann geschah Grässliches: Die Vorwärts-Besatzung schickte sechs Parlamentäre mit der weisen Fahne, um über freien Abzug zu verhandeln. Einer von ihnen wurde mit der Forderung nach bedingungsloser Übergabe zurückgeschickt, die übrigen fünf wurden zurückgehalten, abgeführt, furchtbar misshandelt und schliesslich zusammen mit zwei abgefangenen Kurieren erschossen. Dann wurde der *Vorwärts* gestürmt. Dreihundert der Verteidiger wurden gefangengenommen.



10. Januar 1919: Minenwerfer der Regierungstruppen auf dem Alexanderplatz.



Das durch die Beschiessung zerstörte Gebäude des «Vorwärts».

Major von Stephani rief in der Reichskanzlei an und fragte, was er mit den vielen Gefangenen anfangen solle. Nach eigener schriftlicher Bekundung erhielt er die Antwort: «Alle erschossen!» Das verweigerte er; er war noch ein Offizier alter Schule. Sieben der Gefangenen wurden trotzdem erschossen, fast alle mit Gewehrkolben furchtbar misshandelt, ohne dass von Stephani es verhindern konnte. Der Reichsarchivrat Volkmann, der eine durchaus militärfreundliche Revolutionsgeschichte geschrieben hat, berichtet Folgendes: «Die Soldaten sind in ihrer Wut kaum zu bändigen. Als sie sehen, dass einer ihrer eigenen Offiziere, der von den Aufrührern gefangengenommen und im Vorwärts-Gebäude während der Beschiessung festgehalten worden ist, den Spartakisten die Hand reicht, um sich für die anständige Behandlung, die ihm zuteil geworden ist, zu bedanken, schlagen sie ihn blutig.»

Am 12. Januar waren die Kämpfe in Berlin beendet. Die Revolution war niedergeworfen. War es eine «spartakistische», also kommunistische Revolution? Das ist von Anfang an die Sprachregelung der Sieger gewesen, und sie hat sich bis zum heutigen Tag gehalten. (Man beachte die Selbstverständlichkeit, mit der



Regierungstruppen im Zeitungsviertel verteilen die ersten Zeitungen nach der Eroberung der Zeitungsbäude

Volkman von den Okkupanten des *Vorwärts* als «Spartakisten» spricht.)

Die Wahrheit ist es nicht. Die KPD hatte den Januaraufstand weder vorhergesehen noch gewollt, weder geplant noch gelenkt. Sie war über das planlose, führungslose Vorpreschen der Massen sogar entsetzt. Ein solcher Massenaufstand, ehe die Partei überhaupt noch richtig stand, verstieß ja gegen alle Regeln! Als sich Liebknecht am 8. Januar wieder im Parteivorstand sehen liess, wurde er wegen seiner eigenmächtigen Beteiligung mit Vorwürfen überhäuft. «Karl, ist das unser Programm?» soll ihm Rosa Luxemburg zugerufen haben, oder nach einer anderen Version: «Karl, wo bleibt unser Programm?»

Aber auch der klägliche «Revolutionsausschuss» – in dem nicht die zwei beteiligten Kommunisten, Liebknecht und Pieck, sondern die siebzig Revolutionären Obleute tonangebend waren – hatte den Januaraufstand weder geplant noch gemacht noch geführt. Dieser Aufstand war ganz ausschliesslich das Werk der Berliner Arbeitermassen, derselben Massen, die die Novemberrevolution gemacht hatten; diese Massen waren zum allergrössten Teil Sozialdemokraten, nicht Spartakisten oder Kommunisten, und ihr Januaraufstand war nichts anderes, als ihr Novemberaufstand gewesen war.

Das ist beweisbar, denn die Massen blieben nicht stumm. In der zweiten Hälfte dieser tragischen Januarwoche, als das Versagen des «Revolutionsausschusses» auch ihnen klargeworden war und während im Zeitungsviertel schon die Kanonen sprachen, formulierten sie auf grossen Massenversammlungen ihre Ziele, und zwar mit bemerkenswerter Klarheit.

Am 9. Januar – Donnerstag – versammelten sich im Humboldthain vierzigtausend Arbeiter der AEG und der Schwarzkopf-Werke, beschlossen – genau wie am 10. November – die «Einigung der Arbeiter aller Richtungen» und setzten eine paritätische Kommission zu diesem Zweck ein. In den nächsten Tagen ergriff die Einigungsbewegung praktisch alle Berliner Betriebe. Charakteristisch ist die Vier-Punkte-Resolution der Spandauer Betriebe (achtzigtausend Arbeiter) vom 10. Januar: «1. Rücktritt aller Volksbeauftragten; 2. Zusammentreten paritätischer Ausschüsse der drei Parteien; 3. Neuwahl der Arbeiter- und Soldatenräte; 4. Inangriffnahme der Einigung der sozialistischen Parteien.» Bezeichnend für viele auch die Forderung der Elektrizitätswerke Südwest, Schöneberg, vom 11. Januar – Freitag – nach Rücktritt der «*Führer aller politischen Richtungen*, die sich unfähig erwiesen haben, diesen entsetzlichen Brudermord zu verhindern.»

Das sind keine spartakistischen oder kommunistischen Ziele. Es sind genau die Ziele, denen am 10. November auch Ebert Lippenbekenntnisse geleistet hatte: sozialistische Einigkeit, «kein Bruderkampf». Für diese Ziele hatten die Berliner

Arbeiter am 9. November gekämpft, und für diese Ziele hatten sie, spontan und führungslos, aufs Neue in der blutigen Januarwoche zu den Waffen gegriffen.

Sie wollten immer noch, was sie im November gewollt hatten: die Einigung aller sozialistischen Parteien und die Abschaffung des alten feudalbürgerlichen Staats zugunsten eines neuen Arbeiterstaats. Ebert hatte das am 10. November zum Schein zugestanden. Aber er hatte es nie gewollt; er wollte von Anfang an die Erhaltung des alten Staats. Das war es, was die Berliner Arbeiter zwischen November und Januar begriffen hatten, und deswegen machten sie im Januar nicht eine spartakistische oder kommunistische Revolution, sondern dieselbe Revolution noch einmal. Aber wenn es das erste Mal noch zu einem Scheinsieg erreicht hatte – diesmal endete die Revolution in blutiger Niederlage.

Die Arbeiter, die am 9. November und am 5. Januar auf die Strasse gegangen waren und die am 9., 10. und 11. Januar ihre Ziele in Massenentschlussungen formuliert hatten, wählten am 19. Januar bei der Wahl der Verfassungsgebenden Nationalversammlung immer noch zum grössten Teil sozialdemokratisch. Sie fühlten sich immer noch als Sozialdemokraten – nicht als Unabhängige oder Kommunisten. Wer in ihren Augen keine Sozialdemokraten mehr waren, das waren Ebert, Scheidemann und Noske.



9. Januar 1919: Arbeiter der Schwartzkopff-Werke.

Aber es waren Ebert, Scheidemann und Noske, die nun die Macht hatten und die bestimmten, wer fortan das Recht hatte, sich Sozialdemokrat zu nennen, und wer sich «Spartakist» schimpfen lassen musste. Sie hatten auch die Macht, alle Arbeiterresolutionen der Januarwoche einfach in den Papierkorb wandern zu lassen.

Freilich, um die Macht gegen ihre eigenen Anhänger zu behaupten, mussten sie sich von jetzt an auf seltsame Verbündete stützen – Verbündete, für die sie selber halbe «Spartakisten» waren. Mit derselben Arglosigkeit, mit der vor zwei Monaten die Revolution sich Ebert ausgeliefert hatte, lieferte sich jetzt Ebert der Gegenrevolution aus.

Als der Kampf um Berlin von Ebert gewonnen war, hatte auch Noske seine Vorbereitungen abgeschlossen. Die ersten Freikorps standen; sie konnten in Berlin einmarschieren. Am Sonnabend, dem n. Januar – nach der Erstürmung des *Vorwärts* – gab es eine Kostprobe: einen Demonstrationmarsch des Landesjägerkorps Maercker durch den bürgerlichen Berliner Westen, von Lichterfelde über Steglitz und Schöneberg zum Potsdamer Platz und weiter zum Dönhoffplatz. Die konservative *Post* berichtete darüber am nächsten Tag unter der Überschrift «Ein Lichtblick»:



Panzer der Regierungstruppen am Alexanderplatz.

«Gestern Nachmittag gegen drei Uhr konnte sich manches national denkende Herz wieder einmal an einem langentbehrten Anblick erfreuen. Über den Potsdamer Platz zogen Truppen in Richtung auf den Dönhoffplatz. Eine ungeheure Menschenmenge bildete Spalier und begrüßte sie mit begeisterten Hochrufen. Der Marsch stockt, die Truppe muss halten. Scharfe Kommandos ‚Kompagnie halt! Gewehr ab!‘ werden ebenso exakt wie stramm ausgeführt. Bravo! erschallt es aus dem Publikum. Mit Bewunderung blickten alle auf diese famose, tadellose, disziplinierte Truppe und ihre Führer.»

Was die *Post* verschwieg, war, dass dieser famosen Truppe ein einsamer, langer, bebrillter Zivillist vorausmarschierte: Gustav Noske. Er hatte es sich nicht nehmen lassen. Der schon zitierte Volkmann gibt einen Schnappschuss des seltsamen Bildes: «In dem todernsten Gesicht steht eiserner Wille. Neben ihm, halb spöttisch, halb verlegen, ein Oberst.»

Dieser Marsch war nur ein Vorspiel. Am 15. Januar, dem Mittwoch nach der Revolutionswoche, wurde der ganze Süden und Westen Berlins und die Innenstadt von dem neugebildeten «Generalkommando Lüttwitz» besetzt. Den Norden und Osten – die Arbeiterviertel – sparte man einstweilen aus. Ihre Unterwerfung, die nicht ohne Blutvergiessen abgehen konnte, war für später vorgesehen.



Reichswehrminister Gustav Noske besucht Stellungen der Regierungstruppen.

Den Westen Berlins übernahm die neugebildete «Garde-Kavallerie-Schützendivision». Im feudalen Eden-Hotel schlug sie ihr Hauptquartier auf. Sie führte Plakate mit, auf denen stand: «Die Garde-Kavallerie-Schützendivision ist in Berlin einmarschiert. Berliner! Die Division verspricht euch, nicht eher die Hauptstadt zu verlassen, als bis die Ordnung endgültig wiederhergestellt ist.»

Noch am Tage ihres Einzuges gab die Division ihre Visitenkarte ab: mit der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs.



Regierungstruppen am Potsdamer Platz

Judenhetze in Berlin?

Arbeiter und Soldaten!

Man hetzt gegen die Juden, weil Marx, Lassalle, Haase, Bernstein, Rosa Luxemburg, Viktor Adler u. a. Juden sind!

Man belügt Euch jetzt, wie man Euch stets belogen hat.

Die Juden sollen den Krieg gemacht und verlängert haben!

Wer saß zu Beginn des Krieges an der Regierung? Wer im Auswärtigen Amt? Wer in den Gesandtschaften?

Kein Jude!

Wer saß im Kriegsministerium? Wer im Generalstab?

Wer im Militärkabinett?

Kein Jude!

Wer hat den Krieg verlängert? Wer hat während des Krieges am lautesten den deutschen Schwert- und Machtfrieden gefordert? Wer hat jeden Verständigungsfrieden als Hungerfrieden und Judenfrieden geschmäht?

Etwa die Juden?

Die Juden sollen sich aus dem Schützengraben gedrückt haben. Glaubt Ihr, daß es Frontsoldaten sind, die so etwas schreiben? Weiß nicht jeder Frontsoldat, wie unzählige Juden als Eure treuen Kameraden draußen begraben sind?

Unter den Machthabern der **Reaktion** gab es **keine Juden!**

Unter denen, die für **Freiheit und Recht** eintreten, gibt es **viele Juden!**

Was ist der **Zweck der Hetze?**

Die Aufmerksamkeit von den **Schuldigen** abzulenken!

Was wollen die **Hetzer? – Unruhen anzetteln!**

Sie wissen, daß die Ordnung mit allen Mitteln geschützt werden wird, für wen und gegen wen es immer sei!

Man hetzt gegen die Juden, man meint die **Volksherrschaft, die Republik!**

Die **Reaktion**, die ihr Spiel noch nicht verloren glaubt, versucht es noch einmal, diesmal mit der Judenhetze!

Arbeiter und Soldaten Berlins!

Laßt Euch nicht betrügen!

Laßt Eure neue Freiheit nicht beschmutzen!

Druck: Deutscher Verlagsgesellschaft, Berlin.

Antisemitismus gehörte bereits damals zu den ideologischen Grundlagen der Reaktion.

II

Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Als Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am Abend des 15. Januar 1919 vom Berliner Eden-Hotel aus, mit Kolbenschlägen betäubt, in Automobilen in den Tiergarten geschafft wurden, um dort ermordet zu werden, änderte das am Ablauf der politischen Ereignisse zunächst so gut wie gar nichts. Die letzte Stunde der Revolution, in der Liebknecht nur ganz am Rande, Rosa Luxemburg überhaupt nicht handelnd tätig geworden war, hatte bereits geschlagen. Ihre blutige Liquidation stand in jedem Fall bevor. Der Mord an ihren beiden Symbolfiguren gab vielleicht das Signal dazu; im Gesamtverlauf der Dinge aber schien dieses Verbrechen damals nicht mehr als eine grelle Episode zu sein.

Heute sieht man mit Schrecken, dass diese Episode das eigentliche geschichtsträchtige Ereignis des deutschen Revolutionsdramas gewesen ist. Aus dem Abstand eines halben Jahrhunderts betrachtet, hat sie etwas von der unheimlich, unberechenbar weittragenden Wirkung des Ereignisses auf Golgatha bekommen – das ja ebenfalls kaum etwas zu ändern schien, als es stattfand.

Der Tod hat Liebknecht und Rosa Luxemburg vereint. Im Leben hatten sie bis ganz zuletzt wenig miteinander gemein. Sie hatten eine sehr verschiedene Laufbahn hinter sich, und sie waren sehr verschiedene Persönlichkeiten.

Liebknecht war einer der mutigsten Männer, die Deutschland je hervorgebracht hat. Ein grosser Politiker war er nicht. Bis 1914 kannte ihn ausserhalb der SPD kaum jemand; und innerhalb der Partei galt er wenig – der unbedeutende Sohn eines grossen Vaters, Wilhelm Liebknecht, des Parteigründers: ein «hitziger, eigensinniger Rechtsanwalt mit einem guten Herzen und einem Hang zum Dramatischen».

Er hatte sich mit Jugendarbeit beschäftigt und ein Buch gegen den Militarismus geschrieben, das ihm anderthalb Jahre Festungshaft ein trug; erst daraufhin machte ihn die Partei, halb als Trotzgeste, halb als Trostpflaster, zum Wahlkandidaten; seit 1908 sass er im Preussischen Landtag, seit 1912 im Reichstag. Den Abgeordneten Liebknecht hat damals Rosa Luxemburg recht ironisch geschildert: «Nur noch im Parlament, Sitzungen, Kommissionen, Besprechungen, in Hatz und Drang, stets auf dem Sprung, von der Stadtbahn in die Elektrische und von der



Rosa Luxemburg (1912)

Elektrischen ins Auto, alle Taschen vollgepfropft mit Notizblocks, alle Arme voll frisch gekaufter Zeitungen, die er doch unmöglich Zeit hatte, alle zu lesen, Leib und Seele mit Strassenstaub bedeckt ...» Noch Anfang des Krieges, als sie versuchte, eine Oppositionsgruppe gegen den Krieg in der Partei zusammenzubringen, schrieb sie: «Karl ist kaum zu fassen, weil er wie eine Wolke in der Luft herumkutschert.»

Rosa Luxemburg dagegen war seit der Jahrhundertwende in Deutschland eine politische Figur ersten Ranges – dreifache Aussenseiterin zwar, als Frau, als Jüdin und als halbe Ausländerin (sie war in Russisch-Polen geboren und nur durch eine Scheinheirat Deutsche geworden); ausserdem natürlich ein Bürgerschreck, und sogar ein Sozialdemokratenschreck, wegen der Radikalität ihrer Ansichten; und doch auch von Freund und Feind bewundert – oft widerwillig bewundert – für eine Vielfalt von Begabungen, die ans Geniale grenzte: ein Intellekt von höchster Schärfe und Feinheit, glänzende Stilistin, mitreissende Rednerin, Vollblutpolitikerin und zugleich originelle Denkerin; dabei eine warmherzige, faszinierende Frau. Über ihrem Witz und ihrem schönen Ernst, ihrer Leidenschaft, ihrer Güte vergass man, dass sie nicht hübsch war. Sie ist ebenso geliebt worden wie gefürchtet und gehasst.

In den grossen nationalen und internationalen sozialistischen Kontroversen des Jahrhundertanfangs gehörte sie stets zu den Vorkämpfern. Sie war die ebenbürtige Verbündete oder Gegnerin Bebels und Kautskys, Lenins und Trotzki, Jaurès' und Pilsudkis. Dazwischen Ausflüge in die russische Revolution von 1905 – und immer wieder einmal ins Gefängnis, wegen Majestätsbeleidigung, Aufforderung zum Ungehorsam, Beleidigung des Offizierskorps. Eine unübersehbare, eine grosse Frau, wohl immer noch die grösste des Jahrhunderts.

Der Krieg änderte dann plötzlich alles, auf eine Art, die an *Faust* denken lässt:
«... mit tausend Schritten macht's die Frau;
doch wie sie sich auch eilen kann –
mit einem Sprunge macht's der Mann.»

Der unbekanntere Hinterbänkler Karl Liebknecht überholte im Kriege die grosse Rosa Luxemburg und wurde zur Weltfigur, nicht durch eine besondere Leistung politischer Brillanz oder intellektueller Originalität, sondern einfach durch zwei Akte des Muts, allerdings ungeheuerlichen, einsamen moralischen Muts: Am 2. Dezember 1914 stimmte er im Reichstag als einziger gegen die Bewilligung einer zweiten Kriegsanleihe – nur wer die Stimmung im damaligen Deutschland und

im damaligen deutschen Reichstag kennt, kann ermessen, was das bedeutete. Und am 1. Mai 1916 begann er eine Ansprache auf einer Maidemonstration auf dem Potsdamer Platz in Berlin (keiner grossen Demonstration; ein paar hundert Menschen, höchstens tausend, umringt von Polizei) mit den Worten: «Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!» Weiter kam er nicht. Schutzmänner überwältigten ihn und führten ihn ab, und für die nächsten zweieinhalb Jahre verschwand er im Zuchthaus. Aber die acht Worte hatten mehr bewirkt als die längste und glänzendste Rede. Als Liebknecht am 23. Oktober 1916 aus dem Zuchthaus kam, war er für ganz Deutschland und weit über Deutschland hinaus der verkörperte Protest gegen den Krieg und die verkörperte Revolution.

Rosa Luxemburg kam erst am 9. November 1918 aus dem Gefängnis. Sie hatte fast den ganzen Krieg hinter Gittern verbracht, erst ein Jahr auf Grund eines politischen Vorkriegsurteils, dann zweieinhalb Jahre in «Schutzhaft». Sie war in diesen Jahren, in denen sie die klassischen Kritiken an der deutschen Sozialdemokratie und an der bolschewistischen Revolution verfasst hatte, grau geworden, aber ihr Geist hatte nichts von seiner funkelnden Souveränität eingebüsst.



November 1918: Karl Liebknecht hält eine Rede – hier im Treptower Park.

Von nun an hatten die beiden noch gut zwei Monate zu leben, die zwei Monate, in denen die deutsche Revolution ausbrach und scheiterte.

Wenn man fragt, was Liebknecht und Rosa Luxemburg zu dem Drama dieser zwei Monate beigetragen haben, dann heisst die ehrliche Antwort: wenig oder nichts. Es wäre alles genauso verlaufen, wenn es sie gar nicht gegeben hätte. Selbst Eintagsfiguren wie die Matrosen Artelt und Dorrenbach haben, momentweise, das Geschehen stärker beeinflusst als die beiden grossen Revolutionäre. Auf die eigentlichen Hauptakteure – Ebert und seine Mannschaft, die Revolutionären Obleute, die Matrosen, die Berliner Truppen, die beiden sozialistischen Parteiorganisationen, die Räteversammlungen, die immer wieder unberechenbar in die Handlung eingreifenden Massen – haben Liebknecht und Luxemburg nie wirklich Einfluss gehabt. Liebknecht hatte ein paar Auftritte; Rosa Luxemburg nicht einmal das.

Was sie in diesen siebenundsechzig Tagen getan haben, ist bis in die Einzelheiten rekonstruierbar. Sie gründeten und redigierten, unter vielen Schwierigkeiten und Hemmnissen, eine Zeitung, die *Rote Fahne*, und schrieben täglich ihre Leitartikel. Sie nahmen – erfolglos – an Sitzungen und Versammlungen der Revolutionären Obleute und der Berliner USPD teil. Sie entschlossen sich schliesslich, angesichts dieses Misserfolgs, zur Gründung einer eigenen Partei, bereiteten den Gründungskongress der KPD vor, hielten ihn ab, hielten die Hauptreferate; Rosa Luxemburg entwarf das Parteiprogramm. Auch dieser Gründungskongress war übrigens kein persönlicher Erfolg für Liebknecht und Luxemburg: In wichtigen Fragen wurden sie überstimmt. Das war bereits in den allerletzten Tagen des Jahres 1918. Liebknecht beteiligte sich dann noch, auf eigene Faust, vom 4. Januar 1919 ab an den fruchtlosen Sitzungen des Revolutionsausschusses der dreiundfünfzig im Berliner Polizeipräsidium. Rosa Luxemburg redigierte in dieser Zeit die *Rote Fahne* allein. Und dann war die knappe Ration Leben, die beiden noch zugemessen war, auch schon erschöpft.

Nimmt man die Beteiligung an Demonstrationen dazu, die dabei improvisierten Reden, die ständigen Diskussionen mit Gesinnungsgenossen, dann ergibt sich das Bild einer mehr als ausgefüllten, einer hektischen, schlaflosen Zeit. *Gearbeitet* haben Liebknecht und Rosa Luxemburg in diesen Tagen vom 9. November 1918 bis zum 15. Januar 1919, die ihnen noch gegönnt waren, wie Besessene, bis zum Rand ihrer Kräfte. *Bewirkt* haben sie nichts. Sie waren nicht die Führer einer deutschen bolschewistischen Revolution, nicht die Lenin und Trotzki Deutschlands. Sie wollten es nicht einmal sein: Rosa Luxemburg nicht, weil sie das Gewaltsame der Leninschen und Trozksischen revolutionären Zangengeburt aus prinzipiellen Gründen verwarf und immer wieder fast feierlich erklärte, dass die

Revolution natürlich und demokratisch aus dem Bewusstsein der proletarischen Massen herauswachsen müsse und in Deutschland noch ganz am Anfang stehe. Liebknecht nicht, weil er überzeugt war, dass die Revolution sich selbst mache, ja, sich eigentlich schon gemacht habe und keiner Organisation und keiner Manipulation mehr bedürfe. Lenin hatte, kaum dass er im April 1917 nach Russland zurückgekehrt war, die Parole ausgegeben: «Organisation, Organisation und nochmals Organisation!» Liebknecht und Luxemburg organisierten nichts. Liebknechts Parole war: Agitation; Rosa Luxemburgs: Aufklärung.

Die allerdings hat sie geleistet. Niemand hat die Wirklichkeit der deutschen Revolution und die Gründe ihres Scheiterns – die Unaufrichtigkeit der SPD, die Zerfahrenheit der USPD, die Konzeptionslosigkeit der Revolutionären Obleute – vom ersten Augenblick an so helllichtig und so rückhaltlos öffentlich analysiert wie Rosa Luxemburg Tag für Tag in der *Roten Fahne*. Aber das war eine – in ihrer Art gloriose – journalistische Leistung, keine revolutionäre. Die einzige Wirkung, die Rosa Luxemburg damit erzielte, war, den tödlichen Hass der Durchschauten und Blossgestellten auf sich zu ziehen.

Tödlich war dieser Hass im wörtlichen Sinne, und von Anfang an. Es ist beweisbar, dass die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs von spätestens Anfang Dezember an geplant und systematisch betrieben wurde. Bereits in diesen ersten Dezembertagen prangten Plakate an allen Berliner Anschlagssäulen, die folgenden Wortlaut hatten: «Arbeiter, Bürger! Das Vaterland ist dem Untergang nahe. Rettet es! Es wird bedroht nicht von aussen, sondern von innen: von der Spartakusgruppe. Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht! Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben! Die Frontsoldaten.»

Frontsoldaten waren zu dieser Zeit noch keine in Berlin. Die Mordaufforderung kam aus einer anderen Quelle.

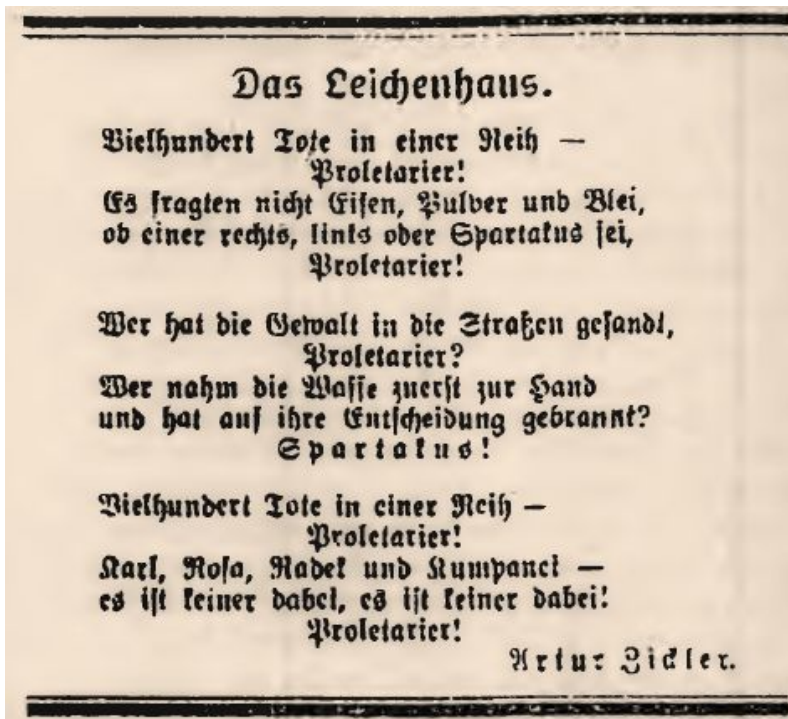
Aus welcher, dafür gibt es Anhaltspunkte. Der damalige Stellvertreter des Stadtkommandanten Wels, ein gewisser Anton Fischer, hat 1920 schriftlich niedergelegt, dass es im November und Dezember 1918 die Politik seines Amtes gewesen sei, Liebknecht und Luxemburg «bei Tag und Nacht aufzustöbern und zu jagen, so dass sie weder zu einer agitatorischen noch organisatorischen Tätigkeit kommen». Bereits in der Nacht vom 9. zum 10. Dezember drangen Soldaten des Zweiten Garderegiments in die Redaktion der *Roten Fahne* ein mit der – später zugegebenen – Absicht, Liebknecht zu ermorden. In dem Prozess über diesen Vorgang hat dann ein halbes Dutzend Zeugen bekundet, dass damals bereits auf

Liebknecht und Rosa Luxemburg ein Kopfpfeis von je 50.000 Mark ausgesetzt war, und zwar von Scheidemann und Georg Sklarz, einem mit Scheidemann eng befreundeten neureichen Kriegsmillionär.

Am 13. Januar 1919, zwei Tage vor dem Meuchelmord, hiess es im *Mitteilungsblatt der freiwilligen Hilfskorps in Berlin*: «Es ist die Befürchtung laut geworden, dass die Regierung in ihrem Vorgehen gegen die Spartakiden [sic!] nachlassen könnte.

Wie von massgebender Seite versichert wird, wird man sich mit dem bisher Erreichten keineswegs begnügen, sondern auch gegen die Häupter der Bewegung mit aller Energie vorgehen. Die Berliner Bevölkerung soll nicht glauben, dass die vorläufig Entwichenen sich andernorts eines ruhigen Daseins erfreuen sollen. Schon die nächsten Tage werden zeigen, dass auch mit ihnen Ernst gemacht wird.» Am selben Tage erschien im sozialdemokratischen Zentralorgan *Vorwärts* ein Gedicht mit folgender Schlussstrophe:

«Vielhundert Tote in einer Reih' –
Proletarier!
Karl, Rosa, Radek und Kumpaneï –
es ist keiner dabei, es ist keiner dabei!
Proletarier!»



Der «Vorwärts» vom 13. Januar 1919: Aufforderung zum Mord.

Einige Tage zuvor hatte Eberts Bürgerkriegsoberbefehlshaber Gustav Noske dem damaligen Leutnant Friedrich Wilhelm von Oertzen, wie dieser später schriftlich bekundet hat, persönlich im Dahlemer Luisenstift den Befehl gegeben, den Telefonanschluss Liebknechts zu überwachen und alle Bewegungen Liebknechts, von Tag zu Tag und von Stunde zu Stunde, dem Hauptmann Pabst von der Garde-Kavallerie-Schützendivision zu melden. Es war dieser Befehl, der zur Ergreifung Liebknechts und Rosa Luxemburgs führte, und Pabst war der Leiter des Mordkommandos.

Es kann Liebknecht und Rosa Luxemburg auf die Dauer nicht entgangen sein, dass sie gejagt wurden. Merkwürdig und in einem ehrenvollen Sinne kennzeichnend ist, dass sie trotzdem keinen Augenblick daran dachten, Berlin zu verlassen; auch eine Leibwache, die ihnen von Anhängern mehrfach zugetragen wurde, lehnten sie ab. Sie waren viel zu konzentriert auf ihre politische und journalistische Arbeit, um viel Gedanken an ihre persönliche Sicherheit zu wenden; vielleicht auch zu vertrauensselig – beide waren gewöhnt an Verhaftung und Gefängnis und fürchteten sich nicht davor. Gerade wegen dieser Erfahrung konnten sie sich wahrscheinlich lange Zeit einfach nicht vorstellen, dass man es diesmal auf ihr Leben abgesehen haben könnte; Rosa Luxemburg packte bei ihrer «Verhaftung» rührenderweise ein Köfferchen mit kleinen Habseligkeiten und Lieblingsbüchern, die sie schon öfter ins Gefängnis begleitet hatten.

Und doch kommt in ihr Leben in diesen letzten Tagen ein Zug von Todesahnung. Ein gehetztes Leben war es von Anfang an gewesen; nach Hause waren sie in den siebenundsechzig Tagen fast nie gekommen; immer nächtigten sie, mit den Schlafstunden geizend, unstet in der Redaktion, in Hotelzimmern oder in Wohnungen von Freunden. Aber in der letzten Woche ihres Lebens nimmt dieser ständige Adressenwechsel eine neue Bedeutung an – etwas von Flucht und Hasten von einer unsicheren Deckung zur anderen, das aufs Unheimlichste das Schicksal zu Tode gehetzter Juden im Dritten Reich vorwegnimmt.

Die Redaktion der *Roten Fahne*, in der unteren Wilhelmstrasse, war ein unsicherer Ort geworden. Regierungstruppen drangen dort jetzt fast täglich ein; eine Redakteurin, die sie für Rosa Luxemburg gehalten hatten, war mit knapper Not dem Tode entgangen. Rosa Luxemburg verrichtete ihre Redaktionsarbeit einige Tage in einer Arztwohnung am Halleschen Tor, dann, als ihre Anwesenheit den Obdachgebern lästig wurde, in einer Arbeiterwohnung in Neukölln. Dort stiess am Sonntag, dem 12. Januar, Karl Liebknecht zu ihr, aber nach zwei Tagen – am 14. Januar – scheuchte beide eine telefonische Warnung weg (vielleicht schon ein

fingierter Anruf aus der Mörderzentrale, die ja seit Tagen jede ihrer Bewegungen überwachte und möglicherweise dirigierte). Sie siedelten zu ihrem letzten Unterschlupf über, nach Wilmersdorf, nahe dem Fehrbelliner Platz: Mannheimer Strasse 53, bei Markussohn. Dort schrieben sie am 15. Januar vormittags ihre letzten Artikel für die *Rote Fahne*, die sich wohl doch nicht nur zufällig wie Abschiedsworte lesen.

Rosa Luxemburgs Artikel war überschrieben: «Die Ordnung herrscht in Berlin.» Er schloss: «Ihr stumpfen Schergen! Eure ‚Ordnung‘ ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon «rasselnd wieder in die Höh’ richten’ und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!»

Liebknechts Artikel («Trotz alledem!») endete so: «Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein ... Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird – leben wird unser Programm: es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!»

Gegen Abend – Rosa Luxemburg hatte sich mit Kopfschmerzen niedergelegt, und Wilhelm Pieck hatte sich gerade mit den Korrekturfahnen der *Roten Fahne* eingefunden – klingelte es. An der Tür stand ein Gastwirt Mehring, der nach Herrn Liebknecht und Frau Luxemburg fragte. Beide liessen sich zunächst verleugnen, aber Mehring liess nicht locker. Er rief einen Trupp Soldaten unter Führung eines Leutnants Lindner herein. Man durchsuchte die Wohnung, fand die Gesuchten und forderte sie auf mitzukommen. Sie packten ein paar Sachen. Dann wurden sie zum Eden-Hotel gebracht, seit dem Morgen dieses Tages Hauptquartier der Garde-Kavallerie-Schützendivision. Dort wurden sie bereits erwartet. Was folgte, war schnell getan und ist schnell erzählt.

Im Eden-Hotel empfing man sie mit Beschimpfungen und Misshandlungen. Liebknecht, der durch Kolbenschläge zwei blutende Platzwunden am Kopf erlitt, bat um Verbandszeug, das ihm verweigert wurde. Er bat auch, die Toilette aufsuchen zu dürfen; auch das wurde ihm verweigert. Beide wurden dann dem Hauptmann Pabst, der die Aktion leitete, in seinem Zimmer im ersten Stock vorgeführt. Was in Pabsts Zimmer gesprochen wurde, ist nicht bekannt. Wir haben nur die – in anderen Punkten als lügenhaft erwiesene – Prozessbekundung Pabsts, der sein Gespräch mit Rosa Luxemburg wie folgt wiedergibt: «Sind Sie Rosa Luxemburg?» – «Entscheiden Sie bitte selber.» – «Nach dem Bilde müssten Sie es sein.» – «Wenn Sie es sagen.»

Liebknecht und etwas später Rosa Luxemburg wurden dann unter erneuten Misshandlungen die Treppe hinuntergeführt oder -geschleift und den vorher bereitgestellten Mordkommandos übergeben. Pabst sass währenddessen in seinem

Arbeitszimmer und verfasste einen ausführlichen Bericht, der am nächsten Tage in allen Zeitungen erschien: Liebknecht sei auf dem Transport ins Moabiter Untersuchungsgefängnis bei einem Fluchtversuch erschossen worden, während Rosa Luxemburg ihren Begleitern von einer wütenden Menschenmenge entrissen und mit unbekanntem Ziel verschleppt worden sei.

In Wirklichkeit war die Strasse vor dem Seitenausgang, durch den Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf ihren letzten Gang geführt wurden, abgesperrt und menschenleer. An diesem Seitenausgang war der Jäger Runge postiert. Er hatte Befehl, dem jeweils Herauseskortierten – erst Liebknecht, dann Rosa Luxemburg – mit dem Gewehrkolben den Schädel einzuschlagen. Er schlug denn auch wuchtig zu, beide Male indessen ohne tödliche Wirkung. Liebknecht, und einige Minuten später Rosa Luxemburg, wurden, betäubt oder halbbetäubt von dem furchtbaren Schlag, in bereitstehende Autos gezerrt. Die Mordeskorte Liebknechts wurde von einem Kapitänleutnant von Pflugk-Hartung, die Rosa Luxemburg von einem Leutnant Vogel kommandiert.

Beide Wagen fuhren im Abstand von einigen Minuten in den Tiergarten. Liebknecht wurde am Neuen See aufgefordert auszusteigen, mit der Pistole in den Hinterkopf geschossen, dann wieder ins Auto geworfen und im Leichenschauhaus als «Leiche eines unbekanntes Mannes» abgeliefert.

Rosa Luxemburg wurde gleich nach der Abfahrt vom Eden-Hotel in die Schläfe geschossen und an der Lichtensteinbrücke in den Landwehrkanal geworfen. Ob sie durch Erschlagen, Erschiessen oder Ertränken umgebracht worden ist, steht nicht fest. Die Obduktion der Monate später angeschwemmten Leiche ergab, dass der Schädel nicht gespalten, die Schusswunde nicht unbedingt tödlich gewesen war.

Warum wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verfolgt und ermordet? Die Legende – von den Sozialdemokraten eifrig gepflegt, von den Kommunisten durch Übertreibung des spartakistischen Anteils an der Revolution unfreiwillig gestützt – behauptet hartnäckig, sie seien einem von ihnen selbst entfesselten Bürgerkrieg zum Opfer gefallen. Daran ist, soweit es Rosa Luxemburg betrifft, kein wahres Wort. Und wenn man Liebknechts Teilhabe am Revolutionsausschuss der Januarwoche schon als Bürgerkriegshandlung gelten lassen will: Wie erklärt man, dass der in genau gleicher Weise beteiligte und am 10. Januar verhaftete Georg Ledebour im nachfolgenden Prozess freigesprochen worden ist, dass aber Liebknechts Verfolgung schon Anfang Dezember eingesetzt hatte, als noch kein Mensch von den Januarereignissen etwas ahnte? Nein, die Verfolgung und Er-

mordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs war keine Kampfhandlung im Bürgerkrieg. Sie hatte andere Gründe.

Der eine Grund war, dass Liebknecht und Rosa Luxemburg wie niemand sonst in den Augen von Freund und Feind die deutsche Revolution *verkörperten*. Sie waren ihre Symbole, und mit ihnen erschlug man die Revolution. Dies gilt für Karl Liebknecht noch mehr als für Rosa Luxemburg.

Der andere Grund war, dass sie wie niemand sonst das falsche Spiel, das von Anfang an mit der deutschen Revolution von ihren angeblichen Führern getrieben wurde, erkannten und ihre Erkenntnis täglich laut herausschrien. Sie waren sachverständige Zeugen, die man erschlug, weil man ihrem Zeugnis nichts entgegenzusetzen hatte. Dies gilt für Rosa Luxemburg noch mehr als für Karl Liebknecht.

Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg war der Mord an überlegenem Mut und an überlegenem Geist, und er war der Mord an der unwiderlegbaren Wahrheit.

Wer war dieses Mordes schuldig? Direkttäter waren gewiss der damalige Hauptmann Pabst, der sich Jahrzehnte später, im Jahre 1962, im Schutze der Verjährung seiner Tat offen gerühmt hat, und seine Mordkommandos. Sie alle waren gewiss nicht blosser Werkzeuge, die stumpf und gleichgültig Befehle ausführten; sie waren willige, ja eifrige Täter. Aber waren sie die einzigen Täter, auch nur die Haupttäter?

Nicht zu übersehen ist, dass die Verfolgung, die öffentlichen Mordaufrufen und die Mordvorbereitungen spätestens Anfang Dezember 1918 begonnen hatten, lange ehe die Mörder von der Garde-Kavallerie-Schützendivision die Szene betraten. Nicht zu übersehen der Kopfpreis, der damals ausgesetzt wurde, die Bekundung des stellvertretenden Berliner Stadtkommandanten, die eindeutige Mordhetze nicht nur der bürgerlichen, sondern auch und gerade der sozialdemokratischen Presse; und nach der Tat die heuchlerische Verteidigung, mit der Scheidemann, die kalte Genugtuung, mit der Noske sie registrierte; Ebert hat, soviel man feststellen kann, immer wie das Grab dazu geschwiegen.

Nicht zu übersehen auch die unverhüllte, ja schamlose Begünstigung der Direktmörder durch Justiz- und Regierungsbehörden (sie wurden von einem Militärgericht ihrer eigenen Division in einem possenhaften Verfahren zum grössten Teil freigesprochen; soweit man sie zu leichten Strafen wegen «Wachvergehens» und «Beiseiteschaffung einer Leiche» verurteilen musste, verhalf man* ihnen unmittelbar danach zur Flucht). Und nicht zu übersehen schliesslich die Reaktion

* Diese «Flucht» organisierte der Richter selbst, der spätere Chef der Spionage-Abteilung Hitlers, Admiral Canaris [Anm. des Verlages]

der gesamten bürgerlichen und sozialdemokratischen öffentlichen Meinung auf die Mordtat, die von beschönigender Vertuschung bis zu offenem Jubel reichte; eine Hehlerreaktion, an der sich bis zum heutigen Tag nichts geändert hat.

Noch 1954 schrieb der liberale Jurist und Historiker Erich Eyck: «Man entschuldigt den Mord nicht, wenn man an das alte Wort erinnert, dass, wer das Schwert erhebt, durch das Schwert zugrunde gehen soll, und man hat zu viele Bluttaten gerade der Gesinnungsgenossen Liebnechts und der Luxemburg erlebt, um gerade über ihr Geschick eine besonders starke Empörung empfinden zu können.» Und noch 1962 bezeichnete das *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* (Nr 27) die Morde als «standrechtliche Erschiessungen».

Der Mord vom 15. Januar 1919 war ein Auftakt – der Auftakt zu tausendfachen Morden in den folgenden Monaten der Noske-Zeit, zu den millionenfachen Morden in den folgenden Jahrzehnten der Hitler-Zeit. Er war das Startzeichen für alle anderen. Und gerade er ist immer noch uneingestanden, immer noch unge-sühnt und immer noch unbereut. Deswegen schreit er immer noch zum deutschen Himmel. Deswegen schickt er immer noch sein sengendes Licht in die deutsche Gegenwart wie ein tödlicher Laserstrahl.



16. Januar 1919: Gelage der Mörder im Eden-Hotel.

12

Der Bürgerkrieg

Von Januar bis Mai 1919, mit Ausläufern bis in den Hochsommer hinein, tobte in Deutschland ein blutiger Bürgerkrieg, der Tausende von Todesopfern und unsäglich Bitterkeit hinterliess.

Dieser Bürgerkrieg stellte die Weichen für die unselige Geschichte der Weimarer Republik, die aus ihm geboren, und die Entstehung des Dritten Reichs, das in ihm gezeugt wurde. Denn er machte die Spaltung der alten Sozialdemokratie unheilbar, beraubte die übriggebliebene Rumpf-SPD aller Bündnismöglichkeiten auf der Linken und zwang sie in die Position einer ewigen Minderheit; und er erzeugte in den Freikorps, die ihn für die SPD-Regierung führten und gewannen, die Gesinnungen und Gewohnheiten der späteren SA und SS, die vielfach aus ihnen hervorgegangen sind. Der Bürgerkrieg von 1919 ist daher ein zentrales Ereignis der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts. Aber merkwürdigerweise ist er aus dem deutschen Geschichtsbild fast vollständig verschwunden, getilgt, verdrängt. Das hat seine Gründe.

Einer der Gründe ist ganz einfach Scham. Alle Beteiligten schämten sich der Rolle, die sie in diesem Bürgerkrieg gespielt haben. Die besiegten Revolutionäre schämten sich, dass sie so gar nichts Glorioses vorzuweisen haben, keinen Teilsieg, nicht einmal einen grossartigen Untergang, sondern nur planloses Durcheinander, Entschlusslosigkeit, Versagen und Niederlage – und tausendfaches anonymes Leiden und Sterben. Aber auch die Sieger schämen sich. Sie bildeten eine seltsame Koalition: eine Koalition von Sozialdemokraten und – Nazis. Und beide Partner dieser unnatürlichen Koalition haben später keine Lust gehabt zuzugeben, was sie getan hatten: die Sozialdemokraten, dass sie die Vorgänger und Vorbilder der späteren SA und SS rekrutierten und die künftigen Nazis auf ihre eigenen Leute losliessen; die Nazis, dass sie sich von den Sozialdemokraten anwerben liessen und unter sozialdemokratischem Patronat Blut lecken lernten. Wessen alle Beteiligten sich schämen, das wird von der Geschichte gern totgeschwiegen.

Aber es gibt noch einen anderen Grund für das Verschwinden des Bürgerkriegs von 1919 aus der deutschen Erinnerung und dem deutschen Geschichtsbild: Er gibt keine gute «Geschichte» ab, nichts, das sich gut erzählt – kein Drama mit Spannung und einprägsamen Höhepunkten, keine zusammenhängende Handlung,

keinen aufregenden Kampf zwischen ebenbürtigen Gegnern. Das blutige Geschehen wälzte sich träge durch Deutschland, ohne je das ganze Land auf einmal zu erfassen. Das qualmende Feuer flammte immer dann irgendwo wieder auf, wenn es anderswo gerade ausgetreten worden war. Es begann Anfang Februar an der Nordseeküste, mit Bremen im Mittelpunkt, dann, Mitte Februar, lag der Hauptkriegsschauplatz plötzlich im Ruhrgebiet, Ende Februar in Thüringen und Mitteldeutschland, Anfang und Mitte März im Berlin, im April in Bayern, im Mai in Sachsen; dazwischen gab es grössere örtliche Episoden wie den Kampf um Braunschweig und Magdeburg und unzählige kleinere, von denen nur die Lokalchronik noch weiss: eine verwirrende, strukturlose Folge von unzusammenhängenden grossen und kleinen Gefechten, Schlachten und Schlächtereien.

Der Ausgang stand dabei jedesmal von Anfang an fest, und alles verlief nach demselben Schema, in ewiger, eintöniger Wiederholung. Die fünf, sechs Monate des Bürgerkriegs von 1919 lassen sich im Einzelnen so wenig darstellen wie die fünf, sechs Tage der Revolution vom November 1918, deren Gegenbild sie waren. So wie sich damals überall in Deutschland, mit geringen örtlichen Abweichungen, immer wieder das gleiche abgespielt hat, so auch jetzt: damals der widerstandslose Sieg der Revolution, jetzt der nicht widerstandslose, aber unwiderstehliche Siegeszug der Gegenrevolution. Nur dass, was sich damals mit rasender Schnelligkeit vollzogen hatte, jetzt mit quälender, methodischer Langsamkeit vor sich ging; dass damals wenig Blut vergossen worden war, während jetzt Blut in Strömen floss; und dass damals die Revolution ein führungsloser, spontaner Akt der Massen selbst gewesen war, von dem sich die sozialdemokratischen Führer nur höchst widerwillig hatten an die Macht tragen lassen, während jetzt die Gegenrevolution eine systematische, befohlene militärische Aktion eben dieser sozialdemokratischen Führer war.

Denn daran ist kein Zweifel: Die Initiative zum Bürgerkrieg, der Entschluss dazu und daher auch – wenn man in diesem Begriffen denken will – die «Schuld» am Bürgerkrieg lagen eindeutig bei der sozialdemokratischen Führung, insbesondere bei Ebert und Noske. Die andere Seite bot ihnen allenfalls manchmal Vorwände zum Angriff, manchmal nicht einmal das. Eine «zweite Welle» der Revolution gab es nach dem Berliner Januar nur noch einmal, im April in München. Im Übrigen waren Ebert und Noske von Anfang bis Ende in der Offensive. Wenn man verstehen will, was geschah, muss man sich vor allem in ihre Gedankengänge hineinversetzen.

Dabei braucht man sich mit Noske nicht lange aufzuhalten. Noske war ein primitiver Gewaltmensch, der Politik nach einem simplen Freund-Feind-Schema be-

trieb und mit der ebenso simplen Methode, auf jeden Feind jederzeit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einzudreschen. Seine späteren Schriften ebenso wie seine Taten weisen ihn als einen differenzierungsunfähigen, in Gewalttätigkeit verliebten Mann aus, der seiner ganzen Mentalität nach besser in die NSDAP als in die SPD gepasst hätte. Doch Noske war nicht der Kopf des Bürgerkriegs. Er war nur Eberts rechte Hand – oder rechte Faust. Es ist Ebert, an den man sich halten muss.

Ebert war kein Nazi, auch kein unbewusster, und er war nicht differenzierungsunfähig. Er fühlte sich durchaus als Sozialdemokrat und auf seine Art als Arbeiterfreund. Seine Ziele waren die Ziele der Vorkriegs-SPD, so wie er sie vorgefunden hatte: Parlamentarisierung und Sozialreform. Aber er war kein Revolutionär. Die Revolution war für ihn sowohl «überflüssig» (sein Lieblingswort) wie illegitim. Er hasste sie «wie die Sünde». Alles, was er wirklich wollte und immer gewollt hatte, war im Oktober 1918 mit der vom Kaiser gewährten Parlamentarisierung und dem Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung erreicht gewesen. Alles, was der November 1918 dem hinzugefügt hatte, war in seinen Augen Torheit, Missverständnis und Unfug. Dass er der Revolution selbst notgedrungen hatte Lippenbekenntnisse leisten müssen, machte sie ihm nur noch unsympathischer.

Ebert hat der Revolution gegenüber nie ein schlechtes Gewissen gehabt, weil er sie verriet, eher grollte er ihr, dass sie ihn vorübergehend zum Doppelspiel gezwungen hatte, und ein schlechtes Gewissen hatte er höchstens der alten Ordnung gegenüber, weil er eine Weile den Revolutionär hatte spielen müssen. Die Verhältnisse waren eben stärker als er und hatten ihn zur Verstellung gezwungen. Er hatte sich mit den Unabhängigen verbinden, sich von den Räten legitimieren lassen, den «Volksbeauftragten» spielen müssen; schlimm genug, aber in seinen Augen alles ungültig. Im Herzen war er die ganze Zeit der Statthalter des alten Staats und der alten Reichstagsmehrheit geblieben.

Nachdem am 19. Januar 1919 die Wahlen zur Nationalversammlung diese alte Reichstagsmehrheit (SPD 38 Prozent, Zentrum 19 Prozent, Deutsche Demokratische Partei 18 Prozent) wiederhergestellt hatten, fühlte Ebert von Neuem festen Boden unter den Füßen. Alles, was sich zwischen dem 9. November und dem 19. Januar ereignet hatte, war mit dieser Wahl für ihn wieder ungeschehen gemacht. Alle die revolutionären Institutionen, die sich in dieser Zeit gebildet hatten, insbesondere also die Arbeiter- und Soldatenräte, hatten jetzt für ihn ihre Existenzberechtigung verloren, und er konnte gar nicht begreifen, dass sie das nicht selber einsahen. Aber sie sahen es natürlich nicht ein, und daher mussten sie eben, so

leid es ihm tat, mit Gewalt beseitigt werden. Diese vollkommen gutgläubige, freilich ausserordentlich subjektive, Einstellung Eberts war die Wurzel des deutschen Bürgerkriegs.

Wie fest diese Überzeugung in Ebert sass, dafür gibt es eine beinah groteske Illustration. Das nominell höchste revolutionäre Staatsorgan, von dem auch die Regierung der «Volksbeauftragten» ihre Legitimation ableitete, war der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, den der Reichsrätekongress in Berlin gewählt hatte. Dieser Zentralrat war das Zahnste und Lahmste, was sich denken lässt. Er war ausschliesslich aus SPD-Mitgliedern zusammengesetzt, er hatte Ebert nie die geringsten Schwierigkeiten gemacht, hatte ihm bei der Ausschaltung der USPD aus der Regierung sogar aktive Hilfestellung gegeben, und er war auch bereit, nunmehr seine Machtbefugnisse der Nationalversammlung zu übertragen. Aber selbst das verweigerte ihm Ebert: Er habe gar nichts mehr zu übertragen, erklärte er; nachdem jetzt die Nationalversammlung da sei, habe der Zentralrat einfach den Mund zu halten, seine Sachen zu packen und zu verschwinden. Darüber kam es zum ersten und einzigen ernstlichen Krach zwischen Ebert und dem Zentralrat, der noch eine Weile eine machtlose Schattenexistenz führte. Eine groteske Episode ohne politische Bedeutung, aber sie beleuchtet Eberts politischen Standpunkt: Mit der Wahl der Nationalversammlung – die ihrerseits alsbald ihn, Ebert, zum provisorischen Reichspräsidenten wählte – war nach seiner Auffassung eine neue Legitimation geschaffen, die an die alte von Oktober 1918 anknüpfte. Alles, was dazwischen lag, war spätestens jetzt illegitim geworden, und zwar rückwirkend. Die Revolution war rechtlich annulliert. Jetzt hatte sie sich gefälligst auch faktisch zu annullieren. Die Arbeiter- und Soldatenräte mussten weg. Das fand Ebert im besten Glauben ganz selbstverständlich.

Aber sie waren ja nun einmal da, und sie sahen die Sache natürlich ganz anders an. Für sie war die Revolution weder rechtlich noch faktisch annulliert, für sie war sie immer noch die einzige Quelle jeder neuen Legitimität. «Wir können die Volksbeauftragten wegschicken, aber nicht sie uns», räsionierte selbst der zahme Zentralrat, und die örtlichen Räte, die überall noch die örtliche Macht ausübten, fühlten sich zunächst geneigt, Eberts Zumutungen mit bitterem Gelächter zu quittieren. Sie wussten noch die Arbeitermassen hinter sich. Diese Arbeitermassen bestanden grösstenteils aus demobilisierten Soldaten mit frischer Kriegserfahrung, und fast jeder hatte noch ein Gewehr im Haus. Waffen und Munition gab es so kurz nach dem Krieg überall in Deutschland noch im Überfluss. Wer wollte sich anmassen, das siegreiche, bewaffnete Volk nach Hause zu schicken wie eine Bande von Schuljungen nach einem dummen Streich? Wie der Vorsitzende des

Leipziger Arbeiterrats, Kurt Geyer, später traurig und selbstkritisch schrieb, «der Besitz der lokalen Gewalt verdunkelte den radikalen Massen vollständig die wahre Machtverteilung in der Gesamtheit».

Es waren aber nicht nur die «radikalen Massen», es waren die Räte selbst, einschliesslich ihrer gemässigten SPD-Mitglieder, die es schlechterdings nicht verstanden, dass die Revolution plötzlich als ungeschehen behandelt werden sollte. Natürlich, es gab jetzt eine Nationalversammlung; deren Wahl hatte der Reichsrätekongress ja selbst beschlossen. Aber es war ihm dabei nie in den Sinn gekommen, damit die Revolution aus der Welt zu schaffen. In den Augen der Räte leitete vielmehr die Nationalversammlung ihre eigene Existenz und Legitimation nur aus dem Wahlbeschluss des Rätekongresses her. Sie hatte ganz bestimmte Aufgaben: eine Verfassung und Gesetze zu machen, den Haushalt zu beschliessen, die Regierung zu kontrollieren. Allmächtig sein sollte sie nicht, und die Revolution annullieren schon gar nicht. Neben ihr fühlten sich die Räte weiterhin als von der Revolution geschaffene legitime Staatsorgane, wie vorher die Länder- und Gemeindebehörden neben dem kaiserlichen Reichstag. So wie es bis November 1918 ein aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenes Parlament in einem Staat gegeben hatte, der im Übrigen ein Klassenstaat war, so sollte es auch jetzt bleiben: nur dass die Revolution an Stelle der Adligen und Reichen die Arbeiter und den Mannschaftsstand zur herrschenden Klasse gemacht hatte. Das war die Auffassung der Räte. Die Soldatenräte beanspruchten immer noch die Disziplinargewalt in der Truppe, die Arbeiterräte fühlten sich immer noch als massgebende Behördenspitze – kraft revolutionären Rechts. Wenn man ihnen das streitig machte, war die Machtfrage gestellt.

Am deutlichsten sprach das Noske aus. Am 21. Januar erklärte er in einer Kabinettsitzung: «Der Regierung muss Autorität verschafft werden durch Gestaltung eines Machtfaktors. Im Lauf einer Woche wurde eine Truppe von zweiundzwanzigtausend Mann geschaffen. Der Verkehr mit den Soldatenräten hat sich infolgedessen im Ton etwas verschoben. Früher waren die Soldatenräte der Machtfaktor; dieser Machtfaktor sind *wir* jetzt geworden.» Und am selben Tag drohte Noske den Abgesandten des Soldatenrats des Siebenten Armeekorps in Münster, die gegen die Wiederherstellung von Rangabzeichen im Heer und gegen die Anwerbung der Freikorps protestierten: «Ihr seid euch über eure Befugnisse als Soldatenrat durchaus nicht im Klaren, wir werden euch das in den nächsten Tagen schon zeigen. Dann wird alles anders werden! Die Regierung lässt sich eure Massnahmen nicht gefallen und wird einschreiten, wie sie anderswo auch

schon eingeschritten ist.» – Das letzte ist wohl eine Anspielung auf die Berliner-Januar-Ereignisse und die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

Tatsächlich «schritt» die Regierung alsbald «ein» – zuerst in Bremen, dann im Ruhrgebiet, dann in Thüringen und immer so weiter. Anfang Februar kam der Bürgerkrieg langsam im ganzen Reich in Gang. Die Anlässe zum Einschreiten wechselten. Meist waren sie unmittelbar militärischer Art: Sabotage der Freikorpswerbung, Weigerung der Soldatenräte, wieder Rangabzeichen und Grusspflicht einzuführen (wobei sie sich auf den Beschluss des Reichsrätekongresses beriefen, den Ebert und Noske bereits am 19. Januar praktisch ausser Kraft gesetzt hatten); mitunter auch Streiks oder örtliche Unruhen.

In Wirklichkeit ging es überall nur um eins: um die Existenz der Arbeiter- und Soldatenräte und damit um die Legitimität der Revolution. Noskes «Städteeroberer», der General Maercker, Kommandierender des Landesjägerkorps, hat das ganz offen ausgesprochen: «Im Kampf der Reichsregierung gegen die Linksradi-kalen handelte es sich ausschliesslich um die Erhaltung der politischen Macht. Zu diesem rein politischen Zweck wurde die Truppe eingesetzt: als Machtmittel zur Festigung der inneren Politik. Die Schwäche der Regierung gestattete es aber nicht, das offen zu sagen. Sie fürchtete sich, Farbe zu bekennen und zu erklären, dass die Freiwilligentruppe dazu diene, die Räteherrschaft zu beseitigen, wo sie noch bestand. Denn darauf kam es letzten Endes an. Sie umging es, indem sie militärische Angelegenheiten zum Anlass des Eingreifens machte. Mir lag dies unaufrichtige Verhalten keineswegs. Ich hätte den Arbeiterführern gegenüber sicherer dagestanden, wenn ich offen hätte erklären können: ‚Meine Anwesenheit bedeutet den Kampf gegen die von euch erstrebte Räteherrschaft und gegen die Gewaltherrschaft des bewaffneten Proletariats.‘»

Maercker war zwar ein stockkonservativer, ja reaktionärer Offizier, aber ein Offizier alter Schule, an Disziplin und Gehorsam gewöhnt, und sein Landesjägerkorps war, wenigstens im Bürgerkrieg des Jahres 1919, eine einigermaßen korrekte und zuverlässige Regierungstruppe. Von den meisten anderen Freikorps, die in diesen Bürgerkriegsmonaten mit hektischer Eile angeworben wurden, lässt sich das nicht sagen. Es gab zum Schluss achtundsechzig anerkannte Freikorps mit insgesamt, nach Noskes Angaben, fast vierhunderttausend Mann, jedes einzelne auf seinen Führer eingeschworen, «wie es zur Zeit Wallensteins nicht viel anders gewesen sein kann» (Noske). Das Merkwürdigste ist, dass Ebert und Noske daran keinen Anstoss nahmen oder jedenfalls keinen Anlass zur Sorge darin sahen. Erstaunlicher noch als die erbarmungslose Rücksichtslosigkeit, mit der sie gegen

die Revolutionäre von links vorgingen, denen sie doch ihre eigene Macht verdankten, ist die Arglosigkeit und Sorglosigkeit, mit der sie ihre eigenen Todfeinde von rechts bewaffneten und ans Blutlecken gewöhnten.

An der politischen Einstellung der weitaus meisten dieser Freikorpsführer und ihrer Leute konnte nämlich vom ersten Augenblick an kein Zweifel bestehen. «Es wäre eine freundliche Übertreibung», schreibt der damalige Leutnant in der Garde-Kavallerie-Schützendivision von Oertzen, «wollte man behaupten, die Männer der damaligen Regierung wären den Offizieren des Eden-Hotels sympathisch gewesen.» Das wäre es allerdings. Der Oberst Reinhard zum Beispiel, späterer Kommandeur dieser Division und je nachdem als der «Befreier» oder «Schlächter» von Berlin bekannt, sprach bereits Weihnachten 1918 vom «sozialdemokratischen Hexenkessel» und bezeichnete später in einer Ansprache an seine Truppe die Regierung, der sie diene, als «Lumpengesindel». Der Führer der «Eisernen Schar», ein Hauptmann Gengler, schrieb am 21. Januar 1919 in sein Tagebuch über die Regierung Ebert: «Der Tag wird kommen, wo ich mit dieser Regierung abrechne und dem ganzen erbärmlichen, jämmerlichen Pack die Maske herunterreisse.» Oberstleutnant Heinz, ein anderer bekannter Freikorpsführer, äusserte ein paar Monate später: «Dieser Staat, aus dem Aufruhr geboren, wird immer unser Feind sein, ganz gleich, was für eine Verfassung er sich gibt und wer an seiner Spitze steht ... Für das Reich! Für das Volk! Kampf der Regierung! Tod der demokratischen Republik!» Und Herr von Heydebreck, damals Führer des Freikorps «Werwolf», später hoher SA-Führer und schliesslich am 30. Juni 1944 zusammen mit seinem Chef Röhm von Hitler erschossen: «Krieg dem Staat von Weimar und Versailles! Krieg jeden Tag und mit jedem Mittel! So wie ich Deutschland liebe, so hasse ich die Republik des 9. November!»

So dachten die Führer jener vierhunderttausend Mann, die Ebert und Noske jetzt bewaffneten und auf die Arbeiter losliessen und denen sie den Schutz der bürgerlichen Republik ebenso wie ihr eigenes Schicksal anvertrauten. Bei Noske, der im Grunde manches mit ihnen gemein hatte und im Laufe des folgenden Jahres manchmal mit dem Gedanken liebäugelte, sich von ihnen zum Diktator machen zu lassen, ist das noch zu verstehen. Bei Ebert offenbart es einen merkwürdigen Zug von Beschränktheit und Begriffsstutzigkeit. Was Ebert vorschwebte, war ja kein SS-Staat, sondern die bürgerlich-parlamentarische Demokratie, gemeinsame Regierung der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Mitte, Ruhe, Ordnung und Wohlanständigkeit, ein Mittelstandsstaat, in dem es auch die Arbeiter gut haben sollten. Und um das zu schaffen, liess er jetzt eine reissende Meute auf sie los, die bereits fast alle Züge der künftigen SA und SS aufwies, Männer,

von denen manche später noch eine persönliche Rolle bei Hitlers Machtergreifung zu spielen hatten; ausser Heydebreck finden sich zum Beispiel im deutschen Bürgerkrieg von 1919 schon die Namen Seldte und von Epp – der eine später Minister in Hitlers Regierung, der andere Hitlers Reichsstatthalter in Bayern.

Ganz offensichtlich lag das Wesen dieser avantgardistischen Frühnazis ausserhalb von Eberts Begriffsvermögen. Er sah rechts von sich nur freundliche, kultivierte, hochmögende Leute, und er hatte nie ein anderes Ziel gehabt, als sich und seine SPD von ihnen als gleichberechtigt und mitregierungsfähig anerkannt zu sehen. Und war dieses Ziel nicht seit Oktober 1918 erreicht? Hatte nicht selbst Ludendorff die Parlamentarisierung und die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten, die Ebert den ganzen Krieg über angestrebt hatte, schliesslich zugelassen, ja angeordnet, wenn auch leider erst in der Stunde der Niederlage? Dass das eine Falle sein könnte, auf diesen Gedanken kam Ebert nie und ebenso wenig auf den Gedanken, dass die Revolution, die der Oktoberregierung im November den Rücken stärkte, seine einzige Chance gewesen war, dieser Falle zu entkommen.



März 1919: Schwerer Minenwerfer im Bezirk Mitte. Die Regierungstruppen setzten auch Flugzeuge gegen die Zivilbevölkerung ein (siehe auch Seite 161).

Er sah nur den ehrenvollen Auftrag, dem bürgerlichen Staat Retter in der Not zu sein; diesem Auftrag war er innerlich immer treu geblieben, und er erwartete von rechts nichts als Dankbarkeit. Die einzigen Feinde von rechts, die er sich allenfalls vorstellen konnte, wären Monarchisten gewesen (die Monarchie hatte er ja leider nicht retten können), und Monarchisten waren die Männer der Freikorps freilich nicht mehr. Was sie wollten und ersehnten, wofür sie kämpften und auch mordeten, das war etwas anderes als die Monarchie – etwas, das erst ein Mann in Worte fassen sollte, der sich damals noch als obskurer V-Mann der bayerischen Reichswehr in München betätigte.

Sein Geist, der Geist der späteren Konzentrationslager und Ausrottungskommandos, beherrschte, noch unartikuliert, schon 1919 die Truppen der von Ebert herbeigerufenen, von Noske kommandierten Gegenrevolution. Die Revolution von 1918 war gutmütig gewesen; die Gegenrevolution war grausam. Man mag ihr zugutehalten, dass sie zu kämpfen hatte, was die Revolution nicht nötig gehabt hatte, und dass auch von der anderen Seite gelegentlich Grausamkeiten und Rohheitsakte verübt wurden, wie sie in jedem Bürgerkrieg vorkommen. Aber zweierlei ist nicht zu übersehen: Fast ausnahmslos waren die straff geführten und gutbewaffneten Regierungstruppen den hastig zusammengestellten, nur mit Handfeuerwaffen kämpfenden Arbeitertrupps der örtlichen Rätewacht von Anfang an weit überlegen, so dass schon im Kampf die blutigen Verluste sehr ungleich verteilt waren. Und fast immer begann der wirkliche Schrecken, die Standgerichte, die willkürlichen Massenerschiessungen, die Prügel- und Folterszenen, erst nach dem Sieg der Regierungstruppen, wenn sie nichts mehr zu fürchten hatten und sich ungehindert austoben konnten. Es hat sich damals in vielen deutschen Städten Furchtbares abgespielt, wovon kein Geschichtsbuch berichtet.

Freilich, nicht für alle war die Gegenrevolution furchtbar; viele empfanden sie auch als Befreiung und Erlösung. Während in den Arbeitervierteln der eroberten Städte bleicher Schrecken oder verbissene Wut herrschte, während die freigekämpften Strassen leer lagen und einzelne Offiziere, die sich im besetzten Gebiet zu weit vorwagten, riskierten, überfallen und gelyncht zu werden, warteten in den bürgerlichen Wohngebieten Dankbarkeit und Jubel auf die Befreier: Bier, Schokolade und Zigarettenpäckchen, Kuschhände werfende Mädchen und Kinder, die Fähnchen schwenkten – schwarz-weiss-rote Fähnchen. Der Bürgerkrieg war ein Krieg der Klassen wie jeder Bürgerkrieg. Merkwürdig nur, dass es eine sozialdemokratische Regierung war, die den Krieg gegen die Arbeiterklasse führte.

Wie jeder Bürgerkrieg brachte auch dieser in seinem Fortgang eine Eskalation des Schreckens. Anfangs, in Bremen und Mitteldeutschland, war es noch verhältnismässig glimpflich zugegangen; im Ruhrgebiet, wo sporadische Kämpfe sich auch nach dem Höhepunkt im Februar noch wochenlang hinzogen, gab es bereits viele grässliche Episoden. Furchtbares aber geschah in Berlin, wo im März Noskes Truppen unter Oberst Reinhard mit einem doppelten Ziel zum Angriff antraten: der Besetzung der im Januar noch ausgesparten östlichen und nördlichen Arbeiterviertel und der Entwaffnung der unzuverlässigen Berliner Standorttruppen, die im November die Revolution mitgemacht hatten, insbesondere der immer noch bestehenden Volksmarinedivision. Eine schauerhafte Einzelheit aus diesem speziellen Kapitel ist durch alle Geschichtsbücher gegangen: Als Matrosen der Volksmarinedivision sich, bestellt und unbewaffnet, in einem Bürohaus in der Französischen Strasse einfanden, um ihre Entlassungspapiere und ihre Abschlusslöhnung entgegenzunehmen (immer ging es bei der Volksmarinedivision irgendwie um die Löhnung), wurden dreissig von ihnen ohne Grund und ohne Warnung herausgegriffen, in den Hof geführt, an die Mauer gestellt und erschossen.



März 1919, Bezirk Mitte: Von einer Mine beschädigtes Haus in der Alten Schützenstrasse.



Ein Brief auf einem Zeitungsrand. Der Text: «Liebe Erna u. Georg! Furchtbares haben wir hier erlebt, Tage des Schreckens u. des Grauens, das kann man niemand schildern, der es nicht miterlebt hat u. nicht weiss, kann sich da nicht hineindenken. Mit 2 Ctr. schweren Minen auf die harmlose Bevölkerung vorzugehen, ist das nicht unerhört! Bötzowstr., Hufelandstr., & s.w. überall Tote. Palisadenstr. ein ganzes Haus eingäschert, alle Bewohner tot. Ich selbst finde des Nachts keine Ruhe, so sind die Nerven in Aufregung. Sonnabend dachte ich, es geht mit uns zu Ende, als wenn ein Erdbeben war, so erschütterte alles. In die Keller sind wir geflüchtet, die Flieger werfen ausserdem Bomben ab. Alles andere wenn mehr Ruhe zum Schreiben ist. Augenblicklich wird mit Minen nach Lichtenberg vom Büschingplatz gezielt. Wenn wir nur aus dem elenden Berlin heraus könnten oder wenigstens bald Ruhe käme. Schade, dass es nicht von Feinden besetzt ist (Amerikaner oder Franzosen). Seid nun alle recht herzlich gegrüsst von Eurer sehr betrübten Lottchen. Ebenfalls von Otto, der aufgeregten Gerda u. dem kleinen Bengel, der schreit oft auf, wenn solch schwerer Schlag kommt. Lena Zemper ihr Mann ist auch im Okt. v. J. gefallen. Sie ist sehr, sehr betrübt.» Eine andere Handschrift neben dem Datum: «Andenken an Lottchen! Auf dem Boden gefunden 1973 Erna.»

Diese dreissig Matrosen waren aber nur ein ganz kleiner Bruchteil der in Berlin Massakrierten. Noske schätzte ihre Zahl, gewiss nicht übertreibend, auf «rund zwölfhundert». Er hatte selbst den furchtbaren Befehl gegeben: «Jede Person, die mit Waffen in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschiessen.» Der Oberst Reinhard erweiterte diesen Schiessbefehl noch: «Ferner sind aus Häusern, aus welchen auf die Truppen geschossen wurde, sämtliche Bewohner, ganz gleich, ob sie ihre Unschuld beteuern oder nicht, auf die Strasse zu stellen und in ihrer Abwesenheit die Häuser nach Waffen zu durchsuchen; verdächtige Persönlichkeiten, bei denen tatsächlich Waffen gefunden werden, zu erschiessen.» Man muss sich dabei die überfüllten Mietskasernen des Berliner Ostens vorstellen. Von dem, was sich auf Grund dieses Befehls am n., 12. und 13. März 1919 in den Strassen um den Alexanderplatz und in Berlin-Lichtenberg abgespielt hat, gibt es Berichte, vor die man am besten einen Vorhang zieht.

Verzweiflung führte bereits in diesen Märzkämpfen in Berlin stellenweise zu hoffnungslosem Widerstand von einer Erbitterung, wie man sie vorher im deutschen Bürgerkrieg nicht gekannt hatte. Aber die Märzkämpfe in Berlin waren noch nicht der Höhepunkt dieses blutigen Bürgerkriegs. Den erreichte er erst einen Monat später in München.



Regierungstruppen an der Neuen Wache unter den Linden.

13

Die Münchner Räterepublik

Die Revolution in Bayern verlief anders als im übrigen Deutschland.

Anders als in Berlin fiel die Revolution in München nicht von Anfang an in die Hände ihrer Feinde; anders als im übrigen Reich war sie nicht das Werk führerloser Massen. Sie hatte eine Führung und einen Führer: Kurt Eisner – einen Mann, der, mit keiner Organisation hinter sich, drei Monate lang die Situation in seinem Lande souverän beherrschte, dank einer einzigartigen Mischung von Einfallsreichtum und Tatkraft, Idealismus und listenreicher Wendigkeit, witterndem Feingefühl und Härte im Nehmen.

Solange Kurt Eisner lebte, war die Revolution in Bayern sowohl erfolgreich wie unblutig. Seiner Ermordung folgte das Chaos – aber zunächst ein Massenaufschrei wilder Klage und wütenden Rachedursts, wie man ihn damals nirgends sonst gehört hat, auch nicht nach der Ermordung Liebknichts und Rosa Luxemburgs. Bei seinem Tode zeigte sich, dass Eisner das Herz der kleinen Leute in München gewonnen hatte.

Und das ist vielleicht seine erstaunlichste Leistung, denn er brachte zum bayerischen Volkshelden eigentlich nichts, aber auch gar nichts mit: Er war kein Bayer, sondern ein Urberliner; noch dazu Jude; noch dazu Literat – ein Bilderbuch-Intellektueller mit Bart und Brille und Bohème-Allüren. Zwischen Opernplatz und Kastanienwäldchen in Berlin war Eisner aufgewachsen; sein Vater hatte Unter den Linden ein Geschäft für Militäreffekten und Orden und durfte sich Hoflieferant nennen. Der verlorene Sohn wurde ein Schöngest und Sozialdemokrat; auch als Sozialdemokrat mehr Journalist als Politiker, erfolgreich hauptsächlich als Theaterkritiker. 1907, vierzigjährig, verschlug es ihn nach München. In der SPD gehörte er, ohne eine besondere Rolle zu spielen, eher zum rechten, liberalen, halbbürgerlichen Flügel. Erst der Krieg trieb ihn nach links und zur USPD, die in Bayern als organisierte Partei kaum Bedeutung hatte. Auch Eisner tat nichts, um sie aufzubauen. Er war kein Parteipolitiker oder Parteiführer. Aber im Januar 1918 betätigte er sich als Streikorganisator – sein erstes politisches Hervortreten. Er wurde verhaftet und blieb neun Monate ohne Prozess in Untersuchungshaft. Im Oktober wurde er entlassen. Im November machte er die Münchner Revolution.

Tatsächlich, er machte sie. Die Novemberrevolution in München war eine Ein-

Mann-Schau. Alles das, was in Berlin am Wochenende des 9. und 10. November die Revolution ausgemacht hatte – die Umstimmung der Truppen, der Massenaufmarsch, die Ausrufung der Republik, das Revolutionsparlament, die Regierungsbildung, die Rätewahl –, hatte in München in etwas anderer Reihenfolge schon zwei Tage zuvor stattgefunden, in der Nacht vom 7. zum 8. November, und zwar unter der Regie von Kurt Eisner mit dem Regisseur Eisner in allen Hauptrollen: Er war zugleich der Otto Wels und der Liebknecht, der Emil Barth und der Scheidemann, in gewissem Sinne auch der Ebert der Münchner Revolution – insofern nämlich, als er der einzige war, der genau wusste, was er wollte, und es auch durchzusetzen verstand.

Die Münchner Revolution begann mit einer Massenversammlung auf der Theresienwiese am Donnerstagnachmittag, dem 7. November. Die königlich-bayerische Regierung hatte die von der SPD organisierte Kundgebung genehmigt, um der Revolutionsstimmung ein Ventil zum Dampfablassen zu öffnen. Der SPD-Führer Erhard Auer hatte beruhigende Versicherungen abgegeben: Er habe seine Leute fest in der Hand; nichts werde passieren. Dieser Eisner werde «an die Wand gedrückt werden». Tatsächlich zog Auer mit einem Teil der Demonstranten nach Beendigung der Reden, in denen die Abschaffung der Monarchie und der Sturz der Regierung gefordert wurde, in ordentlichem Zuge durch die Innenstadt zum Friedensengel, wo sich alles auflöste. Aber Eisner hatte inzwischen mit einem ebenso grossen Zug die umgekehrte Richtung eingeschlagen – in den Münchner Norden, zu den Kasernen.

Dort spielte sich am frühen Abend der entscheidende Akt jedes Staatsstreichs ab, das «Umdrehen» der bewaffneten Macht. Es folgte, immer unter der persönlichen Leitung Eisners, im Matthäuserbräu die improvisierte Konstituierung der ersten Arbeiter- und Soldatenräte; dann wurden tief in der Nacht – der König hatte München schon verlassen, und bewaffnete Soldaten fuhren in Lastautos durch die Innenstadt und bezogen Wache an den öffentlichen Gebäuden – im Landtagsgebäude in der Prannerstrasse auf der ersten Sitzung dieser Räte (dem «Revolutionsparlament») die Republik ausgerufen und Eisner zum Ministerpräsidenten ernannt.

Am nächsten Vormittag führte Eisner entscheidende politische Besprechungen: mit dem königlichen Ministerpräsidenten, der unter Protest seine Amtsräume aufgab, und mit Auer, dem SPD-Führer, der sich zähneknirschend bereitfand, unter Eisner das Innenministerium zu übernehmen. Am Nachmittag stellte Eisner auf der ersten Vollsitzung des «Provisorischen Nationalrats» sein Kabinett vor. Die Münchner Revolution war komplett, durchgeführt in einem rasanten Allein-

gang und innerhalb von vierundzwanzig Stunden. Kein Schuss war gefallen, kein Tropfen Blut vergossen. Und der Mann, der dieses Kunststück fertiggebracht hatte, gestern noch ein Niemand, hatte alle Fäden in der Hand.

Eisner hielt an diesem Abend vor dem Provisorischen Nationalrat «für einen Mann, der um einen guten Teil seines Nachschlafs gekommen war, eine erstaunlich fließende Rede» – so der amerikanische Historiker der Revolution in Bayern, Allan Mitchell, der eine äusserst kritische, vielleicht sogar ein wenig scheeläugige Einstellung zu Eisner hat.

Eisners Rede vom 8. November war aber nicht nur fließend, sie war staatsmännisch. «In Zeiten ruhigerer Entwicklung» werde eine Nationalversammlung einberufen werden, um die endgültige Form der Republik zu entwerfen, inzwischen aber müsse das Volk direkt durch die «elementaren Triebkräfte» der revolutionären Räte herrschen. Entscheidend sei jetzt ein sichtbarer Neubeginn, ein völliges Abstossen vom alten Staat und insbesondere die rücksichtslose Preisgabe seiner Kriegspolitik, wenn man einen erträglichen Frieden gewinnen wollte. «Einer Regierung, die alle Verantwortlichkeiten der Vergangenheit mit übernommen hat», sagte Eisner mit deutlichem Seitenblick auf Berlin, drohe ein furchtbarer Friede.

Eisner hatte, im Gegensatz zu Ebert, vom ersten Tage an einen klaren Blick für die internationale Lage des besiegten Deutschland und eine klare aussenpolitische Konzeption: Er sah die Gefahr des Diktatfriedens und suchte ihr zuvorzukommen durch eindrucksvolle Beweise des Bruchs mit dem Alten im Innern und durch direkte Kontakte nach aussen, und zwar mit den Westmächten, besonders mit Amerika; mit Russland hatte er nichts im Sinn. Mit dieser Politik stiess Eisner später in Berlin auf taube Ohren; dort hielt man gerade aussenpolitisch auf völlige Kontinuität mit dem Kaiserreich, fand Eisners rücksichtsloses Abrücken von der Kriegspolitik von 1914 «nestbeschmutzend» und fiel später aus allen Wolken, als die Sieger in Versailles das «neue» Deutsche Reich Eberts eben als das besiegte Kaiserreich behandelten.

Aber hier interessiert nicht so sehr Eisners Aussenpolitik wie sein Revolutionsmanagement in Bayern, das man meisterhaft nennen muss – auch wenn zweifelhaft bleibt, ob eine erfolgreiche Revolution in Bayern sich gegenüber einer siegreichen Gegenrevolution im übrigen Deutschland auf die Dauer hätte halten können. Eisner war der einzige Mann in Deutschland, der mit scharfem Spürsinn erfasste, worauf die deutsche Revolution hinzielte, und ihr geschickte Geburtshilfe gab; im Gegensatz zu Ebert, der nie etwas anderes im Sinn hatte, als die Revolution abzuwürgen; im Gegensatz auch zu Liebknecht, der etwas von ihr verlangte, was sie gar nicht wollte. Der wahre Gegenspieler Eberts war nicht

Liebknecht, es war Eisner. Arthur Rosenberg hat ihn nicht ohne Grund den einzigen schöpferischen Staatsmann der deutschen Revolution genannt.

Was wollten die revolutionären Massen in Deutschland? Nicht – jedenfalls nicht sofort – den Sozialismus. Nirgendwo wurden im November Fabriken besetzt; Sozialisierungsforderungen spielten erst viel später, und eigentlich nur bei den Bergarbeitern, eine Rolle. Was man wollte, das war zunächst und vor allem das Ende des Krieges und den Sturz der Militärherrschaft; daneben den Sturz der Monarchie. Aber mit dem Sturz der Militärherrschaft und der Monarchie war mehr gemeint: nämlich der Sturz der bisher herrschenden Klassen. Die Arbeiter- und Soldatenräte, die die Revolution schuf und in deren Schaffung sie bestand, wollten die Nachfolger des alten Offizierskorps und der alten Bürokratie werden. Die herrschenden Klassen, aus denen der Staat sein Führungspersonal rekrutierte, sollten fortan nicht mehr Adel und Grossbürgertum sein, sondern Mannschaftsstand und Arbeiterschaft. Der neue Staat sollte ein Arbeiterstaat sein; Eisner fügte hinzu: auch ein Bauernstaat. Bayern unter Eisner war das einzige deutsche Land, in dem auch Bauernräte von Anfang an eine wichtige Rolle spielten.



München, 16. Februar 1919: Kurt Eisner mit seiner Frau bei einer Demonstration.

Also Rätediktatur? Keineswegs. Die Räte selbst waren es ja, die die Wahl einer Nationalversammlung dekretierten. Und auch Eisner in Bayern stimmte der Wahl eines Landtags zu, wenn er sie auch gern hinausgezögert hätte und es nicht eilig hatte, den Landtag nach seiner Wahl zusammenzurufen. Die Räte wollten gar keine Rätediktatur. Was sie wollten, war weder eine Räte- noch eine Parlamentsdiktatur, sondern eine konstitutionelle Rätedemokratie; im Grunde eine ähnliche Verfassungskonstruktion wie die gewohnte Bismarcksche, nur auf den Kopf – oder vom Kopf auf die Füße gestellt. Die Arbeiter- und Soldatenräte als staatstragende Macht wie vorher Adel und Grossbürgertum; eine wiedervereinigte sozialdemokratische Partei als Staatspartei und parlamentsunabhängige Dauerregierung wie vorher die Konservativen; und daneben, wie vorher, ein vom ganzen Volke, auch den nicht – nicht mehr – herrschenden Klassen, frei gewähltes Parlament als Volksvertretung, Gesetzgebungs- und Kontrollorgan, mit vielleicht sogar gegenüber dem alten Reichstag erweiterten Rechten, aber ohne Allmacht: Das war die Verfassung, die die deutsche Revolution von 1918 überall anstrebte. Und wer – wie Eisner – Ohren hatte zu hören, konnte es aus allen ihren Kundgebungen, den Worten wie den Taten, deutlich heraushören.

«Weder Ebert noch Liebknecht hatten Ohren zu hören. Beide sahen nur – mit umgekehrtem Wertakzent – die Alternative: Rätediktatur oder bürgerlich-parlamentarische Demokratie. Eisner war der einzige, der sah, dass diese Alternative von der Revolution gar nicht gestellt worden war. Dieser Literat und Bohemien war 1918 der einzige revolutionäre Realpolitiker in Deutschland. Er sah, dass die wirkliche Alternative nicht Räteherrschaft oder Parlamentsherrschaft hiess, sondern Revolution oder Gegenrevolution; und dass Revolution weder Rätediktatur noch Parlamentsdiktatur bedeutete, sondern ein ausgewogenes System von «checks and balances» zwischen Räte- und Parlament. Er sah auch, dass die Räte neu und unerfahren waren und Zeit brauchten, sich einzuspielen. Deswegen hätte er die Landtagswahlen gern hinausgeschoben und zögerte, als das nicht gelang, jedenfalls den Zusammentritt des Landtags so lange wie möglich hinaus.

Die Wahlen hatten, wie im katholischen Bayern nicht anders zu erwarten, eine bürgerlich-katholische Mehrheit ergeben. Die zahlenmässig stärkste Partei (sechshundsechzig von hundertachtzig Abgeordneten) war die Bayerische Volkspartei – dieselbe Partei, die sich jetzt CSU nennt. Die USPD, der Eisner angehörte, um die er sich freilich nie ernsthaft gekümmert hat, blieb verschwindend klein: sie erhielt ganze drei der hundertachtzig Landtagssitze.

Eisner focht das wenig an. Er dachte nicht in parlamentarischen, sondern in revolutionären Begriffen. Zwar stellte das Bürgertum immer noch die Wählermehrheit, aber es war durch den Krieg und seinen Ausgang diskreditiert, eingeschüchtert und passiv – während die Arbeiter- und Soldatenmassen, mochten sie nun SPD oder USPD wählen, in einem Zustand hoher revolutionärer Erregung, Aktivität und Potenz waren. Ihr revolutionäres Organ waren nicht die Parteien, sondern die Räte. Und Eisner wusste diese Massen hinter sich, wenn er darauf bestand, die Parlamentsmacht zu relativieren und an den Räten festzuhalten. Darüber kam es zum Konflikt zwischen Eisner und seinem Innenminister, dem SPD-Führer Auer, und zur Krise zwischen Räten und Landtag.

Ganz sinnfällig wurde diese Krise in der Woche vor dem Zusammentritt des Landtags, der auf den 21. Februar anberaumt worden war: In dem einen Flügel des Landtagsgebäudes tagten die Fraktionen, in dem andern die Räte. Die Fraktionen bastelten unter der Regie Auers an einer parlamentarischen Koalitionsregierung zwischen Sozialdemokraten und Liberalen, von der die stärkste parlamentarische Partei, die BVP, immer noch in die Opposition verbannt worden wäre. Die Räte bereiteten sich auf eine «zweite Revolution» vor für den Fall, dass eine Parlamentsregierung wie im übrigen Reich versuchen sollte, die Räte abzuschaffen. Eisner war bereit, als Ministerpräsident zurückzutreten und Auer das parlamentarische Feld zunächst zu überlassen; aber er wollte auf jeden Fall an der Spitze der Räte bleiben und notfalls die «zweite Revolution» führen. Seine Forderung hiess: «Verankerung» der Räte in der neuen Verfassung.

Ein Machtkampf schien bevorzustehen. Sein Ausgang war offen. Freikorps gab es in Bayern nicht, und die noch nicht demobilisierten Truppenteile waren überwiegend in der Hand ihrer Soldatenräte. Immerhin, ein Kompromiss war auch noch möglich; Bayern war bisher das Musterland der deutschen Revolution gewesen, in dem es trotz gelegentlicher kritischer Augenblicke ganz ohne Blutvergiessen abgegangen war; Eisner hatte, oft mit erheblichem persönlichem Mut und stets mit grosser Geschicklichkeit, in gefährlichen Lagen immer auszugleichen gewusst. Vielleicht wäre es ihm auch diesmal schliesslich gelungen, den Ausgleich zwischen Rätemacht und Parlamentskontrolle, den er anstrebte, zustande zu bringen.

Aber als er am 21. Februar 1919 morgens, ein paar Minuten vor zehn Uhr, vom Promenadenplatz um die Ecke zur Prannerstrasse bog, um sich, seine Rücktrittsrede in der Aktentasche, zur Eröffnungssitzung des Landtags zu begeben, wurde er ermordet.

Der Mörder – ein junger Mann im Regenmantel, der aus einem Hauseingang auf Eisner zutrat und ihm aus nächster Nähe zwei Revolverkugeln in den Kopf

jagte – war ein halbjudischer Nazi. Graf Arco-Valley war aus der Thule-Gesellschaft, einer Vereinigung, die sich mit Grund später rühmte, die eigentliche Urzelle der Nazibewegung gewesen zu sein, ausgeschlossen worden, weil er seine jüdische Mutter verschwiegen hatte. Deswegen wollte er, wie der Begründer der Thule-Gesellschaft, Rudolf von Sebottendorff, später schrieb, «beweisen, dass auch ein Halbjude einer heldischen Tat fähig sei».

Eisner war sofort tot. Sein Mörder wurde von einem Leibwächter Eisners angeschossen und schwer verletzt, aber später geheilt, verurteilt und begnadigt. Er lebte bis 1945.

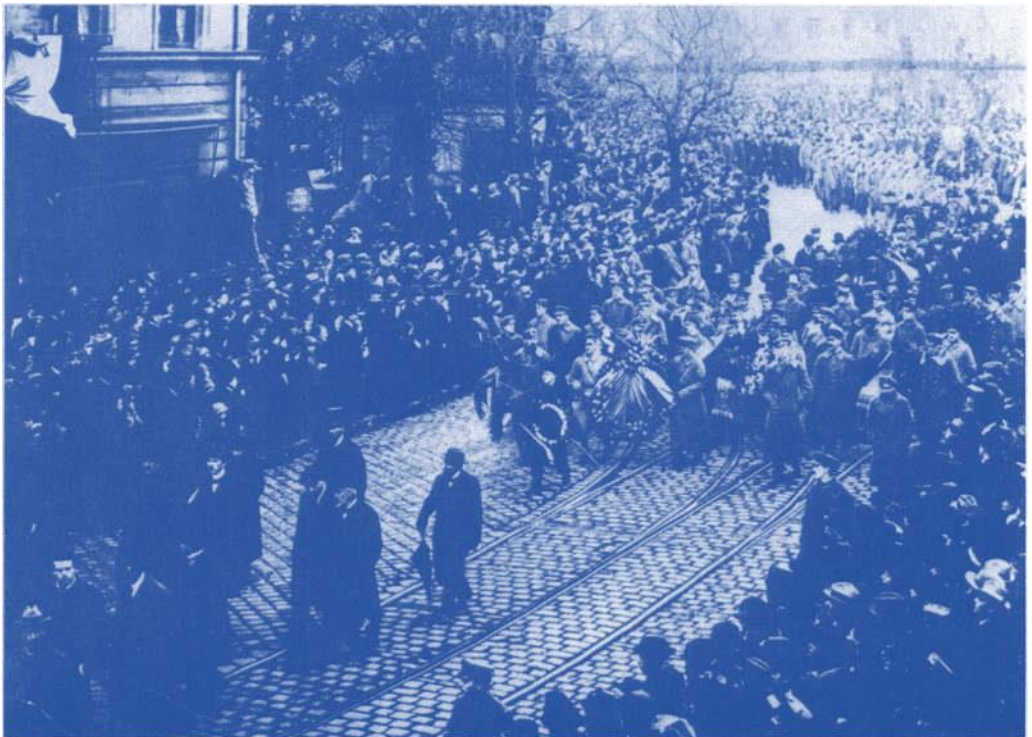
Der Bluttat, die sofort in ganz München, Schrecken und Zorn auslösend, bekannt wurde, folgte noch in derselben Stunde eine zweite. Ein Metzgergeselle namens Lindner, kaum dass er von der Ermordung Eisners hörte, ergriff in rasender Wut seine Pistole, rannte zum Landtagsgebäude, erzwang sich Einlass, legte auf den SPD-Führer Auer an, der gerade mit konventioneller Entrüstung eine Gedenkrede auf seinen ermordeten Gegenspieler hielt, und schoss ihn nieder. Interessant ist, dass Lindner offenbar mit Selbstverständlichkeit annahm, hinter dem Mord an einem Revolutionsführer müsse natürlich der jeweilige SPD-Führer stecken. So weit war man damals schon in Deutschland. Tatsächlich war Auer an Eisners Ermordung ganz unschuldig. Er überlebte seine Verletzungen, war aber für Jahre ausser Gefecht gesetzt.

Die Folgen dieser Stunde waren ungeheuerlich. Die beiden herrschenden Intelligenzen der bayerischen Republik waren plötzlich weg. Stattdessen herrschte überall ein wilder Aufruhr der Gefühle. Die ganze Stadt, ja das ganze Land, bot mit einem Schlage ein Bild der Anarchie – überall Bewaffnete, die zu Fuss oder in Autos und Lastwagen die Strassen durchtobten, Schiessereien, wilde Verhaftungen, Prügeleien und Plünderungen, Panik, Wut und Rachedurst.

Der Landtag war in Panik auseinandergestoben. Eine Regierung gab es nicht mehr: Von den acht Ministern, aus denen sie bestanden hatte, war einer tot, einer auf den Tod verwundet, einer hielt sich versteckt, zwei waren aus dem tobenden München geflohen; nur drei versuchten, ohne Kabinettsitzungen und ohne Verbindung, in ihren Ministerien Routinearbeiten zu erledigen. Generalstreik war ausgerufen, Belagerungszustand verhängt. Zu der Mordstelle am Promenadenplatz, wo man rings um den riesigen Blutfleck auf Bajonetten eine Art Altar mit dem Bilde Eisners errichtet hatte, pilgerten Tausende, und Eisners Begräbnis, das ein paar Tage später mit königlichem Pomp stattfand, wurde zu einer Riesende-

monstration zorniger Trauer. Auch Landbevölkerung war dazu in Massen in die Stadt geströmt, und die bayerischen Gebirgler mit ihren Gamsbärten und Lederhosen marschierten todernst und feierlich hinter dem Sarg dieses ermordeten Berliner Juden, von dem sie sich so gut verstanden gefühlt hatten. Wie es jetzt weitergehen sollte, wusste niemand.

Die einzige einigermaßen intakte Autorität, die in dem Chaos übriggeblieben war, waren die Räte. Ihr Zentralrat, unter Vorsitz des jungen Volksschullehrers Ernst Niekisch, der später als Publizist einen grossen Ruf und als Märtyrer des Dritten Reichs Ruhm erlangen sollte, versuchte, «das Vermächtnis Eisners» zu erfüllen – also einen Kompromiss zwischen Räten, sozialistischen Parteien und Landtag herbeizuführen. Von einer bürgerlich-sozialistischen Koalitionsregierung sprach niemand mehr. Nach wochenlangen wirren Verhandlungen kam denn auch schliesslich eine neue all-sozialistische Regierung unter dem SPD-Mann Johannes Hoffmann zustande, die am 17. März auf einer kurzen Landtagssitzung eine umfassende Ermächtigung erhielt. Formal war sie eine Diktaturregierung, tatsächlich stand sie auf schwachen Füßen. Als Räteregierung wollte sie sich nicht verstanden wissen, aber ausser den Räten stand nichts hinter ihr. Eine Mehrheit im Landtag hatte sie nicht, und die Räte trauten ihr im Grunde auch nicht.



Beisetzung des Bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner.

Die Regierung Hoffmann war auf die Dauer existenzunfähig. Seit der Ermordung Eisners und dem Ausfall Auers drängte die Macht der Verhältnisse in Bayern auf die Räterepublik hin – einfach, weil die Räte nunmehr die einzige einigermaßen solide Machtquelle, die einzige Alternative zu Anarchie und Bürgerkrieg geworden waren.

Zweierlei freilich blieb zweifelhaft: erstens, ob sich in Bayern eine Räterepublik bilden und halten konnte, während im ganzen übrigen Deutschland die Räte durch Noskes Freikorps beseitigt wurden. Zweitens, ob die Räte überhaupt regieren konnten – besonders jetzt, ohne Eisner.

Ausser der gemässigten Richtung Niekischs, die Eisners Vermächtnis erfüllen wollte, gab es in den Räten neuerdings zwei andere Kräfte, die sich bekämpften: auf der einen Seite eine Intellektuellengruppe, die eine Mischung aus Hochsinn, Ehrgeiz und politischer Unbedarftheit aufwies – expressionistische Dichter wie Erich Mühsam und Ernst Toller, akademische Theoretiker wie der Literaturhistoriker Gustav Landauer und die Nationalökonominnen Otto Neurath und Silvio Gesell –; auf der anderen, zum erstenmal in der deutschen Revolutionsgeschichte, die Kommunisten; genauer gesagt, *ein* Kommunist, Eugen Leviné, ein junger Mann von jäher und wilder Energie, der, ganz anders als Liebknecht und Rosa Luxemburg, möglicherweise das Zeug zu einem deutschen Lenin oder Trotzki hatte.

Leviné – in Petersburg als Sohn deutsch-jüdischer Eltern geboren, in Deutschland aufgewachsen – war erst Anfang März von der Berliner Parteizentrale nach München geschickt worden, um eine bayerische KP aufzubauen. Er hatte zunächst von den sieben Mann, die er als Münchner KPD vorfand, fünf hinausgeworfen, dann in einem Monat eine straffe, wenn auch kleine Parteiorganisation auf die Beine gestellt und begann sich jetzt auch in den Räten bemerkbar zu machen, als harter, herrischer, illusionsloser Revolutionär. In dieser Phase war er der schärfste Gegner einer bayerischen Räterepublik: Die Räte seien noch nicht reif zur Regierung, war seine These. Erst müssten sie sich noch straff durchorganisieren, disziplinieren, bewaffnen; dann erst durften sie die Macht ergreifen – dann aber ganz und gar, ohne Koalitionspartner und ohne Kompromisse. Alles oder nichts; keine konstitutionelle Räte-demokratie, sondern Diktatur des Proletariats. Als am 5. April die Räterepublik tatsächlich ausgerufen wurde, waren Leviné und seine Kommunisten die einzigen, die dagegen stimmten und ihre Teilnahme verweigerten. Eine Woche später, am 13. April, übernahmen sie die Räterepublik aber doch, mit einem Staatsstreich innerhalb des Staatsstreichs.

Was war inzwischen geschehen? Vor allem dies: Der Bürgerkrieg war ausgebrochen.

Den letzten Anstoss zur Ausrufung der Räterepublik am 5. April hatte merkwürdigerweise der Militärminister der sozialdemokratischen Hoffmann-Regierung gegeben, ein Mann namens Schneppenhorst. Über seine Motive ist viel herumgerätselt worden, aber im Grunde liegen sie ziemlich offen zutage: Er wollte den Räten ihre eigene Regierungsunfähigkeit drastisch vor Augen führen, um sie dann, mit einem Militärputsch der Münchner Garnison, die er wenigstens zum Teil in der Hand hatte, schnell und möglichst schmerzlos zu beseitigen. Ihm wie der nach Bamberg ausgewichenen Hoffmann-Regierung kam es nicht nur darauf an, die Räte loszuwerden, sondern vor allem auch darauf, dies unter eigener Regie zu schaffen. Die von Noske angebotenen preussischen Freikorps wollten sie nicht im Lande haben.

Der Militärputsch fand denn auch am Palmsonntag, dem 13. April, programm-gemäss statt, aber er scheiterte. In einer fünfstündigen blutigen Strassenschlacht, die auf dem Marienplatz begann und mit der Erstürmung des Hauptbahnhofs endete, wurden Schneppenhorsts Truppen von einer improvisierten roten Streit-macht unter Führung eines Matrosen namens Rudolf Eglhofer geschlagen. Sie flohen per Eisenbahn aus München. Auch ein zweiter Versuch regierungstreuer bayerischer Truppen, München zu nehmen – diesmal von aussen –, endete drei Tage später mit einer Niederlage: In einem Gefecht bei Dachau schlug die «Rote Armee» am 16. April ihre «weissen» Widersacher und besetzte Dachau. Der rote Kommandeur in diesem Gefecht war der Dichter Ernst Toller.

Damit aber waren die Würfel gefallen: Die Regierung Hoffmann in Bamberg rief nunmehr zähneknirschend Noske zu Hilfe, und zwanzigtausend Mann preus-sischer und württembergischer Freikorps, unter dem Kommando des preussischen Generals von Oven, rückten von Norden und Westen in Bayern ein.

In München aber hatte inzwischen Leviné die Rätewacht übernommen. Es hielt ihn nicht, und er warf all seinen politischen Realismus über Bord; denn nun wurde es Ernst, nun musste gekämpft werden, und den Kampf wollte er weder den immer noch auf Verhandlung und Kompromiss sinnenden Gemässigten um Niekisch noch den Schwärmern vom Schläge Tollers und Landauers überlassen.

Was Leviné nicht sah oder in heroischer Selbsttäuschung nicht sehen wollte, war, dass es jetzt nicht nur zu Verhandlungen, sondern auch zum Kampf zu spät war. Zwar gelang es ihm noch, unter dem Kommando des energischen Eglhofer, eine «Rote Armee» von ungefähr zehntausend Mann auf die Beine zu stellen und ihr eine rudimentäre Organisation und Ausbildung zu geben. Aber zum Sie gegen

die unaufhaltsam anrückende Übermacht genügte das nicht, nicht einmal zu spürbarem Widerstand.

Das Gebiet der Münchner Räterepublik reichte praktisch nur bis Dachau im Norden, bis Garmisch und Rosenheim im Süden. Alle Lebensmittelzufuhren waren abgeschnitten; München hungerte. Zugleich herrschte eine groteske Zahlungsmittelnot: Die Münchner Reichsbankfiliale hatte alle Bargeldvorräte und Notenprägestöcke entfernt. Leviné liess Banknoten und Banksafes beschlagnahmen und die Nahrungsmittelvorräte bürgerlicher Haushalte requirieren: Verzweiflungsmassnahmen, aus Wut geboren und Wut erzeugend. Er liess auch, als erster deutscher Revolutionär, politische Gegner verhaften. Am Ende, als draussen schon die Kanonen donnerten, wurden acht von ihnen, Mitglieder der Thule-Gesellschaft, zusammen mit zwei kriegsgefangenen Offizieren erschossen. Für diesen Akt war Leviné nicht verantwortlich; wer es war, ist nie zweifelsfrei festgestellt worden. Es war der einzige Akt wirklichen Terrors, der der deutschen Revolution nachzuweisen ist – und er sollte furchtbar gerächt werden.

Darüber platzte übrigens in letzter Minute die Räteregierung: Eine Mehrheit, geführt von Toller, zwang am 29. April Leviné wegen des «Geiselmordes», den sie als Folge seiner Gewaltpolitik ansah, zum Rücktritt und versuchte vergeblich noch einmal, Verhandlungen mit Bamberg aufzunehmen. Übrig blieb die Rote Armee, die selbständig weiterkämpfte. Retten konnte auch sie nichts mehr. Am 29. April fiel Dachau, am 30. April drängten Noskes Truppen von drei Seiten ins Münchner Stadtgebiet ein. Am 2. Mai nachmittags brach der letzte Widerstand zusammen.

Und nun folgte ein «weisser Schrecken», wie ihn noch keine deutsche Stadt, auch Berlin im März nicht, erlebt hatte. Eine Woche lang hatten die Eroberer Schiessfreiheit, und alles, was «spartakusverdächtig» war – im Grunde die ganze Münchner Arbeiterbevölkerung –, war vogelfrei. Josef Hofmiller, ein deutschnationaler Studienrat und Literaturkritiker, der ein Revolutionstagebuch führte, notierte noch am 10. Mai die Mitteilung des Verlegers Bruckmann, «die Dienstmädchen des ganzen Hauses seien schon ganz aufgeregt, weil täglich dort Leute erschossen würden». Er erzählt auch, wenig gerührt, von «Spartakisten», die unter seinen Augen einfach aus Weinschenken oder Eisenbahnzügen herausgeholt und auf der Stelle erschossen werden. «Wir sind an das ständige Schiessen schon ganz gewöhnt.» In diesem weissen Terror in München fällt ein unverkennbarer Zug von Sadismus auf. Gustav Landauer etwa, der hochgebildete Unterrichtsminister der ersten Räteregierung, dessen jüdischer Gelehrtenhabitus irgendetwas in seinen Quälern dazu angereizt haben muss, wurde im Hof des Stadelheimer Gerfäng-

nisses buchstäblich zu Tode getrampelt – nicht etwa in einer Stimmung der Wut, sondern in einer Art johlender Siegesfeier. Andere, ausgesprochen sexuell gefärbte Greuelszenen, deren Opfer vielfach Frauen – «Spartakistenweiber» – waren, berichtet mit nachschmeckender Genüsslichkeit der damalige Freikorpsführer Manfred von Killinger, der später unter Hitler eine grosse Karriere machte, in seinem Erinnerungsbuch *Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben*.

Eine weitere Besonderheit der Münchner Maitage von 1919 ist, dass ihnen etwas vom Charakter einer fremden Invasion und Besetzung anhaftete. Die preussischen Freikorps fühlten und benahmen sich wie Sieger in einem eroberten Land; sie fanden die Münchner Proletarier unsympathisch, schlampig und schmutzig, sie blickten auf sie herab, und sie verstanden ihren Dialekt nicht. Wahrscheinlich war das die Ursache des Missverständnisses, das schliesslich dazu führte, den wahllosen Erschiessungen Einhalt zu gebieten: Am 6. Mai wurden einundzwanzig Mitglieder eines katholischen Gesellenvereins, die im Schutze der Befreier wieder eine Vereinszusammenkunft gewagt hatten, von eben diesen Befreiern ausgehoben und, wie das jetzt so üblich war, kurzerhand erschossen. Eine Versammlung von sichtlich dem Arbeiterstande angehörigen jungen Männern war eben offensichtlich ein «Spartakistentreffen», und die aufgeregten münchnerischen Aufklärungsversuche der zu Tode Erschrockenen hatte man wohl einfach nicht verstanden.

Nach dieser peinlichen Panne flauten die wilden Erschiessungen immerhin ab. Das weitere «Aufräumen» fiel den Gerichten und Standgerichten zu. Auch sie verfahren nicht zart mit den Besiegten. Es hagelte Todesurteile.

Leviné nutzte seine Gerichtsverhandlung zu einem guten Abgang. «Wir Kommunisten», sagte er in seinem Schlusswort, «sind alle Tote auf Urlaub. Sie mögen jetzt entscheiden, ob mein Urlaubsschein noch einmal verlängert wird oder ob ich eingezogen werde zu Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.» Zwei Stunden später wurde er erschossen. Er starb mit dem Ruf: «Es lebe die Weltrevolution!»

14 Nemesis

*Nun wird sich gleich ein Greulichstes ereignen.
Hartnäckig wird es Welt und Nachwelt leugnen:
Du schreib es treulich in dein Protokoll.*

Goethe

Mitte 1919 war der deutschen Revolution das Genick gebrochen. Die SPD regierte jetzt einen bürgerlichen Staat, hinter dem als wirklicher Machträger die von ihr herbeigerufene Gegenrevolution stand. Äusserlich war die Stellung der SPD glänzend wie nie zuvor – und wie nie nachher. Im Reich, in Preussen, in Bayern besetzte sie alle Spitzenpositionen. Aber ihre Macht war hohl. In dem bürgerlichen Staat, den sie wiederhergestellt hatte, blieb sie ein Fremdkörper. Für die gegenrevolutionären Freikorps, mit deren Hilfe sie ihn wiederhergestellt hatte, blieb sie ein Feind. Und ihre eigene Machtgrundlage hatte diese Arbeiterpartei zerstört, als sie die Revolution der Arbeitermassen niedergeschlagen hatte.

Die ganze Zeit hatte die SPD im Grunde zurückgestrebt zum Oktober 1918. Damals hatte sie sich, mit der Parlamentarisierung des Kaiserreichs, am Ziel ihrer bescheidenen Wünsche gesehen. Sie war endlich «hineingewachsen» in Staat und Staatsführung, ja, sie hatte sich vom staatlichen und gesellschaftlichen Establishment hofiert und umworben gefunden. Die leidige Novemberrevolution hatte dieses Idyll vorübergehend gestört, aber nun, nachdem sie glücklich überwunden war, schien es den sozialdemokratischen Führern wiederhergestellt – wenn man einmal davon absah, dass kein Kaiser mehr darüber thronte. Die SPD regierte wieder, wie im Oktober 1918, im Bunde mit Fortschritt und Zentrum einen parlamentarischen Staat. Die «Weimarer Koalition» war nichts anderes als die alte Reichstagsmehrheit – dieselbe Koalition, die im Oktober 1918 die Regierung Max von Baden getragen hatte.

Und doch war alles anders. Im Oktober 1918 hatte die Revolution bevorgestanden; jetzt war sie vorbei und geschlagen. Damals hatten die bürgerlichen und feudalen Klassen Angst gehabt; jetzt hatten sie ihre Selbstsicherheit zurückgewonnen. Damals hatten sie die SPD gebraucht – um ihnen die Kapitulation abzunehmen und die Revolution zu ersticken. Jetzt, da beides geleistet war, brauchten

sie die SPD nicht mehr; oder höchstens noch als Sündenbock und Prügelknaben für Niederlage und Nachkriegselend. Von Mitte 1919 an rollte in Deutschland, in den Worten des Scharfblickendsten unter den zeitgenössischen Beobachtern, Ernst Troeltschs, eine «Welle von rechts». Die Sozialdemokraten wurden die «Novemberverbrecher» und «Verzichtpolitiker», die «die deutsche Armee von hinten erdolcht» hatten.

Selbst das Verhältnis mit ihren Regierungspartnern, den bürgerlichen Mittelparteien, war nicht mehr das alte. Vor dem Oktober 1918, im Kampf um die Parlamentarisierung, hatten die drei Parteien am selben Strang gezogen. Jetzt waren Demokraten und Zentrum nicht mehr die Kampfgefährten der SPD, sondern ihre Aufpasser. Sie sorgten dafür, dass die Sozialdemokraten weder der kapitalistischen Wirtschaft noch der katholischen Kirche zu nahe traten. Die Sozialdemokraten, ohne absolute Mehrheit im Parlament und ohne mögliche Koalitionspartner auf der Linken, waren auf die Parteien der bürgerlichen Mitte angewiesen. Die Mittelparteien aber konnten, wenn sie wollten, ebenso gut im Bunde mit den Parteien der bürgerlichen Rechten regieren – die ihrerseits die Wahl hatten, ob sie lieber einen parlamentarischen Bürgerblock bilden oder mit der offenen Gegenrevolution paktieren wollten. Die Gegenrevolution war jetzt eine Macht – in den Augen vieler bereits die wirkliche Macht. Sie organisierte sich seit August 1919 in der «Nationalen Vereinigung», einer Verschwörergruppe, die planmässig den Staatsstreich vorbereitete. Ihre führenden Köpfe waren der Ostpreusse Wolfgang Kapp und der Organisator des Liebknecht- und Luxemburg-Mordes, Hauptmann Pabst; im Hintergrund stand, inzwischen aus Schweden zurück, Ludendorff.

Vom November 1918 bis zum Sommer 1919 war es in Deutschland um die Frage gegangen: Revolution oder Gegenrevolution? Jetzt hiess die Frage nur noch: Bürgerliche Restauration oder Gegenrevolution? (Zehn Jahre später sollte sie heissen: Welche Art von Gegenrevolution?)

Die Antwort auf die Frage hing ebenso sehr von den Soldaten ab wie von den Politikern. Die 400.000-Mann-«Reichswehr», im März 1919 aus den Freikorps gebildet, war eine durch und durch politische Truppe, und zwar eine Truppe der Rechten. Wie auf der politischen Rechten gab es auch auf der militärischen vorsichtig taktierende Konservative und ungeduldige Putschisten. Die einen waren bereit, dem bürgerlich-parlamentarischen Staat unter einer Bürgerblockregierung eine Chance zu geben; die anderen wünschten den militärischen Staatsstreich und die Diktatur. Für die Sozialdemokraten hatten beide Gruppen keine Verwendung mehr. Höchstens mit der Person Noskes machten einige von ihnen eine Ausnahme.

Im Juli 1919, nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, hatten Hindenburg und Groener, die Chefs der alten Obersten Heeresleitung, ihren Abschied genommen. Seither wurde in der Reichswehr kaum weniger Politik getrieben als in der Nationalversammlung. Fast jeder Truppenteil hatte seinen eigenen politischen Charakter, fast jeder General seine eigenen politischen Ideen. Zwei von ihnen traten allmählich als Führungsfiguren der beiden politischen Reichswehrflügel hervor: Hans von Seeckt, der Generalstabschef, der die Reichswehr – fürs erste wenigstens – «entpolitisieren» wollte; und Walther von Lüttwitz, Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos I, der «Vater der Freikorps», der bereits 1919 ständig politische Forderungen stellte (z.B. Streikverbot und Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung). Diktaturpläne der Reichswehr waren seit dem Sommer 1919 ein ständiges Gesprächsthema. Auch Noske wurde mehrfach in solche Gespräche hineingezogen, und die Rolle, die er dabei spielte, war einigermaßen zwielichtig: Zwar lehnte er es ab, sich durch einen Militärputsch zum Diktator machen zu lassen, doch unternahm er nichts gegen die Offiziere, die ihm derartige Anträge machten, und es ist auch nicht bekannt, dass er seine Ministerkollegen von seinen wiederholten Flirts mit Hochverrätern unterrichtet hätte. Was alle diese militärischen Putsch- und Diktaturpläne der zweiten Jahreshälfte 1919 immer wieder versanden liess, war hauptsächlich die Unschlüssigkeit der putschfreudigen Offiziere darüber, wen sie zum Diktator machen wollten: Einen aus ihren eigenen Reihen? Noske? Kapp? Ludendorff? Es fehlte ein überzeugender Kandidat; es gab noch keinen Hitler. Als das Jahr 1920 anbrach, hatte man sich an das ewige Putscherede gewöhnt und nahm es nicht mehr ganz ernst.

«Und gerade da wurde es Ernst. Am 10. Januar 1920 trat der Versailler Friedensvertrag in Kraft, der das deutsche Heer auf 100.000 Mann, die Marine auf 15.000 Mann begrenzte. Das bedeutete einen massiven Personalabbau der 400.000-Mann-Reichswehr von 1919. Die meisten Freikorps mussten wohl oder übel aufgelöst werden. Sie wurden ja auch nicht mehr gebraucht: Sie waren nicht zur Landesverteidigung rekrutiert worden, sondern zur Niederwerfung der Revolution, und diese Aufgabe hatten sie erfüllt. Jetzt waren sie ein Unruhefaktor und eine Gefahr für Staat und Regierung geworden.

Sie waren aber nicht gewillt, sich nach Hause schicken zu lassen; und ebenso wenig waren die politischen Generale gewillt, auf das Instrument ihrer politischen Macht zu verzichten. Ehe sie es sich wegnehmen liessen, wollten sie es gebrauchen. So kam es zu dem militärischen Staatsstreich vom 13. März 1920, der in die Geschichtsbücher unter dem Namen Kapp-Putsch eingegangen ist.

Der Name ist irreführend – ebenso irreführend wie der Name «Spartakuswoche», den man der Berliner Revolutionswoche des Januar 1919 angehängt hat. Kapp und seine «Nationale Vereinigung» spielten in dem Drama dieser Märztage eine ebenso klägliche Nebenrolle wie der Revolutionsausschuss der dreiundfünfzig in der Januartragödie des vorangegangenen Jahres. Damals hatte es sich um eine spontane Massenaktion gehandelt, diesmal handelte es sich um eine Militärrevolte. Ihr Führer war nicht Kapp, sondern General von Lüttwitz. Anlass und auslösendes Moment war die Auflösung der Marinebrigade Ehrhardt, die Noske am 29. Februar 1920 verfügte.

Die Brigade Ehrhardt, fünftausend Mann stark, war ein Freikorps, ursprünglich aus Offizieren und Unteroffizieren der Marine gebildet, später durch «Baltikumer» verstärkt, deutsche Truppen, die noch 1919 in Lettland gegen bolschewistische Einheiten gekämpft hatten. Im Bürgerkrieg war die Brigade in Berlin und München eingesetzt worden. Militärisch war sie eine Eliteformation, politisch extrem regierungsfeindlich. Sie führte schwarz-weiss-rote Fahnen und gab gewohnheitsmässig Tagesparolen aus, mit denen die Minister zum Gespött gemacht wurden. Seit dem Januar 1920, als General von Lüttwitz sie auf den Truppenübungsplatz Döberitz bei Berlin verlegt hatte, trug sie das Hakenkreuz am Stahlhelm. Der Geist dieser Truppe war schon 1920 unverkennbar Geist vom Geiste der künftigen Waffen-SS.

Auf die Auflösungsverfügung vom 20. Februar reagierte die Brigade am folgenden Tage mit einer grossen Parade, zu der der Reichswehrminister nicht eingeladen wurde. General von Lüttwitz erklärte auf dieser Parade: «Ich werde nicht dulden, dass mir eine solche Kerntruppe in einer so gewitterschwülen Zeit zer schlagen wird.» Damit kündigte er der Regierung öffentlich den Gehorsam auf; und er meinte, was er sagte.

Einige Offiziere seines Stabes waren erschrocken und versuchten in den nächsten Tagen, Lüttwitz zu bremsen und abzulenken. Zunächst vermittelten sie eine Unterredung zwischen ihm und den Führern der beiden parlamentarischen Rechtsparteien. Diese hatten gerade eine eigene politische Aktion eingeleitet: Sie forderten die Auflösung der Nationalversammlung und Neuwahlen zum Reichstag, ein Kabinett von «Fachministern» und sofortige Volkswahl des Reichspräsidenten – vollkommen verfassungsmässige Forderungen, von denen sie sich aber jetzt, seit die «Welle von rechts» rollte, die Ausschaltung der SPD aus der Reichsführung versprechen durften. Sie hofften, diese Forderungen, die die Regierungsparteien verständlicherweise ablehnten, in den kommenden Wochen oder Monaten mit einer grossangelegten Propagandakampagne durchzusetzen. Einen Putsch

konnten sie daher im Augenblick nicht gebrauchen. Lüttwitz merkte sich ihre Forderungen, liess sich aber von seinen Staatsstreichplänen nicht abbringen: Im Gegensatz zu den Führern der Rechtsparteien glaubte er keine Zeit zu haben. Er wollte es nicht darauf ankommen lassen, seine beste Truppe zu verlieren. Er fühlte sich in Zugzwang.

In den nächsten Tagen geriet er noch stärker in Zugzwang, denn Noske entzog nunmehr die Brigade Ehrhardt seinem Oberbefehl und unterstellte sie der Marineführung, von der er hoffte, dass sie seinen Auflösungsbefehl durchführen werde. Lüttwitz ignorierte diese Anordnung, liess sich aber von seinen Stabsoffizieren bestimmen, ehe er es zum Äussersten trieb, um eine direkte Unterredung mit Ebert nachzusuchen. Ebert ging gutmütig darauf ein, den meuternden General zu empfangen («der alte Herr ist nun einmal wunderbar», sagte er). Am 10. März um 18 Uhr erschien Lüttwitz mit grossem Gefolge bei Ebert, der seinerseits Noske zugezogen hatte. Die Unterredung verlief katastrophal. «Mit grösster Heftigkeit und scharf» forderte Lüttwitz Neuwahlen und Fachminister, wie er es von den Führern der Rechtsparteien gelernt hatte, darüber hinaus aber seine eigene Ernennung zum Oberbefehlshaber der gesamten Reichswehr und die Zurücknahme der Auflösungsbefehle. Ebert und Noske wiesen diese Forderungen zurück, Ebert in väterlichem Ton und mit ausführlicher sachlicher Begründung, Noske gereizt und schroff: Er erwarte am nächsten Morgen das Abschiedsgesuch des Generals. Man trennte sich im Zorn.

Am nächsten Tage kein Abschiedsgesuch. Stattdessen begab sich Lüttwitz zu Hermann Ehrhardt nach Döberitz und fragte ihn, ob er mit seiner Brigade noch am gleichen Abend Berlin besetzen könne. Diese Frage musste Ehrhardt verneinen; er brauche einen Tag zur Vorbereitung. Aber am Sonnabendmorgen, dem 13. März, könne seine Brigade am Brandenburger Tor stehen. Dies wurde daraufhin beschlossen. Lüttwitz gab den Befehl zum Marsch auf Berlin. Ehrhardt traf seine Vorbereitungen.

Erst jetzt zog Lüttwitz die Verschwörergruppe der «Nationalen Vereinigung» ins Komplott – Kapp, Pabst, Ludendorff und ihre Mannschaft. Sie sollten am Sonnabend früh bereit sein, in Berlin die Regierung zu übernehmen. Die kurzfristige Aufforderung kam ihnen ziemlich ungelegen. Ihre eigenen Putschpläne waren noch nicht reif, in weiten Teilen des Reichs die organisatorischen Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen, keine Kabinettsliste aufgestellt. Aber da der Putschtermin nun einmal von Lüttwitz und Ehrhardt festgelegt war, fügten sich Kapp und die Seinen. Auch wurden sie selbst jetzt unter Zeitdruck gesetzt, denn an diesem Tag gingen Haftbefehle gegen sie heraus, die allerdings nicht ausgeführt wurden: Statt die Verschwörer zu verhaften, liess ihnen die Berliner Sicherheitspolizei

Vorwarnungen zukommen. Sie war ebenso «stramm national» eingestellt wie die Reichswehr.

Am folgenden Tag, Freitag, den 12. März, summt Berlin von Gerüchten. Sogar die Berliner Abendzeitungen brachten Meldungen von einem bevorstehenden Putsch der Brigade Ehrhardt. Nur Noske wollte immer noch nicht an den Ernst der Sache glauben – so hat er es jedenfalls später dargestellt; und zuzugeben ist ja, dass es in den vergangenen neun Monaten bereits mehrmals Putschpläne gegeben hatte, die im Sande verlaufen waren, und Putschgerüchte, die sich in nichts aufgelöst hatten. Immerhin traf Noske Vorsichtsmassnahmen: Er beorderte zwei Regimenter Sicherheitspolizei und ein Regiment Reichswehr ins Regierungsviertel, um es notfalls militärisch zu verteidigen. Damit glaubte er für alle Fälle vorgesorgt zu haben. Ihm stand die Enttäuschung seines Lebens bevor.

Denn noch an diesem Abend einigten sich sämtliche Offiziere der drei Regimenter darauf, den Befehl zur Verteidigung des Regierungsviertels nicht zu befolgen. Sie verständigten sich mit den Führern der übrigen um und in Berlin stationierten Truppenteile, dass keiner von ihnen einem entsprechenden Befehl gehorchen würde, und holten zur Sicherheit noch die Billigung Seeckts ein, der zwar keine direkte Kommandogewalt hatte, aber in seiner Eigenschaft als Generalstabschef natürlich hohe militärische Autorität genoss. Er gab seine Zustimmung mit den Worten, natürlich gehe es nicht an, «zwischen Berlin und Potsdam eine Felddienstübung mit scharfen Patronen abzuhalten». Die Legende hat diesem burchikosen Ausspruch (man hört förmlich den näselnden Kasinoton, in dem er vorgebracht wurde), später die markige Fassung gegeben: «Reichswehr schiesst nicht auf Reichswehr.»

In Wirklichkeit aber war Reichswehr durchaus bereit, auf Reichswehr zu schiessen. Kapitän Ehrhardt nämlich gab seiner Brigade an diesem Abend um 22 Uhr den Befehl, «kriegsmässig nach Berlin zu marschieren, *jeden Widerstand rücksichtslos zu brechen* und das Zentrum der Stadt mit den Ministerien zu besetzen». Vor der Ankunft in Berlin schärfte er seiner Truppe nochmals ein: «Kommt es zum Kampf mit den Truppen im Regierungsviertel, so soll mit äusserster Energie durchgegriffen werden.» Der putschende Teil der Reichswehr war also durchaus bereit, auf Reichswehr zu schiessen; nur diejenigen Reichswehreinheiten, die sich dem Putsch entgegenstellen sollten, waren es nicht. Der eine Teil der Reichswehr war entschlossen, die Regierung gewaltsam zu stürzen; der andere, sie nicht zu verteidigen. Beides war Meuterei. In dieser Nacht vom 12. zum 13. März 1920 fanden sich Ebert und Noske von ihrer bewaffneten Macht im Stich gelassen – nicht anders als Kaiser Wilhelm II. von der seinen am 9. November 1918.

Es wurde eine ereignisreiche Nacht. Seit abends 22 Uhr befand sich die Brigade Ehrhardt auf dem Marsch nach Berlin, in kriegsmässiger Formation mit Sicherungen wie beim Vormarsch in Feindesland, Sturmgepäck geschultert, Handgranaten im Koppel. Eine Stunde später war der Anmarsch der Brigade im Gruppenkommando in Berlin bekanntgeworden. Noske wurde telefonisch benachrichtigt. Zwei Generale der Kommandos, von Oven und von Oldershausen, fuhren der Brigade entgegen, angeblich (so ihre spätere Bekundung nach dem Scheitern des Putsches), um Ehrhardt in letzter Minute von seinem Vorhaben abzubringen; in Wahrheit wohl, um zwischen ihm und Noske einen letzten Vermittlungsversuch zu machen. Sie drangen unter Schwierigkeiten zu Ehrhardt durch und überredeten ihn, der Regierung, ehe er sie verhaftete, eine Gelegenheit zur Kapitulation zu geben: Annahme der Forderungen Lüttwitz' bis sieben Uhr früh; bis dahin würde er mit seinen Truppen vor der Siegestsäule stehen. Darauf erneutes Telefonat der beiden Generale mit Noske, der seinerseits kurz nach Mitternacht Ebert aufsuchte und von dem Ultimatum Ehrhardts informierte. Ebert rief auf vier Uhr morgens in der Reichskanzlei das Kabinett zusammen, Noske auf ein Uhr morgens im Reichswehrministerium in der Bendlerstrasse seine Kommandeure.

In der Kommandeursbesprechung verlangte Noske die Verteidigung der Ministerien; vergebens. Alle anwesenden Generale und Staboffiziere bis auf zwei weigerten sich, einen Schiessbefehl der Regierung auszuführen. Von Oven und von Oldershausen empfahlen Verhandlungen mit Ehrhardt. Andere machten Ausflüchte: Die Mannschaften würden einen Kampfbefehl nicht verstehen, oder: sie seien der Brigade Ehrhardt im Kampf nicht gewachsen. Seeckt dozierte über Kameradschaft und argumentierte, es sei immerhin besser, wenn Ehrhardt auf eine gleichgültige Reichswehr treffe, als wenn er «als Sieger einer gewonnenen Schlacht am Brandenburger Tor» in Berlin einziehe. Noske fasste bitter zusammen: «Sie wollen offenbar nicht kämpfen.» Als keiner widersprach, rief er aus: «Bin ich denn ganz verlassen?» Die Offiziere blieben stumm. Ein gebrochener Noske begab sich um vier Uhr morgens von der Bendlerstrasse zur Reichskanzlei, um dem Kabinett mitzuteilen, dass es schutzlos war. Zu seinem Adjutanten sprach er von Selbstmord.

Die Kabinettsitzung der übernächtigen Minister verlief chaotisch. Alles redete durcheinander und schrie einander an; Ebert, der den Vorsitz führte, versuchte vergeblich, eine einigermaßen geordnete Beratung zustande zu bringen. Und doch zeitigte diese Paniksitzung zwei wichtige Ergebnisse: das eine war der Entschluss zur Flucht aus Berlin; das andere der Aufruf zum Generalstreik.

Beide Beschlüsse wurden nicht einstimmig gefasst. Zunächst noch verhüllt durch die Aufregung und das Durcheinander des Augenblicks, öffnete sich in dieser Nacht der Riss zwischen den Sozialdemokraten und ihren bürgerlichen Koalitionspartnern, der sich schon lange angekündigt hatte. Der demokratische Vizekanzler Schiffer mit einigen bürgerlichen Ministern schloss sich der Flucht Eberts und der Regierung nicht an. Er wollte die Brücken zu den Meuterern nicht ganz abbrechen. Vor allem aber: Der Aufruf zum Generalstreik trug nur die Unterschriften Eberts und der sozialdemokratischen Minister. Die bürgerlichen Minister machten ihn nicht mit.

Dieser Aufruf war allerdings starker Tobak; auch für die Sozialdemokraten bedeutete er eine Kehrtwendung ohnegleichen. In ihrer Verzweiflung sprachen sie jetzt plötzlich wieder die Sprache der Revolution, die sie mit eben den Truppen, die jetzt ihre eigene Sicherheit bedrohten, ein Jahr zuvor blutig liquidiert hatten:

«Arbeiter! Genossen! Wir haben die Revolution nicht gemacht, um uns heute wieder einem blutigen Landsknechtsregime zu unterwerfen. Wir paktieren nicht mit den Baltikum-Verbrechern ... Es geht um alles! Darum sind die schärfsten Abwehrmittel geboten ... Legt die Arbeit nieder! Streikt! Schneidet dieser reaktionären Clique die Luft ab! Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik! Lasst allen Zwist beiseite! Es gibt nur ein Mittel gegen die Diktatur Wilhelms II: Lahmlegung jedes Wirtschaftslebens! Keine Hand darf sich mehr rühren! Kein Proletarier darf der Militärdiktatur helfen! Generalstreik auf der ganzen Linie! Proletarier, vereinigt euch! Nieder mit der Gegenrevolution!»

Der Aufruf, von den sozialdemokratischen Ministern ohne Zustimmung ihrer bürgerlichen Kollegen beschlossen, wurde während der Sitzung vom Pressechef der Reichsregierung abgefasst, der die Namen Eberts und der sozialdemokratischen Minister mit Bleistift daruntersetzte. Nur der Reichskanzler Bauer zeichnete das Papier noch eigenhändig ab, die anderen kamen nicht mehr dazu: Um 6.15 Uhr morgens wurde die Sitzung abgebrochen, und die Minister stürzten sich in die bereitgestellten Autos – nur zehn Minuten bevor die Kolonnen Ehrhardts mit rauhkehligen Gesang durchs Brandenburger Tor marschierten, wo eine Gruppe von Uniformierten und Zivilisten in Cutaway und Zylinder auf sie wartete: Lüttwitz, Ludendorff und Kapp mit ihrem Gefolge. Als Kapp und seine Leute die Reichskanzlei übernahmen, um die Bildung einer neuen Regierung «der Ordnung, der Freiheit und der Tat» zu proklamieren, fanden sie die Stühle noch warm.

Einen Tag lang, Sonnabend, den 13. März 1920, schien der Staatsstreich erfolgreich. Militärischer Widerstand zeigte sich nirgends. Die Berliner Truppen und ebenso die Sicherheitspolizei, die gesamte Marine, die Heereskommandos in Ostpreussen, Pommern, Brandenburg und Schlesien unterstellten sich in aller Form dem neuen, selbsternannten Oberbefehlshaber Lüttwitz und seinem Reichskanzler Kapp. Die bayerische Reichswehr benutzte die Gelegenheit, um auf eigene Faust die sozialdemokratische Landesregierung in München zu stürzen und eine neue Landesregierung einzusetzen – die berüchtigte Regierung von Kahr, unter der Hitler gross wurde und die sich bis zu dem zweiten Putsch vom November 1923 im Amt hielt, der bereits Hitlers Werk war. Im übrigen Reich erklärten sich die Wehrkreiskommandeure offiziell weder für noch gegen Klapp und Lüttwitz; aber ihre Neutralität war nicht echt: Sie warteten nur den Erfolg des Unternehmens ab. Innerlich sympathisierten sie alle mit der «neuen Regierung», und viele örtliche Kommandeure zeigten ihre Sympathie auch offen. Ähnlich war die Haltung der höheren Beamtschaft: äusserlich abwartend und neutral, innerlich überwiegend sympathisierend. Es ist später behauptet worden, an der Zurückhal-



13. März 1920: Bewaffnete Putschisten mit Reichskriegsflagge und Hakenkreuzen (!) auf dem Mannschaftswagen und den Helmen.

tung der Ministerialbürokratie seien Kapp und Lüttwitz gescheitert. Darüber kann man nur die Achseln zucken. Der zivile wie der militärische Staatsapparat (ausserhalb der «stramm nationalen» Ostprovinzen, die wie ein Mann Kapp und Lüttwitz folgten) zeigte bestenfalls hie und da ein gewisses vorsichtiges Zögern, aber er war durchweg vollkommen bereit, unter der «neuen Regierung» wie eh und je «seine Pflicht zu tun», wenn sich die Lage zu ihren Gunsten klären sollte.

Die «alte Regierung» führte inzwischen eine prekäre Flüchtlingsexistenz. Regieren konnte sie nicht mehr: Die flüchtigen Minister hatten keinen Apparat mehr, nicht einmal Schreibkräfte, nur noch das nackte Leben. Sie hatten sich zunächst nach Dresden begeben, wo General Maercker, Noskes alter «Städteeroberer», kommandierte. Bei ihm hofften sie Sicherheit zu finden. Maercker hatte jedoch nun am Sonnabendmorgen telegrafisch Befehl aus Berlin bekommen, die Minister bei ihrer Ankunft in «Schutzhaft» zu nehmen, und zeigte sich ganz willig, diesen Befehl auszuführen, wobei er nur höflich genug war, seinen Dienstvorgesetzten zu erklären, dass er sie wirklich nur zu ihrem Schutz verhafte. Nicht den Ministern, sondern dem zufällig in Dresden anwesenden Führer der Deutschen Volkspartei, Heinze, gelang es, ihn zunächst von seinem Vorhaben abzubringen. Später am Tage, nachdem er mit Entrüstung den Aufruf der Sozialdemokraten zum Generalstreik gelesen hatte, erschien er aber aufs Neue, um die Regierung nun doch zu verhaften. Die Minister mussten erst hoch und heilig versichern, ihre Namen seien ohne ihre Einwilligung unter «das Elaborat» gesetzt worden, ehe er sich noch einmal umstimmen liess. Auf ein drittes Mal wollten es Ebert und Noske aber lieber nicht ankommen lassen. Nach ihrem zweiten Abenteuer mit Maercker zog es die «alte Regierung» vor, weiter zu fliehen. Noch am selben Abend setzte sie sich nach Stuttgart ab, wo das Militär bisher ruhig geblieben war. Auch dort dauerte es aber mehrere Tage, bis der örtliche Kommandant offiziell seine Loyalität zur legalen Reichsregierung erklärte. Dies geschah erst, als der Generalstreik sein Werk getan hatte und die Stellung Kapps und Lüttwitz' unhaltbar geworden war.

Der Generalstreik, der in Berlin bereits am Sonntag, dem 14. März, mit voller Wucht einsetzte, am Montag das ganze Reich erfasste und alsbald die Putschregierung vollkommen lahmlegte, war der gewaltigste, den Deutschland je erlebt hat. Das gesamte Land kam zum Stillstand. Es gab keinen Eisenbahnverkehr, keinen Strassenbahnverkehr in den Städten, keine Postzustellung, keine Zeitungen. Alle Fabriken waren geschlossen. Der Behördenbetrieb erlahmte: Die unteren Beamten streikten, die höheren fanden in ihren Ämtern keine Möglichkeit, wirksa-

me Arbeit zu tun. In Berlin gab es nicht einmal mehr Wasser, Gas und elektrisches Licht. Die Menschen standen in langen Schlangen vor altertümlichen Brunnen und Pumpen nach Trinkwasser an.

Der Generalstreik nahm der Putschregierung in Berlin vom zweiten Tag ihrer Existenz an jede Möglichkeit zu regieren. Alle Verbindungen zwischen Hauptstadt und Provinzen waren abgeschnitten. Auch in Berlin selbst verloren Militär und Bürokratie die Bevölkerung rapide aus dem Griff. Der «neuen Regierung» waren die Sehnen und die Stimmbänder durchgeschnitten; die Staatsmaschine lief leer.

Selbst mit den örtlichen Truppenteilen gab es Verbindung nur noch durch Kuriere und Meldegänger. Vergeblich verfassten Kapp und seine Mitarbeiter begütigende Aufrufe zur Wiederaufnahme der Arbeit, vergeblich versprachen sie Neuwahlen, vergeblich dekretierten sie die Todesstrafe für Streikführer, vergeblich nahmen sie das Dekret wieder zurück. Nichts von alledem drang über das Berliner Regierungsviertel hinaus. Die Putschregierung in Berlin war nach drei Tagen Generalstreik ebenso ohnmächtig geworden wie die Exilregierung in Stuttgart. Beide beherrschten nur noch ihre Vorzimmer.

In dieser Generalstreikswoche vom 14. zum 21. März 1920 wiederholte das deutsche Proletariat noch einmal seine Leistung der Revolutionswoche vom 4. zum 10. November 1918. Die Ähnlichkeit der beiden gewaltigen Vorgänge ist überwältigend. Wie damals spielte sich überall in Deutschland das gleiche ab – ohne zentrale Planung und Führung, aus einer spontanen Solidarität des Denkens und Fühlens heraus. Wie damals war der Charakter der Massenaktion nicht sozialistisch, sondern demokratisch und antimilitaristisch: Der Generalstreik jetzt wie die Revolution damals richtete sich gegen eine Militärherrschaft und glaubte, der zivilen Regierung gegen das Militär zu Hilfe zu kommen. Wie damals bestand die grosse Masse der Streikenden aus Sozialdemokraten. Nur die sozialdemokratischen Minister hatten ja auch zum Streik aufgerufen. Die Unabhängigen weigerten sich zunächst, sich dem Streikaufruf anzuschliessen. («Die SPD hat uns wie Hunde behandelt», erklärte einer ihrer Wortführer, Crispian, der Berliner Gewerkschaftsleitung in Berlin am 13. März, «da kann sie nicht von uns verlangen, jetzt alles zu vergessen.») Die Berliner KPD-Zentrale, deren Leiter damals Ernst Reuter war, der spätere Westberliner Bürgermeister der Blockadezeit, gab am selben Tag sogar einen Aufruf *gegen* den Streik heraus: «Keinen Finger rühren für die in Schmach und Schande untergegangene Regierung der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs!» Das alles blieb ohne die geringste Wirkung: Auch die USPD- und KPD-Anhänger streikten wie ein Mann, und den Parteifüh-

ern blieb schliesslich nichts anderes übrig, als sich ihren Mannschaften anzuschliessen. Jetzt, da der Augenblick der Wahrheit da war, die Gegenrevolution ohne Maske dastand und auch die SPD wieder die Sprache der Revolution gefunden hatte, schien für die Arbeitermassen alles, was seit dem 9. November 1918 geschehen war, nicht mehr zu zählen. Die Stunde der sozialistischen Einheit schien noch einmal geschlagen zu haben. Auch darin, dass sie die Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien als selbstverständlich ansah, glich die Massenerhebung des März 1920 noch einmal der des November 1918.

In Sachsen, Thüringen und vor allem im Ruhrgebiet ging der Streik im Laufe der Woche in bewaffnete Revolution über. Den Anlass gaben örtliche Reichswehrkommandeure, die «sich auf den Boden der neuen Regierung stellten», auf den Kasernen schwarz-weiss-rote Fahnen hissten und Streikposten verhafteten. Sie trafen auf Widerstand; aus örtlichen Schiessereien entwickelten sich Gefechte und Strassenschlachten mit unterschiedlichem Ausgang. Der Bürgerkrieg des Frühjahrs 1919 erneuerte sich noch einmal, und diesmal war das Kräfteverhältnis verändert. Damals hatten die Freikorps die Reichsgewalt verkörpert, jetzt vertraten sie den Aufruhr; damals waren die kämpfenden Arbeiter oft uneins und unsicher gewesen, jetzt waren es eher ihre militärischen Gegner; damals waren die kämpfenden Arbeiter in dem Landesteil, wo es jeweils zum Kampf kam, allein und auf sich selbst gestellt gewesen, jetzt gab ihnen der Generalstreik im ganzen Lande Rückhalt; vor allem aber kämpften sie jetzt mit viel grimmigerer Entschlossenheit, Erbitterung und Verzweiflung als ein Jahr zuvor. Sie hatten inzwischen den weissen Terror kennengelernt, sie wussten, was ihnen bevorstand, wenn sie geschlagen wurden. Die Revolution, die sich im März 1920 «rasselnd wieder in die Höh' richtete» und den schon verlorenen Kampf noch einmal aufnahm, war nicht mehr so gutmütig, wie sie in der Siegesstimmung des November 1918 gewesen war.

In Sachsen und Thüringen behielt trotzdem das Militär schliesslich nach wechselvollen blutigen Kämpfen die Oberhand. Im Ruhrgebiet aber geschah ein militärisches Wunder. Nach den ersten siegreichen Gefechten rollte eine improvisierte Rote Armee wie eine Lawine durch das Revier. Am 17. März eroberte sie Dortmund, am 18. Hamm und Bochum, am 19. Essen. Darauf ordnete das Wehrkreiskommando in Münster den Rückzug der demoralisierten Garnisonen auch aus Düsseldorf, Mülheim, Duisburg, Hamborn und Dinslaken an. Am Ende der Streikwoche stand das ganze Ruhrgebiet unter der Herrschaft der bewaffneten Arbeiter.

Aber gerade diese unerwartete Machtentfaltung der erneuerten Revolution wurde ihr zum Verhängnis. Die Kapp-Regierung war zwar angesichts des Gene-

An Alle!

Zur weitgehendsten Verbreitung!

Ausflüchtige Nachricht vom 15. 3. 20. 12 Uhr mittags.

Die Lage ist gut! Die alte Regierung will die Aufforderung zum Generalkrieg widerrufen, da sie dies Unrecht am deutschen Volk eingesehen hat.

Verhandlungen zwischen alter und neuer Regierung haben begonnen und sind in gutem Fortschreiten. Die Bildung der neuen Regierung auf breiterer demokratischer Basis ist in kürzester Zeit zu erwarten, sie war bisher verzögert durch den Abzug der alten Regierung zum Generalkrieg.

Im Bereich des Reichswehregruppenkommandos stehen alle Reichswehr- und Sicherheits-Truppen mit geringen sächsischen Ausnahmen auf Seiten der neuen Regierung. Aus dem Bereich des Reichswehregruppenkommandos 2 kommen zahlreiche Zustimmungserklärungen.

In Bayern ist die alte Regierung zurückgetreten und durch eine Regierung auf breiter Basis ersetzt.

Der Reichsanzler.

1933.

Zu dem Zeitpunkt, an dem dieses Flugblatt der Putschregierung verbreitet wird, sind ihre Stunden bereits gezählt.

ralstreiks nicht zu halten; das wurde ihren militärischen Hintermännern nach wenigen Tagen klar. Aber die Angst vor der schon endgültig besiegt geglaubten Revolution, die nun plötzlich wieder ihr Haupt erhoben hatte, einte im Laufe weniger Tage wieder die Gegner vom 13. März. Gegen die Revolution fanden bürgerlicher Staat und militärische Rebellen rasch wieder zusammen. Und es dauerte nicht lange, bis auch die SPD in diese Einheitsfront einschwenkte und die Revolution zum zweiten Male verriet.

Am 13. März hatte Kapp den in Berlin verbliebenen Vizekanzler Schiffer ebenso wie die Minister der preussischen Staatsregierung in Schutzhaft nehmen lassen, aber schon am nächsten Tage – der Generalstreik hatte begonnen – waren sie wieder frei, und einen weiteren Tag später begann man zu verhandeln. In die Verhandlungen schalteten sich die Führer der beiden bürgerlichen Rechtsparteien, Oskar Hergt und Stresemann, ein, und dabei zeigte sich eine instinktive Gemeinsamkeit aller vier bürgerlichen Parteien. Alle vier waren sich darüber einig, dass die Hauptgefahr jetzt «der Bolschewismus» sei und die Hauptaufgabe, das Offizierskorps «zurückzugewinnen». Vizekanzler Schiffer sprach aus, was alle dachten, als er formulierte, es sei nicht wünschenswert, dass Kapp und Lüttwitz durch eine «Meuterei» ihrer Truppen oder durch den Generalstreik gestürzt würden; beides führe zum «Bolschewismus». Vielmehr müssten Kapp und Lüttwitz zum freiwilligen Rücktritt bewogen werden; man müsse ihnen goldene Brücken bauen. In diesen Tagen bildete sich in Berlin bereits eine stillschweigende Koalition der vier bürgerlichen Parteien heraus – die Koalition des Bürgerblocks, die wenige Monate später die Regierung der Weimarer Republik übernehmen und mit kurzen Unterbrechungen bis zu ihrer Auflösung in der Hand behalten sollte. Der Kompromiss mit den militärischen Rebellen, der den Kapp-Putsch schliesslich ohne Sieger und Besiegte beilegte, war ihre erste politische Tat.

Für den freiwilligen Rücktritt Kapps und Lüttwitz' boten die vier Parteien, mit Zustimmung auch einiger in Berlin gebliebener sozialdemokratischer Politiker, Neuwahlen, Kabinettsumbildung und eine Amnestie für alle Putschteilnehmer. Die Rebellen pokerten. Zunächst zogen sie nur Kapp zurück, der sich ohnehin in ihren Augen als Versager erwiesen hatte. Lüttwitz versuchte noch einen Tag, als Militärdiktator zu bleiben. Dann aber sah er sich, ähnlich wie einige Tage zuvor Noske, von seinen Kommandeuren verlassen. Auch sie fanden jetzt, dass es Zeit sei, die Einheitsfront gegen den «Bolschewismus» wiederherzustellen. Sie schlugen Vizekanzler Schiffer, der nun in Berlin die Regierungsgeschäfte führte – nominell immer noch im Namen der Weimarer Koalition, in Wirklichkeit bereits

mit der Deckung der bürgerlichen Parteien –, den General von Seeckt zum Oberbefehlshaber der Reichswehr vor, und Schiffer ernannte ihn im Namen Eberts.

Durchweg waren die Verhandlungen in den freundlichsten Formen verlaufen. Der Hauptunterhändler der Rebellen war der Liebknecht- und Luxemburg-Mörder Hauptmann Pabst, den Lüttwitz noch am 13. März zum Major ernannt hatte (die Ernennung wurde nie rückgängig gemacht). Als er zur Eröffnung der Verhandlungen am 16. März abends bei Schiffer erschien, war ihm von diesem zunächst ein gutes Abendbrot vorgesetzt worden. «So entstand immerhin eine Stimmung, die dem Ernst der Situation nicht ganz adäquat war, aber sie nicht ungünstig beeinflusste», notierte der Vizekanzler später. Als Pabst ihm zwei Tage später Lüttwitz' Abschiedsgesuch überbrachte – das dieser im Namen des Reichspräsidenten unter Bewilligung der Pensionsansprüche sofort annahm –, empfahl Schiffer, Pabst möge sich bis zur Regelung der Amnestiefrage durch die Nationalversammlung in Sicherheit bringen und dies Lüttwitz ebenfalls anraten. «Schiffer bot sogar für beide falsche Pässe und Geld an, was Pabst dankend ablehnte. Mit falschen Pässen hatten sich die Putschisten bereits von ihren Freunden im Polizeipräsidium versorgen lassen.» Dies berichtet Johannes Erger in seiner neuen detaillierten Studie *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch* auf Grund übereinstimmender Bekundungen der beiden Beteiligten.

Noch besser als Pabst und Lüttwitz wurde Ehrhardt behandelt. Der neue Reichswehrchef Seeckt «sprach sich nach einer Unterredung mit Ehrhardt in einem Tagesbefehl vom 18.3. lobend über die Disziplin der Brigade aus, erkannte an, dass sie in dem Glauben gehandelt habe, vaterländischen Interessen zu dienen», und sicherte Ehrhardt am 19.3. schriftlich Schutz vor Verhaftung zu, solange die Brigade ihm unterstehe» (Erger). Erst daraufhin marschierte die Brigade aus Berlin ab – mit Gesang und fliegenden Fahnen, wie sie einmarschiert war. Als am Brandenburger Tor aus einer unfreundlichen Menschenansammlung Buhrufe laut wurden, feuerte sie kurz entschlossen mit Maschinengewehren in die Menge hinein. Es war ihr Abschiedsgruss an das rote Berlin. Zwölf Tote und dreissig Schwerverletzte blieben auf dem Pflaster des Pariser Platzes.

Die Reichsregierung konnte nun aus Stuttgart nach Berlin zurückkehren. Ihre erste Sorge war die Beendigung des Generalstreiks, der noch andauerte, ihre zweite die Entwaffnung der Roten Armee, die immer noch das Ruhrgebiet besetzt hielt. Wie von selbst fanden die sozialdemokratischen Minister, die in der Stunde der Not noch einmal die Revolution zu Hilfe gerufen hatten und tatsächlich von ihr gerettet worden waren, wieder in ihre alte Rolle als Feigenblatt der Gegenrevolution zurück. Den Gewerkschaftsführern, die zögerten, den Generalstreik zu

Aufruf der Reichskanzlei

Kapp und Lüttwitz sind zurückgetreten.

Das verbrecherische Abenteuer in Berlin ist beendet.

Vor der ganzen Welt ist im Kampfe der letzten Tage der unwiderlegliche Beweis geführt worden, daß die Demokratie in der deutschen Republik keine Täuschung ist, sondern die alleinige Macht, die auch mit dem Versuch der Militärdiktatur im Handumdrehen fertig zu werden versteht.

Das Abenteuer ist beendet!

Der verbrecherisch unterbrochene Aufbau von Staat und Wirtschaft muß wieder aufgenommen und zum Erfolg geführt werden. Dazu ist vor allem nötig, daß die Arbeiterschaft ihre starke Waffe, den

Generalstreik niederlegt.

In zahlreichen Städten ist die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Nun gilt es, alle Teile der Wirtschaft wieder in Gang zu setzen.

Zu allererst die Kohlenförderung, ohne die es überhaupt kein Wirtschaftsleben gibt. Arbeiter, seid jetzt ebenso tatkräftig und friedfertig zur Stelle wie bei der Abwehr der Volksverführer! Jeder Mann an die Arbeit!

Die Reichsregierung wird mit aller Kraft die Aufnahme des Wiederaufbaues fördern,

die Hochverräter

die Euch zum Generalstreik gezwungen haben,

der strengsten Bestrafung zuführen

und dafür sorgen, daß nie wieder eine Soldateska in das Geschick des Volkes eingreifen kann.

Den Sieg haben wir gemeinsam errungen! Ans Werk!

Der Reichspräsident.

Ebert.

Die Reichsregierung.

Bauer.

beenden, machten sie noch Versprechungen, deren Unerfüllbarkeit sie bereits kannten, wie strengste Bestrafung der am Putsch Beteiligten, oder die sie gar nicht erfüllen wollten, wie Einreihung der Arbeiter in die Sicherheitswehren. Den Rotarmisten an der Ruhr liessen sie ein kurzfristiges Ultimatum zur Waffenniederlegung stellen. Dann überliessen sie die Erledigung der «auf den Boden der Verfassung zurückgekehrten» Reichswehr. Die Reichswehr setzte, wohl nicht unabsichtlich, zu diesem Zweck hauptsächlich Verbände ein, die unter Kapp und Lüttwitz gegen die Revolution aufgestanden waren; unter anderen die Freikorps Epp, Pfeffer, Lützow, Lichtschlag und Rossbach sowie die Marinebrigade Löwenfeldt, eine Schwestertruppe der Brigade Ehrhardt. Sie sollten sich nun wieder bewähren dürfen. Wie sie es taten, davon zeugt der Brief eines Angehörigen der Brigade Epp:

«An das Reservelazarett I, Station 9.
Wischerhöfen, den 2. April 20

Liebe Schwestern und Kranke!

Bin nun endlich bei meiner Kompanie. Gestern Vormittag kam ich zu meiner Kompanie, und nachmittags ein Uhr machten wir den ersten Sturm. Wenn ich Euch alles schreiben würde, da würdet Ihr sagen, das sind Lügen. Pardon gibt es überhaupt nicht. Selbst die Verwundeten erschiessen wir noch. Die Begeisterung ist grossartig, fast unglaublich. Unser Bataillon hat zwei Tote. Die Roten 200 bis 300. Alles, was uns in die Hände kommt, wird mit dem Gewehrkolben zuerst abgefertigt und dann noch mit der Kugel. Ich dachte während des ganzen Gefechtes an Station A. Das kommt nämlich daher, dass wir auch zehn Rote-Kreuz-Schwestern sofort erschossen haben, von denen jede eine Pistole bei sich trug. Mit Freuden schossen wir auf diese Schandbilder, und wie sie geweint und gebeten haben, wir sollten ihnen das Leben lassen. Nichts! Wer mit einer Waffe getroffen wird, der ist unser Gegner und muss dran glauben. Gegen die Franzosen waren wir im Felde viel humaner. Wie geht es sonst im Lazarett? – Die Bevölkerung gibt uns alles. In den Wirtschaften werden wir oft 20 bis 30 Mann freigehalten. Meine Adresse ist: Oberjäger Max Ziller, Student, 11. Kompanie, Brigade Epp, Post Rokow in Westfalen.»

So endete der Kapp-Putsch: mit einem mörderischen Strafgericht der immer noch sozialdemokratisch geführten Regierung über ihre Retter, ausgeführt von denen, vor denen sie gerettet worden war.

Aber die SPD musste sich nun selbst dem Gericht ihrer Anhänger stellen. Die Neuwahlen, die den Putschisten zugestanden worden waren, liessen sich nicht mehr aufschieben. Noch im April wurde die Nationalversammlung aufgelöst, am 6. Juni der neue Reichstag gewählt. Bei dieser Wahl erhielt die SPD die Quittung für ihren grossen Verrat an der Revolution, den sie nach dem Kapp-Putsch noch einmal so eindrucksvoll bestätigt hatte. Sie verlor auf einen Schlag mehr als die Hälfte ihrer Anhänger.

Im Januar 1919, bei den Wahlen zur Nationalversammlung, hatten noch zwölf-einhalb Millionen SPD gewählt. Jetzt fanden sich nur noch fünfeinhalb Millionen SPD-Wähler. Der Zusammenbruch der SPD beraubte auch die Weimarer Koalition ihrer parlamentarischen Mehrheit – für immer. Es begann die Epoche der Bürgerblockregierungen, die bis zum Ende der Weimarer Republik andauerte und nach der Gründung der Bonner Bundesrepublik wiederaufgenommen wurde.

Die Sternstunde der SPD, ein halbes Jahrhundert lang erwartet, war gekommen und gegangen. Seitdem ist ein weiteres halbes Jahrhundert vergangen, und sie ist nicht wiedergekommen.

«Was man von der Minute ausgeschlagen,
gibt keine Ewigkeit zurück.»

15

Drei Legenden

Wohl über keinen historischen Vorgang ist so viel gelogen worden wie über die deutsche Revolution von 1918. Drei Legenden insbesondere haben sich als zählebig bis zur Unausrottbarkeit erwiesen.

Die erste ist besonders beim deutschen Bürgertum – auch heute noch – weit verbreitet. Sie besteht ganz einfach in der Leugnung der Revolution. Eine wirkliche Revolution, so kann man immer noch vielfach hören, habe in Deutschland 1918 gar nicht stattgefunden. Alles, was sich wirklich abgespielt hat, war ein Zusammenbruch. Nur die momentane Schwäche der Ordnungsgewalten im Augenblick der Niederlage liess eine Matrosenmeuterei als Revolution erscheinen.

Wie falsch und blind das ist, das sieht man auf einen Blick, wenn man 1918 mit 1945 vergleicht. Da allerdings gab es wirklich nur einen Zusammenbruch.

Gewiss gab 1918 eine Matrosenmeuterei den Anstoss zur Revolution, aber eben nur den Anstoss. Das Ausserordentliche war eben dies: dass eine blosser Matrosenmeuterei in der ersten Novemberwoche 1918 ein Erdbeben auslöste, das ganz Deutschland erschütterte; dass das gesamte Heimatheer, die gesamte städtische Arbeiterschaft, in Bayern überdies noch ein Teil der Landbevölkerung sich erhob. Diese Erhebung aber war keine blosser Meuterei mehr, sie war eine echte Revolution. Es ging dabei nicht mehr, wie noch am 29. und 30. Oktober bei der Hochseeflotte auf Schilling-Reede, nur um Gehorsamsverweigerung. Worum es ging, das war der Sturz einer herrschenden Klasse und die Umgestaltung eines Staats. Und was ist eine Revolution, wenn nicht genau dies?

Wie jede Revolution stürzte auch diese eine alte Ordnung und setzte an ihre Stelle die Anfänge einer neuen. Sie war nicht nur zerstörerisch, sie war auch schöpferisch. Ihre Schöpfung waren die Arbeiter- und Soldatenräte. Dass dabei nicht alles glatt und ordentlich zunging, dass die neue Ordnung nicht sofort so reibungslos funktionierte wie die gestürzte alte, dass auch Unschönes und Lächerliches mitunter lief – in welcher Revolution wäre das anders gewesen? Und dass die Revolution natürlich in einem Augenblick der Schwäche und Blamage der alten Ordnung losbrach und ihren Sieg zum Teil dieser Schwäche verdankte, ist ebenfalls eine Selbstverständlichkeit.

Das ist in keiner Revolution der Geschichte anders gewesen.

Dagegen muss man sogar als einen besonderen Ruhmestitel der deutschen Novemberrevolution von 1918 ihre Selbstdisziplin, Gutmütigkeit und Menschlichkeit verbuchen, die umso bemerkenswerter ist, als die Revolution fast überall das spontane Werk führerloser Massen war. Der eigentliche Held dieser Revolution sind die Massen gewesen – der Zeitgeist hat das genau herausgespürt: Nicht zufällig waren die Höhepunkte deutscher Theater- und Filmkunst in jenen Jahren grossartige Massenszenen, nicht zufällig hiess Ernst Tollers damals berühmtes Revolutionsdrama *Masse Mensch*. Als revolutionäre Massenleistung steht der deutsche November 1918 weder hinter dem französischen Juli 1789 noch hinter dem russischen März 1917 zurück.

Dass die deutsche Revolution kein Hirngespinnst und kein Phantom war, sondern eine lebendige und robuste Wirklichkeit, dafür gibt es schliesslich noch ein anderes Zeugnis: die Ströme von Blut, die es im ersten Halbjahr 1919 kostete, sie zurückzurollen und niederzuschlagen.

Wer die Revolution niedergeschlagen hat, daran gibt es keinen Zweifel. Es war die Führung der SPD, es war Ebert mit seiner Mannschaft. Auch daran gibt es keinen Zweifel, dass die SPD-Führer, um die Revolution niederschlagen zu können, sich zunächst an ihre Spitze gestellt hatten, dass sie sie also verrieten. In den Worten des unbestechlichen sachverständigen Zeugen Ernst Troeltsch: Die SPD-Führer «adoptierten um der Wirkung auf die Massen willen die Revolution, die sie nicht gemacht hatten und die von ihrem Standpunkt aus eine Fehlgeburt war, als ihr eigenes, lange verheissenes Kind.»

Hier gilt es genau zu sein; hier zählt jedes Wort. Es trifft zu, dass die SPD-Führer die Revolution nicht gemacht und nicht gewollt hatten. Aber es ist ungenau, wenn Troeltsch sagt, dass sie sie nur «adoptierten». Die Revolution wurde von ihnen nicht nur «adoptiert», sie war wirklich ihr eigenes, lange verheissenes Kind. Sie hatten sie wirklich fünfzig Jahre lang gepredigt und versprochen. Auch wenn «ihr eigenes, lange verheissenes Kind» für die SPD jetzt ein unerwünschtes Kind geworden war: Sie war und blieb seine leibliche Mutter; und als sie es tötete, war das Kindstötung.

Wie jede Kindesmörderin sich auf eine Totgeburt oder Fehlgeburt herauszureden versucht, so auch die SPD. Das ist der Ursprung der zweiten grossen Legende über die deutsche Revolution: dass sie nicht die von den Sozialdemokraten seit fünfzig Jahren proklamierte Revolution gewesen sei, sondern eine bolschewistische Revolution, ein russischer Importartikel, und dass die SPD Deutschland vor dem «bolschewistischen Chaos» bewahrt und gerettet habe (nebenbei: der Aus-

druck «bolschewistisches Chaos» ist in sich selbst eine terminologische Lüge; Bolschewismus, was immer gegen ihn einzuwenden ist, ist das Gegenteil von Chaos, nämlich straffste, diktatorische, wenn man will: tyrannische Ordnung).

Diese Legende, von den Sozialdemokraten erfunden, wird von den Kommunisten, gewollt oder ungewollt, gestützt: Denn sie nehmen das ganze Verdienst an der Revolution für die KPD oder ihre Vorgängerin, die Spartakusgruppe, in Anspruch und bestätigen also ruhmredig, was die Sozialdemokraten als Rechtfertigung für sich selbst und Anklage gegen die Revolution vorbringen: dass die Revolution des November 1918 eine kommunistische (oder «bolschewistische») Revolution gewesen sei.

Aber auch wenn Sozialdemokraten und Kommunisten ausnahmsweise einmal das gleiche sagen, wird es dadurch noch nicht wahr. Die Revolution von 1918 war kein russischer Importartikel, sie war deutsches Eigengewächs; und sie war keine kommunistische, sie war eine sozialdemokratische Revolution – genau die Revolution, die die SPD fünfzig Jahre lang vorausgesagt und gefordert, auf die sie ihre Millionen Anhänger vorbereitet und als deren Organ sie sich ihnen ihr Leben lang angeboten hatte.

Das ist leicht zu beweisen. Nicht die zahlenmässig und organisatorisch ganz unzulängliche Spartakusgruppe machte die Revolution, sondern Millionen sozialdemokratisch wählende Arbeiter und Soldaten. Die Regierung, die diese Millionen forderten – auch noch im Januar 1919 wie vorher schon im November 1918 –, war nicht eine spartakistische oder kommunistische Regierung, sondern eine Regierung der wiedervereinigten Sozialdemokratischen Partei. Die Verfassung, die sie erstrebten, war keine Diktatur des Proletariats, sondern eine proletarische Demokratie: Das Proletariat, nicht das Bürgertum wollte die herrschende Klasse sein, aber es wollte demokratisch herrschen, nicht diktatorisch. Die entmachteten Klassen und ihre Parteien sollten parlamentarisch mitreden dürfen, ungefähr so, wie im Wilhelminischen Reich die Sozialdemokraten hatten parlamentarisch mitreden dürfen.

Auch die Methoden der Revolution waren – vielleicht zu ihrem Schaden – alles andere als bolschewistisch oder leninistisch. Sie waren, genau betrachtet, nicht einmal marxistisch, sondern lassalleanisch: Der entscheidende Machthebel, nach dem die revolutionären Arbeiter, Matrosen und Soldaten griffen, war nicht, wie es marxistischer Lehre entsprochen hätte, das Eigentum an den Produktionsmitteln, sondern die Staatsgewalt. Damit betreten sie, wie es im sozialdemokratischen Kampflied hiess, «die Bahn, die uns geführt Lassalle».

Die revolutionären Massen griffen, wie es der Wegbereiter der Sozialdemokratie, Ferdinand Lassalle – nicht Marx – in den achtzehnhundertsechziger Jahren

gefordert hatte, nach der Staatsmacht, nicht nach der Wirtschaftsmacht. Sie besetzten nicht die Fabriken, sondern die Ämter und Kasernen. Sie wählten als «Volksbeauftragte» die sozialdemokratischen Führer.

Und diese Führer benutzten, nachdem sie sich von der Revolution die Staatsgewalt hatten übertragen lassen, diese Gewalt, um die Revolution – ihre eigene, lange verheissene, endlich Wirklichkeit gewordene Revolution – blutig niederzuschlagen. Sie richteten die Kanonen und Maschinengewehre auf ihre eigenen Anhänger. Was der Kaiser vergeblich versucht hatte – das zurückkehrende Feldheer auf die revolutionären Arbeiter loszulassen –, das versuchte von Anfang an auch Ebert. Und als ihm dies ebenso wenig gelang, zögerte er nicht, noch einen Schritt weiterzugehen und die extremsten Anhänger der militanten Gegenrevolution, die Feinde der bürgerlichen Demokratie, ja seine eigenen Feinde, die Vorläufer des Faschismus in Deutschland, zu bewaffnen und gegen seine arglosen Anhänger zu mobilisieren.

Das ist die Tatsache: Was die SPD blutig niedergeworfen hat und wovor sie also, wenn man so will, Deutschland «bewahrt» oder «gerettet» hat, ist keine kommunistische Revolution, sondern eine sozialdemokratische. Die sozialdemokratische Revolution, die in Deutschland 1918 stattfand, ist, wie es schon Prinz Max von Baden in der Woche vor dem 9. November ahnungsvoll erhofft hatte, «erstickt» worden – in ihrem Blut erstickt; aber nicht von den Prinzen und Monarchen, die sie gestürzt, vielmehr von ihren eigenen Führern, die sie vertrauensvoll an die Macht getragen hatte. Sie ist mit äusserster, rücksichtslosester Gewalt niedergeschlagen worden, nicht von vorn, in ehrlichem Kampf: von hinten, durch Verrat.

Ganz gleich, auf welcher Seite man dabei steht und ob man das Ergebnis bedauert oder begrüsst: Es ist ein Vorgang, der den Namen Ebert und Noske eine unrühmliche Unsterblichkeit sichert. Zwei Urteile, damals ausgesprochen und von denen, die sie aussprachen, mit ihrem Leben besiegelt, hallen immer noch durch die Jahrzehnte. Der sozialdemokratische Parteiveteran und Parteihistoriker Franz Mehring sagte im Januar 1919, kurz ehe er an gebrochenem Herzen starb: «Tiefer ist noch keine Regierung gesunken.» Und Gustav Landauer, nicht lange vor seinem Tode unter den Händen – genauer: unter den Stiefeln – der Freikorpsoldaten Noskes: «In der ganzen Naturgeschichte kenne ich kein ekelhafteres Lebewesen als die Sozialdemokratische Partei.»

Es macht Ebert und Noske nicht sympathischer, dass sie keine Schurken grösseren Formats waren, sondern Biedermänner. Das Monströse ihrer historischen Tat findet keine Entsprechung in ihrem privaten Charakter.

Wenn man nach ihren Motiven sucht, findet man nichts Dämonisches oder Satanisch-Grossartiges, nur Banales: Ordnungsliebe und kleinbürgerliches Strebertum. Dass sie die Unordnung, die nun einmal mit jeder Revolution verbunden ist, ehrlich verabscheuten und mit beinahe panischer Angst fürchteten, kann man ihnen ohne Weiteres glauben, auch wenn sie merkwürdigerweise keine solche Furcht vor der ebenso grossen – und blutigeren – Unordnung der Gegenrevolution hatten. Tiefer aber noch als die Ordnungspanik sass wohl in ihnen der Stolz des Kleinbürgers, der sich plötzlich zur grossen Welt zugelassen – mehr noch, von der grossen Welt zu Hilfe gerufen sieht. Dass bürgerliche Parlamentskollegen die «vaterlandslosen Gesellen» von einst plötzlich mit Respekt behandelten, dass Männer wie Groener und Prinz Max ihnen eine schmeichelhafte Vertraulichkeit, dass gar der Kaiser und Hindenburg eine gnädige Herablassung bezeigten, dass alle diese einst Gefürchteten und Beneideten in ihrer Not jetzt Ebert und die Seinen als ihren letzten Rettungsanker anerkannten – das erzeugte in den so Geehrten eine warme Woge zutraulicher und stolzer Loyalität, der sie jedes Opfer brachten, auch tausendfache Menschenopfer. Sie opferten diejenigen, die ihnen folgten und vertrauten, freudig denen, von denen sie sich begönntert fanden. Das Scheussliche wurde mit treuherzig aufblickendem Biedersinn getan.

Ebert vertraute den Generalen, Prinzen und Grossbürgern, die ihm «das Deutsche Reich ans Herz legten», dabei ebenso arglos, wie die sozialdemokratischen Arbeiter, Matrosen und Soldaten, die die Revolution machten, ihm vertrauten. Und so wie er die Revolution verriet, so verrieten die, die er mit seinem Verrat bediente, nach getaner Arbeit ihn. Das Mittel, mit dem sie das taten, war die dritte der drei grossen Legenden über die deutsche Revolution: die Dolchstosslegende.

Die Behauptung, dass die sozialdemokratische Revolution die deutsche Niederlage verschuldet und «die siegreiche Front von hinten erdolcht» habe, wurde von Hindenburg und Ludendorff öffentlich aufgestellt, sowie Ebert und Noske mit der Niederwerfung der Revolution fertig geworden waren, und sie wurde vom deutschen Bürgertum ein Vierteljahrhundert lang geglaubt.

Diese Behauptung war selber ein Dolchstoss – ein Dolchstoss in den Rücken der sozialdemokratischen Führer, denen das kaiserliche Deutschland im Oktober und November 1918 seine Niederlage angehängt und seine Rettung anvertraut hatte. (Ludendorff: «Sie sollen die Suppe jetzt essen ...»)

Nachdem sie die Niederlage loyal auf sich genommen hatten (Ebert zu den heimkehrenden Truppen: «Kein Feind hat euch überwunden ...») und dem deut-

schen Bürgertum den Leichnam der Revolution apportierend zu Füßen gelegt hatten, bekamen sie ihren Lohn in Form der Dolchstosslegende. Ebert selbst wurde in den folgenden Jahren mit dem vollkommen unbegründeten, aber unablässig wiederholten und gerichtlich sanktionierten Vorwurf des Landesverrats buchstäblich zu Tode gehetzt.

Man könnte Mitleid mit ihm empfinden, wenn in der Art, wie sich die Geschichte an ihm rächte, nicht auch eine raffinierte Gerechtigkeit läge. Es gibt eine Ballade der Annette von Droste-Hülshoff, die Eberts Schicksal aufs Genaueste vorzeichnet:

Jemand hat bei einem Schiffbruch einen Mitpassagier ermordet, indem er ihn von der rettenden Planke gestossen hat. Zufällig hat sich ihm dabei das Fabrikationszeichen der Planke eingepägt: «Batavia 510». Der Mord wird nie ruchbar. Aber als der Mörder landet, wird er irrtümlich für einen lang gesuchten Seeräuber gehalten, unschuldig zum Tode verurteilt und zur Hinrichtung geführt.

«Und als er in des Hohnes Stolze
Will starren nach den Ätherhöhn,
Da liest er an des Galgens Holze:
Batavia 510.»

Das Gedicht heisst: *Die Vergeltung*.

Auf genau dieselbe umwegige, aber präzise Art traf Ebert die Vergeltung für das, was er mit der Revolution gemacht hatte. Er wurde zu Tode gehetzt mit einer Lüge, mit dem Vorwurf eines Verrats, den er nie begangen hatte. Aber dieser Vorwurf hätte ihn nie treffen können, wenn er nicht einen anderen Verrat tatsächlich begangen hätte. Er hatte nicht die siegreiche Front, wohl aber die siegreiche Revolution von hinten erdolcht. Und zwar denen zuliebe, die nunmehr ihn von hinten erdolchten – mit der Dolchstosslüge.

Eine gewisse Befriedigung über die ästhetische Perfektion dieser komplizierten Symmetrie lässt sich schwer unterdrücken. Man fühlt sich wie auf dem Höhepunkt einer symphonischen Komposition, wenn alle Themen zusammenkommen – und dabei ihre gemeinsame Wurzel enthüllen. Oberflächlich gesehen, geschah Ebert mit der Dolchstosslüge bitteres Unrecht. Tiefer und genauer betrachtet, geschah ihm recht. Er wurde verraten, wie er verraten hatte; und er konnte nur verraten werden, *weil* er verraten hatte.

Ludendorff hatte am 29. September 1918 seine Niederlage auf die Sozialdemokraten abgeladen, um sie später als die Schuldigen hinstellen zu können. Die

Revolution kam ihnen zu Hilfe; sie setzte dazu an, die Falle, die er ihnen gestellt hatte und in der sie ahnungslos sassen, zu zerschlagen. Sie aber verrieten die Revolution – und die Falle schnappte zu. Das ist, in drei Sätzen, die ganze Geschichte. Eine furchtbare Geschichte, aber keine sinnlose. Ihre Überschrift könnte heissen: «Verdiente Strafe».

Leider traf die Strafe für den grossen Verrat an der deutschen Revolution von 1918 nicht nur die, die sie verdient hatten.

Der Kollektivheld dieser Revolution, die deutsche Arbeiterschaft, hat sich von dem Nackenschlag, der ihr damals versetzt wurde, nie erholt. Die sozialistische Einigkeit, für die sie so tapfer kämpfte und blutete, ist 1918 für immer verloren worden. Von dem grossen Verrat datiert das grosse Schisma des Sozialismus und der unauslöschliche Hass zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten – ein Hass wie zwischen Wölfen und Hunden. (Ein Hund ist bekanntlich ein ehemaliger Wolf, den der Mensch für seine Zwecke gezähmt hat. Die Sozialdemokratie ist eine ehemalige Arbeiterpartei, die der Kapitalismus für seine Zwecke gezähmt hat.) Dieselben Arbeiter, die sich 1918 – und auch noch 1919 und 1920 – so tapfer und glücklos geschlagen hatten, fanden ihren Kampfgeist gebrochen, als sie ihn fünfzehn Jahre später noch einmal gebraucht hätten – gegen Hitler. Und ihre Söhne waren 1945 nicht mehr imstande, die Tat ihrer Väter von 1918 zu wiederholen. Ihre Enkel von heute wissen nicht einmal mehr von ihr. Die revolutionäre Tradition der deutschen Arbeiterschaft ist erloschen.

Und auch das deutsche Volk als Ganzes, einschliesslich seiner bürgerlichen Schichten, die damals das Scheitern der Revolution mit begreiflicher Erleichterung und Schadenfreude begrüsst, hat für dieses Scheitern teuer bezahlen müssen: mit dem Dritten Reich, mit der Wiederholung des Weltkrieges, mit der zweiten und schwereren Niederlage und mit dem Verlust seiner nationalen Einheit und Souveränität. Alles das war in der Gegenrevolution, die die sozialdemokratischen Führer auslösten, schon keimhaft enthalten. Vor alledem hätte ein Sieg der deutschen Revolution Deutschland bewahren können.

Noch heute gibt es viele Ebert-Deutsche, die jede Revolution «hassen wie die Sünde»; noch heute gibt es viele, die die Revolution von 1918 verleugnen wie einen Schandfleck der nationalen Geschichte. Aber die Revolution ist kein Schandfleck. Sie war – besonders nach vier Jahren Hunger und Ausblutung – eine Ruhmestat. Ein Schandfleck ist der Verrat, der an ihr verübt wurde.

Gewiss ist Revolution nichts, das man zum Vergnügen macht; gewiss gehört es zur Staatskunst, Revolution möglichst durch vorbeugende Reform zu vermei-

den. Jede Revolution ist ein schmerzhafter, blutiger und schrecklicher Vorgang – wie eine Geburt. Aber wie eine Geburt ist jede gelungene Revolution zugleich auch ein schöpferischer, lebenspendender Vorgang.

Alle Völker, die eine grosse Revolution durchgestanden haben, blicken mit Stolz auf sie zurück; und jede siegreiche Revolution hat das Volk, das sie zustande brachte, für eine Weile gross gemacht: Holland und England im siebzehnten Jahrhundert ebenso wie Amerika und Frankreich im achtzehnten und neunzehnten und Russland und China im zwanzigsten. Es sind nicht die siegreichen, es sind die erstickten und unterdrückten, die verratenen und verleugneten Revolutionen, die ein Volk krank machen.

Deutschland krankt an der verratenen Revolution von 1918 noch heute.



17. August 1991, Bayreuth: Aufmarsch von Neonazis zum vierten Todestag von Rudolf Hess.

Nachwort zur Neuausgabe

(Januar 1979)

Dieses Buch wurde vor gut zehn Jahren geschrieben, und ich würde es heute anders schreiben: ruhiger, skeptischer, kälter. Es ist mir, für meinen heutigen Geschmack, zu viel Entrüstung darin. Beim Wiederlesen hat es mich manchmal in den Fingern gejackt, umzuformulieren, zu mildern oder zu streichen. Aber ich halte es mit Pilatus: «Was ich geschrieben habe, habe ich geschrieben.» Nachbesserung, scheint mir, hätte etwas Unehrlisches.

Warum dann aber das Buch überhaupt noch einmal veröffentlichen? Kurz gesagt, weil ich glaube, dass es, mit allen seinen Mängeln, immer noch etwas Richtiges und Wichtiges mitzuteilen hat. Was mir heute daran nicht mehr gefällt, betrifft nur mich selbst: meine, wie es mir heute vorkommt, manchmal zu aufgeregte Erzählerpositur, mein zu gefühlvolles Für und Wider. Aber deswegen das ganze Buch zu verleugnen oder zu unterdrücken, wäre schiere Eitelkeit. Denn in der Sache, scheint mir, habe ich nichts zurückzunehmen. Die Fakten stimmen. Auch die Analyse stimmt – jedenfalls auch noch nach meinem heutigen Urteil. Der Vorgang, mit dem sich das Buch beschäftigt, bleibt im Übrigen einer der wichtigsten und folgenreichsten der neueren deutschen Geschichte. Und an Büchern, die ihn wahrheitsgetreu und allgemeinverständlich darstellen, herrscht immer noch ein auffälliger Mangel. Seit dieses vor zehn Jahren, ziemlich unbeachtet, erschien, ist meines Wissens kein weiteres geschrieben worden. Die Revolution von 1918 und ihre Unterdrückung durch diejenigen, die sie vorübergehend an die Macht trug, sind praktisch aus dem deutschen Geschichtsbewusstsein verschwunden; man kann auch sagen: verdrängt. Und wenn mein kleines Buch etwas dazu beitragen kann, diesen Verdrängungsprozess zu unterbrechen – sei es auch nur dadurch, dass es zu Widerspruch und Gegendarstellung reizt –, dann, scheint mir, hat es immer noch eine nützliche Funktion zu erfüllen.

Mit zwei Einwänden gegen die These dieses Buches möchte ich mich noch kurz auseinandersetzen: einem, den C. P. Snow in einer Besprechung der englischen Übersetzung gemacht hat, und einem, den ich mir selbst mache.

Lord Snow hat, dem Sinne nach, geschrieben, das Buch kranke daran, dass es die siegreichen Westalliierten ausser Acht lasse: Sie hätten eine wirkliche deut-

sche Revolution nie geduldet; hätten die Deutschen nicht selbst ihre Revolution unterdrückt, dann wären die Alliierten einmarschiert und hätten es an ihrer Stelle getan.

Das klingt einleuchtend, aber stimmt es auch? Die Revolution vom November 1918 war ja in erster Linie eine antimonarchistische und antimilitaristische Revolution gewesen; und es ist schwer vorzustellen, dass die Alliierten in Deutschland einmarschiert wären, um den Kaiser wieder auf den Thron zu setzen und die Herrschaft der Generale wiederherzustellen. Mindestens hätten sie einige Mühe gehabt, ihren Völkern eine solche Umkehrung ihrer jahrelang proklamierten Kriegsziele zu erklären. Und selbst davon abgesehen: auch die Alliierten waren kriegsmüde. Es ist nicht so leicht, wie es klingt, einen glücklich beendeten Krieg, mitten aus voller Demobilisierung heraus, wiederaufzunehmen. Und es ist gefährlich, in ein revolutionär erregtes Land hineinzustossen; Revolutionen sind ansteckend. Ob eine antirevolutionäre Intervention der Alliierten in Deutschland erfolgreicher gewesen wäre, als sie es in Russland war, wo sie ja tatsächlich versucht wurde, ist eine offene Frage. Mir scheint, auch Lord Snow lässt etwas ausser Acht: dass nämlich die deutsche Revolution, wäre sie nicht prompt abgewürgt worden, den Deutschen im Kampf um den Frieden eine neue politische Waffe in die Hand gegeben hätte.



Strassenkämpfe im März 1919 – Barrikade und Stacheldraht am Spittelmarkt.

Den anderen Einwand mache ich mir selber, damit ihn nicht meine Leser auf eigene Faust machen. An mehreren Stellen des Buches spreche ich davon, dass die SPD 1918/19 eine nie wiederkehrende Chance verspielte – «für immer». Das muss schon, als das Buch zum erstenmal erschien, im Herbst 1969, manchem seiner damaligen Leser wie eine voreilige, prompt widerlegte Prophezeiung gelungen haben. Wurde nicht gerade im Herbst 1969 ein Sozialdemokrat Bundeskanzler? Ist es nicht ein anderer Sozialdemokrat noch heute, und sieht nicht alles danach aus, dass er es noch eine ganze Weile bleibt? Ganz ohne Zweifel: Was immer die SPD 1918/19 falsch gemacht hat, sie hat es überlebt, und heute ist sie in der Bundesrepublik regierende Partei.

Aber eben nur in der Bundesrepublik. Vergessen wir die deutsche Spaltung nicht ganz. 1918/19 gab es noch das Deutsche Reich, in und mit dem die SPD gross geworden war und das sie, wenn ich den Anfang dieses Buches in Erinnerung rufen darf, «eines Tages mit dauerhafter und sinnvoller politischer Substanz auszufüllen hoffte». Die Revolution von 1918 gab ihr die Chance dazu, und diese Chance verspielte sie «für immer», als sie die Revolution, statt sie zu nutzen, unterdrückte – «verriet», wie ich es in meinem Text bitter nenne. Denn diese Chance



August 1961: Stacheldraht am Potsdamer Platz.

ist nun wirklich nicht wiedergekommen – niemals. Stattdessen kam Hitler, der Zweite Weltkrieg, die zweite Niederlage, die Teilung. Das ist es ja, was die Geschichte der deutschen Revolution von 1918 und ihrer Niederschlagung durch ihre berufenen Führer immer noch so bitter aktuell macht: dass sie die beste und, im historischen Rückblick, wohl die einzige Möglichkeit bot, das alles zu verhindern. Vergessen wir auch dies nicht: Diese Geschichte hat die Kluft aufgerissen, die heute, von allen äusseren Machtverhältnissen einmal abgesehen, die beiden deutschen Staaten und ihre Regierungen – wenn auch nicht ihre Bevölkerungen – innerlich voneinander trennt.

Berlin, Januar 1979

S. H.



1948, Potsdamer Platz in Berlin: Eine Polizisten-Kette markiert die Grenze zwischen dem sowjetischen und dem britischen Sektor.

Über dieses Buch

Sebastian Haffner, geboren 1907 und aufgewachsen in Berlin am Prenzlauer Berg, Jurist und Journalist, emigrierte 1938 nach England. Er kehrte 1954 nach Deutschland zurück und lebt seit 1961 wieder in Berlin.

In den Mittelpunkt seiner publizistischen Arbeit stellte Sebastian Haffner immer das Bemühen, die «Zwecklegenden» der Geschichtsschreibung zu zerstören. «Politische Geschichte ist ja,» schrieb er einmal, «ähnlich wie Kriminalistik, immer mit der Sisyphos-Arbeit beschäftigt, Taten aufzuklären, deren Täter alles Interesse daran hatten, sie der Aufklärung zu entziehen.»

Das vorliegende Buch schildert *auch*, in welchem politischen Klima Hitlers Triumphzug entstehen konnte, wie sich Deutschland im Denken und Handeln auf Hitler vorbereitete. Mit «Originalität und Klarsicht» (so die Jury, die ihm den Heinrich-Heine-Preis verlieh) beschreibt Haffner dessen Triumph und Verbrechen in *Anmerkungen zu Hitler* (Fischer 3489).

In *Die sieben Todsünden des Deutschen Reiches* (Nannen-Press und Bastei-Lübbe, vergriffen) analysiert Haffner die Schuld des deutschen Kaiserreiches am Ausbruch des ersten Weltkrieges und die haarsträubenden Fehlentscheidungen der deutschen Obersten Heeresleitung. Ein besonderer Aspekt dieses Buches, nämlich die «Kriegslist», die russische Revolution zu finanzieren und Lenin wie einen Pestbazillus in einem versiegelten Eisenbahnwaggon durch Deutschland zu transportieren, um durch Chaos und Revolution einen Kriegsgegner auszuschalten, steht im Mittelpunkt des Bändchens *Der Teufelspakt* (Manesse-Verlag). Dieser Plan, der durch die Ost-West-Teilung Folgen bis in die jüngste Vergangenheit zeitigte, wurde von genau jenen Kräften erdacht und ausgeführt, die später in Deutschland am schärfsten gegen eine behauptete «Rätediktatur» vorgingen. «Blicken Sie nach Russland, und seien Sie gewarnt!» – so Friedrich Ebert, der das «Lenin-Projekt» gemeinsam mit Ludendorff verwirklichte.

Sebastian Haffners Buch über die deutsche Revolution hat eine einzigartige Stellung in der Geschichtsschreibung, vielleicht war deshalb die Resonanz sehr schwach. In gewisser Weise sitzt Haffner mit diesem Buch zwischen allen Stühlen – und gerade das macht seinen Reiz aus.

Eines der wenigen Bücher, die den *Verrat* aufgreifen und zitieren, ist der Katalog zur Ausstellung *Revolution und Fotografie – Berlin 1918/1919* (Nishen Verlag, Berlin). Auf rund dreihundert grossformatigen Seiten wird das Geschehen von allen denkbaren Seiten her ausgeleuchtet. Es enthält jede Menge Fotografien, Zeitungsartikel und Informationen über den damaligen Stand der Fototechnik und die Fotografen sowie eine Bibliographie.

Ein ebenfalls sehr schönes Buch schrieb Klaus Kordon. Im Anhang teilt er dem Leser mit, dass er *auch* durch das vorliegende Buch zu *Die roten Matrosen oder Ein vergessener Winter* angeregt wurde. Kordon bedient sich der Perspektive eines zwölfjährigen Jungen aus dem Wedding, um die Vorkommnisse jener Zeit Kindern und Jugendlichen heutzutage nahezubringen. Kinder und Jugendliche waren damals ja tatsächlich in die Geschehnisse in Berlin einbezogen, sei es bei den Kämpfen am Berliner Stadtschloss (Seite 118 in diesem Buch) oder im Berliner Osten im März 1919. Und es ist schon fast grotesk anzusehen, wie jung einige der Freikorpssoldaten waren. Aber es herrschte Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit im Deutschland jener Tage. Da sind 12 Mark am Tag und ein Dach über dem Kopf schwer auszuschlagen – so begann manch faschistische Karriere.



März 1919, Frankfurter Allee: Kinder spielen in einem Schützengraben

Die jungen Menschen auf den Fotos sind heute wahrscheinlich nicht mehr am Leben. Vieles ist seitdem passiert, wenig ist erklärt. Dass Hitler und der zweite Weltkrieg *auch* die Quittung darstellt für den Verrat der Revolution, für das Nichtverarbeiten des ersten Weltkrieges und der Dolchstoßlegende, ist eine unangenehme Erkenntnis. Auch für die Sozialdemokratie: «Der nur noch als pathologisch zu bezeichnende Hass, mit dem historisierende Publizisten wie z.B. Sebastian Haffner die Politik Friedrich Eberts deuten, ist wegen der grossen Breitenwirkung ihrer Bücher in der historisch-politisch interessierten Öffentlichkeit verantwortungslos, zumal sie nicht davor zurückschrecken, komplizierte Sachverhalte und differenzierte Erörterungen der gelehrten Forschung auf plakative Formeln zu reduzieren und damit auch zu verfälschen.» Soweit Peter-Christian Witt in *Friedrich Ebert* (Verlag Neue Gesellschaft, Bonn). Gemeint ist das vorliegende Buch.

75 Jahre nach den beschriebenen Ereignissen, 25 Jahre nach der ersten Veröffentlichung dieses Buches ist vielleicht die Zeit reif für ein gründlicheres Verstehen, für neue Auseinandersetzungen und Schlussfolgerungen aus dem Geschehen.

Berlin, im Oktober 1993

Uwe Soukup



Februar 1919, Café «Vaterland» am Potsdamer Platz: Werbebüro der Freikorps.

Inhalt

Vorwort	5
1 Kaiserreich und Demokratie	7
2 Der 29. September 1918	19
3 Oktober	31
4 Die Revolution	43
5 Der 9. November	59
6 Die Stunde Eberts	73
7 Der 10. November: Die Marneschlacht der Revolution	85
8 Zwischen Revolution und Gegenrevolution	95
9 Die Weihnachtskrise	111
10 Entscheidung im Januar	123
11 Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg	139
12 Der Bürgerkrieg	151
13 Die Münchner Räterepublik	163
14 Nemesis	175
15 Drei Legenden	193
16 Nachwort zur Neuauflage	201
Über dieses Buch	205

Bildnachweise:

Agentur für Bilder zur Zeitgeschichte, Berlin (S. 124, 134, 150, 207)

Bildarchiv der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, Berlin (S. 10, 15, 21, 47, 65, 69, 75, 109, 110, 136, 138, 140, 142, 162, 166, 170)

Landesbildstelle Berlin (Titel, S. 22, 30, 56, 76, 105, 106, 108, 116, 118, 130, 132, 135, 137, 158, 160, 202, 203, 204, 206)

Privatarchiv Uwe Soukup, Berlin (S. 67, 78, 79, 80, 87, 104, 117, 125, 131, 183)

Third Eye (S. 200)